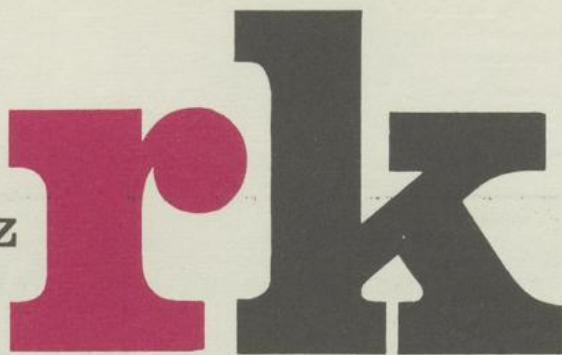


F 57.291
1983
Dezember

51

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 1. Dezember 1983

Blatt 3211

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Schienenstraßenparkverbot ab 15. Dezember
(grau)

Kommunal:

(rosa)

Nächste Woche Budgetdebatte im Gemeinderat
Baulücke bietet Platz für neuen Kleinpark
SPö und ÖVP einig über Wagner-Brücke
Wiens ärztliche Versorgung verbessert
Neue Oberin im Franz-Josef-Spital

Lokal:

(orange)

Falls es schneit: Verkehrsbetriebe suchen
Schneearbeiter

Kultur:

(gelb)

8,8 Millionen Schilling aus der
Hochschuljubiläumsstiftung vergeben
"Wien im Bild historischer Karten"

Nur

über FS: 30.11. Schneefall angesagt - MA 48 in Alarmbereitschaft

.....
Bereits am 30. November 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schienenstraßenparkverbot ab 15. Dezember

=++++

12 Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien erinnert daran, daß
in wenigen Wochen das nächtliche Schienenstraßenparkverbot in Kraft
tritt. Von 15. Dezember bis 31. März ist das Parken auf allen
Schienenstraßen während der Nachtstunden (ab 20 Uhr bis 5 Uhr)
verboten. (Schluß) hs/gg

NNNN

Nächste Woche Budgetdebatte im Gemeinderat

=++++

1 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Nächste Woche berät der Wiener Gemeinderat das Budget für das Jahr 1984. Wie auch im vergangenen Jahr erfolgt die Diskussion der Sachkapitel auch der Geschäftsgruppeneinteilung. Und das ist der "Fahrplan" des Gemeinderates:

MONTAG: Die Sitzung beginnt um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Anschließend daran hält Finanzstadtrat Hans MAYR seine Budgetrede. Darauf folgt die Generaldebatte. Diskutiert werden an diesem Tag außerdem die Budgetkapitel "Bildung, Jugend, Familie" sowie "Kultur und Sport".

DIENSTAG: Die Sitzung beginnt ebenfalls um 9 Uhr. Auf dem Programm stehen die Bereiche "Umwelt und Bürgerdienst", "Gesundheit und Soziales", "Bauten" sowie "Stadtentwicklung und Stadterneuerung".

MITTWOCH: Um 9 Uhr beginnt eine Sitzung des Landtages mit Beratungen über eine Novelle zum Krankenanstaltengesetz und das Wiener Prostitutionsgesetz.

Anschließend wird die Budgetdebatte des GEMEINDERATES fortgesetzt. Behandelt werden die Geschäftsgruppen "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz" und "Verkehr und Energie" sowie der Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Anschließend daran findet die normale Geschäftssitzung des Gemeinderates statt. Derzeit stehen 80 Punkte auf der Tagesordnung. (Schluß) red/ko

NNNN

Falls es schneit: Verkehrsbetriebe suchen Schneearbeiter

=++++

2 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe werden auch heuer wieder bei starken Schneefällen nach Bedarf Aushilfskräfte für die Schneeräumung benötigen. Die Stundenlöhne betragen einheitlich 29 Schilling bei Tag und 34 Schilling bei Nacht. Als Nachtzeit gelten die Stunden zwischen 22 und 6 Uhr. Jugendliche können nicht beschäftigt werden.

Bewerber können sich bei Eintritt von Schneefällen in den Bahnhöfen Vorgarten, Erdberg, Favoriten, Simmering, Rudolfsheim, Ottakring, Währing, Gürtel, Brigittenau und Floridsdorf der Wiener Verkehrsbetriebe sowie in der Wolfganggasse 57 (12. Bezirk) und in der U-Bahn-Station Kagran melden. (Schluß) roh/gg

NNNN

Baulücke bietet Platz für neuen Kleinpark

=++++

3 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) In einer rund 1200 Quadratmeter großen Baulücke in der Steinhagegasse 16-18 in Meidling war genug Platz für einen neuen Park. Auf Initiative von Stadtrat Peter SCHIEDER hat das Stadtgartenamt in den letzten Wochen auf dieser Fläche eine kleine Grünoase geschaffen. #

Die Mobile Arbeitsgruppe des Stadtgartenamts säuberte das seit Jahren brachliegende Grundstück. Rasenflächen und Wege wurden angelegt und es wurden Bänke aufgestellt. Bei der Sträucherpflanzung - das Bild der Anlage wird durch einen alten Götterbaum geprägt - wurden typisch wienerische Pflanzen wie Sommerflieder und Liguster, Holunder, Flieder und Weidenbüsche gesetzt. Ein Kleinkinderspielplatz mit Sandkiste und Schaukeltieren soll den jüngsten Parkbesuchern Spaß bereiten.

Die reinen Materialkosten für den Kleinpark betragen 120.000 Schilling. Die Arbeit wurde innerhalb von zwei Wochen von 14 Gärtnern durchgeführt.

Zwtl.: Innenhöfe könnten schöne Grünoasen werden

Mit relativ geringen Kosten und in kurzer Zeit entstand so auf einem brachliegenden Grundstück eine kleine Grünfläche. Es müssen aber nicht immer nur die öffentlichen Parks sein, die zusätzliches Grün in die Stadt bringen. Auch bei Häusern mit Innenhöfen könnten kleine grüne Oasen im Hof entstehen. Führt ein Hausbesitzer eine solche Begrünung durch, und wird der Hof auch für alle Mieter geöffnet, dann gibt es für die Pflanzung von Laubbäumen sogar Geld vom Stadtgartenamt. Nähere Auskünfte gibt die MA 42 - Stadtgartenamt, Wien 3, Am Heumarkt 2b, Tel.: 72 21 71. (Schluß) hs/ko

NNNN

8,8 Millionen Schilling aus der Hochschuljubiläumsstiftung vergeben
=++++

4 Wien, 1.12. (RK-KULTUR) 1983 wurden 8,8 Millionen aus der Hochschuljubiläumsstiftung vergeben. Es wurden damit 107 Forschungsvorhaben aus allen Zweigen der Wissenschaft gefördert.

Insgesamt wurden seit der Gründung der Stiftung 1.128 Forschungsvorhaben mit einer Gesamtsumme von 80 Millionen Schilling unterstützt. Seit der Aufstockung des Stiftungskapitals von 50 auf 100 Millionen Schilling kann den finanziellen Bedürfnissen der Wissenschaft durch die Stiftung in vermehrtem Ausmaß Rechnung getragen werden. (Schluß) gab/ap

NNNN

SPö und öVP einig über Wagner-Brücke

Utl.: "Tieflage" wird angestrebt

=++++

5 #Wien, 1.17. (RK-KOMMUNAL) Volle Einigkeit zwischen SPö und öVP in der Frage der weiteren Vorgangsweise bei der Planung der Wientalquerung im Zuge der U 6: Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag einstimmig einen gemeinsamen SPö/öVP-Antrag, in dem der Bürgermeister ersucht wird, mit dem Bundesdenkmalamt Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, die Zustimmung des Denkmalamtes zur Variante "Tieflage" zu erreichen. Bei dieser Variante kann sowohl das Erscheinungsbild der Otto-Wagner-Brücke weitestgehend erhalten bleiben als auch die verkehrspolitisch wünschenswerte volle Verknüpfung der Linien U 4 und U 6 in einer Tiefstation Längenfeldgasse ermöglicht werden.#

Falls allerdings das Bundesdenkmalamt auf einer wörtlichen Erfüllung seines Bescheides beharren sollte, wäre die Realisierung dieser vollen Verknüpfung von U 4 und U 6 in der Längenfeldgasse nicht möglich - es sei denn durch die Errichtung einer neuen Brücke neben der Otto-Wagner-Brücke, die dann funktionslos als Denkmal stehen bliebe. Wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN betonte, wird eine solche, dem Bescheid des Denkmalamtes entsprechende, Lösung jedoch von fast allen Kulturkritikern und Architekten abgelehnt. Deshalb wird nun von SPö und öVP einvernehmlich eine Änderung des Bescheides des Bundesdenkmalamtes beziehungsweise die Zustimmung zur Variante "Tieflage" angestrebt. (Schluß) ger/gg

NNNN

"Wien im Bild historischer Karten"

=++++

6 #Wien, 1.12. (RK-KULTUR) Ein besonderes Wien-Buch wurde Mittwoch abend im Roten Salon des Rathauses von Gemeinderat Leopoldine PFAUSER in Vertretung von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA vorgestellt: "Wien im Bild historischer Karten" von Ferdinand Op11.

Der im Böhlau-Verlag erschienene Band präsentiert die Entwicklung der Stadt Wien an Hand historischer Karten.#

Vom ältesten Stadtplan aus dem frühen 15. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts reicht die Auswahl der vielen interessanten Karten, aus denen das siedlungsmäßige Wachstum Wiens eindrucksvoll hervorgeht. Gemeinderat Pfauser wies auf die wissenschaftliche Tätigkeit des Autors hin, die dem neuen Buch zugrundeliegt. Op11, Jahrgang 1950, studierte Geschichte, Germanistik und Kunstgeschichte an der Universität Wien. Seit 1977 arbeitet er als Archivar am Wiener Stadt- und Landesarchiv. Op11 ist Autor einer Reihe von Publikationen zur Wiener Stadtgeschichte, die im Rahmen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien erschienen sind. Pfauser hob hervor, daß Op11 derzeit am österreichischen Städteatlas, einem Jahrzehnte-Projekt, das rund 60 Städte erfassen wird, arbeitet. (Die erste Lieferung des Atlas mit den Städten Wien, Wiener Neustadt, Mödling und Wels ist bereits erschienen.)

Verlagschef Dr. Dietrich Rauch unterstrich die Bedeutung des neuen Werks als eindrucksvolles Anschauungsmaterial zur Geschichte der alten Residenzstadt. Der repräsentative Band ist im Buchhandel zum Preis von 1.380 Schilling erhältlich. (Schluß) am/ko

NNNN

Wiens ärztliche Versorgung verbessert (1)

Utl.: Gesundheitsbericht: Herzkrankheiten - Todesursache Nr. 1

=++++

7 #Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Wiens ärztliche Versorgung konnte in den letzten zehn Jahren wesentlich verbessert werden. Herzkrankheiten halten die Spitze bei den Todesursachen, Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose nahmen weiter ab, die Zahl der Lebensmittelvergiftungen ist gestiegen. Dies sind die wesentlichsten Ergebnisse des Gesundheitsberichtes für das Jahr 1982, den Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwochsabend im Rahmen eines Pressegesprächs vorstellte.#

Zwtl.: Bessere ärztliche Versorgung

Im Jahr 1982 waren laut Stacher in Wien insgesamt 7.014 Ärzte tätig, das bedeutet eine Zunahme um 1.156 Ärzte gegenüber 1972. Allein die Zahl der praktischen Ärzte stieg in den letzten 10 Jahren um 412. Als niedergelassene Ärzte arbeiteten im Vorjahr 1.100 (1981: 1.085) praktische Ärzte und 2.578 Fachärzte (davon 629 Zahnärzte). Auf 10.000 Wiener entfielen somit 7,7 praktische Ärzte, 4,1 Zahnärzte und 12,7 sonstige Fachärzte in freier Praxis. Dies bedeutet, daß 1.392 Einwohner auf einen praktischen Arzt kommen. Im Vergleich dazu: 1972 entfielen auf 10.000 Wiener nur 5,6 praktische Ärzte. 777 praktische Ärzte hatten 1982 einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse (1978: 736, 1981: 770). 48 praktische Ärzte haben sich neu mit einem Kassenvertrag niedergelassen, 41 legten ihren Vertrag - zumeist aus Altersgründen - zurück. Erfreulich sei auch, wie der Stadtrat betonte, die Tatsache, daß das Durchschnittsalter der in der Praxis tätigen Ärzte langsam sinke und derzeit etwa bei den praktischen Ärzten bei 54 Jahren (1975: 58 Jahre) liege. Diese erfreuliche Entwicklung sei unter anderem auf verschiedene Förderungsmaßnahmen zurückzuführen: etwa auf die seit 1976 im Gesundheitsamt eingerichtete Beratungsstelle, die Kreditaktion - bis 31. Dezember 1982 wurden bereits 78,1 Mio Schilling an neu niedergelassene Ärzte vergeben - sowie auf die mit der Ärztekammer geführten Lehrpraxen. (Forts.) zi/ko

NNNN

Wiens ärztliche Versorgung verbessert (2)

Utl.: Mobile Schwestern: 214.000 Hausbesuche

=++++

8 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Neuerlich zugenommen haben auch die Einsätze der "Mobilen Krankenschwestern". So wurden von den 77 Diplomschwestern in sämtlichen Bezirken Wiens 214.421 Hausbesuche (1981 waren es 202.377 Hausbesuche) bei 4.334 (1981: 4.088) Patienten geleistet. Die Diplomschwestern wurden von insgesamt 552 Ärzten als "verlängerter Arm" eingesetzt.

Zwtl.: Herzkrankheiten - Todesursache Nr. 1

Bei den Todesursachen halten nach wie vor die Herzkrankheiten mit 9.383 Sterbefällen (1981: 9.294, 1972: 8.550) den Rekord, gefolgt von krebserregenden Geschwüren, die bei 5.139 (1981: 5.453) Verstorbenen festgestellt wurden, und Gefäßkrankheiten mit 4.554 (1981: 4.794) Fällen. Nicht unerheblich ist aber auch die Zahl jener Personen, die nach einem Verkehrsunfall starben: 238 Personen.

Zwtl.: Zahl der Gesundenuntersuchungen rückläufig

Die Zahl der in den sechs städtischen Gesundenuntersuchungsstellen untersuchten Personen ist, wie Univ.-Prof. Dr. Stacher ausführte, bedauerlicherweise gegenüber 1981 von 5.950 auf 5.927 Personen zurückgegangen. Wie wichtig derartige Vorsorgeuntersuchungen sind, zeigt die Tatsache, daß bei 844 Untersuchten Bluthochdruck, in 799 Fällen Schwerhörigkeit bis Taubheit und bei 127 Untersuchten geschwulstverdächtige Befunde festgestellt wurden.

Zwtl.: Weniger Geschlechtskrankheiten und Tbc

Als erfreulich bezeichnete es der Gesundheitsstadtrat, daß sowohl die Neuerkrankungen an Tuberkulose als auch die Geschlechtskrankheiten zurückgegangen sind. So nahm die Gesamtzahl der in Wien gemeldeten Geschlechtskrankheiten gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Prozent ab. Die Zahl der polizeilich gemeldeten Prostituierten ist hingegen auf 1.058 (1981: 956) gestiegen.

(Forts.) zi/gg

Wiens ärztliche Versorgung verbessert (3)

Utl.: Mehr Lebensmittelvergiftungen

=++++

9 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Bei einem Vergleich der Jahre 1982 und 1972 ergibt sich, laut Stacher, daß die Zahl der gemeldeten anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten um 60 Prozent gesunken ist (darunter Scharlach um 81 Prozent und Hepatitis um 64 Prozent). Hingegen ist die Zahl der Lebensmittelvergiftungen um 221 Prozent und die der übertragbaren Ruhr um 273 Prozent gestiegen. Mit 3.644 durchgeführten Entlausungen durch die städtische Desinfektionsanstalt gab es einen neuen Rekord. Im Vergleich dazu: 1981 wurden 3.501 und 1972 78 Entlausungen durchgeführt.

Zwtl.: Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind

In den Mutterberatungsstellen wurden insgesamt 74.411 Beratungen durchgeführt. In der Sondermutterberatungsstelle 18, Währinger Gürtel 141, wurden im Vorjahr 192 Kinder wegen entwicklungsdiagnostischer Störungen untersucht und größtenteils weiterbehandelt. Im Rahmen der gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik geführten "Pädiatrisch Kardiologischen Ambulanz" wurden 4.217 Kinder untersucht und in 2.214 Fällen Herzfehler diagnostiziert.

Zwtl.: 17 Prozent hatten Augenfehler

Bei den ab dem 3. Lebensjahr in den Wiener Kindergärten und im Gesundheitsamt durchgeführten kostenlosen Sehtests wurden 18.226 Kinder untersucht. Davon bedurften rund 17 Prozent einer augenärztlichen Behandlung bzw. Kontrolle. Ebenso wurden bei Kindern ab dem 5. Lebensjahr Gehörtests durchgeführt, wobei bei ca. zehn Prozent von 9.066 untersuchten Kindern das Hörvermögen beeinträchtigt war. (Schluß) zi/gg

NNNN

Neue Oberin im Franz-Josef-Spital

=++++

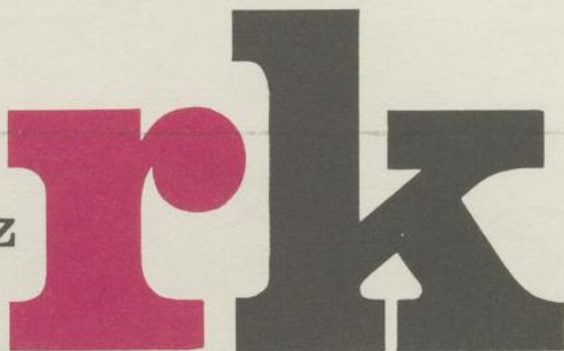
10 Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Im Franz-Josef-Spital führte Donnerstag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Helga RENNER als neue Direktorin des Pflegedienstes in ihre Funktion ein. Die neue Oberin tritt damit die Nachfolge von Gisela WENINGER an, die in den Ruhestand trat. Die neue Leiterin des Pflegedienstes ist seit mehr als 34 Jahren im Franz-Josef-Spital tätig.

Univ.-Prof. Dr. Stacher nahm die Gelegenheit der Amtseinführung zum Anlaß, um auf den in Gang befindlichen "Umbruch in der Medizin" hinzuweisen. Seiner Meinung nach kommt in diesem Zusammenhang gerade der "kollegialen Führung" - bestehend aus dem ärztlichen Leiter, dem Verwaltungsdirektor und der Leiterin des Pflegedienstes - eine wichtige Funktion zu. Nur eine gute Zusammenarbeit dieser drei Personen bildet die Basis für eine optimale Führung innerhalb des Krankenhauses. An der Amtseinführung nahmen unter anderem der 3. Landtagspräsident Erika KRENN und Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH teil. (Schluß) zi/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 2. Dezember 1983

Blatt 3223

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Zwei neue Rolltreppen in der Schottenpassage
(rosa) Radfahrer können durch die Innere Stadt fahren
Feuerwehr in neuer Uniform
Pan Am fliegt ab Sonntag Wien - New York
FPö lehnt Wiener Budget ab
Biographie über Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler

Lokal: Der Arbeitsmarkt im November
(orange) Weihnachtsschikurs: noch Plätze frei

Kultur: Wiener Festwochen 1984
(gelb)

Nur über FS: 1.12. Kranwagen beschädigte Oberleitung

Zwei neue Rolltreppen in der Schottenpassage

=++++

1 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Zwei neue Rolltreppen in der Schottenpassage wurden Freitag vormittag von Bautenstadtrat Roman RAUTNER in Betrieb genommen. Sie ersetzen zwei alte Fahrtreppen, die seit 1961 etwa 160 Millionen Menschen befördert und in dieser Zeit einen Förderweg zurückgelegt haben, der um einiges länger ist als die Entfernung von der Erde zum Mond.#

Die Stufenbreite der zwei neuen Fahrtreppen beträgt 1 Meter und ist damit um 10 cm größer als bisher. Die neuen Rolltreppen laufen auch schneller als die alten. Sie haben eine Geschwindigkeit von 0,65 Meter pro Sekunde und können pro Stunde jeweils 7000 Personen befördern.

Das Schottentor ist ein stark frequentierter Umsteigepunkt im Netz des Wiener öffentlichen Verkehrs. Hier sind die Endstellen der Straßenbahnlinien 37, 38, 40, 41, 42 und 44 sowie Haltestellen der Straßenbahnlinien 1, 2, D und T, der Autobuslinie A 1 und der U-Bahn-Linie U 2. Seit der Inbetriebnahme der U 2 hat die Schottenpassage eine wesentlich höhere Passagierfrequenz aufzuweisen als vorher.

In den nächsten Monaten wird die Magistratsabteilung 34 bei den neuen Fahrtreppen eine Mikroprozessor-Überwachungsanlage installieren, die Störungen und Ausfälle aufzeichnet und nach den Ursachen sortiert. Diese Störungsstatistik ist eine wichtige Grundlage für die Wartungsarbeiten. (Schluß) sc/ko

NNNN

Radfahrer können durch die Innere Stadt fahren (1)

Utl.: Vier Fahrverbote ab Montag aufgehoben

=++++

2 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) In vier Bereichen der Inneren Stadt werden Sonntag neun neue Verkehrsschilder montiert, die in Hinkunft Radfahrern die Durchfahrt ermöglichen. Damit werden die Fahrverbote für Radfahrer auf dem Concordiaplatz, in der Schulerstraße, auf dem Kohlmarkt und auf dem Morzinplatz aufgehoben. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, können die Radfahrer nun auf mehreren Routen quer durch den 1. Bezirk fahren. Da ein Ausbau des Radweges Ring-Rund kurzfristig leider nicht möglich ist, stellen die neuen Ausnahmeregelungen für die Radfahrer eine wesentliche Verbesserung dar; vor allem deshalb, weil seit Einführung der sogenannten Schleifenlösung der Durchzugsverkehr durch die City verhindert wird und infolgedessen das Verkehrsaufkommen stark zurückgegangen ist. #

Die Ausnahmebestimmungen ermöglichen es nun, zum Beispiel auf folgenden Routen durch die Stadt zu radeln:

- Schottenring - Börsegasse - Concordiaplatz - Salzgries
(- Franz-Josefs-Kai) - Vorlaufstraße - Marc-Aurel-Straße - Hoher Markt - Lichtensteg - Rotenturmstraße - Marienbrücke (oder Rotenturmstraße - Fleischmarkt - Laurenzerberg - Schwedenbrücke),
- Schottenring - Schottengasse - Freyung - Bognergasse - Kohlmarkt - Michaelerplatz - Heldenplatz - Burgring (oder Michaelerplatz - Augustinerstraße - Operngasse - Opernring oder Augustinerstraße
- Philharmonikerstraße - Walfischgasse - Schwarzenbergstraße - Schwarzenbergplatz),
- Franz-Josefs-Kai - Heinrichsgasse - Concordiaplatz - Tiefer Graben - Freyung - Teinfaltstraße - Löwelstraße - Dr.-Karl-Lueger-Ring (oder Freyung - Bognergasse - Kohlmarkt - Michaelerplatz in Richtung Burgring oder Opernring oder Schwarzenbergplatz),

(Forts.) sc/gg

Radfahrer können durch die Innere Stadt fahren (2)

=++++

3 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL)

- Salztorbrücke - Salztorgasse - Vorlaufstraße - Marc-Aurel-Straße - Tuchlauben - Kohlmarkt - Michaelerplatz - Heldenplatz - Burgring (oder Michaelerplatz - Augustinerstraße - Operngasse - Opernring),
- Parkring - Zedlitzgasse - Schulerstraße - Rotenturmstraße (- Marienbrücke) - Morzinplatz - Franz-Josefs-Kai - Salztorgasse - Vorlaufstraße - Marc-Aurel-Straße - Wipplingerstraße - Schottenring.

Die Ausnahmeregelung für Radfahrer ermöglicht nicht nur die Durchquerung des 1. Bezirks mit dem Fahrrad, sondern macht auch Ziele in der City leichter erreichbar. Andererseits haben die Bewohner der Inneren Stadt nun bessere Möglichkeit, mit dem Rad in die angrenzenden Bezirke zu gelangen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Der Arbeitsmarkt im November

=++++

4 #Wien, 2.12. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Ende November waren in Wien 30.331 Personen arbeitslos, das sind um 1.878 mehr als im Oktober und um 2.931 mehr als im November des Vorjahres. Die Arbeitslosenrate betrug im November in Wien vier Prozent gegenüber 4,7 Prozent im österreichischen Durchschnitt.#

In den einzelnen Sparten ergab sich folgendes Bild (in Klammer jeweils die Veränderung zum Vormonat):

Angestellte 9.394 (- 196), Bau-Holz 2.565 (+ 472), Bekleidung-Textil-Leder 547 (+ 79), Graphik-Papier 708 (+ 5), Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft 5.605 (+ 491), Lebensmittel 563 (+ 69), Metall-Chemie 4.380 (+ 340), persönliche Dienste-Gastgewerbe 4.811 (+ 545), Sonderdienste 603 (+ 12), berufliche Rehabilitation 1.155 (+ 11).

Die Situation bei den Lehrlingen zeigt im November 1983 das gleiche Bild wie ein Jahr zuvor. Insgesamt suchten Ende November 760 junge Menschen einen Lehrplatz, um sieben weniger als im November 1982. Offene Lehrstellen gab es 151, das waren ebenfalls um sieben weniger als im November 1982. (Schluß) sei/gg

NNNN

Feuerwehr in neuer Uniform

Utl.: Pionierleistung der Wiener Feuerwehr bei Entwicklung

=++++

5 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Es waren natürlich nicht modische Fragen, sondern Fragen der Sicherheit und der Einsatzpraxis für die neuen Uniformen der rund 1400 Feuerwehrmänner maßgebend. Die neue Einsatzkleidung der Wiener Feuerwehr besteht aus einem Stoff, der auf ihre Initiative hin entwickelt wurde und der über verbesserte Schutzeigenschaften gegen Feuer - vor allem gegen Stichflammen - verfügt. Eine Kapuze schützt außerdem den Hals- und Kopfbereich.#

Bedingt durch die immer größere Zahl der Einsätze, wurde in den letzten Jahren auch die Kritik der Feuerwehrmänner an ihren bisherigen Einsatzuniformen stärker. Zu wenig atmungsaktiver Stoff, kein Schutz für den Halsbereich und den Kopfteil, der nicht vom Helm bedeckt wird, keine Taschen zum Verstauen von Handwerkzeug und nur bedingte Tauglichkeit des Stoffes in bezug auf den Brandwiderstand waren die Kritikpunkte.

Die Wiener Feuerwehr zog daraus die Konsequenzen:

In Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Textilforschungsinstituten wurde auf Initiative der Wiener Feuerwehr ein neuer Einsatzanzug entwickelt, der auf die Bedürfnisse der Feuerwehrmänner abgestimmt ist. Der dafür verwendete Stoff ist natürlich auch für andere Berufsgruppen wie Hubschrauberpiloten usw. geeignet.

Die neue, nach den Wünschen der Wiener Feuerwehr angefertigte Uniform besteht aus flammenresistenter Kunstseide und unbrennbarer Aramidfaser und stellt damit derzeit das Optimum an Schutzwirkung gegen Flammen und an Atmungsaktivität dar. Durch den Schnitt der Bluse und eine anknöpfbare Kapuze werden Hals- und Kopfbereich ebenfalls besser als bisher vor den Flammen geschützt. Die Bluse verfügt außerdem über vier "Blasbalglaschen" zur Aufnahme von Werkzeug, Handfunkgeräten u. ä., auch die Hose besitzt zwei derartige Taschen. Der gesamte Einsatzanzug im traditionellen Marineblau wurde mit unbrennbarem Nähmaterial genäht. Mit der Ausgabe der von der Kleider AG angefertigten 2300 neuen Uniformen wird nun begonnen. Die komplette Umrüstung der Feuerwehr wird 1985 vollendet sein. (Schluß) hs/ko

Weihnachtsschikurs: noch Plätze frei

=++++

6 Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Beim Weihnachtsschikurs des Landesjugendreferates sind noch einige Plätze frei. Der Schikurs findet vom 27. Dezember bis 5. Jänner auf der Schialm "Klippitzthörl" im Oberen Lavanttal in Kärnten statt. Teilnehmen können Mädchen und Buben zwischen 8 und 15 Jahren. Es gibt Gruppen für Anfänger und für Fortgeschrittene. Die Unterbringung erfolgt in 6- und 8-Bettzimmern mit Dursche. Die Kosten betragen (incl. Liftkarte) 2.770 S. Auskünfte erteilt das Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/4137 DW. (Schluß) emw/ko

NNNN

Pan Am fliegt ab Sonntag Wien - New York

=++++

7 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Sonntag wird die Pan Am zweimal wöchentlich New York - Wien - New York fliegen. Die Eröffnung dieser neuen Linie, die für den Wiener Freudenverkehr von großer Bedeutung ist, wird seitens der österreichischer Vizebürgermeister Gertrude FRÜHLICH-SANDNER vornehmen. Die erste Maschine der Pan Am aus New York wird am Sonntag, dem 4. Dezember um 9.55 Uhr auf dem Flughafen Wien-Schwechat ankommen. (Schluß) emw/ko

NNNN

FPÖ lehnt Wiener Budget ab

Utl.: Hirnschall kritisiert falsche Prioritäten

=++++

8 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ im Wiener Rathaus wird das Wiener Budget 1984 ablehnen, erklärte Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL Freitag in einem Pressegespräch. Als Hauptgrund für die Ablehnung bezeichnete Hirnschall die falsche Prioritätensetzung bei den Investitionen. Man könne nicht neben Großprojekten wie dem AKH und dem Hochwasserschutz gleichzeitig zwei U-Bahn-Linien, die U 3 und die U 6, bauen. Dabei muß ein so dringendes Projekt wie das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost unter die Räder kommen. Man hätte, so Hirnschall, statt des Parallelbauens zuerst die U 6 fertig stellen und erst dann mit der U 3 beginnen sollen.

Trotz dieser Fehlentscheidung könnte jedoch mit dem Krankenhausbau begonnen werden. Nach Ansicht der FPÖ sollten die als Folge des Maßnahmenpaketes der Bundesregierung entstehenden Mehreinnahmen für eine erste Baurate des Krankenhauses Ost verwendet werden.

Die FPÖ wird sich in der kommenden Budgetdebatte auch für eine wirksamere Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften einsetzen. Das Rathaus sollte darüber hinaus eine eigene Beschwerdestelle für Genossenschaftsmieter und Wohnungseigentümer ins Leben rufen. (Schluß) sei/ko

NNNN

Biographie über Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler erschienen

=++++

9 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Im Roten Salon des Rathauses wurde Freitag die erste umfassende Biographie über den großen Mediziner und Sozialreformer der Ersten Republik und Amtsführenden Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Julius TANDLER in Anwesenheit von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vorgestellt. Verfasser des im Dr. A. Schendl-Verlag, Wien, erschienen Buches ist Dr. Karl SABLİK, Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Medizin der Universität Wien, der diese Biographie nach jahrelangen Forschungsarbeiten schrieb.#

Univ.-Prof. Dr. Stacher unterstrich bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des Wirkens von Univ.-Prof. Dr. Tandler. Wiens Gesundheits- und Sozialwesen genießt heute internationale Anerkennung. Grundlage dafür sind die von ihm geprägten Grundsätze und durchgeführten Reformen. Sein "geschlossenes System der Fürsorge" wurde bahnbrechend und beispielgebend für die moderne Sozialarbeit und das Sozialversicherungssystem. Seine wissenschaftlich geordnete Denkweise hatte zur Folge, daß er sich primär der Kinder und Jugendlichen annahm, der für die Zukunft wichtigsten Bevölkerungsgruppe. Er führte für die Jugend ein ganzes System von sich gegenseitig ergänzenden Hilfsmaßnahmen ein. Dazu gehört unter anderen die Schaffung von Jugendzahnkliniken, der Bau von Lungenheilstätten, der Kauf von Radium für Krebskranke und vieles andere mehr.

Abschließend sprach der Stadtrat die Hoffnung aus, daß das Buch eine möglichst große Verbreitung finden möge. "Nicht das einzelne Wort, das Tandler gesprochen hat, oder die einzelne Meinung, die er geäußert hat, sondern der Geist, in dem er gearbeitet hat, soll uns auch heute noch ein Vorbild sein", erklärte Univ.-Prof. Dr. Stacher. (Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Festwochen 1984 (1)

Utl.: "Zeit der Puppen" in der Innenstadt

=++++

10 #Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Die "Zeit der Puppen" als neue Idee im Festival der Heiterkeit, modernes Musiktheater in Eigenproduktionen und prominente Theatergastspiele, sind drei Schwerpunkte der Wiener Festwochen 1984 (12. Mai bis 17. Juni), deren Programm Kulturstadtrat Franz Mrkvicka am Freitag vorstellte. Dazu kommen das Musikfest der Gesellschaft der Musikfreunde mit prominenten Gästen, die Ausstellung "1984", Avantgarde auf dem Karlsplatz und Bezirksfestwochen mit dem Fo-Theater, "Screwball Comedies" im Filmmuseum, eine Alban-Berg-Woche in der Staatsoper und die Ringvorlesung, die diesmal "Macht und Gewalt in Politik und Literatur des 20. Jahrhunderts" zum Thema hat.#

Die "Zeit der Puppen" wird Wiens Innenstadt für zwei Wochen in eine Puppenlandschaft mit zahlreichen Figuren verwandeln. Ausstellungen, Puppentheater in der Secession, "Pupperlhutschen" im Metropol und das "Festival der Clowns" - diesmal im Messepalast komplettieren das Programm.

Mit der Eigenproduktion des Auftragswerkes "Weltuntergang" von Wilhelm Zobl und Peter Vujica, der Uraufführung der "Volksoper" von Dieter Kaufmann und der Operncollage "Rauschende Engel", der Grupa Accion Instrumental - ebenfalls eine Uraufführung - leisten die Festwochen einen wesentlichen Beitrag zum heimischen Musiktheater der Gegenwart.

Theaterfreunde kommen bei den Gastspielen auf ihre Rechnung: Bereits vor den Festwochen gastiert die Royal Shakespeare Company mit "Much Ado About Nothing" im Burgtheater und mit Edward Bonds "Lear" im Schauspielhaus. Im Theater an der Wien sind Kleists "Hermannsschlacht" in der Aufführung des Schauspielhauses Bochum (Regie Claus Peymann), Peter Zadeks Inszenierung von Ibsens "Baumeister Solness" am Münchner Residenztheater, "Bye, Bye Show Biz" von Jerome Savary und "The American Dance Machine" mit den besten Broadway-Choreographien zu sehen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Festwochen 1984 (2)

Utl.: "Orwell und die Gegenwart"

=++++

11 Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Als zentrale Ausstellung bei den Festwochen ist die Schau "1984 - Orwell und die Gegenwart" im Museum des 20. Jahrhunderts zu sehen. Das Künstlerhaus zeigt "Grafik des deutschen Expressionismus".

Nach einjähriger Pause zieht das Gemeindehof-Theater - diesmal mit ~~Fe's~~ "Mamas Mariuhana ist das Beste" - wieder durch die Bezirke. Im Rahmen der Bezirksfestwochen ist auch eine Bezirksgala mit den besten Künstlern aus dem Bezirk in Favoriten geplant. "Paradiese" ist das ~~Notz~~ der Avantgarde-Veranstaltungen, die auf dem Karlsplatz, in der Szene Wien und in der Secession stattfinden werden.

Zwtl.: Musikfest mit prominenten Namen

Mit Giulini, Levine, Muti und Ozawa kann das Musikfest der Festwochen, das vom 19. Mai bis 17. Juni stattfindet, wieder mit prominenten Namen aufwarten. Die Wiener Staatsoper setzt mit der Alban-Berg-Woche, in deren Mittelpunkt eine Ballett-Premiere steht, einen besonderen musikalischen Schwerpunkt.

Das Filmmuseum zeigt schließlich "Screwball-Comedies", Meisterwerke der Filmkomödie aus den Dreißigerjahren. (Schluß)
gab/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 3. Dezember 1983

Blatt 3235

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Kuratorium Wiener Pensionistenheime
(rosa)

Lokal: Neue Verkehrsampel beim Schloß Schönbrunn
(orange) Jubiläumswarte: Sanierung abgeschlossen

Neue Verkehrsampel beim Schloß Schönbrunn

=++++

1 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Montag mittag wird auf der Kreuzung der Schloßallee mit der Hadikgasse eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen werden. Die Ampel bietet vor allem mehr Sicherheit für die Fußgänger, für die auch ein neuer Schutzweg über die Hadikgasse angelegt wurde. Die Straßenbahn, die aus der Schloßallee in die Hadikgasse oder umgekehrt einbiegt, hat jetzt eine eigene Abbiegephase.

Zugleich wurden die alten Verkehrsampeln an der Kreuzung Schönbrunner Schloßstraße - Schloßbrücke und an der Kreuzung Linke Wienzeile - Schloßbrücke durch neue Verkehrslichtsignalanlagen ersetzt. Die Schaltung der drei Anlagen ist aufeinander abgestimmt.
(Schluß) sc/ko

NNNN

Jubiläumswarte: Sanierung abgeschlossen

=++++

2 #Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Die Sanierung des "Stoppelziehers", der Jubiläumswarte in Ottakring, ist nun abgeschlossen. Die Aussichtswarte, die mit finanzieller Unterstützung des Vereins Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume, wiederhergestellt wurde, steht den Ausflüglern nun wieder zur Verfügung.# (Schluß)
hs/gg

NNNN

Kuratorium Wiener Pensionistenheime

Utl.: Konstituierung des neuen Vorstandes

=++++

3 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime fand die konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes statt. Präsident des Kuratoriums ist Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Gemeinderat Eveline ANDRLIK (SPÖ), zum zweiten Vizepräsidenten Gemeinderat Leopold TRAINDI (ÖVP) gewählt.

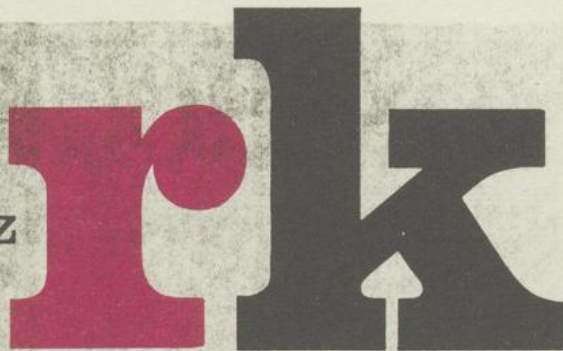
Dem Vorstand gehören außer dem Präsidenten und den Vizepräsidenten die Mitglieder Gemeinderat Ilse FORSTER, Gemeinderat Erich HUBER, 3. Landtagspräsident Erika KRENN, Gemeinderat Karl LACINA, Gemeinderat Dr. Johannes SWOBODA und Gemeinderat a. D. Anton WINDHAB (alle SPÖ) sowie Gemeinderat Dr. Marilies FLEMMING, Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS und Gemeinderat Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (alle ÖVP) an. Darüber hinaus sind im Vorstand noch Vertreter des Sozialamtes, der Finanzverwaltung und des Kontrollamtes sowie der Geschäftsführer des Kuratoriums Gemeinderat Herbert DINHOF. (Schluß)

zi/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 5. Dezember 1983

Blatt 3239

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio!"
ausgesendet: Jugendzentrum Strebersdorf wieder voll in Betrieb
(grau)

Kommunal: Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes
(rosa) Wiener Gemeinderat

Kultur: Webern-Faksimilie der Stadtbibliothek
(gelb) Programm für "Musiksommer 84" liegt vor

Nur
über FS: 3.12. Kurzfristige Verkehrsbehinderung auf dem Handelskai
5.12. Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 2. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio!" (1)

=++++

12 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Ab sofort wird es keine Musik mehr in den U-Bahn-Stationen geben. Dies teilte Verkehrsstadtrat Johann HATZL der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Hatzl erklärte, er habe sich nach Absprache mit dem ORF-Generalintendanten Gerd BACHER dazu entschlossen, die "Aktion U-Bahn-Radio" ab sofort zu stoppen.

Bei Beginn der Aktion vor zwei Wochen war über Wunsch von Stadtrat Hatzl bereits mit dem ORF vereinbart worden, das U-Bahn-Radio vorerst nur im Probetrieb laufen zu lassen, um die Reaktionen der Fahrgäste zu erfassen. Neben positiven Reaktionen haben zahlreiche Fahrgäste ihre Bedenken und ihr Mißfallen geäußert. Deshalb wird das U-Bahn-Radio nun noch vor Ablauf der Probezeit eingestellt. Hatzl dazu: "Es war keinesfalls meine Absicht, mit der Einführung von Musik in den U-Bahn-Bahnsteigen die Fahrgäste zu verärgern, sondern ich habe mich zunächst der Meinung von namhaften Experten und des ORF angeschlossen, die eine Musikuntermalung in den U-Bahn-Stationen als durchaus angenehme Empfindung für die Wartenden prognostizierten". Dazu gab es auch eine positive Voruntersuchung aus dem Jahre 1978. Der Verkehrsstadtrat betonte, daß das U-Bahn-Radio für ihn weder eine Prinzipsache, noch eine politische Entscheidung sei, und bedauerte, daß diese Frage von der großen Oppositionspartei doch zum politischen Thema hochstilisiert wurde. Als zuständiger Politiker für die Verkehrsbetriebe sehe er seine Aufgabe darin, diesen Betrieb aus dem politischen Streit herauszuhalten, und er habe daher angeordnet, das U-Bahn-Radio einzustellen, sagte Hatzl. (Forts.) ba/gg

NNNN

.....
Bereits am 2. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: "Aus für U-Bahn-Radio" (2)

Utl.: Die Idee des U-Bahn-Radios

=+++++

13 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Bereits vor Jahren, nach der Einführung der Stationsansagen in den Straßenbahnwagen mit Hilfe eines Tonbandes, wurde an die Wiener Verkehrsbetriebe von den Fahrgästen der Wunsch herangetragen, auch Musikübertragungen durchzuführen. 1978 wurde von einem Meinungsforschungsinstitut eine Untersuchung zum Thema "Musik in der U-Bahn-Station" durchgeführt, wobei rund 70 Prozent der Befragten ein Musikprogramm befürworteten.

Da es nun aus betrieblichen Gründen notwendig war, Verbesserungen an den Lautsprecheranlagen und am Leitungsnetz durchzuführen - die Durchsagen waren zumeist unverständlich, was zu zahlreichen Beschwerden führte - ergab sich die Möglichkeit, gleichzeitig dem Wunsch des ORF und zahlreicher U-Bahn-Fahrgäste nach Musikübertragung nachzukommen. Das Hauptanliegen der Verkehrsbetriebe war es jedoch, ein Lautsprechernetz mit verbesserter Qualität zu schaffen, das auch im Krisenfall störungsfreie Durchsagen ermöglicht. Diese Arbeiten haben inklusive Mehrwertsteuer 3 Millionen Schilling gekostet und wären auf jeden Fall im Interesse einer Verbesserung im öffentlichen Verkehr und der Sicherheit der Fahrgäste durchgeführt worden. (Forts. mgl.) ba/ko

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Jugendzentrum Strebersdorf wieder voll in Betrieb

=++++

5 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der Wiederinbetriebnahme des teilweise neu eingerichteten Jugendzentrums Strebersdorf stattete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dem Zentrum Freitag abend einen Besuch ab. Das Jugendzentrum Strebersdorf befindet sich in Wien 21, Dr.-Albert-Geßmann-Gasse 38. Es ist, wie die meisten städtischen Jugendzentren, Montag bis Freitag von 14 bis 22 Uhr geöffnet, wobei jeweils montags das Zentrum Jugendorganisationen, Clubs und Vereinen für Gruppenaktivitäten zur Verfügung steht. Schülerclubs und Schülerparties werden regelmäßig abgehalten, außerdem gibt es einen Club der 13- bis 15jährigen.

Für freie Aktivitäten steht das Jugendzentrum Dienstag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr allen Kindern, von 17 bis 22 Uhr allen Jugendlichen zur Verfügung. Es gibt ein Jugendcafe, eine Diskothek, zwei Mehrzweckräume, Tischtennis- und Billardtische, einen Werkraum und ein Fotolabor. Ein spezieller Hit des Jugendzentrums Strebersdorf ist die 3.000 Quadratmeter große Grünfläche. (Schluß)
emw/gg

NNNN

Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

=++++

1 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Novellierung des Wiener Krankenanstaltengesetzes wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales einstimmig beschlossen. Die Novelle, die kommenden Mittwoch, den 7. Dezember dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorliegen wird, sieht unter anderem Änderungen der Verschwiegenheitspflicht bzw. der Führung von Krankengeschichten bei der Entnahme von Organen oder Organteilen zum Zweck der Transplantation vor. Darüber hinaus ist im Rahmen dieser Novellierung auch eine Änderung der sogenannten Schiedskommission vorgesehen. Sie wird künftighin paritätisch von der Sozialversicherung und den Rechtsträgern der öffentlichen Krankenanstalten zusammengesetzt sein. (Schluß) zi/ko

NNNN

Webern-Faksimile der Stadtbibliothek

=++++

9 Wien, 5.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA präsentierte am Wochenende im Wiener Konzerthaus ein Webern-Faksimile, das die Wiener Stadt- und Landesbibliothek anlässlich des 100. Geburtstages des Komponisten herausgegeben hat. Das Originalmanuskript ist im Besitz der Stadtbibliothek. Mit diesem Faksimile der großen Fassung von Weberns sechs Orchesterstücken Opus 6 liegt nun das einzige Faksimile eines vollständigen Werkes Weberns vor.

Das Faksimile ist in einer Auflage von 300 Stück erschienen. Exemplare werden an in- und ausländische Bibliotheken, Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen abgegeben. (Schluß)
gab/ap

NNNN

Programm für "Musiksommer 84" liegt vor

=++++

14 #Wien, 5.12. (RK-KULTUR) Mit den "Tagen der Chormusik", Opernabenden im Schönbrunner Schloßtheater und der "österreichischen Musik des 20. Jahrhunderts" bietet der Musikalische Sommer 1984 neben den gewohnten Konzertreihen drei neue Zyklen an. Der Wiener Musiksommer beginnt am 28. Juni mit dem Eröffnungskonzert der Wiener Symphoniker im Musikverein und dauert bis 31. August. #

Wie gewohnt bietet der Musikalische Sommer wieder Symphonische Orchesterkonzerte im Arkadenhof, Schönbrunner Schloßkonzerte, Palaiskonzerte, Kirchenkonzerte und Konzerte an Gedenkstätten. Die erfolgreichen Schrammelabende in schönen Wiener Innenhöfen werden ebenso fortgesetzt wie die Tanzabende im Arkadenhof - diesmal mit dem Tanztheater Wien in der Choreographie von Liz King -, und das Festival "Japan in Wien". Promenaden- und Parkkonzerte finden wieder bei freiem Zugang statt.

Die "Tage der Chormusik" bieten drei Veranstaltungen im großen Musikvereinssaal, im Arkadenhof des Rathauses und im Stephansdom, die Opernabende sind Josef Haydns "La vera costanza" gewidmet, die insgesamt fünf Abende mit österreichischer Musik des 20. Jahrhunderts" finden im Palais Liechtenstein statt.

Das Vorprogramm des Musikalischen Sommers ist in der Stadtinformation im Wiener Rathaus und in der Informationsstelle des Fremdenverkehrsverbandes in der Operngasse erhältlich. Der detaillierte Hauptprospekt erscheint im April 1984. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde heute, Montag, unter Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) um 9 Uhr mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche dienstrechtlichen Maßnahmen aufgrund der vom Kontrollamt im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe aufgezeigten Vorfälle veranlaßt wurden, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPö), wegen der eingeleiteten polizeilichen Erhebungen habe der Bürgermeister mit 29.11.1982 zwei Bedienstete der MA 17 vom Dienst suspendiert. Die MA 17 habe aufgrund des Kontrollamtsberichtes Anzeige gegen unbekannte Täter erhoben. Die Staatsanwaltschaft Wien habe das Verfahren gegen drei Bedienstete eingestellt, die Hauptverhandlung gegen zwei weitere Bedienstete wurde zur weiteren Beweisaufnahme vertagt. Vorerhebungen gegen weitere Bedienstete wurden beantragt. Bis zur Beendigung der Strafverfahren haben die Disziplinarverfahren zu ruhen.

Auf die ZUSATZFRAGE, warum gegen den Primarius und den Oberpfleger kein Disziplinarverfahren wegen Vernachlässigung der Dienstaufsicht eingeleitet wurde, antwortete StR. SEIDL, auch gegen diese beiden seien strafrechtliche Maßnahmen ergriffen worden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP), welche Kosten bisher für den Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost aufgelaufen seien, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), daß bisher Planungskosten von 120 Millionen Schilling entstanden seien. Die Planung sei derzeit unterbrochen. Erst wenn die Mittel für Fremdpatienten und freiwerdende Mittel nach Abschluß des Baues des Allgemeinen Krankenhauses zur Verfügung stünden, könne die Planung fortgesetzt werden. Etwa ein halbes Jahr nach Wiederaufnahme der Planung sei mit dem Baubeginn zu rechnen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPö), ob aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage vermehrte Anträge auf Rückerstattung der Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Steuer) zu verzeichnen seien, antwortete StR. MAYR (SPö), dies sei nicht der Fall. Ebenso wenig sei mit einem Rückgang der Einnahmen aus der Dienstgeberabgabe zu rechnen.

Auf die Zusatzfrage, ob eine Erhöhung der Dienstgeberabgabe diskutiert werde, erklärte StR. Mayr, daß diese seit 1970 unverändert geblieben sei. Eine Erhöhung stehe nicht zur Diskussion.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), ob angesichts der Trockenperiode im heurigen Herbst die Wiener Wasserversorgung im nächsten Jahr gesichert sei, antwortete StR. SCHIEDER (SPö) mit Ja.

Auf die Zusatzfrage, ob die Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung als Notstandsmaßnahme geplant sei, erklärte Schieder, er könne dies nicht bestätigen. (Schluß) jel/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPö), wann die Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizeigesetz im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Verbesserung der Luftreinhaltung vorliegen werden, sagte StR. SCHIEDER (SPö), daß die Magistratsabteilung 64 entsprechende Entwürfe bereits teilweise ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesendet, teilweise noch in Arbeit habe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (öVP), wann der bereits angekündigte Ideenwettbewerb für das Areal des alten AKH stattfinden werde, sagte StR. HOFMANN (SPö), daß der Zeitpunkt möglichst nahe an die tatsächliche Realisierung gerückt werden soll, also nicht vor fünf Jahren. Weiters sagte Hofmann, daß die Planungsprämissen auch die Grünflächengestaltung enthalten sollen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. KNEISLER (SPö), wann mit dem Baubeginn der U-Bahn-Linie 3 zu rechnen sei, sagte StR. HATZL (SPö), daß die Vorarbeiten bereits laufen. Am 3. Jänner 1984 ist der Baubeginn für den Abschnitt Gigergasse - Landstraßer Hauptstraße 31 vorgesehen. Dieser Abschnitt wird im Rohbau 900 Millionen Schilling kosten, mit dem Baubeginn werden die bisherigen Straßenbahnlinien "J" und "T" durch Autobusse ersetzt werden. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie es zu Kostensteigerungen von 128 Millionen Schilling bei der Wohnhausanlage "Am Heidjöchl" kommen konnte, die weder durch Baupreissteigerungen noch durch die zusätzlichen Wohnungen gerechtfertigt seien, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß er im Hinblick auf die laufend erhobenen Vorwürfe das Kontrollamt eingeschaltet habe, um die Stellungnahme der städtischen Wohnbauabteilung überprüfen zu lassen. Angaben über die künftigen Betriebskosten könne er noch nicht machen. Hofmann kündigte an, daß es für die Mieter des Heinz-Nittel-Hofes eine Kostenreduktion geben werde.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), wieviele Startwohnungen gemäß den Bestimmungen des Startwohnungsgesetzes bisher an junge Menschen vergeben wurden, antwortete StR. Ing. Hofmann (SPÖ), daß im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien bisher noch keine Bewerbungen um Wohnungen im Sinne des Bundesgesetzes vorliegen, daß aber 30 Anmeldungen für eine ähnliche Aktion der Stadt Wien eingebracht wurden, bei der kleinere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Der Ansicht der ÖVP, die 100.000-Schilling-Wohnstarthilfe sei effizienter, könne er sich nicht anschließen. Bei künftigen neuen bundesgesetzlichen Regelungen wird sich Hofmann dafür einsetzen, daß die Förderung des Neubaus und der Sanierung von bestehender Substanz gleichgestellt wird.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ), wie hoch der Investitionsaufwand der Heizbetriebe im neuen Wirtschaftsjahr sein wird, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß Ausgaben von 700 Millionen geplant sind. Davon entfallen 231 Millionen auf Investitionen für neue Projekte. Schwerpunkte werden Netzverdichtungen im 2., 11. und 19. Bezirk sowie Verbesserungen bei den Fernwärmewerken sein. Die Verringerung des Schweröleinsatzes reduziert den Schwefeldioxidausstoß und erspart 350 Millionen Schilling jährlich an Devisen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Ilse FORSTER (SPÖ), welche Preise die Stadt Wien im Kulturbereich vergibt, zählte StR. MRKVICKA (SPÖ) folgende Preise auf: Jährlich werden 12 Preise der Stadt Wien für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit einer Dotierung von je 75.000 Schilling vergeben. Dazu kommen Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung, die seit 1971 alle drei Jahre mit einer Gesamtdotierung von 600.000 Schilling vergeben werden. Weiters gibt es jährlich 12 Förderungspreise mit je 40.000 Schilling, Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien, Wissenschafts- und Arbeitsstipendien, das Elias-Canetti-Stipendium, die Josef-Kainz-Medaille, den Nestroyring sowie Stadt- und Landesehrenzeichen. Eine Änderung ist bei den Preisen der Stadt Wien für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung vorgesehen, die künftig für die Bereiche Kunst und Bildung geteilt vergeben werden sollen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wie sich die angekündigte 8,5 prozentige Kürzung des Kunstbudgets 1984 auf die Stadt Wien auswirken wird, antwortete StR. MRKVICKA, daß das Bundesfinanzgesetz noch nicht beschlossen sei und man daher noch nicht sagen könne, in welcher Form die Stadt Wien von den Kürzungen betroffen wird. Der Theaterbetrieb in den Spielstätten der Stadt Wien bleibe jedenfalls gesichert. Bei den Wiener Symphonikern soll der fehlende Betrag im Laufe des Jahres zugeschossen werden.

(Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP) nach den Plänen für die Verwendung des Messepalastes, erklärte StR. MRKVICKA, daß in erster Linie an eine museale Nutzung gedacht sei. Dazu kommen noch Kommunikations- und Veranstaltungszentren. Über Verhandlungen mit der Holding über die Kündigung der Messe AG könne er als Kulturstadtrat keine Auskunft geben, sagte Mrkvicka.

Auf die 15. ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ) über die Erfahrungen mit den Ampeln, die in den Nachtstunden auf Blinkbetrieb umgeschaltet sind, stellte StR. RAUTNER (SPÖ) fest, daß derzeit 35 Ampeln zwischen 21 Uhr und 5 Uhr im Blinkbetrieb laufen. Nach den bisherigen Erfahrungen könne man weder eine erhöhte Unfallhäufigkeit noch eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit bei den Autofahrern feststellen. Die Reaktionen der Bevölkerung sind durchaus positiv. Signifikante Aussagen wird man erst nach einem Jahr machen können. Bei der Magistratsabteilung 46 liegen weitere Anträge auf Umstellung von Ampeln auf nächtlichen Blinkbetrieb vor.

Auf die 16. ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), mit welchem Arbeitsaufwand die Abrechnung der Abgabe auf unvermietete Wohnungen verbunden sei, erklärte StR. MAYR (SPÖ), daß der Arbeitsaufwand möglichst gering gehalten wird. Die Abgabe auf unvermietete Wohnungen ist eine Selbstbemessungsabgabe, die vierteljährlich eingezahlt werden soll. Die Verrechnung erfolgt über EDV. Bis 31. März jedes Jahres ist eine Steuererklärung einzureichen. Das Gesetz nimmt Rücksicht auf den Eigenbedarf von Wohnungen. Außerdem sind Häuser mit nur zwei Wohnungen nicht erfaßt. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

10 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Seitens der ÖVP lagen zwei schriftliche Anfragen sowie zwei Anträge vor, die den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden.

Zwtl.: Neuer Gemeinderat

GR. Komm. Rat. PELZELMAYER (ÖVP) hat mit Wirksamkeit vom 30. November sein Mandat zurückgelegt. Pelzelmayer war seit 20 Jahren im Gemeinderat tätig, bis 1973 war er als amtsführender Stadtrat für das Ressort Wirtschaftsangelegenheiten zuständig. Als Nachfolger für Pelzelmayer wurde GR. Peter LANGHAMMER (ÖVP) angelobt.

Zwtl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

StR. MAYR (SPÖ) berichtete über den Voranschlag der Stadt Wien für 1984. Mayr verwies auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieses Budgets. So sei die internationale Konjunkturlage noch immer schlecht, und gerade die Ostregion Österreichs - Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark - habe in den letzten fünf Jahren 30.000 Arbeitsplätze eingebüßt, während es in den westlichen Bundesländern 60.000 neue gebe. Der Anteil der Ostregion am Bruttoinlandsprodukt sei ständig im Sinken, wobei dieser Trend in den letzten fünf Jahren allerdings schon stark abgeschwächt werden konnte. Die Ursachen für diese Tendenz seien der Bevölkerungsverlust der Ostregion, ihre Randlage, ihr verspäteter wirtschaftlicher Start durch die sowjetische Besetzung sowie ihr hoher Anteil an strukturschwachen Wirtschaftssektoren wie etwa der "Schornsteinindustrie".

Als notwendige Strategien dagegen nannte Mayr eine gemeinsame Wirtschaftspolitik von Wien und Niederösterreich anstelle der bisherigen Konfrontationen. Weiters müßten Verkehrsverbindungen, vor allem Eisenbahnlinien und Schifffahrt, ausgebaut werden, um die Nachteile der Randlage zu mindern. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Donau als Wasserweg sprach sich Mayr für den Bau des Kraftwerkes Hainburg aus. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Budgetrede StR. Mayr

=++++

11 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Als weitere Maßnahme zur Stärkung der Ostregion nannte Mayr eine verstärkte Exportförderung, um vor allem kleineren Betrieben Möglichkeiten auf diesem Gebiet zu eröffnen, sowie die Vorantreibung und Förderung von Innovationen.

Bei den Arbeitsplätzen sei ein deutlicher Rückgang zu beobachten, stellte Mayr fest, obwohl die Situation in Wien mit angenommenen 4,1 Prozent Arbeitslosen für das kommende Jahr besser als im übrigen Bundesgebiet sei. Bei der Lehrstellenfrage habe man ein gleich gutes Ergebnis wie im Vorjahr erreicht. Mit 1. Dezember gab es noch 609 Lehrstellensuchende, die aber alle aus irgendwelchen Gründen besonders schwer zu vermitteln seien. Erstmals seit 1980 geht die Zahl der angebotenen Lehrstellen nicht mehr zurück, gleiches gilt für das Angebot an freien Arbeitsplätzen. Auf diesem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit - bei den 19- bis 25jährigen - liegt Wien ebenfalls günstiger als alle anderen Bundesländer. Eine Zusammenarbeit der zuständigen Stellen soll hier noch zu einer weiteren Entlastung führen. In diesem Zusammenhang kündigte Mayr für eine der kommenden Gemeinderatssitzungen die Vorlage konkreter Projekte an. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

12 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Mayr wies auf die Finanzausgleichsverhandlungen 1984 hin. Die Verhandlungen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds werden parallel dazu geführt.

Mayr nahm Bezug auf die Aussage des Grazer Vizebürgermeisters Stingl, wonach die Gesamtausgaben von Wien im Verhältnis 23 : 1 zu denen von Graz, bei einem Bevölkerungsverhältnis von 7 : 1, stünden. Mayr wies korrigierend darauf hin, daß bei dieser Berechnung nur die Ausgaben des ordentlichen Budgets der steirischen Landeshauptstadt herangezogen worden seien, und wies darauf hin, daß Wien als Bundeshauptstadt ein Mehr an Aufgaben habe als eine Landeshauptstadt. Die Besonderheiten des Wiener Budgets, wie zum Beispiel der Schuldendienst für Dritte, bringen im direkten Vergleich eine Korrektur dieser Aussage zugunsten Wiens.

Das Wiener Budget sieht Einnahmen von 63,8 Milliarden und Ausgaben von 69,3 Milliarden bei einem Abgang von 5,5 Milliarden vor. Die Einnahmen des Budgets 1984 steigen gegenüber 1983 um 5,4 Prozent, die Ausgaben um 5,6 Prozent. Mayr erklärte, daß bei den Einnahmen das Maßnahmenpaket der Bundesregierung bereits berücksichtigt sei und daß 1984 keine Maßnahmen für eine Einnahmenerhöhung zu erwarten seien. Man werde, erklärte Mayr, mit der gegebenen Situation das Auslangen finden.

In bezug auf den Abschluß der Gehaltsverhandlungen für öffentliche Bedienstete wies Mayr darauf hin, daß mit einem Prozentsatz von 3,5 Prozent kalkuliert worden sei. Die tatsächliche Erhöhung von 4,1 Prozent müsse im Budgetvollzug geklärt werden.
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr

=++++

13 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Mayr wies darauf hin, daß die Stadt Wien mit einem Investitionsrahmen von 10,2 Milliarden für 1984 eine Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben von 1,135 Milliarden oder 13,1 Prozent gegenüber 1983 verzeichnet. So sind etwa für den U-Bahn-Bau 2,102 Milliarden vorgesehen, für den kommunalen Wohnbau 3,609 Milliarden als Wiener Anteil. Zum SMZ-Ost sagte Mayr, daß Wien sich dieses Spital erst leisten könne, wenn es bei der Abdeckung der Kosten für den klinischen Mehraufwand und für die Nichtwiener Patienten in den Wiener Spitalern besser dotiert werde. Wien könne nicht die freiwillige Spitalsversorgung von mehr als 20 Prozent der Bevölkerung eines anderen Bundeslandes übernehmen, sagte Mayr.

Mayr wies auch auf die Erhöhung der Sozialausgaben von 2,690 Milliarden (1983) auf 2,876 Milliarden (1984) hin und sagte, Wien komme damit im Jahr 1984 seinen sozialen Verpflichtungen ebenso nach wie den wirtschaftlichen. Für 1984 sei es gelungen, das Defizit zu bremsen, den Abgang der Verkehrsbetriebe zu verringern und mit den Investitionen Prioritäten zu setzen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Budgetdebatte StR. Mayr

=++++

15 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Für die kommenden fünf Jahre rechne er mit einem Steigen der Einnahmen um 4,1 Prozent und einer Zunahme der Ausgaben um 5,6 Prozent, führte StR. Mayr aus. Dies müsse zu neuen Formen führen, dürfe jedoch keine Verringerung der Qualität bedeuten. Als Beispiel solcher neuen Formen zitierte Mayr Umweltstadtrat Schieder: "Müllverhinderung ist die beste Müllabfuhr". Finanzstadtrat Mayr verlangte eine Änderung des Finanzausgleiches. Dies solle nicht in Richtung einer Unterstützung Wiens durch die anderen Finanzausgleichspartner führen, die Wiener sollten nur das auch erhalten, was sie erarbeiten. Diese Forderung schließe selbstverständlich den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen ein. Es müssen alle die angemessenen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Die Finanzausstattung müsse also so erfolgen, daß Wien die Möglichkeit habe, seine Aufgaben selbst zu erfüllen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte

=++++

16 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, steigende unbedeckte Ausgaben führten zu einer Verringerung des Investitionsspielraums. Bei einer Neuordnung des Finanzausgleiches könne Wien keine Unterstützung von den anderen Bundesländern erwarten. Hirnschall verwies auf die Forderung Niederösterreichs, die Zweitwohnungsbesitzer im Finanzausgleich zu berücksichtigen. Auch von den Krankenkassen dürfte, so Hirnschall, nicht viel zu holen sein, obwohl sie derzeit Milliardenüberschüsse der Pensionsversicherung zufließen lassen, statt sie für eine kostendeckende Beitragsleistung zu verwenden. Als positiv bezeichnete Hirnschall den deutlich sinkenden Personalaufwand, obwohl der Personalstand insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen steige. Dies sei auf die Einsicht und Opferbereitschaft der städtischen Bediensteten zurückzuführen, die sich mit Gehaltserhöhungen zufriedengegeben haben, die hinter Budget- und Preisentwicklung deutlich zurückbleiben. Bei den Investitionen kritisierte Hirnschall eine nach Ansicht der FPÖ falsche Prioritätensetzung: Es dürften nicht zwei U-Bahn-Linien (U 3 und U 6) gleichzeitig gebaut werden. Günstiger wäre es, zuerst die U 6 und die Verlängerung bestehender Linien zu bauen. Die falsche Prioritätensetzung führe aber auch zu einer Senkung der Bauraten Wiens für den Neubau des AKH. Der Voranschlag trage auch nicht dem dringend notwendigen Bau des Krankenhauses im SMZ-Ost Rechnung. Offene Forderungen an den Finanzausgleich und den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds nach angemessener Kostenbeteiligung an der Gesundheitsfürsorge Wiens für Nicht-Wiener-Patienten dürfen nicht zu Lasten der Bewohner von Floridsdorf und Donaustadt gehen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung erschließe Wien Einnahmen von 400 Millionen, die für dieses Krankenhaus verwendet werden können. Auch beim Hochwasserschutz und bei der Entsorgung vermißt Hirnschall andere Prioritätensetzungen. Abschließend kritisierte er die mangelnde Kontrolle sozialer Wohnbauträger. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte

=++++

17 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP wird dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen, weil damit die Wirtschaftspolitik für die Zukunft nicht bewältigt werden kann, erklärte Dkfm. Dr. WÖBER (öVP). Notwendig sei eine Wien-Initiative, die Ideenreichtum und Innovation fördert, die Privatinitiative motiviert und der Wirtschaft durch einen Belastungsstopp eine Atempause gönnt. Die öVP fordert Budgetumstrukturierung und forcierte Stadterneuerung.

Wöber kritisierte, daß immer weniger Beschäftigungsimpulse von Wien ausgehen. In den letzten Jahren seien 32.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Der Verbraucherpreisindex ist von 1976 bis 1982 um 8,5 Prozent gestiegen, die Tarif- und Gebührenerhöhungen machten 36 Prozent aus. Das Budget werde auf Kosten der kleinen Leute saniert. Das sozialistische Budget und die gegenwärtige Wirtschaftspolitik mache die Österreicher immer stärker zu Fürsorge- und Ausgleichszulagenempfängern. Die Gebührenerhöhungen werden zu einer Steuerquelle für die Rathaus-Sozialisten. Wöber bezeichnete diese Form der Gebührenerhöhungen als Kopfsteuern, weil man ihnen auch durch Konsumverzicht nicht ausweichen könne. Den Mehreinnahmen stünden jedoch keine Mehrleistungen gegenüber. Für Investitionen stehe nur mehr ein Siebentel des Budgets zur Verfügung.

Die Umstrukturierung des Wiener Budgets solle eine Stadterneuerungsinitiative auslösen. Die öVP fordert mehr Mittel für Verbesserungen der Wohnumwelt, für den Stadterneuerungsfonds und für die Wohnungsverbesserung. Mit der Stadterneuerung könnten tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Von den Lohnkosten würde ein Großteil wieder der öffentlichen Hand zufließen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte

=++++

18 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Sein Vorredner habe die schwierige Situation Wiens und Österreichs so dargestellt, als handle es sich um eine internationale Ausnahme, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Er habe übersehen, daß ein Gegensteuern nur in begrenztem Ausmaß möglich sei. Trotzdem halte Wien leicht jeden Vergleich mit anderen Städten aus. Mit dem vorliegenden Voranschlag werde die Entwicklung zur Konsolidierung des Budgets durch Eindämmung des Schuldenstandes fortgesetzt. Dabei müsse aber der wirtschaftliche und politische Handlungsspielraum gewahrt bleiben.

Während der Gesamtausgabenrahmen um 5,6 Prozent steige, erhöhen sich die Investitionen im kommenden Jahr um 13,1 Prozent und damit von 9 auf 10,2 Milliarden Schilling. Dies sei keineswegs ein unerheblicher Betrag. Davon sei im Gegenteil ein kräftiger Impuls für die Wiener Wirtschaft zu erwarten. Wesentliches Faktum dabei sei, daß das soziale Netz gewahrt bleibe.

Auch er sei der Meinung, sagte Edlinger, daß die Stadterneuerung eine ganz große Aufgabe für die Zukunft sei, man dürfe aber nicht vergessen, daß bislang schon einiges geschehen sei. So vollziehe sich derzeit die Umstrukturierung des Einsatzes der Mittel von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung.

Das Budget muß sich an den Rahmenbedingungen orientieren, betonte Edlinger. Sowohl bei der Arbeitslosigkeit als auch bei der Inflationsrate liege Österreich weit unter dem CECD-Schnitt. Hauptkriterien für das zu beschließende Budget müßten die Sicherung der Arbeitsplätze, die Stärkung der Wirtschaft, die Verbesserung der Umwelt und eine Garantie für die soziale Sicherheit sein. Diese Kriterien haben auch einen entsprechenden Stellenwert im vorliegenden Budgetentwurf, erklärte Edlinger. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte

=++++

22 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) kritisierte den Bau des Konferenzentrums in der UNO-City als überdimensioniert und nicht notwendig. Er verwies darauf, daß sich 1,4 Millionen Österreicher dagegen ausgesprochen hätten. Die Finanzierung durch arabische Geldgeber sei nicht so günstig, wie dies immer dargestellt werde. Ihre Dividende von 6 Prozent sei steuerfrei. Dem entspreche ein Bruttogewinn von 16 Prozent.

GR. Neumann begrüßte, daß sich StR. Mayr dafür ausgesprochen habe, die Stadt Wien zu 35 Prozent nur an Planung, Bau und Errichtung des Konferenzentrums zu beteiligen, nicht jedoch an den Betriebskosten. Es überrasche ihn, sagte Neumann, daß Finanzminister Salcher nun dennoch von einer möglichen Beteiligung der Stadt Wien an den Betriebskosten spreche.

Abschließend trat GR. Neumann dafür ein, verschiedene kommunale Unternehmungen zu privatisieren. Private Unternehmen wirkten besser im Interesse des Konsumenten als jedes kommunale Betriebsdezernat. "Wir brauchen Unternehmen, die in fairem Wettbewerb tätig sind und nicht mit Steuern und Bürokratie überlastet werden", schloß Neumann. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Generaldebatte

=++++

23 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Alles was seit zehn Jahren im Bereich der Wirtschaftspolitik von der ÖVP kritisiert werde, habe sich letzten Endes als positive Maßnahme bewährt, sagte GR. SALLABERGER (SPÖ). Die SPÖ hat die Förderungspolitik vom "Gießkannenprinzip" auf Schwerpunktförderung umgestellt, die Aktion Baurechtsgründe eingeleitet, forcierte Industrieansiedlungspolitik betrieben, den Wirtschaftsförderungsfonds ins Leben gerufen sowie die Wohnungsverbesserung und den Dachbodenausbau, den Altstadterhaltungsfonds und die Althausmilliarde geschaffen. Zahlreiche Maßnahmen, wie die Wirtschaftsförderung bei der Ankerbrotfabrik, die Betriebsansiedlung von General Motors oder die Althausmilliarde wurden von der großen Oppositionspartei abgelehnt. Oftmals wurde jedoch auch die Ansicht von einer Debatte zur anderen geändert. 1973 hieß es bei der ÖVP noch, man sei für ein Konferenzzentrum, heute ist man dagegen.

Die Sozialisten bekennen sich zur Gemeinwirtschaft sagte Sallaberger, aber die Privatwirtschaft komme deshalb nicht zu kurz. 1982 gab der Bund 734 Millionen für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben aus, ca. 9.000 Betriebe wurden gefördert. Die ÖVP fordert ein sogenanntes Dorfsanierungsprogramm um 20 Milliarden Schilling, obwohl in diesem Wirtschaftszweig viel weniger Menschen arbeiten als früher. Dagegen ist es notwendig, die Stahlindustrie zu subventionieren, weil es hier um den Verlust von Arbeitsplätzen geht. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Generaldebatte

=++++

24 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Seit 1976 habe die ÖVP die Schaffung eines Stadterneuerungsfonds verlangt, der diesbezügliche Antrag sei von der Mehrheitsfraktion sechsmal abgelehnt worden, stellte GR. HAHN (ÖVP) fest. Dadurch seien wertvolle Jahre verloren gegangen. In diesem Zusammenhang verlangte Hahn auch eine möglichst rasche Vorlage der Endabrechnung der Baukosten für den Heinz-Nittel-Hof.

"Der 21. und 22. Bezirk sind in den letzten Jahren Stiefkinder der Wiener Kommunalpolitik gewesen", sagte Hahn. Das zeige beispielsweise das SMZ-Ost, dessen Bau nun auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei. Unter Bezugnahme auf die mangelhafte Spitalsfinanzierung stellte Hahn den ANTRAG, der Finanzstadtrat solle in Verhandlungen zu erreichen versuchen, daß die Krankenversicherungen einen höheren Prozentsatz bei den Pflegegebühren und Ambulanzgebühren der Wiener Krankenanstalten leisten. Dieser Prozentsatz hat sich, wie Hahn in der Begründung des Antrages sagte, in den letzten Jahren ständig verringert. Der Pflegegebührenersatz durch die Wiener Gebietskrankenkasse beträgt derzeit nur 42,2 Prozent bei den Krankenanstalten und sogar nur 29,3 Prozent der Pflegegebühren des AKH. Die Ambulanzkosten sind noch ungenügender gedeckt. Wien erhält darüber hinaus den relativ niedrigsten Pflegegebührenersatz aller Bundesländer.

Für rund 170.000 Wiener Gemeindewohnungen wird seit 1. Juli 1982 ein sogenannter Erhaltungsbeitrag nach dem Mietrechtsgesetz eingehoben. 1984 sollen an Hauptmietzinsen inklusive Erhaltungsbeitrag insgesamt 1,6 Milliarden Schilling eingenommen werden. Diesen Einnahmen stehen im gleichen Jahr keine Ausgaben in der selben Höhe gegenüber. Hahn stellte deshalb den ANTRAG, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Erhaltungsbeitrag in einer eigenen Post auszuweisen und den jeweiligen Überhang einer eigenen zweckgebundenen Sonderrücklage zuzuführen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Generaldebatte

=++++

25 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Um das Budget der Stadt Wien für Politiker und Beamte durchsichtiger zu machen, stellte Hahn den ANTRAG, bei beschlossenen Sachkrediten, die eine Höhe von 10 Millionen Schilling übersteigen und im Laufe des Budgetjahres nicht oder nur zum geringen Teil in Anspruch genommen worden sind, anlässlich des Rechnungsabschlusses dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, aus welchen Gründen die Inanspruchnahme nicht erfolgt ist. (Forts.) roh/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Generaldebatte

=++++

26 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) zog Bilanz über die Situation der Wiener Holding. Die Gründung der Holding sei zweifellos zweckmäßig gewesen und auch heute noch vertretbar, doch ließe die Situation einiger Holding-Firmen, wie Jugend & Volk, Odelga und Serotherapeutisches Institut, das Fehlen eines Marketing-Konzeptes vermuten. Das Wirtschaftscredo der Holding-Firmen dürfe sich nicht auf ad hoc-Strategien beschränken, an den Bedürfnissen der Wiener dürfe nicht vorbeiproduziert werden. So würden die Probleme für den Verlag Jugend & Volk noch größer werden, wenn die Entscheidung der Bundesregierung, auf dem Schulbuchsektor Sparmaßnahmen zu setzen, realisiert werde.

KOROSEC warf Stadtrat Mayr vor, die Einbindung der sanitärmedizinischen Firma ODELGA beim Abschluß des VAMED-Vertrages verabsäumt zu haben. Bei der Messe-AG habe man den Trend zu Fachmessen zu spät erkannt. Korosec erinnerte StR. Mayr daran, daß er die Umsiedlung der Messe-AG in die Rotunde bereits angekündigt hätte, eine Realisierung jedoch noch ausständig sei. Im Bereich des Serotherapeutischen Instituts plädierte Korosec für vermehrte Investitionen und eine Strukturereinigung. (Forts.) jeJ/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Generaldebatte

=++++

27 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Wiener Holding als wesentlicher Bestandteil der Wiener Wirtschaft hin. Eder führte unter anderem die positive Entwicklung des Wiener Hafens an, bei dessen Ausbau auch auf die Natur Rücksicht genommen wird. Im Bereich der Wiener Messe ist ein neues Konzept in Arbeit, um besser auf die Fachmessen eingehen zu können. Die WIBEBA, laut Gemeinderat Ing. Worm eines der "bestgeführten" österreichischen Bauunternehmen, die Fertigteilbau Wien und die GESIBA sind für die Wiener Bauwirtschaft und für den Wohnungsbau von großer Bedeutung. Schließlich nannte Eder auch noch die Kulturbetriebe der Holding, wie das Theater an der Wien mit seinem derzeitigen Serienerfolg "Cats", die Stadthalle, die in 25 Jahren 35 Millionen Besucher verzeichnete, und die Kiba, die dem Kino in Wien zu einer Renaissance verhalf. Die Kurbetriebe Heilquelle Oberlaa ergänzen die Palette der Holding-Betriebe, die wertvolle Arbeit für Wien leisten. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Generaldebatte

=++++

28 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (öVP) sagte, er vermisse Aussagen der SPö zum Belastungspaket, zu den steigenden Gebühren und Tarifen und über die Budgetschwerpunkte. Jene Maßnahmen werden viele Menschen schwer treffen und sie in die Armutzone schlittern lassen. Es werde 30.000 Arbeitslose geben. Die steigenden Sozialausgaben im Jahr 1984 spiegelten diese negative Entwicklung wieder. Schon jetzt hätten viele Menschen Schwierigkeiten, Gas, Strom und Miete zu bezahlen. 200.000 Menschen sind in Wien als "arm" zu bezeichnen, wobei in dieser Zahl Jugendliche, die noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben, nicht enthalten sind. Alle Erhöhungen treffen die sozial Schwächeren ungleich stärker als die finanziell Bessergestellten.

Soziale Politik manifestiere sich in der Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Es dürfen keine Nobelghettos entstehen, es dürfen nicht jene Menschen benachteiligt werden, die sich keine Zweitwohnung im Grünen leisten können, und es müsse auch bei den Tarifen des öffentlichen Verkehrs auf die sozial Schwächeren besonders Rücksicht genommen werden. Angesichts der Belastungslawine müsse es wie Zynismus scheinen, wenn unnötige Projekte verwirklicht werden. Dazu zähle auch die Musik in den U-Bahn-Stationen. Großprojekte seien unsozial, weil sie hohe Kosten verursachen und arbeitsmarktpolitisch fraglich seien.

Die Forderung nach Privatisierung entspreche der wirtschaftlichen Vernunft, sagte Dr. Hawlik. Es seien vertrauensbildende Maßnahmen notwendig, Initiativen müßten gefördert werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Generaldebatte

=++++

29 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP soll sich auf eine gemeinsame Linie in ihrer Argumentation festlegen, damit nicht von jedem Debattenredner konträre Forderungen in den Raum gestellt werden, erklärte StR. Mayr. Man könne nicht von schönen Worten leben, sondern von Taten. Es sei schwer, etwas zu verwirklichen, wenn jede halbe Stunde etwas anderes gefordert wird. Kritik sei notwendig, aber Notwendigkeiten müssen anerkannt werden. Es sei bedenklich, wenn Argumentationen mit einem Regierungswechsel der Parteien austauschbar gemacht werden.

StR. Mayr erinnerte daran, daß seinerzeit vor allem Lueger die privaten Betriebe kommunalisiert hat. Die öVP der Gegenwart verlange nun ein Zurück vor die Zeit Luegers. Die Gemeinde Wien wird genau prüfen, welche Betriebe die Stadt braucht. Die SPö sei bereit, eine Arbeitsteilung zwischen privater und kommunaler Wirtschaft vorzunehmen.

Die Diskussion um die Wiener Wirtschaft könne nicht mit dem Schlußwort beendet sein, sondern soll als permanentes Gespräch zwischen den Parteien weitergeführt werden. Die SPö wird wirtschaftliche und soziale Interessen mit allem Nachdruck wahrnehmen. Sie sei offen für Argumente zu Sachproblemen, aber gegen parteipolitisches Hick-Hack. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

30 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) eröffnete die Debatte zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie. Sie verwies darauf, daß das Jahr 1983 zum besten Fremdenverkehrsjahr wird, das es je für Wien gab, während in anderen Gebieten der Fremdenverkehr sinkende Tendenz aufweist.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten dürfe nicht am Sozialstaat gerüttelt werden, sagte Fröhlich-Sandner. Selbst- und Nachbarschaftshilfe sei als Ergänzung dazu durchaus zu begrüßen, dürfe aber nicht als "Feigenblatt" verwendet werden, um soziale Errungenschaften abzubauen.

Das Budget 1984 gebe wieder die Möglichkeit, der Unterstützung und Förderung der Familie Priorität einzuräumen. Besonderes Augenmerk werde dabei den Pflegeeltern und der Förderung sozialpädagogischer Pflegefamilien zu schenken sein.

Bildung und Lernen bezeichnete Fröhlich-Sandner als wesentliche Voraussetzungen für Sicherheit und Geborgenheit und als Möglichkeit zur Verhinderung der Orwell'schen Vision des unmündigen, willenlosen Individuums. Die Magistratsabteilung 13 (Bildung und außerschulische Jugendbetreuung) habe in fünfjähriger Tätigkeit ihre Aufgaben mehr als erfüllt. Rund drei Millionen Menschen haben von ihren Angeboten Gebrauch gemacht. Die im Budget vorgesehenen 440 Millionen Schilling - eine Steigerung um 9,5 Prozent - werden eine Fortsetzung dieser Tätigkeit erlauben, wie z. B. Bereitstellung weiterer Jugendzentren, Angebot eines "Winter-Ferien-Spiels", Einführung einer Schulwandzeitung und Eröffnung neuer Büchereien.

Für Bildungsaufgaben stehen einschließlich Kindergärten 1984 rund 6,5 Milliarden Schilling zur Verfügung. Den Schwerpunkt dabei werden die Berufsschulen mit der Instandsetzung der beiden Zentralschulen und der Errichtung eines fünften Zentralschulgebäudes bilden. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

31 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) äußerte sein Mißfallen über die Entwicklung, die die Arbeit des aus 50 Mitgliedern bestehenden Kollegiums des Wiener Stadtschulrates nehme. Man müsse, erklärte Hirnschall, registrieren, daß der Charakter als eigenständiges Forum verloren gehe, wenn das Plenum wichtige Fragen und Entscheidungen an die Sektionen und Untersektionen des Stadtschulrates delegiere und nur mehr einmal jährlich zusammentrete, um sich Bericht erstatten zu lassen. Hirnschall betonte, es sei verfassungsrechtlich bedenklich, daß selbst Gesetzentwürfe in Sektionen behandelt und von der Vollversammlung nur nachträglich abgesehnet werden. Außerdem empfinde er diese völlige Aushöhlung der Kompetenzen der Vollversammlung als extrem minderheitenfeindlich. So sei zum Beispiel der Vorschlag der FPÖ, eine Projektgruppe zur Erarbeitung objektiver Richtlinien für die Postenvergabe im Schulbereich zu erarbeiten, nicht einmal abgelehnt worden. Das Plenum des Wiener Stadtschulrates habe sich in dieser Frage als unzuständig erklärt, was einem Akt der Selbstentmündigung gleichkomme. Es könne, appellierte Hirnschall an alle Fraktionen des Wiener Gemeinderates, nicht gleichgültig sein, wenn eine Institution, die ein Ort für demokratische und intellektuelle Auseinandersetzung sein sollte, in solcher Form degeneriere. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

32 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) sprach sich dafür aus, den Familien zu helfen. Das sei gerade jetzt nötig, da auf Bundesebene zahlreiche Belastungen auf die Familie zukommen. Die Hilfe für die Familien bedeute auch eine Ersparnis für das Kommunalbudget, da die Existenzsicherung der Familie zahlreiche weitere Sozialleistungen erspare.

Mag. Petrik nannte mehrere Kriterien der Hilfe für die Familie: Ideelle Hilfen und Maßnahmen, die ein Klima des Verständnisses für die Familie schaffen sollen, die Stärkung der Erziehungskraft, die vor allem auch Problemfamilien zur Stabilisierung verhelfen sollen, und schließlich die Bereitstellung von ausreichend großen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, von Freizeitmöglichkeiten im Nahbereich sowie von familienfreundlichen Tarifen bei öffentlichen Einrichtungen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

33 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STEINBACH (SPÖ) erklärte, daß der Rückgang der Klassenschülerzahlen genützt wurde, um in den Schulen zusätzliche Einrichtungen zu schaffen und damit die Infrastruktur zu verbessern. Es wurden aber auch zahlreiche bauliche Maßnahmen, vor allem in den Pflicht- und Berufsschulen, mit einem Aufwand von hunderten Millionen Schilling durchgeführt, um sie den modernen Bedürfnissen anzupassen.

Steinbach unterstrich dann die Bedeutung der Partnerschaft im Schulbetrieb und verwies dabei auf die Integration ausländischer Schüler, die Jugendbetreuung, verschiedene Aktionen des Landesjugendreferates, nicht zuletzt aber auch auf die Behindertenbetreuung und die gemeinsame Ausbildung behinderter mit nichtbehinderten Schülern. Erfolgreich ist das beim Stadtschulrat eingerichtete Wiener Schulservice, das seit 1981 23.000 Mal Rat und Hilfe geben konnte. Beim Stadtschulrat wurde auch ein Projektzentrum eingerichtet, das wichtige Voraussetzungen für die Durchführung des Projektunterrichtes schafft. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

36 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Inkrafttreten der siebenten Schulorganisationsnovelle wurde die äußere Schulreform abgeschlossen; die ÖVP tritt nun für die innere Schulreform ein, stellte GR. PUTZ (ÖVP) fest. Die innere Schulreform soll drei Schwerpunkte beinhalten:

- o Die Vertiefung der Schulpartnerschaft: Das Verhältnis zwischen Eltern, Lehrern und Schülern soll verbessert werden.
- o Verstärkung der Erziehung in der Schule: Bildungspolitische Aufgaben müssen ohne Parteipolitik erfüllt werden.
- o Verbesserung des Schulunterrichts durch eine "Entrümpelung" der Stundenpläne.

Die ÖVP wird auch in Zukunft für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem eintreten, bei dem individuelle Bildungschancen optimal gewahrt bleiben.

PUTZ sprach sich gegen die von Sozialminister Dallinger vorgeschlagene Verlängerung der Pflichtschule um ein Jahr aus. Die Schule dürfe keine Wartehalle für arbeitslose Jugendliche werden. Die Sicherung der Arbeitsplätze sei eine soziale und moralische, aber keine bildungspolitische Aufgabe. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

37 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNLA) GR. Komm.-Rat SCHNEIDER (ÖVP) sagte, es sei unbestritten, daß heuer das bisher beste Jahr für Wiens Fremdenverkehr gewesen sei. Die Ausländerübernachtungen sind um 7 Prozent gestiegen. Besonders erfreulich sei die starke Zunahme bei den amerikanischen Touristen, die nun schon über einen Gesamtanteil von 10 Prozent verfügen, sowie bei den Gästen aus Japan. Dem Überseemarkt müsse man deshalb auch werbemäßig stärkste Beachtung schenken.

Als wichtige Ursache für das gute Ergebnis im Fremdenverkehr bezeichnete GR. Schneider das Kongreßgeschäft. In Wien haben heuer 90 internationale Kongresse stattgefunden, was einer Steigerung um ein Viertel entspricht. Darunter waren einige Großkongresse wie etwa der Chemotherapie-Kongreß mit 11.000 sowie der Kongreß der Kiwanis mit 10.000 Teilnehmern. Ein eigener Ausschuß für Kongreßförderung im Rahmen des Fremdenverkehrsverbandes habe diesen Erfolg ermöglicht.

Die bestehenden Betriebe und Einrichtungen hätten für die Kongresse heuer vollkommen ausgereicht, er sehe deshalb keine Notwendigkeit für die Errichtung des Konferenzzentrums, meinte Schneider. Hier sei außerdem zu kritisieren, daß, obwohl das Konferenzzentrum in drei Jahren fertig sein soll, noch kein Management und keinerlei konkreten Pläne oder Preisangaben vorliegen.

Schneider kritisierte die "Charterfeindlichkeit", die es in Wien gebe - so wurden heuer Anfluggenehmigungen für eine amerikanische Reisegesellschaft und für einen Direktflug der Japantours abgelehnt -, sowie die zahlreichen Hotelneubauten, die vom Fremdenverkehrsverband mit großer Sorge betrachtet werden, da sich dadurch der Konkurrenzkampf wegen der fehlenden Auslastung verschärfen werde. Schneider wandte sich vor allem gegen die öffentliche Förderung solcher Unternehmungen. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

38 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) betonte, daß gerade im Alternativbereich, der den sensibelsten Teil der Jugendarbeit darstelle, besonders viel geleistet worden sei. Er bedaure es, daß das Jugendzentrum Gassergasse trotz Bemühungen nicht gehalten werden konnte, doch sei nach Anfangsschwierigkeiten in den anderen Jugendzentren nun eine Konsolidierung eingetreten. Strangl machte darauf aufmerksam, daß die Jugendarbeit zu einem großen Teil auch in die Sozialarbeit münde. Der Schwerpunkt des "Wiener Weges", der der Garant für einen solchen Erfolg sei, sei die Gesprächsbereitschaft aller zuständigen Stellen. Wien sei, dank des Engagements der Stadt Wien, von Unruhen verschont geblieben.

105.000 VHS-Besucher und 700.000 Besucher in den Häusern der Begegnung setzten die lange Tradition der Volksbildungsarbeit in Wien fort, erklärte Strangl. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

39 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) urgierte einen schnelleren Ausbau der Wiener Berufsschulen. Es wäre notwendig, den Raummangel an den Schulen rasch abzubauen, um zu optimalen Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend zu kommen. Gerade heute, in einer Zeit mangelnder Lehrstellen, sei die Qualität der Berufsschulbildung besonders wichtig. Als wichtigste Projekte, die rasch verwirklicht werden sollten, nannte Traindl dabei die Sanierung der Zentralberufsschule Mollardgasse, die rasche Fertigstellung des Zentralberufsschulgebäudes in Floridsdorf und die Angriffnahme der Berufsschule für Gärtner in Kagran. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

40 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KREMNIETZER (SPÖ) befaßte sich mit der Jugendszene sowie den Problemen und Gegensätzen zwischen Jung und Alt. Er unterstrich die Bedeutung des Dialoges zwischen den Generationen und sozialen Schichten. Kremnitzer berichtete über das "Projekt Rennbahnweg", bei dem man bestrebt ist, in einer Siedlung mit 2.800 Wohnungen, in der sehr viele junge Menschen leben, aktive Jugendarbeit zu leisten. Zwei Kindergärtnerinnen bemühen sich um die Kinder auf den Spielplätzen. Es gibt einen Spielbus, und es hat sich gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Bewohner dieser Siedlung bereit sind, sich künftig auch selbst für die Jugendarbeit in dieser "kleinen Stadt" zu engagieren.

In den 283 städtischen Kindertagesheimen haben in 1.230 Gruppen insgesamt 31.000 Kinder Platz gefunden. Damit ist die Vollversorgung sichergestellt. Besonderer Wert wird auf die Betreuung Behinderter gelegt. Zwei neue Kinderwohngemeinschaften, die vor kurzem gegründet wurden, bilden eine echte Alternative zur Heimerziehung. Mit den Kindertagesheimen werde beste Arbeit für die Kinder geleistet, schloß Kremnitzer. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

41 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Sparen bei den Gratisschulbüchern forderte GR. HELMER (ÖVP) auf. Die Aktion kostet für die 400 Wiener Pflichtschulen 100 Millionen Schilling. Bei einer Trennung von Übungs- und Arbeitsbuch und einer mehrjährigen Verwendung des Arbeitsbuches könnte mehr als die Hälfte eingespart werden. Außerdem sprach sich Helmer für die Vereinheitlichung der Formate aus, für die Einführung von Schulbibliotheken bzw. von Schülerladen und für eine Einschränkung der Illustrationen. Helmer kritisierte außerdem die Vielzahl der Buchtitel. Für eine fünfzehnklassige Pflichtschule erhält die amtliche Schulbuchliste nicht weniger als 520 Buchtitel. Methodisch und didaktisch gelten die österreichischen Schulbücher allerdings als vorbildlich. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

42 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erklärte, sie werden die Kritik von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) an der Arbeitsweise des Stadtschulratskollegiums weiterleiten. Zu den Aussagen von GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erläuterte Fröhlich-Sandner, es gebe eine Vielzahl von Maßnahmen für die Familien, beginnend mit der Sicherung der Arbeitsplätze über die Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung bis zur Vorsorge für eine gesunde Umwelt. Mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, wie sie Petrik verlangt hatte, könne man nicht verordnen. "Wir müssen die Menschen für einander aufschließen", sagte Fröhlich-Sandner und nannte Einrichtungen der Stadt Wien (z. B. Ferienspiel, Familiensontage), die zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

In den letzten Jahren wurde der Ausbau der Kinderspielplätze in städtischen Wohnhausanlagen forciert, berichtete Fröhlich-Sandner, und forderte private Wohnhausbesitzer auf, diesem Beispiel zu folgen. Es wurde eine eigene Stelle für Selbsthilfegruppen geschaffen, die Arbeit für Behinderte sei weiterhin ein Schwerpunkt der Tätigkeit ihres Ressorts. Was geringere Klassenschülerzahlen betrifft, sei dies nicht nur auf den Rückgang der Geburtenzahlen zurückzuführen, sondern vor allem auch auf den gezielten Auf- und Ausbau der entsprechenden Einrichtungen. Unterschiedliche Ansichten gebe es leider noch in der Frage der gemeinsamen Schule der 10- bis 14jährigen. Sie sei aber optimistisch, sagte Fröhlich-Sandner, daß auch diese eines Tages Wirklichkeit werde. Berufsschulen wurden aus- und umgebaut, um die Bedürfnisse optimal zu erfüllen. Die Schulbuchaktion habe sich bewährt und sei in vielen Haushalten der Beginn einer Bibliothek. Bei der Jugendarbeit bedürfe es des Zusammenwirkens aller, des Abbaus von Vorurteilen, des Ausbaus der Information und der Bereitschaft, junge Menschen als wichtigen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Der Bau von Hotels und des Konferenzzentrum sei wichtig für eine weitere positive Entwicklung des Fremdenverkehrs, betonte Fröhlich-Sandner. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

43 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bewältigung der Freizeit durch die klassischen Mittel Kultur und Sport stellte StR. MRKVICKA (SPÖ) in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Als grundlegende Maßnahme auf dem Gebiet des Breitensports stellte Mrkvicka die Jugendsportaktionen dar und wies auf die fast uneingeschränkten Möglichkeiten zur sportlichen Freizeitgestaltung in Wien hin. Sportförderung beinhalte aber auch die Schaffung von Trainingsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang kündigte Mrkvicka für 1984 eine Erhöhung der Hallenkapazität an. Nicht nur durch die Verwaltung von Sportanlagen, sondern auch durch die Gewährung von Subventionen leiste die Stadt Wien dem Breiten- und Spitzensport Hilfe. Als weiteren Schwerpunkt bezeichnete Mrkvicka direkte Sportförderungsmaßnahmen durch Aktivitäten wie die Aktion "Komm zum Sport" und betonte die Bedeutung Wiens als Austragungsort für internationale Großveranstaltungen.

Im Bereich der Kultur warnte Mrkvicka vor Parolen, die das Sparen dort ansetzen wollten, wo Erträgnisse nicht gewogen und bemessen werden könnten. Er vertrete die Auffassung, daß Kultur eine Fortsetzung der Sozialpolitik sei, und kündigte an, daß die kommunale Kulturarbeit auch 1984 über die erforderlichen Mittel verfügen wird. Vorgesehen sei eine stärkere Förderung bei der bildenen Kunst, der Literatur und den kulturellen Aktivitäten in den Bezirken. Als Glanzlichter für die internationale Bedeutung Wiens bezeichnete Mrkvicka Großveranstaltungen wie das Tanzfest und die Festwochen 1984 oder den Musikalischen Sommer. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

44 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Altstadterhaltung würdigte Mrkvicka die seit 1972 erbrachten Leistungen, betonte aber, daß außerdem auch der "Moderne" eine Chance gegeben werden müsse. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

45 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) setzte sich für das verstärkte Engagement von Kulturschaffenden und Kulturpolitikern in Stadtplanungsfragen ein, wie es derzeit bei der Otto-Wagner-Brücke geschehe. Konkret nannte Pawkowicz zwei Beispiele, die ein gemeinsames Anliegen aller kulturverbundenen Menschen sein müßte: die zeitgemäße Nutzung und Verschönerung der das Stadtbild störenden Flaktürme und die Revitalisierung des Messepalastes. Pawkowicz sagte, er könne sich für die Flaktürme viele Formen der Nutzung vorstellen. Was den Messepalast betreffe, sei es nötig, daß die Stadt Wien bei einem neuen Konzept nicht im Abseits stehe. Der derzeitige Vertrag mit der Messe-AG, die de facto für 27.000 Quadratmeter Nutzfläche eine Miete von 6.250 Schilling zahle, sei unglaublich. Pawkowicz stellte betreffend die Flaktürme und den Messepalast je einen BESCHLUSSANTRAG, Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen und gemeinsam einen Ideenwettbewerb einerseits für die zeitgemäße Nutzung der Flaktürme und andererseits für die Revitalisierung des Messepalastes durchzuführen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

46 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Änderung der Wohnbaupolitik sprach sich GR. CZERNY (öVP) aus. Eine Trendumkehr soll durch Stadtreparatur in Zusammenarbeit mit den Hausherren erfolgen. Stadterneuerung würde Investitionsimpulse und in der Folge sichere Arbeitsplätze und Steuermehreinnahmen bedeuten. Die Revitalisierung eines Biedermeierhauses in der Karmelitergasse 5 sei vorbildlich gelungen. Die Zusammenarbeit zwischen Kulturamt und Privatinitiative habe sich bewährt. Czerny regte eine ähnliche Zusammenarbeit für ein Biedermeierensemble in der Bernhardgasse im 7. Bezirk an. Außerdem fordere die öVP eine Aufstockung des Mitarbeiterstabes der MA 7, die ausschließliche Verwendung des Kulturschillings für Revitalisierungen, eine Beratungsgruppe für private Hausherren, Volksgaragen und den Ankauf von Flächen zur Begrünung durch die Stadt Wien. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

47 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) verwies auf die Bedeutung der Wissenschaftsförderung durch die Stadt Wien. So wurden aus der Hochschuljubiläumsstiftung heuer 107 Forschungsvorhaben mit insgesamt 8,8 Millionen Schilling gefördert. 51 der insgesamt 58 Ludwig-Boltzmann-Institute befinden sich in Wien. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv gibt derzeit in dreijährigem Rhythmus große historische Atlanten wie den österreichischen Städteatlas und den Wiener historischen Atlas heraus. Geplant ist ein großes Werk über die Ehrenbürger Wiens. Das Archiv, das allen Besuchern offen steht, wurde heuer von 8.000 Interessenten in Anspruch genommen.

Die Stadt- und Landesbibliothek verfügt seit kurzem über eine eigene Audiothek. Sie war heuer an mehr als zwanzig in- und ausländischen Ausstellungen beteiligt.

Die Türkenausstellung mit mehr als 400.000 Besuchern war heuer der große Erfolg der Museen der Stadt Wien. Daneben dürfe man aber nicht die zahlreichen kleineren Ausstellungen vergessen, die jedes Jahr von den Museen gestaltet werden. Auch die Bezirksmuseen haben sich zu lebendigen Kulturzentren entwickelt. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

48 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Das Kulturbudget 1984 werde die Zustimmung seiner Fraktion aus zwei Gründen nicht finden, kündigte GR. Mag. KAUER (ÖVP) an.

Der Budgetvoranschlag von 480 Millionen bei einem 70-Milliarden-Gesamthaushalt werde erstens weder dem Rang noch der Aufgabe Wiens als nationales und internationales Zentrum gerecht, zweitens biete das Budget 1984 keine neuen Ansätze. Mit dem Geld des Steuerzahlers sparsam umzugehen, heiße, nicht den Stellenwert von Wissenschaft und Kultur zu minimieren. Sparen wäre z.B. bei hochdotierten Budgetpositionen wie den 127 Millionen für den Presse- und Informationsdienst angebracht. In diesem Zusammenhang brachte Kauer einen ABÄNDERUNGSANTRAG betreffend die Umschichtung von Mitteln des Presse- und Informationsdienstes zu Gunsten des Kultur- und Kunstbudgets und die Verwendung aller Einnahmen des Kulturschillings für die Altstadterhaltung ein.

Die Einbindung der Hochschulen in das kulturelle Leben in der Stadt sei minimal. So könnten z.B. der Hochschule für Angewandte Kunst während des Musikalischen Sommers Ausstellungsflächen unter den Rathausarkaden zur Verfügung gestellt werden. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

49 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Kauer brachte zwei RESOLUTIONSANTRÄGE betreffend die Benützung geförderter Spielstätten für Klein- und Mittelbühnen durch Dritte und die Anlage eines Spielstättenkatasters, sowie die Erstellung eines jährlichen Kulturberichts der Stadt Wien ein. In diesem Zusammenhang kritisierte Kauer das System der Förderungsvergabe an Wiener Bühnen. Als Gegenbeispiel zur Vision des "pragmatischen Theaters" rief Kauer das Modell Serapionstheater in Erinnerung. Förderungsbeiträge sollten als Startkapital dienen. Subventionen dürften aber nicht ersessen werden. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

50 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. AIGNER (SPÖ) betonte, daß das Budget 1984 den Rang bestätige, den die Kulturpolitik in Wien habe. Dies sei auch im internationalen Vergleich ersichtlich. Als Kriterien für das Kulturbudget nannte Aigner Sparsamkeit ohne Substanzverlust, hohe Flexibilität, die sich etwa in Mehraufwendungen von einem Drittel für die bildende Kunst manifestiert, sowie starke Impuls- und Multiplikatorwirkung. Dies sei zum Beispiel im Altstadterhaltungsbereich ersichtlich, wo mit einem Budgetvolumen von über 60 Millionen Schilling ein Vielfaches dieser Summe für die Wirtschaft und für die Altstadt bewegt werde. Aigner wies auf die Reihe großer Kulturereignisse im Jahr 1984 hin, wobei er im Rahmen der Wiener Festwochen etwa die Uraufführungen der Opern "Weltuntergang" und "Volksoper", das "Fest der Puppen", das den Messepalast bereits zum Kulturzentrum mache, die Bezirksfestwochen und die Möglichkeiten für die Avantgarde nannte. Mit der Ausstellung "1984" setzen sich die Festwochen schließlich mit der in manchen Ansätzen in unserer Wirklichkeit spürbaren Vision Orwells auseinander, die uns hoffentlich erspart bleiben werde, schloß Aigner. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

51 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte im Zusammenhang mit der Zukunft des Messepalastes, man müsse einerseits bedenken, daß dort in 50 Wohnungen 114 Menschen leben und daß der Messepalast als ausschließliches Kulturzentrum eine graue Zone zwischen Stiftgasse und Herrengasse bilden würde.

Zum Thema Sport führte Brosch aus, daß Wien sowohl Spitzen- als auch Breitensport fördert, und verwies darauf, daß auf dem Messegelände in einer Halle neue Sportmöglichkeiten geschaffen wurden. "Saure Wiesen" müsse man dort trocken legen, wo es darum geht, einer Überbeanspruchung der Jugend durch Leistungssport entgegenzuwirken. Die Menschen müssen auch durch den Konsumentenschutz vor Sportgeräten bewahrt werden, bei denen das Verhältnis zwischen Preis und Wert zuungunsten des Konsumenten ausfalle. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

52 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) nahm zu seinen Vorrednern Stellung:

- o über die "Verschönerung" der Flaktürme müssen Gespräche mit dem Bund geführt werden, da diese in Verwaltung des Bundes stehen.
- o Für die Nutzung des Messepalastes wird im Jänner 1984 ein Museumskonzept vorgelegt.
- o Das Grassalkovics-Schlüssel soll renoviert werden und dem Circus- und Clownmuseums Platz bieten.
- o In der Karmelitergasse wollte ein privater Hausbesitzer sein Haus abbrechen, eine Gruppe von jungen Leuten fand sich und renovierte das Gebäude. Fragen der Altstadterhaltung scheitern manchmal auch an den Hausbesitzern.
- o Eine Renovierung des Biedermeierensembles in der Bernhardgasse wird geprüft.
- o Die Grundüberlegung für das U-Bahn-Radio war der Ausbau des Lautsprechernetzes.
- o Die Zusammenarbeit mit den Universitäten ist zufriedenstellend, eine stärkere Zusammenarbeit wurde bisher von Seiten der Rektoren nicht gewünscht.
- o Die Budgetansätze in der darstellenden Kunst sind zurückgegangen, weil man sich einig war, daß ein Stopp bei Theaterneugründungen erfolgen soll.
- o Die Magistratsabteilung 7 hat bereits die ersten Schritte unternommen, um verschiedenen Theatergruppen eine Unterkunft auf Bühnen zu ermöglichen.
- o Ein Kulturbericht soll demnächst herausgebracht werden.
- o Abschließend wies Mrkvicka darauf hin, daß das Kulturbudget 1,2 Prozent des Gesamtbudgets beträgt, in Frankreich sind es beispielsweise 0,84 Prozent des Gesamthaushaltes.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 23 Uhr unterbrochen und wird am Dienstag, dem 6. Dezember, mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst fortgesetzt. (Schluß) ba/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 6. Dezember 1983

Blatt 3279

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Plakatwände für die Bezirke
 Neue Servicestelle für Umweltinitiativen
 Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes
 ÖVP-Wien-Initiative: Steuererleichterungen für
 Stadtreparatur

Kultur: Nestroy-Ring für Hans KANN und Heinz PETTERS
(gelb) Wiener Kulturbudget 740 Millionen

Nur

über FS: 5.12. Wasserrohrbruch in der Linzer Straße
 6.12. Wasserrohrbruch vor dem Ringturm

Plakatwände für die Bezirke

=++++

1 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Freie Plakatwand" soll ab dem kommenden Jahr zumindest in jedem Bezirk eine Plakatwand zur Verfügung stehen, auf der alternative Gruppen und Initiativen kostenlos plakatieren können. Über dieses für 1984 vorgesehene Projekt des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien berichtete Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Rahmen der Budgetdebatte.#

Die notwendigen Voraussetzungen zur Schaffung dieser Plakatwände - ihre Aufstellung wurde von Schieder in Zusammenhang mit schärferen Maßnahmen gegen gewerbliche wilde Plakatierer versprochen - sind:

- o Aufstellen entsprechender Wände an den von den Bezirksvertretungen und vom PID vorgesehenen Plätzen
- o Affichierung der Basisplakate und zeitweilige Erneuerung der Flächen

Grundsätzlich sollen dafür Flächen verwendet werden, die keine Kosten verursachen - also keine "offiziellen" Plakatwände.

Bis Anfang April 1984 soll in jedem Bezirk Wiens zumindest eine freie Plakatwand zur Verfügung stehen. Für gewerbsmäßige Plakatierer sind diese Flächen natürlich nicht bestimmt!

Zwtl.: Neues beim Bürgerdienst

Beim Bürgerdienst ist als wesentliche Neuerung der versuchsweise Einsatz eines an die MD-ADV angeschlossenen Terminals geplant, der den Aufbau einer Informationsdatenbank und einer Suchkartei ermöglichen soll. Die Verbesserung der technischen und räumlichen Ausstattung der Bürgerdienst-Außenstellen (Sofortbildkameras, Pinnwände für Plakate usw.) und eine Verbesserung des Auftretens nach außen (z.B. neues Briefpapier) sind ebenfalls vorgesehen. (Schluß) hs/ap

NNNN

Neue Servicestelle für Umweltinitiativen

=++++

2 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Initiative Bürger haben es oft schwer, sich in der Verwaltung zurechtzufinden und die benötigten Informationen zu erhalten. Daher wurde nun Umweltstadtrat Peter SCHIEDER in ihrem Interesse initiativ: Ab heute, Dienstag, den 6. Dezember, existiert im Rathaus eine Servicestelle für Umweltinitiativen. Leiter dieser Servicestelle ist Reinhold PERNER, der sein Büro im Rathaus, Stiege 4, Halbstock, Zimmer 241 (gleich anschließend an das Büro von Stadtrat Schieder) hat und unter der Telefonnummer 42 800/2965 zu erreichen ist. #

Die Servicestelle für Umweltinitiativen soll den Initiativen helfen, alle für sie notwendigen Informationen im Magistrat zu besorgen bzw. soll ihnen diese Informationen frühzeitig zur Verfügung stellen. Was die Servicestelle nicht sein wird: eine Propagandastelle der Stadtverwaltung oder ein Anwalt der Initiativen. Sie ersetzt auch kein Büro mit Kopierer usw. (Schluß) hs/ko

NNNN

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (1)

Utl.: Umfassendes Umweltveto ab kommendem Jahr

=++++

3 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Alle städtischen Dienststellen, die behördliche Verfahren durchführen oder Vorhaben im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung planen, die wesentliche Auswirkungen auf die Umwelt erwarten lassen, werden der Umweltabteilung Gelegenheit zur Mitwirkung geben. Dieses Umweltveto soll im kommenden Jahr wirksam werden. Das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag in seinem Referat im Rahmen der Budgetdebatte.

Diese Mitwirkung der Umweltabteilung soll folgendermaßen ablaufen:

In behördlichen Verfahren hat die Umweltabteilung (MA 22) Amtssachverständige beizustellen. Wenn nach Auffassung der für die Durchführung des Verfahrens zuständigen Dienststelle den Anträgen oder Einwendungen der Amtssachverständigen der MA 22 nicht entsprochen werden kann, so hat die Dienststelle von der Angelegenheit ihrem zuständigen amtsführenden Stadtrat unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Magistratsdirektors zu berichten. Führt ein Magistratisches Bezirksamt das Verfahren durch, so ist von der Angelegenheit jenem amtsführenden Stadtrat zu berichten, zu dessen Geschäftsgruppe die für die Bearbeitung einer allfälligen Berufung zuständige Magistratsabteilung gehört.

In den Angelegenheiten der Privatwirtschaftsverwaltung ist der MA 22 möglichst frühzeitig Gelegenheit zur Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Durchführung der Vorhaben zu geben. Kann allfälligen von Vertretern der MA 22 vorgebrachten Einwendungen aus Sicht der für das Vorhaben zuständigen Dienststelle nicht entsprochen werden, so hat diese Dienststelle von der Angelegenheit ihrem zuständigen amtsführenden Stadtrat unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Magistratsdirektors zu berichten.

Die amtsführenden Stadträte, denen aufgrund der vorherigen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Anträge und Einwendungen der MA 22 berichtet wurde, haben das Einvernehmen mit dem amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst herzustellen. Wird kein Einvernehmen erzielt, entscheidet der Bürgermeister.# (Forts.)
hs/gg

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (2)

=++++

4 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Behördliche Verfahren, ausgenommen Verwaltungsstraf- und Verwaltungsvollstreckungsverfahren, bei denen die MA 22 AMTSSACHVERSTÄNDIGE beizustellen hat:

- o Gesetz zum Schutz gegen Baulärm
 - o Bau- und Abbruchbewilligungen gemäß Bauordnung für Wien, ausgenommen die Errichtung von Wohnbauten im Bauland, soweit sie nicht die Bauklasse I oder die Fluchtlinien überschreiten und nicht auf Flächen errichtet werden, deren Widmung SWW oder EPK oder L lautet, sowie Bauführungen innerhalb eines Gebäudes
 - o Genehmigungen von gewerblichen Betriebsanlagen
 - o Durchführung von Revisionen in gewerblichen Betriebsanlagen
 - o Dampfkessel-Emissionsgesetz
 - o Verfahren nach dem Eisenbahngesetz, ausgenommen die Genehmigung von Haltestellen für Straßenbahnen, die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen und die Anbringung eisenbahntechnischer Einrichtungen, weiters alle Bauführungen innerhalb von Gebäuden sowie Genehmigungen nach den §§ 38, 39 und 40
 - o energierechtliche Vorschriften, soweit es sich um die Herstellung oder Abänderung von Energieerzeugungsanlagen oder um Freileitungen handelt
 - o Verfahren zur Festsetzung und Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans gemäß § 2 der Bauordnung für Wien; Standortplanung für Bauland
 - o Feuerpolizeigesetz
 - o Fischereigesetz
 - o Forstgesetz
 - o Garagengesetz
 - o Bestimmungen des Gasgesetzes
 - o Bestimmungen des Verbrauchsabgabengesetzes
 - o Giftgesetz
 - o Jagdgesetz
 - o Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, mit Ausnahme der gebührenrechtlichen Vorschriften
- (Forts.) hs/gg

NNNN

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (3)

=++++

5 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL)

- o luftfahrtrechtliche Vorschriften, soweit es sich um die Einrichtung von Flugfeldern handelt, ferner in den Bewilligungsverfahren gemäß §§ 9, 126, 128 und 129 des Luftfahrtgesetzes, die in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes fallen
- o Ölfeuerungsgesetz
- o Pflanzenschutz
- o Rohrleitungsgesetz
- o Schifffahrtsrecht, soweit Fragen des Anrainerschutzes betroffen sind
- o Strahlenschutzgesetz
- o straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften, ausgenommen kraftfahrrechtliche Genehmigungen und Überprüfung von Kraftfahrzeugen gemäß § 55 und 57 KFG und Genehmigungen bzw. Verfahren, die in die Zuständigkeit der Bundespolizeidirektion Wien bzw. der Landesregierung fallen
- o Vorschriften über Tierhaltung
- o Veranstaltungsstättengesetz
- o Wasserrechtsgesetz

Vorhaben und Projekte der Privatwirtschaftsverwaltung, bei denen der Umweltschutz ein MITWIRKUNGSRECHT zukommt:

- o Planung von Anlagen der Abluftreinigung in städtischen Objekten
 - o Errichtung von städtischen Bauwerken
 - o Planung von Erholungseinrichtungen
 - o Planung und Errichtung von städtischen Grünanlagen
 - o Planung und Errichtung von Einrichtungen der Müllverwertung und Müllbeseitigung wie Mülldeponien, Müllverbrennungsanlagen, Beseitigungsanlagen für Sondermüll u. dgl.
 - o Biologischer Landbau
 - o Planung und Errichtung von öffentlichen Verkehrsflächen
 - o Planung und Errichtung von Wasserbauten
 - o Planung von Wasserversorgungsanlagen, soweit sie im Interesse der Wasserversorgung Wiens gelegen sind
 - o Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung, nur hinsichtlich der Betriebsansiedlung und der allfällig damit verbundenen Gefahren der Emission von Schadstoffen
 - o Planung und Errichtung von Einrichtungen zur Energieversorgung (Kraftwerken, Fernwärmeeinrichtungen u. dgl.)
- (Schluß) hs/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

7 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Dienstag die am Vorabend unterbrochene Budgetdebatte mit der Beratung des Kapitels Umwelt und Bürgerdienst fort.

Fünf Schwerpunkte stellte StR. SCHIEDER (SPö) in den Vordergrund seiner Einleitung zur Debatte über das Ressort Umwelt und Bürgerdienst:

Im Bereich Wasserversorgung sowie Grund- und Abwasser kündigte Schieder Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung und Bemühungen um die Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung an. Geplant sind auch intensive Tri- und Perchloräthylenuntersuchungen vor allem auf dem Areal aufgelassener Deponien und Betriebsstätten.

Zum Sektor Müllentsorgung teilte Schieder mit, daß die Auflösung der Deponie Mannswörth bereits im Gange sei. Zwar sei durch die Aufnahme des Schiffahrtsbetriebes der Abtransport des Klärschlammes möglich geworden, doch sei die ungarische Entsorgungsanlage in Peecs abgebrannt. Man habe aber eine neue Lösung gefunden. Rund 2.000 Tonnen des Klärschlammes werden bis Jahresende entfernt, für die verbleibenden 1.500 Tonnen werde so schnell wie möglich ein Auftrag erteilt werden. Schieder gab Details über die Untersuchung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig bekannt. Die Innenauskleidung des Schlotes der Müllverbrennungsanlage sei, erklärte Schieder, laut einem Gutachten der Baudirektion intakt, werde aber trotzdem bei der nächsten Kesselrevision einer Sanierung unterzogen.

Das Umweltveto (siehe eigene RK) kündigte Schieder als einen Schwerpunkt auf dem Umweltsektor an. Heute, Dienstag, wird eine neu eingerichtete Servicestelle für Umweltinitiativen (siehe eigene RK) eröffnet. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

8 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Neue Öffentlichkeit" stellte StR. Schieder das Konzept für die künftige Arbeit des Presse- und Informationsdienstes vor. Auf dem Sektor der Medienarbeit sind zahlreiche Maßnahmen geplant, so die Verbesserung des Journalistenservices durch die Einrichtung eines Wiener Presseclubs, eine "offene Redaktion" beim Wien-aktuell-Wochenblatt und die Einrichtung eines Feature- und Artikelservices, das in Ergänzung zur Rathauskorrespondenz auch kleinere und kleinste Medien wie Schülerzeitungen etc. erreichen soll.

Der Bürgerdienst soll gezielt noch intensivere Arbeit für die Wiener leisten. (siehe eigene RK).

Schieder kündigte in diesem Zusammenhang auch an, alternativen Gruppen und Initiativen frei Plakatwände zur Verfügung zu stellen. (siehe eigene RK). Es sei nicht seine Absicht, der Orwellschen Vision zu folgen, eine Propagandawalze als "großen Bruder" zu installieren, sondern eine Politik "der vielen kleinen Schwestern" zu machen. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

9 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, die Grünflächen in den städtischen Wohnhausanlagen den Mietern zu kleingärtnerischer Nutzung zu übertragen. Dies würde den Mietern eine wertvolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen und die Stadt finanziell entlasten. Weiters setzte sich Pawkowicz für verstärkte Bemühungen um das Grün im innerstädtischen Bereich ein. Vor allem das Baumsterben infolge von Baumaßnahmen müsse hier kompensiert werden. Schließlich wandte sich Pawkowicz gegen Umwidmungen von Grünbereichen in Bauland sowohl innerhalb Wiens als auch in den Stadtrandgemeinden. Diesen sollte im Rahmen des Finanzausgleiches ein entsprechendes Äquivalent geboten werden, um so der Verhüttelung Einhalt zu gebieten. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

13 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) befaßte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Problemerkisen der Ver- und Entsorgung. Die Situation der Wasserversorgung Wiens bezeichnete er als nicht rosig. Die Deckung des Spitzenbedarfes werde problematisch, da die beiden Hochquellenleitungen saniert werden müssen. Arthold bedauerte, daß der Anteil der Investitionen, gemessen an den Wassergebühren, von 16 Prozent im Jahr 1982 auf 11 Prozent im Budget 1984 gesunken ist. Den Zustand des Kanalnetzes bezeichnete Arthold als besorgniserregend. Auch hier sei der Anteil der Investitionen, gemessen an den Abwassergebühren, drastisch gesunken.

Im Kampf gegen Lärm und Abgase gehe nichts weiter, kritisierte Arthold, und aus dem von StR. Schieder groß angekündigten Umweltveto sei nichts geworden. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

14 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bedeutung der Maßnahmen in der Grünpolitik, die Arbeit des Bürgerdienstes und den Einsatz der Feuerwehr hob GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) hervor. Der Bürgerdienst wurde 1983 von 70.000 Personen in Anspruch genommen. 1979 waren es 15.500 Personen. 90 Prozent aller Anliegen können ohne aktenmäßige Behandlung rasch und unbürokratisch erledigt werden. Im kommenden Jahr wird sich der Bürgerdienst bemühen, seinen Bekanntheitsgrad noch zu steigern. Der mobile Bürgerdienst wird Schwerpunktaktionen in den Bezirken durchführen. Seine Mitarbeiter werden mit Lärmmeßgeräten ausgestattet.

Auf dem Gebiet der Grünpolitik wird es 1984 bedeutende Maßnahmen geben. Das rechte Donauufer soll zur Kai-promenade ausgestaltet werden. Es soll ein Großpark mit 35 Hektar Grünfläche entstehen.

Das Stadtgartenamt hat 600 Kilometer Alleen zu betreuen und 16,8 Millionen Quadratmeter Grünflächen zu pflegen. Die Stadt Wien besitzt den größten Gärtnerausbildungsbetrieb Österreichs mit 70 Lehrlingen. 1984 soll die Schaffung und Erweiterung von Kleingrünflächen im dicht bebauten Gebiet fortgesetzt werden. Das Forstamt hat seit kurzem zwei weitere große Erholungsgebiete zu betreuen: den Laaer Wald und die Steinhof-Gründe.

Die Wiener Feuerwehr zählt im internationalen Vergleich zu den besten, betonte Dittrich. Im kommenden Jahr ist eine weitere Erneuerung des Fuhrparks mit fünf Rüstlöschfahrzeugen und einem Teleskop-Bergekran geplant. Außerdem sollen die Nachrichtenanlage verbessert und die Dienst- und Arbeitskleidung erneuert werden.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

15 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Alle Bereiche der Politik sind umweltrelevant, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖPV). Wien habe in dieser Hinsicht, bedingt durch die Kompetenzkonzentration von Bezirk, Gemeinde und Land bessere Voraussetzungen als alle anderen Gebietskörperschaften. Auch die geographische Lage - Westwind, Wald- und Wiesengürtel - biete im Bereich der Umweltpolitik beste Möglichkeiten.

Die Wiener Luftqualität habe sich in den letzten zehn Jahren nicht verbessert, trotz der Zunahme beim Primärenergieverbrauch aber auch nicht verschlechtert. Als Indikator für die Luftqualität lasse sich der Baumzustand verwenden. In diesem Zusammenhang forderte Welan Schutzmaßnahmen für die Stadtbäume. Der von Stadtrat Schieder für nächstes Jahr versprochene Bericht über die Stadtbäume sollte genaue Daten über das Ausmaß der Gefährdung beinhalten. Weiters forderte Welan die Vorlage eines neuen Umweltberichtes sowie die Reaktivierung des Umweltbeirates.

Als Informationsstadtrat sollte Schieder die Chance der Aufklärung und Motivation der Bevölkerung nutzen, aber nicht die Probleme verniedlichen und verkleinern, sagte Welan. Umwelterziehung sollte auch als Unterrichtsfach stärker ausgebaut werden, hier könnte auch Radio Wien eine Aufgabe übernehmen. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

17 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPÖ) würdigte die Aktivitäten der Umweltschutzabteilung, die in der Zukunft noch verstärkt werden. So sind die Modernisierung des Wiener Luftmeßnetzes, die drastische Reduktion der SO₂-Emissionen aus Strom- und Fernwärmeproduktion und Vorschläge für ein Biotopmanagement auf dem Programm.

Die Wiener Bäder werden weiter ausgestaltet. Bereits im kommenden April wird Wiens neuestes Hallenbad in der Großfeldsiedlung eröffnet. Paul betonte, daß eine Stadt nicht reine Natur sein könne, Wien aber ein gutes Beispiel gebe, wieviel Natur in einer Stadt geschaffen und erhalten werden kann. Paul brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach auf den Bund eingewirkt werden soll, Immissionsschutzmaßnahmen für den Verkehrslärm nicht bloß auf Bundesstraßen zu beschränken, sondern auf alle an öffentlichen Verkehrsflächen gelegenen Wohnstätten, Schulen, Kindergärten, Freizeitstätten und sonstigen Einrichtungen auszudehnen. Der ak Lärmschutz durch Lärm-Emissionsgrenzwerte bei Kraftfahrzeugen sowie deren rigorose Überprüfung und Überwachung soll verstärkt werden. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

18 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JEDLETZBERGER (öVP) forderte gesetzliche Schutzmaßnahmen für die Wiener Landwirtschaft. Unter anderem sollte ein Raumordnungsgesetz dazu beitragen, landwirtschaftliche Flächen und damit die Betriebe zu erhalten. Vor allem durch Baumaßnahmen sei die Landwirtschaft in Wien in den letzten Jahren stark dezimiert worden. Jedletzberger wies darauf hin, daß die Wiener Landwirtschaft trotzdem einen Produktionswert von 1,2 Milliarden Schilling hervorbringe, 50 Prozent des Frischgemüseaufkommens Österreichs stelle und 70 Prozent des Wiener Frischgemüsebedarfes decke. In Wien werde mehr Weizen als in Tirol, Salzburg und Vorarlberg zusammen produziert. Darüber hinaus sei der landwirtschaftliche Grünraum der Stadt ein wichtiges Naherholungsgebiet. Alle diese Faktoren, so Jedletzberger, sprechen für die verstärkten Bemühungen um die Erhaltung der Wiener Landwirtschaft. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

19 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Den Gedanken von StR. SCHIEDER, den Jahresgesamtmüllanfall bis 1990 auf 500.000 Tonnen zurückzuführen, bezeichnete GR. Ing. WORM (öVP) als faszinierend. Das sei eine Herausforderung an alle, bedeute aber auch die Aufforderung zum Konsumverzicht. Die Reduktion des Müllanfalles um 20 Prozent halte er für durchaus realisierbar, betonte Worm. Dazu sei allerdings ein Marketing-Konzept nötig, das derzeit fehle. Worm verwies auf das Beispiel der südsteirischen Gemeinde Groß-Klein, wo mittels des Mediums Gemeindezeitung die entsprechende Motivation der Bevölkerung zum Verzicht auf Dosengetränke, Plastikflaschen und Plastiksackerln gelungen ist. In Wien werden derzeit 45.000 Tonnen Glas und 160.000 Tonnen Papier unsortiert weggeworfen. Die öVP bejahe die forcierte Vorsortierung, die öVP sage Ja zur Politik der kleinen Schritte. Worm setzte dem ein Nein zur Ankündigungspolitik entgegen und schlug eine Kampagne des PID zur Müllproblematik vor.

Die von StR. Schieder angekündigte Vorsortierung des Hausmülls hätte schon längst in Angriff genommen werden können, besonders in den großen Gemeindebauten. "Ich fordere Sie auf, Herr Stadtrat Schieder", sagte Worm, "kündigen sie nicht immer nur an, sondern packen Sie zu."

Zum Abschluß seines Debattenbeitrages überreichte GR. Worm StR. Schieder einen Cartoon des Karikaturisten EIBL zur Müllproblematik in Wien. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

20 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) nahm zu seinen Vorrednern Stellung:

- o Die Randgemeinden seien aufgrund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels beim Finanzausgleich bevorzugt.
- o Die Wasserwerke arbeiten oft sehr rasch und ohne daß die Bevölkerung dies bemerkt. Erst vor kurzem sei die zweite Hochquellenwasserleitung schnell und unauffällig instandgesetzt worden.
- o Der Debattenbeitrag von Prof. WELAN habe die Hoffnung aufkommen lassen, daß es ein gemeinsames Bemühen der Fraktionen in Umweltfragen gibt. So wie von den Verantwortlichen Fehler eingestanden werden sollten, sollte die Opposition auch positive Maßnahmen anerkennen.
- o Um der Bevölkerung der Stadt einen Gesamtüberblick zu bieten, muß die Informationsarbeit der Stadt Wien einen Ausgleich zu den anderen Medien darstellen. Die Summe der Eindrücke muß so sein, daß das Gesamtbild stimmt. Wenn die Medien die kritische Seite überbewerten, muß der Informationsdienst die positive Seite wiedergeben.
- o Vieles, was GR. Ing. WORM gesagt habe, stimme. Schieder stellte fest, daß er sich über eine einheitliche Vorgangsweise im Bereich der Müllverwertung freuen würde. Auf diesem Gebiet sei noch viel zu tun, es wäre gut, wenn man es gemeinsam tun könnte. Als "politischen Toilettefehler" bezeichnete es Schieder, wenn ein anerkannter Journalist Kollegen, die sich bemühen, für die Stadt zu arbeiten, abkanzelt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

21 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gesamtausgaben der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales werden um 8,5 Prozent, von 14,8 auf 16 Milliarden Schilling, steigen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) in seinem Einleitungsreferat fest. Allein die Budgetansätze des Sozialamtes werden von 2.690 auf 2.876 Millionen Schilling angehoben. Damit soll sichergestellt werden, daß Wien auch in Zukunft seiner Verpflichtung als "Soziale Stadt" nachkommt. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehen vor allem wieder die sozialen Dienste für die älteren Mitbürger und für die Behinderten. Dementsprechend werden sich die Leistungen des Heimhilfedienstes um 11,85 Prozent auf 500,3 Millionen erhöhen. Im Rahmen der allgemeinen Sozialhilfe werden die Geldaushilfen um ein Drittel auf 311 Millionen steigen. Die Ansätze der Behindertenhilfe werden um 8,25 Prozent auf mehr als 311 Millionen angehoben. Dabei ist vor allem auf den Freizeitfahrtendienst des "Club Handicap" zu verweisen, dessen finanzielle Unterstützung um zwei Millionen auf 11,7 Millionen erhöht wird.

Bei der Flüchtlingshilfe wurde der Ansatz von 13 auf 28 Millionen erhöht, wobei hier jedoch mit bedeutend mehr Ausgaben gerechnet werden muß, da Wien in wesentlich stärkerem Maße als die anderen Bundesländer Kosten übernimmt.

Für die Pensionistenklubs, deren Zahl um sechs erhöht wurde, gibt es 3,2 Millionen. "Essen auf Rädern", das von durchschnittlich 3.500 Personen bezogen wird, erhält 47,8 Millionen. Die Mittel des Kuratoriums für psychosoziale Dienste wurden von 32 auf 36,8 Millionen erhöht. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

22 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheitsbereich sind die Schwerpunkte der weitere Ausbau der prophylaktischen Einrichtungen sowie eine noch bessere ärztliche Versorgung der Bevölkerung, wofür 67,5 (bisher 62) Millionen zur Verfügung stehen werden. Wiens Spitäler bilden auch nächstes Jahr wieder mit vorgesehenen Ausgaben von 12,9 Milliarden Schilling - gegenüber Einnahmen von 5,7 Milliarden - einen Schwerpunkt des Budgets. An der Spitze der Ausgaben stehen mit 5,6 Milliarden die Personalkosten, für die Erhaltung werden 471 Millionen und für Investitionen 1.949 Millionen (davon 1.500 Millionen für den Neubau des AKH) bereitstehen. Weiters wird es Modernisierungen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, Verbesserungen und Sanierungen sowie patientenbezogene Maßnahmen in den verschiedenen Spitälern und Pflegeheimen, aber auch eine Modernisierung der Einsatzfahrzeuge des Rettungs- und Krankentransports geben.

Mit Hilfe dieses Budgets soll im kommenden Jahr die Sozialarbeit weiter verstärkt werden, stellte Stadtrat Stacher fest. Dabei soll die verstärkte Integration der Behinderten im Vordergrund stehen. Ferner ist gemeinsam mit dem Sozialministerium ein sogenanntes "Arbeitstraining" für Arbeitslose vorgesehen. Einen weiteren Schwerpunkt im sozialen Bereich werden auch weiterhin die Bemühungen um die älteren Mitmenschen bilden. Im Gesundheitsbereich wird die Vorsorge weiter ausgebaut und die Gesundheitserziehung gefördert werden. Die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur und der Betriebsorganisation der Spitäler sowie die Förderung von Ärzteniederlassungen wird fortgesetzt. "Wenn auch in diesem Budget der Wermutstropfen der fehlenden Finanzierung des Krankenhauses im SMZ-Ost enthalten ist, werde ich weiterhin darum kämpfen, daß die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt werden," meinte StR. Stacher wörtlich. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

23 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf die Ereignisse im Psychiatrischen Krankenhaus Steinhof forderte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in einem BESCHLUSSANTRAG, den Arbeiten der Psychiatriekommission auch Vertreter der auf diesem Gebiet tätigen relevanten Selbsthilfegruppen mit beratender Stimme beizuziehen. Er erwarte sich von dieser Verstärkung der Psychiatriekommission nicht nur eine kritische Beurteilung der Situation in den Anstalten, sondern auch neue Impulse für die Arbeit der Psychiatriekommission.

Zur Frage der Berufsausbildung erklärte Hirnschall, daß die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen wurden, Ausbildungszeiten zu absolvieren, jedoch seien sie noch nicht genügend umgesetzt. Immerhin bilde Wien rund die Hälfte der österreichischen Ärzte aus. Problematisch sei eben, daß die Absolventen der Medizinischen Fakultät mit einem Diplom allein nichts anfangen könnten. Sie seien daher darauf angewiesen, daß die öffentliche Hand Ausbildungsmöglichkeiten biete. Man solle daher ermöglichen, daß ein Teil der Promoventen ihre Ausbildungszeit bei freipraktizierenden Ärzten leisten kann.

Zum Spitalskostendefizit sagte Hirnschall, daß besonders der Medikamentenaufwand in den Wiener Krankenhäusern dramatisch gestiegen sei. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

24 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) 1984 werden rund 23 Prozent mehr Medikamente gebraucht werden als 1982. Dieser Mehrbetrag sei ident mit der Summe der ersten Baurate für das Krankenhaus SMZ-Ost.

Hirnschall regte an, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen. In erster Linie gehe es dabei um die Erlangung eines Kostenersatzes von 20 Prozent für Fremdpatienten und eine Abgeltung der Mediziner Ausbildung. Außerdem sei es hoch an der Zeit, eine Anhebung des Kostendeckungsgrades von seiten der Sozialversicherung zu erreichen und den klinischen Mehraufwand effizienter abzudecken. Als weiteren Schritt sehe er die Umstellung der Abrechnung von Verpflegungstagen auf Normkostensätze. Dies müsse doch mit dem vor bereits sechs Jahren eingeführten Abrechnungssystem möglich sein. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

25 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) sagte, die überproportionale Kostensteigerung im Spitalswesen mache grundlegende Reformen auf diesem Sektor notwendig, wobei auch die Sozialversicherungen und der Bund miteinbezogen werden müßten. Dabei forderte Wagner Maßnahmen im Bereich der Planung, der Spitalsorganisation und der Finanzierung.

In der Planung vermißte WAGNER zielführende Konzepte. Er sprach sich für die rasche Erstellung eines Strukturkonzeptes für die Wiener Krankenanstalten aus und stellte einen diesbezüglichen BESCHLUSSANTRAG. Der Antrag sieht die Erstellung eines Landeskrankenanstaltenplanes, die Reduktion von Akutbetten, die Umwidmung von Abteilungen bei geändertem Bedarf, die Prüfung der Notwendigkeit von Großgeräten und die Schaffung weiterer Rehabilitationsbereiche vor.

In einem weiteren ANTRAG zur besseren Organisation des Wiener Spitalswesens forderte Wagner ein Konzept, das die verstärkte Autonomie der Spitäler, eine entscheidungsorientierte Betriebsführung, die Vereinfachung der Verwaltung, die Verbesserung der internen Organisation, die Einführung von modernen Informationssystemen, die ökonomischere Nutzung aller Einrichtungen, die bessere Koordination zwischen den Spitalern und ein qualifiziertes Management beinhaltet. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

26 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Schließlich forderte Wagner auch Reformen beim Finanzierungssystem der Krankenanstalten. Die Kosten-Nutzen-Relation in den Spitälern müsse besser werden, ein Übergang von der defizitorientierten zur leistungsorientierten Finanzierung sei zu suchen. Wagner stellte einen BESCHLUSSANTRAG für ein Finanzierungskonzept, in dessen Rahmen folgende Kriterien zu berücksichtigen wären: Die Änderung der Pflegegebührengestaltung, das Abgehen vom pauschalierten Pflegesatz in Richtung auf einen leistungsorientierten Kostenzuschuß, die Kostenerfassung und Kostentransparenz für Spitalsmitarbeiter und Patienten, die Mitteleinsparung durch Ausweitung der Übergangspflege und durch mehr Pflegeabteilungen und schließlich die Erstellung langfristiger Finanzierungskonzepte für notwendige Bauvorhaben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

27 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Arbeit für die Behinderten und Kranken ist eine stille, aber wirkungsvolle Arbeit, betonte GR. KÖNIG (SPÖ) und dankte den Mitarbeitern im Gesundheitsbereich für ihren aufopferungsvollen Einsatz. Gerade in der Behindertenhilfe wurde in den letzten Jahren vieles erreicht. König verwies auf die Einrichtungen für geschützte Arbeiten, für Beschäftigungstherapie, für die Hilfe zur Unterbringung und für die Beförderung von Behinderten.

Man dürfe die Leistung im Gesundheitsbereich nicht immer nur im negativen Schatten des AKH sehen, wie es die ÖVP mache, betonte König. Es gelang, den Schwesternmangel zu beheben und die Spitäler mit neuen medizinischen Geräten auszustatten. Das Programm der Saalunterteilungen wird fortgesetzt, die Renovierungsarbeiten werden forciert. Eine Ablehnung des Budgetansatzes richte sich daher nicht nur gegen die Patienten, sondern auch gegen Beschäftigungsmöglichkeiten für Wiener Klein- und Mittelbetriebe. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

28 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In ihrer Kritik an dem Budgetvoranschlag 1984 für das Spitals- und Gesundheitswesen nannte GR. Dkfm. Dr. SCHLICK (ÖVP) vier Schwerpunkte:

1. Das "Bettenmonster vom Alsergrund" verschlinge Unsummen, die bei anderen Maßnahmen fehlen.
2. Das 20jährige Ankündigungsjubiläum des SMZ-Ost wird mit einem Nullbudget gefeiert.
3. Die traditionellen Arbeiterbezirke sind in der ärztlichen Versorgung besonders benachteiligt.
4. Die Kluft zwischen dem medizinisch Möglichen und dem Finanzierbaren klaffe immer weiter auseinander.

Die sozialistische Gesundheitspolitik habe nach wie vor die vollständige Bedarfsdeckung zum Ziel, ohne einzusehen, daß dies unmöglich sei. Jeder Zentralismus im Gesundheitswesen sei inhuman. Die Einrichtung des Spitalsombudsmannes müsse ausgebaut werden. Schlick stellte den ANTRAG, einen Ombudsmann für alle Wiener städtischen Krankenanstalten, Pflegeheime sowie psychiatrischen und psychosozialen Einrichtungen als Servicestelle des Bürgerdienstes einzurichten. Zu den erweiterten Sprechstunden solle ein telefonischer Tonbanddienst rund um die Uhr kommen. Außerdem sind Beschwerdebriefkästen einzurichten, die ebenfalls vom Bürgerdienst betreut werden sollen. Über gemeldete Mißstände und getroffene Maßnahmen soll dem zuständigen Gemeinderatsausschuß periodisch Bericht erstattet werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

29 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) verwies darauf, daß zwischen 1946 und 1973 öVP-Stadträte für das Spitals- und Gesundheitswesen verantwortlich waren. Ein Rechnungshofbericht aus dem Jahr 1973 habe aufgezeigt, daß zu diesem Zeitpunkt kein Spitalsplan vorhanden war, daß es zu wenig Personal, eine mangelhafte Infrastruktur und überfüllte Großkrankenhäuser mit unzureichender Versorgung gab. Seit Stadtrat Stacher die Verantwortung für dieses Ressort trage, seien nicht zuletzt aufgrund zweier Zielpläne großartige Fortschritte erzielt worden, sagte Lacina.

Zu der von der öVP geführten Armutsdiskussion erklärte Lacina, daß nach 13 Jahren sozialistischer Alleinverantwortung die Sozialquote Österreichs im Mittelfeld der EG-Länder liege. Sie sei deshalb nicht höher, weil dies aufgrund der vergleichsweise günstigen Arbeitsmarktlage nicht notwendig sei. Es sei in dieser Zeit auch alles unternommen worden, um den Lebensabend der Österreicher lebenswert zu machen. So sind die Mindestpensionen um über 300 Prozent gestiegen, der Durchschnitt lag bei 230 Prozent. Die Bauernpensionen sind sogar um 676 Prozent gestiegen. Auch das derzeitige Maßnahmenpaket der Bundesregierung diene durch seine positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt der sozialen Sicherheit. Mit der Armutsdiskussion wolle die öVP nur Panikmache betreiben, sagte Lacina. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

30 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) definierte die zehnjährige Amtsperiode StR. STACHERS als "Periode der fallengelassenen Projekte" und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Einstellung der Planungsarbeiten für das Pflegeheim Süd und das Pflegeheim Webergasse sowie für das Krankenhaus im SMZ-Ost. Viele Bewilligungsverfahren für das AKH seien noch nicht abgeschlossen. Die "Realität 83" sei, daß im AKH ohne Bewilligung gebaut wurde und wird. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

31 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPö) verwies auf die zahlreichen Sozialleistungen der Wiener Stadtverwaltung, die in einem Sozialbudget von 2,876 Milliarden Schilling ihren zahlenmäßigen Niederschlag fänden. Angesichts dieser Tatsache sei die Kritik der öVP nicht verständlich, wenn auch gesagt werden müsse, daß die allgemeine wirtschaftliche Situation auch eine neue Situation im Sozialbereich schaffe. Es genüge heute oft nicht mehr, finanzielle Hilfe zu geben, sondern man müsse - begleitend dazu auch soziale Hilfe wie Arbeitstraining oder die Unterstützung von Selbsthilfegruppen leisten. Die Stadt Wien komme auch diesen differenzierten Anforderungen nach, wobei gesagt werden müsse, daß es günstig sei, wenn die sozialen Kräfte aller Schattierungen zusammenhelfen. Alles in allem seien die sozialen Hilfen in Wien auf einem Standard, der den Anforderungen voll entspreche. (Forts.)
gab/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

32 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPö) erkundigte sich, was GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP) damit meine, wenn er behauptete, daß die Lebenserwartung in Wien sinke.

Dinhof brachte einen ANTRAG von SPö und öVP ein, wonach eine Psychiatriekommission gegründet werden soll. Ihre Aufgabe soll es sein, den Fortgang der Psychiatriereform zu überwachen, legislative Änderungen im Zusammenhang mit psychisch Kranken zu beraten sowie bei der Integration psychisch Kranker und Behinderter in die Gesellschaft zu helfen. In einem ZUSATZANTRAG, im Einvernehmen mit der FPö, ist vorgesehen, daß den Sitzungen der Psychiatriekommission fallweise Vertreter der Selbsthilfegruppen mit beratender Stimme beigezogen werden.

In einem weiteren ANTRAG der SPö werden die amtsführenden Stadträte für Finanzen und Wirtschaftspolitik sowie für Gesundheit und Soziales ersucht, bei den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung Maßnahmen zu erwirken, die eine gleichmäßige Verteilung des Sozialhilfeaufwandes der Länder für Flüchtlinge herbeiführen sollen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

33 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP) stellte fest, daß die Zahl der über 70jährigen aufgrund einer geänderten Bevölkerungsstruktur in Wien sinkt.

GR. Dr. HAWLIK (öVP) erläuterte ein von GR. DINHOF angeführtes Zitat von Vizebürgermeister Dr. Busek. Busek habe gesagt, daß bei Raufereien auf Feuerwehrfesten Aggressionen abgebaut werden und man sich dadurch psychosoziale Zentren ersparen könnte, was aber natürlich nicht wörtlich zu verstehen sei.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) erklärte, daß die Innenrevision bei der Magistratsabteilung 17 bereits eingeleitet wurde. Zur Kostenstellenrechnung in den Spitälern stellte Stacher fest, daß sie funktioniere, aber noch verbesserungswürdig sei. Es sei schwierig, zu einem leistungsgerechten Abrechnungssystem zu kommen, weil im Rahmen des Krankenanstaltenfonds einheitliche Beschlüsse gefaßt werden sollen und hier die Meinungen in den Bundesländern auseinander gehen. Unter Pflegegebühren seien sämtliche Leistungen, die im Spital an einem Patienten erbracht werden, zu verstehen. In der Bevölkerung glaubt man vielfach jedoch, daß nur die Verpflegung gemeint sei. Ein anderes Problem sei die Arbeitszeit der Ärzte und Schwestern. Er werde zu diesem Thema Anfang Februar eine Enquete abhalten, kündigte Stacher an. Außerdem regte der Gesundheitsstadtrat die Schaffung eines Kuratoriums an, in dem alle Organisationen zur Fortbildung der Ärzte zusammengefaßt werden. Dadurch bekämen auch ausländische Ärzte die Möglichkeit, ihr Studium in Österreich mit im Ausland gültigem Abschluß zu beenden.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

34 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien gebe es einerseits Schwierigkeiten, alle Ärzte unterzubringen, andererseits fehlen beispielsweise Betriebsärzte. Dazu kommt, daß viele Ärzte Doppelposten ausfüllen. Die Universität müßte bei der Ausbildung stärker selektionieren. Ein Pflegepraktikum für Ärzte könne ebenfalls Abhilfe für stellungssuchende Mediziner schaffen.

Das von ÖVP geforderte Organisationskonzept für Spitäler gibt es schon lange, betonte Stacher. Die städtischen Spitäler würden eine andere Struktur benötigen, die es möglich macht, sie wirtschaftlich zu führen. Eine Betriebsorganisation kann jedoch nicht von heute auf morgen funktionieren, sondern nur Schritt für Schritt vollzogen werden. Aus politischen Gründen lege er das Organisationskonzept für die Spitäler nicht offen auf den Tisch, weil eine Umstrukturierung in Ruhe ohne politischen Wirbel und Bürgerinitiativen durchgeführt werden soll.

Das Sozialmedizinische Zentrum Ost bezeichnete Stacher als unbedingte Notwendigkeit für die Bevölkerung jenseits der Donau. Stacher kritisierte, daß die Opposition Beispiele aus dem Gesundheitswesen anderer Länder zusammenhanglos in den Raum stellt. In Amerika gehen beispielsweise Leute zugrunde, weil sie sich die Spitalskosten nicht leisten können. In Wien sei dies sicher nicht der Fall. Es sei sein Ziel, die volle Bedarfsdeckung für die Wiener Bevölkerung zu erreichen, und zwar so, daß auch der Ärmste genauso betreut wird wie alle anderen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

35 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung bemerkte GR. Dipl.-Kfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), es sei unrealistisch, zu verlangen, jedes österreichische Bundesland solle seine Ärzte selber ausbilden. Dies würde dazu führen, daß jede Landeshauptstadt eine Universität haben müßte. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

36 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im großen und ganzen, erklärte StR. RAUTNER, sei das Budget für die Geschäftsgruppe Bauten ein gut abgestimmtes Budget, dessen Abgang vertretbar und leicht zu finanzieren sei. Rautner rief in Erinnerung, daß die Aktivitäten seines Ressorts auch der Arbeitsplatzsicherung in Wien zugute kämen.

Allein die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe werden, um 8,2 Prozent steigen. Rautner bedauerte, daß zahlreiche Projekte 1984 nicht verwirklicht werden können, darunter das SMZ-Ost, sprach jedoch die Hoffnung aus, es werde im Bereich der Leistungsabteilung für Fremdpatienten in den Wiener Spitälern zu einer Lösung kommen.

Ziel einer guten Verkehrskonzeption sei es, den Individualverkehr in gut ausgebauten und entsprechend leistungsfähigen Straßenzügen zu bündeln. Auch verkehrsberuhigte Zonen sollen geschaffen werden. Eine wichtige Aufgabe sieht Rautner darin, über Bauvorhaben besser zu informieren. Dies soll 1984 in verstärktem Ausmaß durch Baustellentafeln geschehen, die den Auftraggeber, die ausführende Firma, die Art des Bauvorhabens und die Dauer der Bauvorhaben beinhalten. Im Straßenbauprogramm 1984 sind Lärmschutzwände und Lärmschutzdämme entlang der Südost-Tangente, die Fortführung der Arbeiten an der Donauuferautobahn und Arbeiten an der Südost-Autobahn enthalten. Der Ausbau der Bundesstraßen im Wiener Raum wird fortgesetzt. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bauen

=++++

37 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Fast 40 Millionen Schilling sind für den Ausbau von Radwegen, Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen, wie das Hörnesviertel, vorgesehen, erklärte Rautner.

Sehr wichtig ist auch die Erschließung von Betriebsbaugebieten, so z. B. "Flughafen Aspern" und "Draschegründe West". Beträchtliche Mittel werden für die öffentliche Beleuchtung und ihre Instandhaltung aufgewendet.

Abschließend versprach Rautner, notwendige Bauarbeiten zu beschleunigen. Grundsätzlich soll nicht in der Nacht gebaut werden, Ausnahmen müßten aber möglich sein. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

38 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) beschäftigte sich mit den Vergaberichtlinien für städtische Bauvorhaben. Die gesetzlich festgelegten Vergaberichtlinien sollen für alle Bieter gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, forderte Mandahus. Stattdessen gibt es in Wien eine protektionistische Bevorzugung gemeindeeigener Betriebe, die sich im "Einstiegsrecht", einer Präferenzklausel für städtische Beteiligungsunternehmen, manifestiere. Diese Benachteiligung bleibe auch aufrecht, wenn es nun durch Verhandlungen seitens der Handelskammer gelungen sei, das Einstiegsrecht auf Angebote bis zu fünf Prozent über dem Niedrigstgebot einzuschränken. Überdies werde seitens der Stadt Wien oft der Verhandlungsweg anstelle des Ausschreibungsweges gewählt, um den Auftrag einem protegierten Betrieb zuzuschancen. Letzten Endes wäre es besser, so Mandahus, das Baugeschehen Privatfirmen zu überlassen und nicht durch gemeindeeigene Betriebe die private Bauwirtschaft und den Steuerzahler zu schädigen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

39 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) befaßte sich mit Aspekten der Verkehrsberuhigung und Stadterneuerung. Es sei wieder sprübar geworden, daß der Platz vor der Tür den zweiten Lebensraum bildet. Zwanzig größere und kleinere Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Zonen wurden geschaffen und zahlreiche Bäume gepflanzt. Der Verlust an Parkraum für PKWs beträgt 15 Prozent. Dies müsse bei den entsprechenden Planungen berücksichtigt werden. Zu einer Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit hat in vielen Bereichen die Unterbindung des Durchzugsverkehrs geführt. Mit den im Budget für das kommende Jahr vorgesehenen Mitteln können 15 bis 20 neue verkehrsberuhigte Bereiche begonnen oder verwirklicht werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

40 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bei stärkerem Einsatz von Alternativenergien und Optimierung der bestehenden Heizanlagen könnte Energie um Millionen Schilling eingespart werden, stellte GR. CVETKOVIC (öVP) fest. Die Sonnenhäuser der Stadt Wien liegen bedauerlicherweise im Dornröschenschlaf, und der Versuch eines Privaten mit einem Windrad wurde von der Bezirksvertretung abgedreht. Auch die großen Heizanlagen der Stadt Wien sind nicht am neuesten Stand. Mangelhafte Isolierungen in den Wohnhäusern führen zu Schimmelbildungen. Der öVP-Gemeinderat schlug vor, daß Rauchfangkehrer auch meßtechnische Prüfungen vornehmen sollten. Außerdem soll die Aktion zur Förderung von Schallschutzfenstern auch auf Häuser in gemeindeeigenen Straßen ausgedehnt werden. Cvetkovic kritisierte, daß die Magistratsabteilung 34 Preissteigerungen bei Firmen nicht bezahlen wollte und mit Sanktionen gedroht habe. Der wirtschaftliche Druck auf Kontrahenten soll schnellstens aufhören, forderte Cvetkovic. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

41 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die veranschlagten Budgetmittel werden optimal eingesetzt und geben der Bauwirtschaft wichtige Impulse, erklärte GR. KREMNITZER (SPö). Im Rahmen ihrer Bautätigkeit leistet die Stadt Wien einen wichtigen Beitrag zur arbeitsmarktfördernden Wirkung des Maßnahmenpakets der Bundesregierung.

Besonders wichtig sei der Ausbau des Wiener Straßennetzes.
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

42 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) setzte sich für eine Zusammenlegung der städtischen Baubetriebe ein. Eine derartige Strukturbereinigung sei nötig, sagte Worm, und würde große Einsparungen bringen. Derzeit sei es so, daß die WIBEBA, die TEERAG-ASDAG und die Fertigteilbau einander konkurrenzieren und zum Großteil nur aufgrund protektionistischer Maßnahmen und damit auf Kosten der privaten Baufirmen ihre Existenz sichern. Die wirtschaftliche Lage sei bei der den Stadtwerken zugehörigen TEERAG-ASDAG nicht gerade gut, während sich die WIBEBA in den letzten Jahren sehr zu ihrem Vorteil entwickelt habe. Die Fertigteilbau habe aufgrund der Fixierung auf die überholte Fertigteilbauweise ihre Zukunft hinter sich. Sie habe die notwendige Umstrukturierung verschlafen. Eine Fusionierung dieser drei Firmen würde sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen, schloß Worm, und sollte daher bald vorgenommen werden. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

43 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. RAUTNER (SPÖ) befaßte sich eingehend mit der von GR. MANDAHUS (ÖVP) ins Gespräch gebrachten Frage der Präferenzen. Rautner sagte, ein Mitglied des Wiener Gemeinderates müsse die Interessen der Gemeinde Wien vertreten und nicht jene einer anderen Interessensgruppe. Er, Rautner, finde die Handhabung einer Präferenz für die eigenen Betriebe der Stadt Wien nach wie vor gerechtfertigt. Der Stadtrat betonte, daß die kommunalen Firmen für Instandsetzungen nach Gebrechen rund um die Uhr für die Wiener Bevölkerung tätig sind. Es gibt keine Stadt, wo Gebrechen so rasch und so sicher behoben werden können wie in Wien. Private Firmen wären allein aus kalkulatorischen Gründen dazu nicht in der Lage. Überdies müsse man bedenken, daß die WIBEBA unter Hinweis auf ihre Präferenz in Wien im Umland keine Aufträge erhalte.

Hinsichtlich des Wirkungsgrades von Großheizanlagen gegenüber von Etagenheizungen schlug Rautner vor, entsprechende Experten einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses beizuziehen, um die Frage zu diskutieren. Was die Lärmschutzfenster betrifft, werde nach einer Lösung gesucht, und es gebe sicher Grenzfälle bei der Beurteilung der Situation bei Bundes- und Gemeindestraßen. Der Einsatz der Solarenergie sei als Versuch anzusehen, doch lasse die gegenwärtig vorliegenden Entwicklungen noch keinen effizienten Einsatz erwarten. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

44 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung zählt auch im Jahr 1984 zu den wichtigsten Schwerpunkten, stellte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) fest. Für den kommunalen Wohnbau steht ein Betrag von 3,6 Milliarden Schilling zur Verfügung. Der Großteil der Bauvorhaben befindet sich im dichtbebauten Gebiet und dient der Stadterneuerung. 1984 werden rund 1.700 Gemeindewohnungen fertiggestellt und ca. 1.400 begonnen. Heuer sollen noch 2.400 Wohnungen von der Landesregierung gefördert werden. Für die Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten in städtischen Wohnhausanlagen werden 1984 rund 1,4 Milliarden ausgegeben. Ein Aufzugsprogramm mit 154 nachträglich eingebauten Aufzügen wird in Angriff genommen. Im Rahmen der Wohnungsverbesserung sollen rund 15.000 Wohnungen mit einem Darlehensvolumen von einer Milliarde Schilling gefördert werden.

Die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser soll noch bürgernäher gestaltet werden. Anfang 1984 werden Wohnungskommissionen geschaffen, die den Mietern von Gemeindewohnungen, aber auch Wohnungssuchenden als Auskunft- und Beschwerdestellen zur Verfügung stehen.

Schwerpunkt der Stadtplanung wird 1984 die Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes sein, der auch einen Landschaftsrahmenplan sowie die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes beinhaltet. Im Bereich der U-Bahn-Planung werden Projektierungsarbeiten für die Wientalquerung im Zuge der U 6, für den U 3-Abschnitt Volkstheater - Westbahnhof und für den U 6-Abschnitt Philadelphiabrücke - Siebenhirten durchgeführt. Außerdem sind Variantenuntersuchungen für die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf vorgesehen. Bei der Straßenplanung werden Tunnellösungen für die Wiener Westeinfahrt sowie für die Verbindung der West- und Südeinfahrt untersucht.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

45 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die Verkehrsplanung im 22. Bezirk ging GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) ein. Die Planungen für die A 24 seien bereits weit fortgeschritten. Die FPö ziehe jedoch der Tieflage eine Führung der A 24 über der Bahntrasse der ÖBB mit entsprechender Schalldämmung vor. Es wäre möglich, einen S-Bahn-Ast zu den Motorenwerk Aspern zu führen, da der Anschluß vorhanden sei.

Das Charakteristikum des sozialen Wohnbaus der Gegenwart sei die Tatsache, daß an Bedarf und Nachfrage vorbeigebaut werde. Statt mittlere Wohnungsgrößen zu bevorzugen, baue man Großwohnungen, die nicht mehr "an die Familie zu bringen" seien. Eine ähnliche Entwicklung wie der Heinz-Nittel-Hof nehme nun auch die in Bau befindliche Wohnhausanlage "Am Heidjöchl". Im Sinne der Wohnungsmieter wäre es, einen Kostenrahmen vorzugeben und diesen auch einzuhalten. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

46 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Pawkowicz kritisierte die mangelhafte Kontrolle geförderter Wohnbauträger und brachte einen ANTRAG auf Einrichtung einer Beratungs- und Beschwerdestelle für Mieter, Nutzungsberechtigte und Eigentümer geförderter Wohnbauträger in der Magistratsabteilung 50 ein. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

47 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) beschäftigte sich mit der Stadterneuerung. Petrik sagte, hier sei seit einigen Jahren grundsätzlich eine weitgehende Einigkeit festzustellen. Allerdings bleibe noch die Frage offen, welche Methoden zum Ziel führen. Immerhin habe Wien allein in den Bezirken 15, 16, und 17 ein Sanierungspotential, das dem aller anderen österreichischen Städte entspricht. Bis jetzt gehe die Assanierung zum Großteil an den Kerngebieten der nötigen Erneuerung vorbei, die Wohnungsverbesserung kommt zum geringeren Teil in Substandardwohnungen zum Tragen. Petrik forderte einen Haussubstanzqualitätskataster als Grundlage weiterer Maßnahmen. Danach sollte die Sanierungswürdigkeit der Häuser festgestellt werden. Weiters forderte Petrik die Kontrolle des Nutzungsverhältnisses von Wohn- und Büroraum und die Mitwirkung der Bevölkerung bei allen Maßnahmen. Von der von StR. Hofmann angekündigten Wohnungskommission forderte Petrik insbesondere, auch auf die spezifischen Wohnbedürfnisse der Wohnungswerber einzugehen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

48 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) setzte sich mit dem Stadtentwicklungsplan auseinander, der in wenigen Monaten dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Daß es erst jetzt zur Beschlußfassung kommt, bringe den Vorteil, das Park-and-Ride-Konzept, die Pläne für das Radwegegrundnetz, den Landschaftsrahmenplan und die Fortschreibung der Verkehrskonzeption zu berücksichtigen. In mehreren Etappen werden insgesamt 270 Kilometer Radwege angelegt. Entgegen den ursprünglichen Prioritäten sollten der "Wilhelminenweg" und der Ring-Rund-Rad-Weg rascher verwirklicht werden, meinte Oblasser. Er verwies auf die laufenden Planungen und Bauvorbereitungen bei U 3 und U 6 und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß hinsichtlich der Wientalquerung der U 6 (Otto-Wagner-Brücke) mit dem Bundesdenkmalamt eine Lösung gefunden werden kann, die auch unter dem Gesichtspunkt der Stadtgestaltung und der Bauzeit vertretbar ist. Für Westgürtel und Südgürtel finden Expertengespräch über eine mögliche Untertunnelung statt. Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs verlangte Oblasser eine verstärkte Überwachung und Maßnahmen zur Parkraumschaffung (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

49 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Forcierung der Stadterneuerung und für neue Richtlinien beim Wohnungsneubau trat GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) ein. Wien verfügt über einen großen Althausbestand, der stark sanierungsbedürftig ist. Das Instrument der Wohnbauförderung soll daher entsprechend ausgebaut werden. Die Mietzinsbeihilfenregelung soll der Wohnbeihilfe gleichgestellt werden. Zum Neubau regte Maier folgendes an:

- o Bereitstellung von Bauflächen im Wege des Baurechts
- o Verstärkte Berücksichtigung des verdichteten Flachbaus
- o Verstärkte Widmung von Bauland-Gartensiedlung
- o Planungs- und Bauüberwachung in einer Hand
- o Vermeidung unterschiedlicher Grundrisse und von Übertechnisierung
- o Günstige Materialwahl
- o Ausnutzung des Dachraums.

Dr. Maier forderte, das Instrument der Marktforschung auch im Wohnbau stärker einzusetzen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

50 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Einen transparenteren Abrechnungsmodus für die Mieter von Gemeindebauten forderte GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP). Der Informationswert einer Zahlenansammlung in den Computerabrechnungen sei gleich Null, wenn der Mieter seine Möglichkeiten zur Einsichtnahme und zum Einspruch aufgrund fehlender Information nicht wahrnehmen könne. Auf diese Weise entstehen Ungereimtheiten, die beim Gemeindemieter ein Mißtrauen gegen Beamte und Firmen auslöse, nur weil eine exakte Überprüfung der Abrechnung nicht möglich ist. Hotter stellte die Frage, ob die Zusammenfassung von Wohnhausanlagen in "wirtschaftliche Einheiten" zweckmäßig sei. Außerdem wüßten viele Mieter der Gemeinde Wien nicht, daß sie mit Vertragsabschluß Mitglied der Mietervereinigung sind. Ehrlicher wäre es, erklärte Hotter, Anmeldeformulare aufzulegen und über die Höhe des Mitgliedsbeitrages, der mit dem Mietzins kassiert wird, und über die Art der Einhebung zu informieren. Hotter forderte die Auflage der Rechnungskopien in den betroffenen Wohnhausanlagen, sowie die Ankündigung von Erhaltungsarbeiten. Es sei außerdem notwendig, Name und Telefon des zuständigen Beamten bekanntzugeben. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

51 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Wie GR. HAAS (SPÖ) betonte, ist es immer ein Grundsatz der SPÖ gewesen, daß jeder Bürger das Recht auf eine gute Wohnung hat. 60 Jahre kommunaler Wohnbau mit einem derzeitigen Bestand von 221.000 Wohnungen legen dafür Zeugnis ab. Auch die derzeitige Politik der Stadt Wien mit ihrer starken Betonung der Stadterneuerung dient der stetigen Verbesserung des Wohnungsstandards. Der Anteil der Substandardwohnungen ging in den letzten Jahren von einem Drittel auf ein Fünftel zurück, sagte Haas. Der Anteil der Wohnungen mit WC, Bad oder Dusche hat sich von 48 auf 70 Prozent erhöht. 250.000 Wohnungen haben derzeit Zentralheizungen. 1984 werden allein für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser 829 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Für bauliche Investitionen sind rund 233 Millionen Schilling vorgesehen. Insgesamt sind aus dem Budget der Stadt Wien für 1984 rund 3,7 Milliarden Schilling für den Wohnbau eingeplant, womit 15.275 Wohnungen in Bearbeitung stehen werden. Unter anderen ist mit der Fertigstellung von 512 Wohnungen auf den MIAG-Gründen im 3. Bezirk, von 407 Wohnungen auf den Ankerbrotgründen im 10. Bezirk, von 423 Wohnungen auf dem Gelände der Simmering-Graz-Pauker-Werke, von 400 Wohnungen im 21. Bezirk östlich der Brünner Straße und von 473 Wohnungen Am Heidjöchl im 22. Bezirk zu rechnen. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

52 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Dr. NEUBERT (ÖVP) bezeichnete Teile der Brigittenau als "Stiefkind der Stadterneuerung", so das Gebiet "Zwischenbrücken", das unter der trennenden Wirkung des Nordwestbahnhofes zu leiden habe. Dazu komme, daß die Erreichbarkeit des Lorenz-Böhler-Krankenhauses wegen der Bahnhofsanlagen erschwert wird, und die Bevölkerung Lärm und Schwerverkehr ertragen muß.

GR. Neubert stellte den ANTRAG, umgehend Verhandlungen mit den österreichischen Bundesbahnen zur Absiedlung des Nordwestbahnhofes aufzunehmen. Die Stadt Wien soll das Gelände erwerben und für diesen Bereich einen städtebaulichen Wettbewerb ausschreiben. Auf dem Nordwestbahnhofs Gelände sollen Wohnungen, Geschäfte, Betriebe, öffentliche Einrichtungen sowie Grün- und Erholungsflächen entstehen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

53 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) bezweifelte die Realisierung einiger Ankündigungen von StR. Hofmann: Hofmann habe einen Jubiläumswettbewerb für den kommunalen Wohnbau angekündigt, im Budget seien jedoch zuwenig Mittel dafür enthalten. Ebenso angekündigt wurde der verstärkte Dachbodenausbau, im Budget 1984 seien dafür sechs Millionen Schilling weniger enthalten als im Vorjahr. Mayr erinnerte an einen ÖVP-Antrag, in dem die Stadt Wien aufgefordert wird, zu prüfen, wo in gemeindeeigenen Häusern Dachböden ausgebaut werden könnten. Das Prüfungsergebnis ist noch immer ausständig. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

54 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Problematik der A 24 erklärte StR. Ing. HOFMANN, daß die Kosten-Nutzen-Analyse bereits an das Bautenministerium übergeben worden sei. Es sei richtig, daß Überlegungen angestellt wurden, die Trasse der Ostbahn zu benützen, doch müsse erst über eine Zustimmung der ÖBB verhandelt werden. Konsequenz dieser neuen Trasse wäre aber ein außerordentlich markantes Bauwerk in Hochlage.

Zur Problematik des Nittel-Hofes sagte Hofmann, daß die Endabrechnung noch nicht erfolgt ist. Der Nittel-Hof, bei dem man, bedingt durch organisatorische Probleme, zu spät mit der Besiedlung begonnen hätte, sei aber sicher nicht der teuerste Bau.

Eine Novellierung der Wohnbauförderung sei sicherlich erforderlich. Bei der Kontrolle der Wohnbauträger könne das Kontrollamt jederzeit eingeschaltet werden. Die drei vorgesehenen Prüfungsinstanzen - Kreditapparat, Prüfverband des Verbandes und eine Gruppe von prüfenden Beamten - ergeben aber eine optimale Lösung.

Organisatorische und rechtliche Fragen seien im Bereich der Stadterneuerung sicher noch zu lösen. Er erhoffe sich gerade auf diesem Sektor vom Wohnhaussanierungsgesetz sehr viel, betonte Hofmann. Ein größerer Sanierungswille könnte dadurch erreicht werden, daß die Förderungsbedingungen für Sanierungen jenen des Neubaus gleichgesetzt werden.

Zur Novellierung des Kleingartengesetzes sagte Hofmann, es wäre falsch, die Lösung in einer Erhöhung der Quadratmeteranzahl zu suchen. Er könne sich aber vorstellen, daß mit verschiedenen Kategorien von Kleingartenwidmungen das Problem gelöst werden könne. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

55 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnbauträger könnten nicht mehr damit rechnen, daß die Wohnungswerber jede angebotene Wohnung auch annehmen. Ein Umdenken und ein Einpendeln auf Wohnungsgrößen von 70 bis 80 Quadratmetern sei sicherlich erforderlich. Ein Teil der Mittel für die Neubauleistung würde, erklärte Hofmann, auf Sanierungsmaßnahmen übergehen.

Zu einer Zusammenfassung von Planung und Ausführung in einer Hand erklärte Hofmann, durch die derzeitige Handhabung sei eine gegenseitige Kontrolle gegeben.

Der Verwaltungsaufwand bei den Mietzinsabrechnungen, die im Juni 1983 erstmals zugestellt wurden, sei eine enorme Belastung und *n organisatorischer Hinsicht Neuland. Man habe mit der Mietervereinigung bereits Vereinbarungen getroffen, um die Abrechnungen übersichtlicher zu gestalten. Zur Dachbodenausbauaktion erklärte Hofmann, daß eine Modifikation sicherlich angebracht sei und, daß die Förderungsbeiträge an die Quadratmeterpreise angeglichen werden müßten.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 21.30 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Mittwoch, im Anschluß an die Sitzung des Landtages (Beginn 9 Uhr) mit den Beratungen über das Budgetkapitel Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz fortgesetzt. (Schluß)
jel/ap

NNNN

6. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3312

Nestroy-Ring für Hans KANN und Heinz PETERS

=++++

11 #Wien, 6.12. (RK-KULTUR) Die Nestroy-Ring-Träger der Stadt Wien 1983 sind Heinz PETERS und Hans KANN. Der Ring wird alljährlich für die satirische Darstellung Wiens und der Wiener Bevölkerung im Sinne Nestroys vergeben und vom Bürgermeister der Stadt Wien aufgrund des Vorschlages einer Jury namhafter Fachleute zuerkannt. Heinz Peters hat bereits unzählige Nestroy-Rollen großartig verkörpert. Hans Kann war Helmut QUALTINGER als Pianist und Komponist ein kongenialer Partner bei einer Reihe Produktionen von satirischen Platten. Die Überreichung der Ringe wird im März 1984 stattfinden.#

(Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Kulturbudget: 740 Millionen

=++++

12 Wien, 6.12. (RK-KULTUR) In der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde am Montag abend das Kapitel Kultur und Sport diskutiert. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies darauf hin, daß das Wiener Kulturbudget bei aller notwendigen Spargesinnung die nötigen Mittel bereitstelle, um die kommunale Kulturarbeit auch 1984 kontinuierlich fortzusetzen. Mit rund 740 Millionen Schilling betrage das Kulturbudget 1,2 Prozent des Gesamtbudgets. In Frankreich, dessen Kulturetat erst kürzlich spektakulär angehoben worden sei, sei dieser Prozentsatz nun erst bei 0,84 Prozent angelangt. Mrkvicka wies auf die vielen Veranstaltungen des kommenden Jahres hin, wie das Tanzfest 1984, die Festwochen, den Musikalischen Sommer und das Schreker-Zemlinsky-Fest und kündigte verstärkte Bemühungen um die Förderung der bildenden Kunst und der Literatur an, bei der die zur Verfügung stehenden Mittel sogar geringfügig angehoben werden konnten. Als weiteren Schwerpunkt nannte der Stadtrat die Förderung der kulturellen Aktivitäten in den Bezirken, die ja auch die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Wohnumgebung stärken. Besonderes Augenmerk solle auch im kommenden Jahr der Altstadterhaltung zukommen. Konkret darauf angesprochen, sagte Mrkvicka, daß das Grassalkovics-Schlössel renoviert werden und dem Zirkus- und Clown Museum Platz bieten solle, und daß eine Renovierung des Biedermeierensembles in der Bernardgasse einer Prüfung zugeführt werde. Was die Theater betreffe, so sei hier für die Kontinuität der künstlerischen Arbeit gesorgt. Es könne keine Theaterneugründungen geben, es seien jedoch bereits erste Schritte unternommen worden, um verschiedenen Theatergruppen Spielmöglichkeiten auf den bestehenden Bühnen zu sichern. (Schluß)
gab/gg

NNNN

ÖVP-Wien-Initiative: Steuererleichterungen für Stadtreparatur
Utl.: 10.000 Arbeitsplätze in drei Monaten

=++++

16 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Durch steuerliche Änderungen von Bundesgesetzen möchte die Wiener ÖVP die Stadterneuerung in Wien rasch ankurbeln. Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Landtagsabgeordneter Dr. Heinz WÖBER sprachen sich Dienstag in einem Pressegespräch für eine Wien-Initiative "von Wien und für Wien" aus. Andere Bundesländer haben es verstanden, so Busek, auf ihre Sonderprobleme aufmerksam zu machen. Wie die Steiermark für ihre verstaatlichten Betriebe kämpft, sollte Wien hervorstreichen, das 90 Prozent der in Österreich anfallenden Stadterneuerung in der Bundeshauptstadt durchgeführt werden müsse.

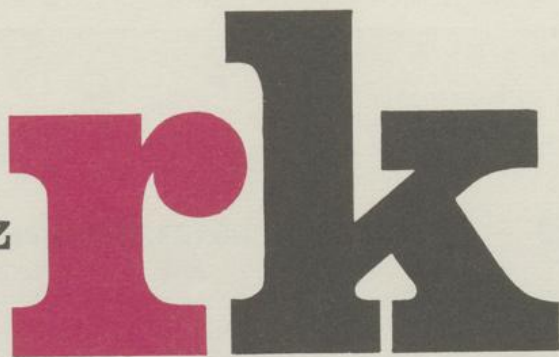
Im einzelnen schlugen Busek und Wöber vor, daß die Vermieter Stadterneuerungsinvestitionen noch innerhalb des Jahres, in dem diese getätigt werden, von der Steuer absetzen können. Darlehen für die Wohnungsverbesserung sollten steuerlich wie die Darlehen für Neubauwohnungen behandelt werden. Der Kauf von Altbaueigentum sollte ebenso steuerlich begünstigt werden wie der Erwerb von Neubauwohnungen.

Die Wiener ÖVP verspricht sich von ihrer Wien-Initiative innerhalb von drei Monaten 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Das zusätzliche jährliche Investitionsvolumen würde 10 Milliarden Schilling betragen. Die im Wiener Budget vorgesehene Investitionssumme würde sich damit durch die private Hand schlagartig verdoppeln. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 7. Dezember 1983

Blatt 3315

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat

Nur

über FS: Brand in Autobahntankstelle Auhof
 1200 Mann, 450 Fahrzeuge im Winterdiensteinsatz
 Älteste Österreicherin gestorben

Wiener Landtag (1)

Utl.: Krankenanstaltengesetz

=++++

3 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Um 9 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPÖ) zu einer Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz und das von allen drei Fraktionen gemeinsam eingebrachte Wiener Prostitutionsgesetz.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) verwies darauf, daß die Novelle zum Krankenanstaltengesetz eine eindeutige Regelung der Organentnahme zum Zweck der Transplantation beinhalte.

Durch die Neuregelung, eine Abwägung ethischer und medizinischer Problemkreise, kommt es, betonte LABG. KÖNIG (SPÖ) zur sogenannten "Widerspruchslösung". Das bedeutet, daß nicht die Zustimmung des Spenders nötig ist, sondern nur dessen ausdrückliche Verweigerung eine Organentnahme nach dessen Tod unmöglich macht. Ein Organspenderausweis wie in anderen Ländern ist daher nicht mehr notwendig. König verwies darauf, daß das Gesetz alle Sperren eingebaut hat, die ein Geschäft mit Körperteilen verhindert. König der selbst Dialysepatient ist, betonte die Notwendigkeit von Nierentransplantationen. 2.000 Nierenkranke in Österreich warten gegenwärtig auf eine Transplantation. Durch diese Novelle wird ihnen eine Chance gegeben. (Forts.) fk/ap

Wiener Landtag (2)

Utl.: Krankenanstaltengesetz

=++++

4 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, es sei gelungen, eine befriedigende Lösung der schwierigen Materie zu finden. Auch auf Bundesebene gab es diesbezüglich eine Dreiparteieneinigung.

Das Gesetz biete eine einwandfreie Chance, die notwendigen Transplantationen durchzuführen, betonte StR. STACHER abschließend. Vor einigen Jahren wurde ein Chirurg wegen einer Knochentransplantation unter Anklage gestellt. Das ist nun nicht mehr möglich.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig beschlossen. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (3)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

5 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte die Neuregelung des Wiener Prostitutionsgesetzes. Diese Neuregelung sei vor allem wegen der Wohnungsprostitution und der damit verbundenen Belästigung von Wohnparteien notwendig geworden, sagte Seidl. Das neue Gesetz beinhalte daher ein generelles Verbot der Wohnungsprostitution, erlaube jedoch die Prostitution in nur von Prostituierten bewohnten Häusern mit gesondertem Zugang von der Straße her. Von einer Bordell-Lösung habe man abgesehen, da diese die Prostituierten in ein Abhängigkeitsverhältnis bringe. Insgesamt biete das neue Gesetz eine Regelung in vertretbarer Form, die die Prostitution nicht in die Illegalität abdränge, den Prostituierten die Unabhängigkeit bewahre und auch das bisher geltende Heiratsverbot der Prostituierten tilge.

Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) sagte, er sei der Meinung, daß sich mit diesem Gesetzentwurf alle Fraktionen identifizieren könnten. Der Entwurf trage den berechtigten Forderungen nach dem Verbot der Wohnungsprostitution Rechnung und schütze damit die Bevölkerung. Zusätzliche Schutzzonen um Kirchen, Schulen und auch Kasernen sowie die Einbindung der Bezirksvertretung bei auftretenden Schwierigkeiten seien als Komplettierung der Schutzmaßnahmen anzuführen. Insgesamt bewege sich das Gesetz jedoch in einem liberalen Rahmen. Schließlich könne die Prostitution in einer Großstadt nicht abgeschafft werden. Von zusätzlichen Strafen für Zuhälter wurde abgesehen, es sei jedoch zu hoffen, daß auf Bundesebene neue Strafbestimmungen getroffen werden, um die Auswüchse der Zuhälterei zu bekämpfen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

6 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Prostitution sei ein Problem, dem hunderte Wiener seit Jahren schutzlos ausgeliefert seien, sagte LABg. Dr. KRASSER (ÖVP). Die ÖVP habe sich mit einem Initiativantrag energisch dafür eingesetzt, das Prostitutionsgesetz vorzuziehen.

Er halte den Entwurf des Prostitutionsgesetzes für durchaus brauchbar, betonte Krasser. Die Einbeziehung der Bezirksvertretung sei seinem Vorschlag zu danken. Er habe allerdings auch vorgeschlagen, ein Vergehen im Rahmen des Prostitutionsgesetzes als fortgesetztes Delikt zu behandeln. Strafsätze von bis zu 50.000 Schilling und im Wiederholungsfall bis zu 100.000 Schilling seien bei den Umsätzen in dieser Branche geradezu unerheblich.

Krasser behandelte auch das Zuhältergesetz und warf dem ehemaligen Justizminister Broda vor, dieses Gesetz entschärft zu haben.

Krasser kritisierte die noch ausständige Bearbeitung des Landstreichergesetzes und der Bestimmungen "zum Schutz der Ehre". Er appellierte an StR. Seidl, längst Versäumtes in diesem Bereich ehestens nachzuholen. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Wiener Prostitutionsgesetz

=++++

7 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) LAbg. HOLUB (SPÖ) unterstrich das Bemühen aller drei Fraktionen des Landtages um eine einvernehmlich Regelung der Prostitution. Dieser Themenkreis sei deshalb aus den Vorbereitungen für ein neues Sicherheitsgesetz herausgelöst worden, weil hier Maßnahmen dringend erforderlich seien. Man müsse in einem demokratischen Staat die Prostitution als Realität anerkennen, aber Formen finden, durch die Belastungen der unbeteiligten Bevölkerung weitestgehend unterbunden werden. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang, daß Maßnahmen gegen die Wohnungsprostitution gesetzt werden, ohne daß deshalb der Straßenstrich verstärkt werde.

LAbg. Holub verwies darauf, daß die Dirnen immer mehr zur Handelsware herabsinken. Er brachte daher einen DREIPARTEIENANTRAG ein, mit dem der Landtag die zuständigen Stellen dringend ersucht, die Bestimmungen im Strafgesetzbuch über die Zuhälterei so zu ändern, daß dem mit der Prostitution verbundenen Zuhälterwesen und seinen Auswüchsen wirkungsvoller als bisher entgegengetreten werden kann.

Seinen Dank richtete LAbg. Holub, der Vorsitzende des Unterausschusses zur Beratung dieses Gesetzes, an alle, die am Zustandekommen mitgewirkt haben, und würdigte auch, daß aus den großen Tageszeitungen die Sexinserterate verschwunden sind.

In ihrem SCHLUSSWORT gab StR. Friederike SEIDL ihrer Zuversicht Ausdruck, daß das neue Gesetz wirkungsvoll die Wohnungsprostitution verhindern werde, und dankte für die Zusammenarbeit in Ausschuß und Unterausschuß.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen. Auch der von LAbg. Holub eingebrachte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Landtagssitzung war um 10.10 Uhr beendet.

(Schluß) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

8 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages setzte der Wiener Gemeinderat seine Budgetberatungen mit dem Kapitel Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz fort.

Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) legte drei Schwerpunkte für die Arbeit in ihrem Ressort fest: Die Verbesserung der öffentlichen Meinung über Beamte, verständliche Gesetze und Verordnungen sowie die Forcierung von vorbeugendem Konsumentenschutz. Seidl forderte den Wiener Gemeinderat auf, nicht nur in der jährlich wiederkehrenden Budgetdebatte den Beamten Dank auszusprechen, sondern auch während des Jahres hinter ihnen zu stehen. Anfang 1984 soll eine Untersuchung über den Zufriedenheitsgrad der Wiener Bevölkerung mit der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben werden. Untersucht werden vorerst etwa zwanzig Dienststellen. Die Ergebnisse sollen zu konkreten Maßnahmen führen.

Das neue Wiener Prostitutionsgesetz sei ein Beweis dafür, daß auch klar und verständlich formulierte Gesetze möglich sind. Es gibt eine Reihe von legislativen Notwendigkeiten, die in Angriff genommen werden sollen.

Der Konsumentenschutz sei ein Bereich, in den die Wiener Bevölkerung die höchsten Erwartungen setzt, betonte Seidl. Ein Vorfall mit von Hormonen verseuchtem Kalbfleisch habe zu entsprechenden Verordnungen seitens des Gesundheitsministers geführt.

Wie wichtig und wirkungsvoll vorbeugender Konsumentenschutz sein kann, zeige auch eine kürzlich abgeschlossene Untersuchung des Veterinäramtes. Bei der Untersuchung von Schweinen und Kälbern auf Antibiotika und Sulfonamide habe sich kein einziger Fall verbotener Antibiotika ergeben. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

9 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) befaßte sich mit der nach seiner Meinung unterschiedlichen Handhabung der Disziplinarbestimmungen. Während der Magistrat manchmal mit Großzügigkeit und Milde vorgehe, werde in anderen Fällen mit unerbittlicher Härte zugeschlagen. So vermisse er, Hirnschall, Maßnahmen gegen die Verantwortlichen für die Vorfälle im Standesamt Margareten, wo gegen Vermittlungsprovisionen Staatsbürgerschaftsehen geschlossen wurden. Auch die Verantwortlichen für die Vorgänge im Pavillon XVI des Psychiatrischen Krankenhauses wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Im menschlich tragischen Fall des ehemaligen Leiters des Reservegartens Hirschstetten wurde das Disziplinarrecht dagegen ohne Milde angewendet. Hirnschall appellierte an die zuständige Stadträtin, für mehr Ausgewogenheit und Gerechtigkeit in der Handhabung des Disziplinarrechtes zu sorgen. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

10 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP) forderte eine Reform der Wiener Stadtverfassung in Richtung verstärkter Demokratisierung. Er erinnerte daran, daß die öVP vier Anträge bezüglich mehr Mitbestimmung, mehr Bürgerrechte, mehr Dezentralisierung und mehr Kontrolle eingebracht habe. Die SPö scheine jedoch, so Welan, die weitere Behandlung dieser Punkte zu blockieren. Um Demokratie aktiv zu leben, sei mehr notwendig, als Wahlen und Mehrheitsentscheidungen. Insbesondere sollten in Wien die Bezirksvertretungen mehr Möglichkeiten zur Selbstverwaltung bekommen, was in vielen Belangen eine einfachere und sparsamere Abwicklung ermöglichen würde. Auch in den Bereichen der politischen Verantwortung und der finanziellen Kontrolle seien neue Kriterien einer verstärkten Demokratisierung notwendig. Schließlich sprach Welan noch die Kontrollfunktion der Massenmedien an. Diese müßten sich, dem Rang Wiens entsprechend, mehr mit den Problemen unserer Stadt beschäftigen. (Forts) gab/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz

=++++

11 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Personalpolitik der Stadt Wien könne nicht nur vom Standpunkt der wirtschaftlichen Notwendigkeit gesehen werden, erklärte GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ), sondern auch unter Berücksichtigung sozialpolitischer Maßnahmen. Wenn der Stadtverwaltung immer wieder neue Aufgaben übertragen werden, dann müsse dies konsequenterweise auch mit einem Mehr an Mitarbeitern verbunden sein. Deshalb sei die Auffassung, durch eine Umgruppierung am Personalsektor den Mehrbedarf aufzufangen, falsch. Von den derzeit 60.000 Mitarbeitern seien rund 6.000 als reine Schreibtischarbeiter, die große Mehrheit jedoch auf dem Dienstleistungssektor tätig. Die Leistungen für das Personal steigen im Budget 1984 gegenüber 1983 nominell um 646 Millionen auf rund 19,5 Milliarden Schilling, der prozentuelle Anteil sinkt dagegen um 0,5 Prozent.

Für das kommende Jahr sieht der Dienstpostenplan der Hoheitsverwaltung eine Erhöhung der systemisierten Posten um 727 vor. Mehr als die Hälfte dieser neuen Dienstposten entfällt auf die Kranken- und Pflegeanstalten der Stadt Wien. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

12 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gebe heute Schutz für Pflanzen, Tiere und Denkmäler, aber keinen Schutz der Bevölkerung bei der Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Hand, sagte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP). Es gebe auch keinen Konsumentenschutz im Gesundheitswesen, sondern organisatorische Gleichgültigkeit in den Spitälern, wie zum Beispiel das Abschieben einer alten, im Sterben liegenden Frau in ein "Besenkammerl", um, wie es geheißen habe, "die anderen Patienten nicht zu stören".

Ein Schutz der Konsumenten sei auch im Zusammenhang mit dem Belastungspaket der Regierung erforderlich, das die sozial Schwächeren am stärksten träfe. Eine Budgetsanierung dürfe nicht nur durch vermehrte Einnahmen erfolgen, sondern bedürfe auch der Einsparungen bei den Ausgaben. Es müsse eine Kontrollinstanz eingerichtet werden, die die Rechtmäßigkeit öffentlicher Ausgaben zu überprüfen hätte. Die Bürger müßten bei der Entscheidung mitwirken können, wofür von der öffentlichen Hand wieviel Geld ausgegeben wird. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

13 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Konsumentenschutz nahm GR. KNEISLER (SPÖ) Stellung. Neben den kleinen Lebensmittelgeschäften und den Supermärkten müsse die Bedeutung der Wiener Märkte besonders hervorgehoben werden. Das Marktamt der Stadt Wien verwaltet und überwacht derzeit 24 offenen Märkte, zwei Markthallen sowie fünf temporäre Märkte. Bei den temporären Märkten ergibt sich das Problem, daß sie nicht immer von den Bewohnern angenommen werden. Als Beispiel dafür nannte Kneisler den temporären Markt am Rennbahnweg, der trotz eines Einzugsgebietes von 10.000 Bewohnern nicht im erwarteten Ausmaß angenommen wird.

In Wien bestehen rund 90.000 Betriebe, auf die lebensmittelrechtlichen Vorschriften anwenbar sind. Es wird angestrebt, jeden Betrieb wenigstens einmal jährlich zu kontrollieren. 1982 wurden 46.947 Revisionen durchgeführt und 19.114 Proben gezogen. Die Amtstierärzte der Magistratsabteilung 60 überprüften 306 Fleischhauereibetriebe. Auch die Pilzberatung ist zu einer wichtigen und bewährten Einrichtung geworden. Zahlreiche Kontrollen des Marktamtes wurden zur Einhaltung des Preisgesetzes durchgeführt. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

14 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bürokratie ist in den Augen der Bürger dieser Stadt eine ständige Quelle des Unbehagens, betonte GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Diese Kritik habe aber ihre Ursachen nicht in den Beamten selbst, sondern in der komplizierten, verfilzten, unpersönlichen Verwaltung, in einem bürokratischen System, für das die politische Führung die Verantwortung träge. Er sehe keine Ansätze zur Verwaltungsreform, sagte Engelmayer und kritisierte die Superkompetenzen der Magistratsdirektion. Die 19 Magistratischen Bezirksämter hätten nur die Hälfte der Dienstposten, über die allein die Magistratsdirektion verfüge. Man habe den Eindruck, daß die inneradministrativen Hilfseinrichtungen der Verwaltung bereits zum Selbstzweck geworden seien.

Heftige Kritik übte Engelmayer an der Personalpolitik. Spitzenpositionen werden seiner Meinung nach unter parteipolitischen Kriterien vergeben.

Den Bürgerdienst bezeichnete Engelmayer als wertvoll und wichtig. Damit werde aber zugegeben, daß die Verwaltung nicht mehr agiert, sondern reagiert. Der Bürgerdienst übernimmt eine Mittlerfunktion gegenüber einer Bürokratie, die mit den Bürgern gar nicht mehr direkt verkehren kann.

Die Volkspartei tritt für eine bürgernähere, sparsamere und objektivere Verwaltung ein. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

15 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. KOPFENSTEINER (SPÖ) wandte sich gegen die Aussage von GR. Ing. ENGELMAYER, in Wien sei das Parteibuch für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst notwendig. Daß dies nicht so sei, zeige sich ja bei den Personalvertretungswahlen, bei denen es im Gegensatz zu Niederösterreich keine 99-Prozent-Ergebnisse gebe. Ebenso gebe es keine Manipulation bei Beförderungen. Diese seien ja in den letzten Jahren vom Personalausschuß stets einstimmig beschlossen worden. Keine Partei sollte die Beamten für sich reklamieren, schloß Kopfensteiner. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

17 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Auf das immer noch offene Problem "Personalvertretungsgesetz" wies GR. HAHN (ÖVP) hin. Er richtete ein dringendes Ersuchen an StR. SEIDL, dieses Gesetz so rasch wie möglich zu verabschieden.

Sowohl für ein Personalvertretungsgesetz als auch für eine Novellierung des Disziplinarrechtes seien bereits Vorschläge vorhanden, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ). Sie bat aber auch um Verständnis, daß alle offenen Rechtsfragen nur Zug um Zug in Angriff genommen werden könnten.

Seidl betonte, daß der komplette Akt über die Ereignisse in Steinhof der Staatsanwaltschaft übermittelt worden sei. Während eines anhängigen Strafverfahrens könne kein Disziplinarverfahren durchgeführt werden.

Zu einer Reform der Verfassung in Hinblick auf mehr Bürgernähe und Beteiligung der Bezirksvertretungen erklärte Seidl, dies sei bereits im Ausschuß beraten worden. In diesem Zusammenhang habe sie auch die drei Klubs schriftlich dazu aufgefordert, Gespräche zu führen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

18 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Gestaltung der Tarife und Steuern gebe es von der Bevölkerung gewählte Gremien. Sie sehe deshalb keinen Grund, auch hier eine Art von Konsumentenschutz zu schaffen, sagte Seidl.

Die Argumentation, daß die Verwaltung schlecht, die Beamten aber gut seien, führe sich selbst ad absurdum meinte Seidl zum Debattenbeitrag von Gr. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Mit Bezeichnungen wie "Stadtbürokratie" für die Verwaltung erreiche man sicher keine Imageverbesserung. Seidl kündigte eine für Anfang 1984 geplante Befragung der Mitarbeiter der Stadt Wien und der Bevölkerung im Parteienverkehr an, von der wertvolle Aufschlüsse zu erwarten sind.

Schärfstens wies Seidl die Behauptung zurück, daß eine SPÖ-Mitgliedschaft ein Erfordernis für eine Anstellung bei der Stadt Wien sei. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Schlußwort von Stadtrat Mayr
=++++

19 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) unterstrich in seinem Schlußwort, daß in den Budgetverhandlungen früherer Jahre wesentlich schärfere Diskussionen stattgefunden hatten und diesmal sachlich über sachliche Probleme gesprochen worden sei. Mayr wertete dies als gutes Zeichen für die weitere demokratische Arbeit im Gemeinderat.

Zwtl.: Abstimmung über das Budget 1984

- o Das Budget für das Jahr 1984 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, ein Abänderungsantrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.
 - o Einstimmig angenommen wurden der Antrag zur Schaffung einer Psychiatriekommission einschließlich der von der FPÖ beantragten Ergänzung sowie ein SPÖ-Antrag betreffend Immissionsschutz gegen Verkehrslärm. Alle anderen eingebrachten Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.
 - o Die zum Budget eingebrachten Erinnerungen wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.
 - o Der Antrag auf Überprüfung der Gebühren und Tarife durch den Gemeinderat (Gebührenspegel) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
 - o Der Finanz- und Investitionsplan 1984 bis 1988 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.
 - o Die Neufestlegung der Wertgrenzen wurde einstimmig angenommen.
- (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

20 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1984 sei gekennzeichnet durch mehr Investitionen, weniger Verluste und ein besseres Service für die Kunden, stellte StR. HATZL (SPÖ) fest. Seine Hauptziele sind die ausreichende und sichere Versorgung mit Energie und das klaglose Funktionieren der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Wiener Stadtwerke werden 1984 Investitionen im Gesamtbetrag von 2.848 Millionen Schilling - um 225 Millionen mehr als 1983 - vornehmen. Der Verlust wird voraussichtlich 237 Millionen Schilling betragen, um 239 weniger als 1983. Der gesamte Geldbedarf der Wiener Stadtwerke wird 1984 rund 23 Milliarden Schilling ausmachen. Im kommenden Jahr wird die Schuldentilgung höher sein als die Neuverschuldung, wodurch der Gesamtstand der Schulden verringert werden kann.

Die E-Werke werden bei einem Umsatz von rund 9,3 Milliarden einen Gewinn von 394 Millionen Schilling aufweisen, wobei dieser Gewinn für die notwendigen Investitionen nicht ausreicht. Die E-Werke planen Investitionen in der Höhe von 1.614 Millionen Schilling. Der Schwerpunkt dieser Investitionen liegt auf der Fortleitung und Verteilung der elektrischen Energie. Die 380 kV-Leitung soll weiter ausgebaut werden, im Sommer 1984 soll ein neues Kundendienstzentrum in der Spitalgasse in Betrieb gehen.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

21 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gaswerke planen Investitionen für 1984 in der Höhe von rund 330 Millionen Schilling. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf der Fortleitung der Energie. Das bedeutendste Projekt der Gaswerke wird die Hochdruckringleitung rund um Wien mit dem voraussichtlichen Baubeginn 1984 sein.

Durch die Tarifregulierung der Verkehrsbetriebe wird es 1984 möglich sein, zusätzliche Investitionen von nahezu 200 Millionen Schilling der Wiener Wirtschaft zufließen zu lassen. StR. Hatzl wies darauf hin, daß keine andere Stadt in Österreich für Dauerkunden so günstige Tarife hat wie Wien.

Die Städtische Bestattung plant für 1984 Investitionen in der Höhe von 17,7 Millionen Schilling.

Im Dienstpostenplan der Wiener Stadtwerke sind 1984 15.307 Beschäftigte vorgesehen. Die Anzahl der Lehrlinge wird von 388 auf 429 steigen.

Der Investitionsaufwand der Heizbetriebe Wien wird 1984 um 200 Millionen Schilling auf 700 Millionen steigen.

Schwerpunkt im U-Bahn-Bau ist der Neubau der Linien U 3 und U 6. Auch hier steigt der Ausgabenrahmen um fast 600 Millionen Schilling im Vergleich zu 1983. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

22 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. Jänner steigen wieder die Tarife, der Einzelfahrschein kostet dann 18 Schilling stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) fest. Man könne den Fahrschein bald als Wertpapier bezeichnen. Ein Vergleich mit anderen westeuropäischen Großstädten zeige, daß Wien im Spitzenfeld liegt. So kostet der Einzelfahrschein in München 14 Schilling, in Frankfurt am Main, 10,50 Schilling, in Zürich 12,25 Schilling und für die Metro in Paris 12,90. Während in Graz seit 1981 die Tarife unverändert sind, hat Wien bereits die dritte Erhöhung innerhalb von vier Jahren.

Trotz der Tariferhöhung fehlt ein überzeugendes Beschleunigungsprogramm. Die Bevölkerung könnte eventuell die Tariferhöhungen akzeptieren, würden die öffentlichen Verkehrsmittel pünktlicher und schneller fahren.

Zur energiepolitischen Situation stellte Pawkowicz fest, daß eine Gefahr der Ostabhängigkeit bestehe. Umweltfreundlichere Energiereserven, z.B. die Wasserkraft, müssen genützt werden. Es muß möglich sein, den technischen Fortschritt so zu integrieren, daß gewachsene Kulturlandschaften nicht zerstört werden. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

23 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (öVP) setzte sich für einen Tarifstopp auf drei Jahre bei den Wiener Stadtwerken ein. Stratil begründete diese Forderung damit, daß bei den Wiener Stadtwerken seitens der Hoheitsverwaltung künstlich ein Defizit aufrecht erhalten werde, um durch dieses "Defizitimage" die Basis für weitere Tariferhöhungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang führte Stratil unter anderem an, daß die Hoheitsverwaltung ihrer 1979 eingegangenen Verpflichtung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsbetriebe nicht in ausreichendem Ausmaß nachkomme, daß die Sozialtarife bei den Verkehrsbetrieben diesen nicht refundiert werden, und vor allem, daß die Stadtwerke an die Hoheitsverwaltung eine Gebrauchsabgabe von 399,5 Millionen Schilling zu entrichten hätten. Stratil stellte den BESCHLUSSANTRAG, den Wiener Stadtwerken in Zukunft die Gebrauchsabgabe zu erlassen. Sollten diese und eine Reihe weiterer Maßnahmen berücksichtigt werden, würden die Stadtwerke statt eines Verlustes von 237,5 Millionen Schilling einen Gewinn von 446 Millionen Schilling ausweisen, sagte Stratil. Die Forderung nach einem Tarifstopp sei daher gerechtfertigt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

24 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Wien verfüge über ein umfassendes Energiekonzept, das seit 1978 die Grundlage für die Wiener Energiepolitik darstellt, erklärte GR. EDER (SPö). Betrachte man die Daten, Zahlen, Investitionen und den Inhalt der ersten Fortschreibung des Energiekonzeptes, könne man feststellen, daß Wiens Energieversorgung auf einer gesicherten und soliden Basis beruhe. Der Stromverkauf der Wiener E-Werke wird im Jahr 1984 voraussichtlich 5.912 GWH betragen, was einen Anstieg von 2,6 Prozent gegenüber 1983 bedeute. Der gesamte Strombedarf wird zu 57,3 Prozent durch Eigenaufbringung und zu 42,7 Prozent durch Fremdstrombezug gedeckt. Bei der Stromversorgung der kalorischen Kraftwerke wird der Erdgasanteil 1984 bereits 52,6 Prozent ausmachen, was eine erhebliche Senkung der Schwefelemissionen bedeutet.

Eder appellierte an alle Fraktionen, das Ziel eines österreichischen "Einheitstarifs" verstärkt anzustreben. Unterschiedliche Energietarife in Österreich schaffen ungleiche Produktionsbedingungen.

Die Absatzentwicklung bei den Wiener Gaswerken ist besonders von der Außentemperatur abhängig. Für 1983 wird deshalb eine Minderabgabe von 1,9 Prozent erwartet. Mit der Übernahme zusätzlicher Erdgasmengen aus der UdSSR werde ein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet. Die Heizbetriebe Wien versorgen, erklärte Eder, mit einem 150 Kilometer langen Netz bereits 70.000 Haushalte mit Fernwärme. Neben dem Normalbudget wurde für 1984 ein Eventualbudget von 210 Millionen erstellt, mit dem fünf Gemeindespitäler in das Fernwärmeverbundnetz einbezogen werden können. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

25 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP) kritisierte, daß es bei der U 4 immer wieder zu unregelmäßigen Zugfolgen komme, und warf StR. Hatzl vor, statt für ein pünktliches Kommen der Züge zu sorgen, mit großem Aufwand das U-Bahn-Radio eingeführt zu haben. Er regte an, dem Hamburger Beispiel zu folgen, und die Mitnahme von Fahrrädern in den U-Bahn-Zügen zu erlauben. Er befürchte, sagte Regler weiter, daß die U-Bahn nicht so rasch wie angekündigt weitergebaut werde, weil im Rahmen der 990 Millionen, die für die U 3 präliminiert sind, noch keine Aufträge vergeben wurden. Als wichtig bezeichnete er es, bei Stationen bestehender Linien möglichst bald Aufstiegshilfen zu installieren, Regler stellten den ANTRAG, bei der dritten Ausbauphase der U-Bahn auch Verlängerungsmöglichkeiten nach Inzersdorf, Leopoldau, Währing, Döbling und Siebenhirten zu berücksichtigen.

Es sei unverständlich, daß der Einzelverkaufszuschlag bei Fahrscheinen auch dann eingehoben werde, wenn zur Fahrscheinausgabe Automaten dienen, sagte Regler.

In einem zweiten ANTRAG forderte die öVP, Schnellbahnstrecken von Penzing nach Meidling, von Hirschstetten zur Hausfeldstraße, von Stadlau nach Leopoldau und von Meidling nach Oberlaa vorzusehen.

Hinsichtlich des Straßenbahnverkehrs befürchtet Regler qualitative Nachteile auf dem Ring wenn die Linie T eingestellt und die Linie J verkürzt werden. Straßenbahnverbindungen nach Kaiserebersdorf und Inzersdorf seien dringend notwendig, und es sei zu wenig Geld für Beschleunigungsmaßnahmen vorgesehen. Bezirkswünsche aus der Leopoldstadt und aus Margareten nach besserer Verkehrserschließung seien noch nicht erfüllt. Park-and-Ride-Anlagen als Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs sollten ehestens errichtet werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

26 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die beiden Hauptargumente für die Ablehnung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke durch die ÖVP seien die enorme Stützung der Verkehrsbetriebe durch die Strombezieher und mangelhafte Vorsorge im Energiebereich, stellte GR. HAUBENBURGER (ÖVP) fest. Zur Energieversorgung habe die ÖVP viele sachbezogene Vorschläge und Anregungen gemacht, die SPÖ könne nun beweisen, wie ernst ihr eine sachliche Diskussion sei. Haubenburger forderte ein koordiniertes Energie- und Umweltkonzept, da man beide Bereiche nicht voneinander trennen könne. Dieses Energiekonzept müsse drei Schwerpunkte beinhalten: Wirksame Sofortmaßnahmen, mittelfristige Lösungen und langfristige Konzepte. Mit Sofort- und mittelfristigen Maßnahmen könne viel Energie eingespart werden. Beispielsweise sei es unverständlich, daß das Kühlwasser der ÖMV nicht genutzt werde, daß hier vorhandene Energie mit Energie vernichtet werden. Besonders abzulehnen sei die neuerliche Mehrwertsteuererhöhung für Energie von 13 auf 20 Prozent und deren Weitergabe an die Bevölkerung. Haubenburger kritisierte ferner den säumigen Umbau des Gasturbinenwerkes Leopoldau. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

27 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vorwürfe der Oppositionsredner gehen in Leere, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), da Jahr für Jahr Frequenzsteigerungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln festzustellen seien. Die Tarifregulierung sei nötig, weil sich der Deckungsgrad verschoben habe. Und es sei doch eine alte ÖVP-Forderung, daß Unternehmungen der Stadt Wien nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen sind.

Die Wiener Stadtwerke werden bis zum Jahr 1992 30 Milliarden Schilling investieren. Damit wird eine Sicherheit bei der Energieversorgung geboten, die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel wird gesteigert, und es werden wichtige Impulse für die Wiener Wirtschaft gegeben. Die Investitionen dienen der Sicherung der Arbeitsplätze und versorgen die Industrie mit lebenswichtigen Aufträgen. Die Investitionstätigkeit der Stadt darf nicht schrumpfen. Der von der ÖVP geforderte Tarifstopp würde dazu führen, daß das nötige Geld für die Investitionen fehlt.

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

28 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, daß die Vorsorge auf dem Energiesektor mangelhaft sei. Es sei nicht dafür gesorgt, alte mangelhaft arbeitende Kraftwerke durch neue Kraftwerke zu ersetzen. Überdies seien die Strom- und Gastarife in Wien bereits so hoch, daß sie von 40.000 Haushalten nicht mehr bezahlt werden könnten. Das gleiche gelte für die Fernwärmetarife, bei denen ebenfalls bereits tausende Kunden in Zahlungsverzug seien. Auch hier trage eine überhöhte Tarifgestaltung zur neuen Armut bei. Außerdem sei es nicht möglich, von StR. HATZL Informationen über die Gebarung der Heizbetriebe zu bekommen. Aber Hatzl habe ja nicht einmal die SPÖ-Fraktion über die Einführung der U-Bahn-Musik informiert. Um die Wiener Bevölkerung nicht weiter zu belasten, sei es nötig, so Kreiner, die Strom- und Gaspreise zu senken oder zumindest die mit Beginn 1984 anfallenden Mehrwertsteuererhöhungen nicht weiterzugeben. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

29 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zum U-Bahn-Radio sagte StR. HATZL (SPÖ) in seinem Schlußwort, daß dies eine Idee aufgrund einer Umfrage aus dem Jahr 1978 gewesen sei. Die drei Millionen Schilling seien nicht für das U-Bahn-Radio investiert worden, sondern für eine Verbesserung des Informationssystems. Die Verkehrsbetriebe hätten es dem ORF ermöglicht, sein Programm auch in den U-Bahn-Stationen dem Publikum zugänglich zu machen. Es sei jedoch kein Einfluß auf die Programmgestaltung genommen worden.

Zur Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe erklärte Hatzl, daß das Tarifsysteem im gesamten zu betrachten sei. Die Grazer Verkehrsbetriebe haben bei nur einem Siebentel des Liniennetzes rund 120 Millionen Abgang. Bei vergleichbaren Ergebnissen aus Österreich und dem deutschen Raum erweise sich, daß die Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe außerordentlich sozial sei.

Das Beschleunigungsprogramm für öffentliche Verkehrsmittel sei überarbeitet worden, und die Bezirksvorsteher hätten in Kürze Gelegenheit, sich zu den Maßnahmen zu äußern. Er gebe durchaus zu, erklärte Hatzl, daß es beim Beschleunigungsprogramm Probleme gebe. Immerhin sei die Zahl der Kraftfahrzeuge in einem Zeitraum von zehn Jahren von 415.000 auf 675.000 gestiegen. Hatzl erklärte, er werde sich nicht scheuen, alle jene Institutionen beim Namen zu nennen, die das Beschleunigungsprogramm nicht wollen. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wirtschaftsplan Wiener Stadtwerke

=++++

30 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Senkung des Betriebskostenzuschusses erklärte Hatzl, das der Kapitalaufstockungsbetrag angehoben worden sei. Die Stadt Wien leiste also 1984 mehr für die Verkehrsbetriebe als 1983.

In Bezug auf die Gebrauchsabgabe erinnerte Hatzl daran, daß dies ein einstimmiger Beschluß des Wiener Landtages gewesen sei.

Auf die von GR. Mag. Regler erwähnte Störung bei der U 4 antwortete Hatzl, es habe bereits Gespräche mit den Verkehrsbetrieben gegeben, um ein Funktionieren des Informationssystems zu garantieren. Es gebe aber gerade bei der U 4 in den nicht gedeckten Bereichen Probleme, die durch die Witterung verursacht werden.

Solange es nicht zu einer Änderung in der Haltung der Niederösterreichischen Landesregierung zur Kostenaufteilung komme, könne er zur Ausweitung des Verkehrsverbundes unter Einbeziehung der Buslinien keine Empfehlung geben.

Die Aufträge für den Bauabschnitt 5 und U 3 seien im zuständigen Ausschuß bereits im September 1983 vergeben worden. Mit den Arbeiten werde am 2. Jänner begonnen.

Zu den Stromabschaltungen stellte Hatzl fest, daß nicht einmal 1,5 Prozent der Wiener Zähler abgeschaltet worden seien, außerdem werde nicht jede Abschaltung wegen Zahlungsrückständen vorgenommen.

Abschließend kündigte Hatzl an, daß die öffentlichen Verkehrsmittel 1984 um fünf Buslinien erweitert werden.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die in der Debatte gestellten Anträge wurden zugewiesen.

Die Budgetdebatte des Gemeinderates war damit beendet.

(Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Anfragen und Anträge

-++++

31 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß daran trat der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der ÖVP und ein Antrag der ÖVP betreffend Maßnahmen für die Jugendförderung vor. Sie wurden geschäftsordnungsgemäß zugewiesen.

Zwtl.: Flächenwidmung im 7. Bezirk

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für ein Gebiet zwischen Burggasse, Kirchberggasse, Siebensterngasse und Kirchengasse im 7. Bezirk sowie die Festsetzung einer Schutzzone für ein Teilgebiet.

GR. CZERNY (ÖVP) wies darauf hin, daß der springende Punkt dieser Flächenwidmung der Park des Katholischen Pädagogischen Instituts sei, der den Schülern diene und dessen Öffnung für die Allgemeinheit für die Schule nachteilig wäre.

GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte, es habe bereits 1965 Einigung über diese Widmungsänderung gegeben. Der neue Plan betreffe auch die Revitalisierung des Spittelbergs und die Schaffung von Grünflächen in diesem Bereich. Vor allem bedeute dieser Plan eine Anpassung an die Bauordnungsnovelle 1976. In bestehende Rechte werde jedenfalls nicht eingegriffen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) wandte sich gegen eine Öffnung des Parks für die Allgemeinheit. Die Widmung des Klostergrundes als öffentlich zugängliche Grünfläche dokumentiere das Versagen der SPÖ in der Grünpolitik, weil es ihr nicht gelinge, in diesem Gebiet selbst Grünflächen zu schaffen. Sie forderte die SPÖ auf, auf den "Kurier"-Gründen eine Parkanlage zu errichten. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Flächenwidmung im 7. Bezirk

=++++

32 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte fest, daß die FPÖ für die EPK-Widmung, aber gegen die öZ-Widmung sei. Eine Parallele zu diesem Fall sei das Theresianum, wo von der ÖVP zum Unterschied zum 7. Bezirk ein freier öffentlicher Zugang verlangt wird. Das Kloster sollte den Zugang freiwillig öffnen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) sprach von einer Modeerscheinung der Architekten, alle Grünflächen in Wohnhäusern als öffentliche Parks oder Kommunikationszentren auszugestalten. Dies wird jedoch vielfach von der Bevölkerung abgelehnt. Am Spittelberg liege der Verdacht nahe, daß das fehlende Grün einer gemeindeeigenen Bauparzelle auf Kosten des Klosters ergänzt werden solle.

In seinem Schlußwort stellte GR. OBLASSER (SPÖ) fest, daß es ein Anliegen der Bevölkerung sei, Grünflächen auch benützen zu können. Gespräche mit der Kirche seien durchaus konstruktiv und, wie die Vertreter der Kirche betonten, zufriedenstellend verlaufen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dramatisches Zentrum

=++++

33 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) stellte den Antrag, dem "Dramatischen Zentrum Wien" eine Subvention in der Höhe von 430.000 Schilling für das Jahr 1983 zu gewähren. Dieses 1972 gegründete Theater hat sich die Aufgabe gestellt, junge Regisseure, Schauspieler und Autoren auszubilden und neue und unkonventionelle Theatermethoden zu erproben.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) lehnte namens der Volkspartei die Subvention ab. Die Berichte über Aktivitäten und Kostenabrechnungen des "Dramatischen Zentrums" bezweifelte er. "Von diesem Theater wird uns nur ein Theater vorgespielt." Während es österreichische Künstler gebe, die mit dem österreichischen Künstlerschicksal fertig werden müßten, gebe es auch österreichische Subventionskünstler mit guten Kontakten zur Mehrheitsfraktion.

In seinem Schlußwort zitierte GR. Dkfm. Dr. AIGNER Rezensionen aus in- und ausländischen Zeitungen, die das Wirken des "Dramatischen Zentrums" positiv beurteilen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Nachtragssubvention für "Die Komödianten"

=++++

34 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPö) beantragte eine Nachtragssubvention für das Theater "Die Komödianten" in der Höhe von 2,1 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (öVP) kritisierte, hier werde eine Zusatzförderung an ein Theater vergeben, dessen schlechte Betriebsführung auch das Kontrollamt immer wieder zu Kritik herausfordere. Die Nachtragssubvention für "Die Komödianten" bedeute eine Benachteiligung für andere Klein- und Mittelbühnen, die im Rahmen des vorgegebenen Budgets arbeiten.

Kulturstadtrat MRKVICKA (SPö) entgegnete, daß "Die Komödianten" immerhin eine Theatergruppe seien, die schon seit den Kellertagen in der Börsegasse vorbildliche Arbeit leiste. Nun sei vielleicht aufgrund der intensiven künstlerischen Tätigkeit die kaufmännische Gebarung der Bühne in Unordnung geraten. Man wolle den Komödianten nun helfen, die Schulden abzubauen und damit einen Schlußstrich zu ziehen. Ab 1984 - und dies sei auch mit den Komödianten besprochen worden - müsse das Theater mit dem vorgegebenen Budget auskommen.

In ihrem Schlußwort betonte GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPö), daß die Komödianten bereits im heurigen Jahr eine Reihe von Auflagen des Kontrollamtes erfüllt haben. Die künstlerische Potenz der Gruppe sei gerade jetzt wieder durch das Presseecho auf die jüngste Produktion "Mandragula" bestätigt worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.)

gab/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Flächenwidmungsplan im 19. Bezirk

=++++

35 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPö) stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hoher Warte, Ruthgasse, Scheibengasse und Silbergasse im 19. Bezirk.

GR. Ing. MANDAHUS (öVP) erklärte, seine Fraktion gebe gerne die Zustimmung zu diesem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, erinnere aber an das Hintergrundproblem "Andrassy-Villa". Es sei erfreulich, daß für diese von Theophil Hansen erbaute Villa, die ein Kulturdenkmal ganz besonderer Qualität darstelle, nun ein Käufer gefunden sei. Mandahus legte dem den Verkauf behandelnden Ausschuß die Bitte nahe, einen Termin zur Sanierung festzusetzen und darauf zu drängen, daß die Deckengemälde sofort restauriert werden. Anderenfalls würde sich nichts anderes ändern als der Name des Besitzers.

GR. Margarete TISCHLER (SPö) erklärte, daß die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes eine weitgehende Absicherung der dort bestehenden Grünflächen und des Baumbestandes garantiere.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Hernalser Bezirkszentrum

=++++

36 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Antrag, der GESIBA die Baudurchführung für das Hernalser Bezirkszentrum zu übertragen, wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Zwtl.: Kanalgebühren

StR. MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung der Kanalgebührenordnung 1978, um den Kostendeckungsgrad wie bisher zu erhalten. Deshalb sei eine durchschnittliche Erhöhung um sieben Prozent notwendig.

GR. DALLER (ÖVP) erklärte, daß die Benützer von Senkgruben gegenüber jenen benachteiligt seien, die im dichtbebauten Gebiet an das Kanalnetz angeschlossen sind. Daller verlangte daher aus sozialen, wirtschaftlichen und Umweltschutzgründen, daß bis zur Herstellung von Kanälen in Stadtrandgebieten die Kosten für die Senkgrubenräumung reduziert werden.

In seinem Schlußwort sagte StR. MAYR (SPÖ), daß die Stadt Wien bemüht sein muß, die Voraussetzungen für die Kanalherstellung zu schaffen. Dies setze jedoch auch eine entsprechende finanzielle Grundlage voraus. Er ließ keinen Zweifel daran, daß es immer darum gehe, zwischen den Notwendigkeiten für die Gemeinschaft und den zumutbaren Belastungen für den einzelnen zu entscheiden. Man dürfe auch nicht diejenigen zur Kasse bitten, die im dichtbebauten Stadtgebiet an den Kanal angeschlossen sind, um am Stadtrand für Einfamilienhäuser eine preisgünstigere Anschlußmöglichkeit zu schaffen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Transportgebührenordnung

=++++

37 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Änderung der Transportordnung beantragte StR. MAYR (SPÖ). Die Rettungs- und Krankenbeförderungskosten sollen von derzeit 1.500 Schilling auf 1.600 Schilling angehoben werden, und für jeden gefahrenen Kilometer außerhalb Wiens sollen statt 77 Schilling 82 Schilling verrechnet werden. Mayr stellte fest, daß diese Kosten in der Praxis nicht vom Patienten zu bezahlen seien, sondern von den Krankenversicherungen. Die neu festgesetzte Summe diene als Verhandlungsbasis gegenüber der Krankenkasse. Wollte man tatsächlich kostendeckend fahren, so müßten die Transportgebühren für die Rettung 2.066 Schilling ausmachen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erklärte, daß ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, sie halte die Erhöhung für unsozial. Als Verhandlungsbasis für die Krankenkasse sollte man jedoch die 2.066 Schilling heranziehen. Hampel-Fuchs forderte neue Rettungsstationen für den 10. und 19. Bezirk. In Aspern wäre ein zweiter Rettungswagen notwendig. Außerdem gebe es noch andere Mißstände.

Die Begründung der Ablehnung seitens der ÖVP sei widersprüchlich, bemerkte GR. DINHOF (SPÖ). Man könne nicht einerseits von einer unsozialen Erhöhung sprechen und gleichzeitig für die Verhandlungsbasis den höheren Betrag verlangen. Dinhof fragte, welche Mißstände es bei der Rettung gebe. Es sei entscheidend, wie der Patient versorgt werde, und dies geschehe im allgemeinen sehr gut.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Sie halte die 1.600 Schilling für unsozial, aber aufgrund der Begründung StR. Mayrs sollten die tatsächlichen Kosten als Verhandlungsbasis bei der Krankenkasse genommen werden. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Transportgebührenordnung

=++++

38 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung schloß sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) dem Dank von StR. Maria Hampel-Fuchs an die Mitarbeiter der Wiener Rettung an. Auch den Mitarbeitern des Roten Kreuzes und des Arbeitersamariterbundes müsse man für ihre Arbeit danken.

Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) lehnte den Vorschlag von StR. Hampel-Fuchs, auf der Basis von 2.066 Schilling mit der Krankenkasse zu verhandeln, ab.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Zwtl.: Psychiatriekommission

Der Gemeinderat wählte einstimmig acht Mitglieder der Psychiatriekommission. Die SPÖ stellt fünf Mitglieder, die ÖVP drei.
(Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Bestattungstarife

=++++

39 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Tarife der Städtischen Bestattung ab 1. Jänner 1984 um den Satz der Mehrwertsteuererhöhung.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) deponierte die Ablehnung der ÖVP mit der Begründung, daß die Bestattung einen echten Gewinn von 18,5 Millionen ausweise. Durch die Stützung der Verkehrsbetriebe in der Höhe von 8,2 Millionen und eine Reihe weiterer Maßnahmen werde allerdings lediglich ein Gewinn von 1,5 Millionen ausgewiesen.

GR. STRANGL (SPÖ) betonte, daß die Erhöhung lediglich den ab Jänner 84 gültigen Mehrwertsteuersatz abfange. Würde man die Gebühren ohne Mehrwertsteuer angeben, so würde es auch keine Preiserhöhung geben.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Schlußwort von Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner

=++++

40 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dankte allen Mitgliedern des Stadtsenats und des Wiener Gemeinderates sowie allen Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz. Der Wiener Gemeinderat hat heuer in elf Sitzungen 1.019 Geschäftsstücke behandelt. In rund 112 Ausschusssitzungen wurden mehr als 3.000 Anträge bearbeitet und mehr als 90 Prozent davon einstimmig beschlossen.

Diese Bilanz zeige, erklärte Fröhlich-Sandner, daß ein Konsens im Interesse der Stadt vorhanden sei. Die Lebensqualität Wiens hänge für viele Bürger nicht zuletzt davon ab, wie tolerant und menschlich ihre Mitmenschen seien. Keine Stadtverwaltung könne auf die Dauer kinderfreundlicher, kulturbewußter oder hilfsbereiter sein, als die Bewohner dieser Stadt es selbst sind. Fröhlich-Sandner äußerte die Überzeugung, daß in Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung, der Stadt Wien und den Partnern in der Wirtschaft es auch 1984 gelingen werde, das hohe Beschäftigungsniveau in Wien zu halten.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner übermittelte im Namen des gesamten Gemeinderates die besten Wünsche für das Jahr 1984 an alle Wiener, an ihre Landsleute in den anderen Bundesländern und an die Österreicher im Ausland.

Der Vorsitzende des Gemeinderates, GR. MAYRHOFER (SPÖ), übermittelte Genesungswünsche an Bürgermeister Leopold GRATZ. Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.45 Uhr. (Schluß) jel/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 9. Dezember 1983

Blatt 3340

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Laaer-Berg-Straße: mehr Sicherheit durch umgebaute
(rosa) Ampel
"Wiens Stadtbild nach 1683"
Einsamenfeiern in den Pensionistenklubs
Wohnbau: Maßnahmen zur Preisstabilisierung und
Verbilligung

Lokal: Eiserne Hochzeit in Floridsdorf
(orange)

Nur
über FS: Brand in der Schiffbautechnischen Versuchsanstalt
Pressegespräch des Bürgermeisters

Laaer-Berg-Straße: mehr Sicherheit durch umgebaute Ampel

=++++

2 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Obwohl der Verkehr auf der Kreuzung der Laaer-Berg-Straße mit der Bitterlichstraße und der Theodor-Sickel-Gasse im 10. Bezirk durch eine automatische Verkehrslichtsignalanlage geregelt wird, kam es hier immer wieder zu folgenschweren Zusammenstößen zwischen geradeausfahrenden und linksabbiegenden Verkehrsteilnehmern. Deshalb wurde jetzt die Ampelanlage umgebaut. Ab Montag mittag gibt es eine eigene Abbiegephase für den Verkehr aus der Laaer-Berg-Straße stadtauswärts links in die Bitterlichstraße und aus der Laaer-Berg-Straße stadteinwärts links in die Theodor-Sickel-Gasse. Dadurch kann die Verkehrssicherheit wesentlich verbessert werden. #

Der Umbau auf die Dreiphasenregelung und die Errichtung von Schutzwegsignalen kostete rund 1,6 Millionen Schilling. Die erweiterte Verkehrslichtsignalanlage wird mit den Ampeln auf der Kreuzung Laaer-Berg-Straße - Kronawettergasse und Laaer-Berg-Straße - Filmteichstraße koordiniert geschaltet. (Schluß) sc/ko

NNNN

"Wiens Stadtbild nach 1683"

Utl.: 200. Kleinausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs
=++++

3 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Ein besonderes Jubiläum begeht das Wiener Stadt- und Landesarchiv: Ab Montag, den 12. Dezember, wird im Rathaus, 6. Stiege, 1. Stock, die 200. Kleinausstellung gezeigt. "Wiens Stadtbild nach 1683 - Kontinuität oder Wende?" behandelt die Frage, ob die Türkenbelagerung jenes entscheidende Ereignis war, das den Wandel vom mittelalterlichen zum barocken Wien ausgelöst hat. An Hand von vielen interessanten Bildern wird die Wiener Baugeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts illustriert. Die Ausstellung ist bis Ende Februar Montag bis Freitag (Feiertag ausgenommen) von 8 bis 15.30 Uhr zu sehen. Ein kleiner Katalog wird kostenlos abgegeben. #

Nach dem Krieg begann das Landesarchiv 1948 mit der Gestaltung von Ausstellungen. Seit 1976 werden die Ausstellungen nicht nur im Rathaus, sondern auch - zum Teil neu adaptiert und ergänzt - in Bezirksmuseen, Volkshochschulen, Allgemeinbildenden Höheren Schulen, Häusern der Begegnung oder zum Beispiel im Westbahnhof gezeigt.

Da die Ausstellungen vor allem volksbildnerische Ziele verfolgen, bietet das Landesarchiv zu den Expositionen kostenlos kleine Kataloge an.

Die Ausstellungsbilanz des Landesarchivs kann sich sehen lassen: mehr als 20 Termine jährlich. Die erfolgreichsten Ausstellungen waren unter anderen "Wien und die Babenberger", "Heimatkunde und Bezirksgeschichte" sowie die kleine Schau "Wiener Sagen und Legenden", die derzeit im Bezirksmuseum Josefstadt zu sehen ist. (Schluß) am/ap

NNNN

Einsamenfeiern in den Pensionistenklubs

-++++

4 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtverwaltung wird so wie in den vergangenen Jahren auch heuer wieder in mehreren Bezirken am 24. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen halten. Der Besuch der Klublokalitäten steht allen Pensionisten offen, auch wenn sie keine Klubbesucher sind.#

Wie Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER erklärte, ist es Sinn und Zweck dieser Aktion, alleinstehenden Wienerinnen und Wienern an diesem Tag, an dem sie sich vielleicht besonders verlassen und einsam fühlen, die Möglichkeit zu bieten, dieser Einsamkeit zu entfliehen. Interessenten, die keine Pensionistenklubbesucher sind, können sich für diese Veranstaltung bis 21. Dezember beim zuständigen Sozialreferat ihres Wohnbezirkes oder bei der Bezirksvorstehung vormerken lassen.

Folgende Pensionistenklubs werden am Heiligen Abend geöffnet sein:

- 2, Praterstern 1, Haus der Begegnung, 15 bis 18 Uhr
- 6, Königseggasse 10, Haus der Begegnung, 14 bis 17 Uhr
- 7, Hermannsgasse 24-26, Bezirksvorstehung, 14 bis 16 Uhr
- 10, Puchsbaumplatz 13, 16 bis 20 Uhr
- 11, Enkplatz 2, 15 bis 18 Uhr
- 12, Schönbrunner Straße 259 (Eingang Meidlinger Hauptstraße 4)
14 bis 18.30 Uhr
- 13, Fasangartengasse 65 A/9, 15 bis 18 Uhr
- 14, Penzinger Straße 150, 15 bis 18 Uhr
- 15, Nobilegasse 33-35/5, 16 bis 18.30 Uhr
- 16, Wurlitzergasse 59, 14 bis 17 Uhr
- 18, Weimarer Straße 8-10, 15 bis 18 Uhr
- 21, Jedleseer Straße 66-94/37, 14 bis 19 Uhr
- 22, Erzherzog-Karl-Straße 65/20 (Eingang Gumpowiczstraße)
15 bis 18 Uhr

(Schluß) zi/ap

Eiserne Hochzeit in Floridsdorf

=++++

6 Wien, 9.12. (RK-LOKAL) 65 Jahre verheiratet sind Michael und Maria WEINHOFER aus der Hagenbrunner Straße in Floridsdorf. Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN gratulierte dem Paar, das ein Leben lang "eisern" zusammengehalten hat, und überbrachte die Glückwünsche der Bevölkerung. Michael Weinhofer wurde am 20. Dezember 1893 in Wolkersdorf geboren, er war Bediensteter der österreichischen Bundesbahnen. Maria Weinhofer wurde am 11. April 1893 in Wien geboren. Ihrer Ehe entstammt ein Kind, und das Jubelpaar freut sich über zwei Enkel und drei Urenkel. (Schluß)
and/ap

NNNN

Wohnbau: Maßnahmen zur Preisstabilisierung und Verbilligung (1)

Utl.: Ab 1984 keine Nachförderung mehr, Stundung von Landesdarlehen und höhere Förderung der Großen Wohnungsverbesserung

=++++

7 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Reihe wichtiger Empfehlungen, die eine Preisstabilisierung im geförderten Wohnbau, Entlastungen für Mieter sowie eine Ankurbelung der Stadterneuerung bewirken sollen, beschloß der Wiener Wohnbauförderungsbeirat, der Freitag unter dem Vorsitz von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN zusammentrat.

So können die geförderten Wohnbauträger ab 1984 nicht mehr mit der Gewährung sogenannter Nachförderungen rechnen. Sinn dieser einstimmig beschlossenen Empfehlung ist es, eine Stabilisierung der Baupreise zu erreichen. Außerdem wird eine höhere Transparenz für die Wohnungswerber gewährleistet, da die Bauträger von Anfang an zu einer genauen Kalkulation gezwungen werden, mit der sie dann auch auskommen müssen. Eine wichtige Empfehlung des Wohnbauförderungsbeirates zur Entlastung von Bewohnern geförderter Wohnbauten, die in den Jahren 1974 bis 1976 errichtet worden sind, wird die Wiener Landesregierung noch heuer beschließen. In diesem Wohnhausanlagen tritt gemäß dem Wohnbauförderungsgesetz ab 1984 ein fühlbarer Abbau der Annuitätzuschüsse in Kraft. Um zu verhindern, daß dadurch größere Belastungen für die Mieter entstehen, wird die Stadt Wien die Rückzahlung des Landesdarlehens ganz oder teilweise soweit stunden, daß die Rückzahlung im Rahmen der monatlichen Mietzinsbelastung den Betrag von ca. 25 Schilling pro Quadratmeter bei Miet- und Genossenschaftswohnungen beziehungsweise 29 Schilling pro Quadratmeter bei geförderten Eigentumswohnungen nicht übersteigen.

Um die Stadterneuerung weiter anzukurbeln, soll die Förderung der Großen Wohnungsverbesserung erhöht werden. Voraussichtlich - die Details sind nicht festgelegt, doch herrschte Übereinstimmung im Grundsätzlichen - wird die Landesregierung eine Anhebung des Landesdarlehens von derzeit 45 auf 70 Prozent beschließen. # (Forts. ger/ap

Wohnbau: Maßnahmen zur Preisstabilisierung und Verbilligung (2)

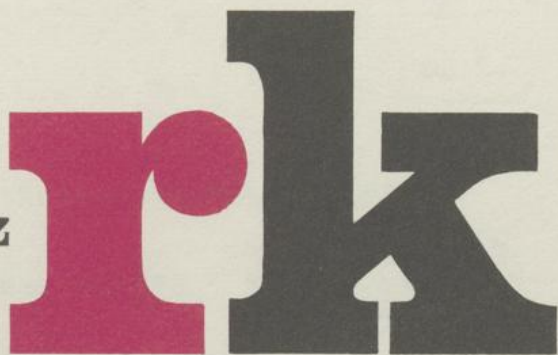
=++++

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Durch diese Maßnahme kann eine Reduzierung des Eigenmittelanteiles bei der Großen Wohnungsverbesserung erreicht werden, um einen zusätzlichen Anreiz für diese wichtige Stadterneuerungsmaßnahme zu geben.

Ferner empfahl der Wohnbauförderungsbeirat - wie alle anderen Maßnahmen einstimmig - der Landesregierung, den Fixbetrag für die Förderung von Eigenheimen (265.000 Schilling plus 20.000 Schilling für jedes Kind) auch auf das kommende Jahr auszudehnen. Schließlich wurde in der Sitzung am Freitag die Förderung von 253 Wohnungen und 4 Lokalen positiv begutachtet. (Schluß) ger/ap

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 10. Dezember 1983

Blatt 3346

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neue Verkehrsampel Breitenseer Straße - Kandlerstraße
(rosa)

Neue Verkehrsampel Breitenseer Straße - Kendlerstraße

=++++

1 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Dienstag mittag wird auf der Kreuzung der Breitenseer Straße mit der Kendlerstraße im 14. Bezirk eine neue automatische Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Die neue Anlage wird es den Fußgängern, vor allem den vielen Schulkindern, ermöglichen, sicher über die stark befahrene Kreuzung zu kommen. (Schluß) sc/ko

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 12. Dezember 1983

Blatt 3348

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Jugendamt hilft alleinstehenden Müttern in
Krisensituationen

Kommunal:
(rosa)

Kafkasteg über den Handelskai fertiggestellt
Volksschule in der Neilreichgasse wird eröffnet
Neue Telefonanlage im Amtshaus Liesing: 86 75 31
Wiener öVP kritisiert Pressedienst der Stadt Wien
Schieder: öVP-Pressekonferenz über PID
verwunderlich

Lokal:
(orange)

Liechtenwerder Platz wieder frei

Kultur:
(gelb)

Wiener Sommer 1984

Nur
über FS:

Pressegespräch des Bürgermeisters
Klaviergeschäft in Mariahilf ausgebrannt
Winterdienst zum Wochenende
Zwei Schafe für die "Stadt des Kindes"
Ehemaliger Donaustädter Bezirksvorsteher-
Stellvertreter gestorben

.....
Bereits am 10. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Jugendamt hilft alleinstehenden Müttern in Krisensituationen

=++++

2 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Damit Säuglinge und Kleinkinder in Krisensituationen nicht von ihrer Mutter getrennt werden müssen, hat das Jugendamt der Stadt Wien eine umfassende Krisenhilfe eingerichtet. Den Müttern, die nach Auflösung einer Partnerschaft ohne Existenzgrundlage dastehen, werden Krisenunterkünfte zur Verfügung gestellt. Außerdem helfen Sozialarbeiter den Müttern beim Aufbau einer selbstständigen Existenz.

Die Krisenhilfe wurde in den vergangenen eineinhalb Jahren von 34 Frauen in Anspruch genommen. Hilfen dieser Art vermitteln die Bezirksjugendämter.#

Zwtl.: Verhängnisvollen Kreislauf durchbrechen

Wenn Mütter aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen, läßt es sich ohne umfassende Hilfe schwer vermeiden, daß auch ihren Kindern ein ähnliches Schicksal bevorsteht. Diesen verhängnisvollen Kreislauf zu durchbrechen, bemüht sich das Jugendamt. Durch die Krisenhilfe gelingt es oft, eine außerfamiliäre Unterbringung der Kinder zu verhindern und die Beziehung und Bindung zwischen Mutter und Kind zu stärken.

Auslöser für Krisen sind meist Konflikte mit dem Lebensgefährten, wobei die Mütter nicht selten vor Drohungen und Schlägen flüchten müssen. In selteneren Fällen ist auch ein Konflikt mit den Eltern Krisenauslöser, der ein Zusammenleben in meist beengten Wohnverhältnissen nicht mehr gestattet. (Schluß) emw/ko

NNNN

Kafkasteg über den Handelskai fertiggestellt

=++++

2 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch, den 14. Dezember, wird der Kafkasteg, eine Fußgängerbrücke, die von der Wehlstraße zur neuen Aussichtsterrasse am rechten Donauufer führt, freigegeben.

Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" feststellte, können nun Fußgänger und Radfahrer von den großen Wohnhausanlagen aus diesem Bereich des 2. Bezirks ungefährdet über den Handelskai und die Donauuferbahn in das Naherholungsgebiet am rechten Donaudamm gelangen. Der behindertenfreundlich angelegte Steg ist besonders wichtig, weil auf dem vierspurig befahrenen Handelskai seit einigen Monaten "Tempo 70" erlaubt ist. #

Die Kosten für die neue Fußgängerbrücke betragen rund acht Millionen Schilling. Sie ist 80 Meter lang und 5 Meter breit. Von der Wehlstraße führt eine 40 Meter lange Rampe zur Brücke. Am rechten Donaudamm mündet die Brücke auf dem Dach der neuen Aussichtsterrasse. In einigen Tagen wird auch die Brückenbeleuchtung fertiggestellt sein. (Schluß) sc/ap

NNNN

Liechtenwerder Platz wieder frei

=++++

3 #Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Die Bauarbeiten auf dem Liechtenwerder Platz sind für dieses Jahr beendet. Ab Dienstag, den 13. Dezember, mittag, kann man von der Heiligenstädter Straße stadteinwärts über den Liechtenwerder Platz wieder geradeaus in die Liechtensteinstraße fahren. Links kann man in die Augasse einbiegen oder zur Wirtschaftsuniversität zufahren. Damit fällt die Umleitung über den Döblinger Gürtel weg.#

Im Frühjahr 1984 werden die Gleise der Straßenbahnlinie "8" in der Heiligenstädter Straße zwischen Nußdorfer Straße und Liechtenwerder Platz etwas näher zu den Häusern auf der linken Straßenseite verlegt werden. Im Sommer wird dann die Heiligenstädter Straße in diesem Bereich von drei auf vier Fahrspuren ausgebaut.
(Schluß) sc/ap

NNNN

Volksschule in der Neilreichgasse wird eröffnet

=++++

4 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die Städtische Volksschule in Wien 10, Neilreichgasse 111, wird am Donnerstag, dem 15. Dezember, um 11 Uhr von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER feierlich eröffnet.

Die neue Schule, die seit dem vergangenen Schuljahr in Betrieb ist, befindet sich in der Städtischen Wohnhausanlage im Bereich Sahulkastraße-Neilreichgasse mit rund 1100 Wohnungen.

Das Schulgebäude ist in die Wohnhausanlage integriert und umfaßt 12 Klassenräume, einen Werkraum, ein Musik- und Lichtbildzimmer, einen Turnsaal, Pausenhalle, Pausenhof und Spielplatz.

Bei der Planung der Schule wurde auf eine Erweiterungsmöglichkeit Rücksicht genommen. Die Baukosten betragen rund 46,5 Mio S. Zur Zeit werden in der neuen Schule acht Klassen mit insgesamt 180 Schülern geführt.# (Schluß) emw/ko

NNNN

Neue Telefonanlage im Amtshaus Liesing: 86 75 31

=++++

5 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Ab Dienstag, den 13. Dezember, haben es die Liesinger wesentlich leichter, wenn sie ihr Bezirksamtshaus telefonisch erreichen wollen. Die Magistratsabteilung 34 hat dort eine neue Telefonanlage installiert, die "alle Stückerln spielt". Bisher konnte man nur auf vier Amtsleitungen ins Amtshaus kommen - man mußte also oft längere Zeit warten, bis eine Leitung frei war. Jetzt kann man die rund hundert Nebenstellen der Bezirksvorstehung, des Magistratischen Bezirksamtes, der Baupolizei, des Gesundheitsamtes, des Wohnungsamtes, der Sozialberatung, des Jugendamtes, der Mobilien Schwestern, des Bürgerdienstes und der anderen Dienststellen auf zehn Amtsleitungen erreichen. Die neue Rufnummer ist 86 75 31.#

Im Jugendamt und bei der Baupolizei wurden "Serisierte Auskunftsplätze" eingerichtet. Wenn dort eine Nebenstelle besetzt ist, wird das Gespräch automatisch zu einer anderen Nebenstelle weitergeschaltet. Außendienstmitarbeiter können, wenn sie nicht im Amt sind, die ankommenden Gespräche auf eine andere Nebenstelle umleiten, wo dann die entsprechenden Auskünfte erteilt werden können. Die neue Telefonanlage trägt also wesentlich dazu bei, den Kundendienst der Stadtverwaltung für die Liesinger Bevölkerung zu verbessern. (Schluß) sc/gg

NNNN

Wiener Sommer 1984 (1)

Utl.: "Cats" im Theater an der Wien, Operette in Volksoper und Staatsoper

=++++

11 #Wien, 12.12. (RK-KULTUR) "Cats" im Theater an der Wien, Operettenvorstellungen in der Volksoper und der Staatsoper, rund 200 Veranstaltungen des "Musikalischen Sommers" - das sind nur die wesentlichsten Punkte des kulturellen Angebotes Wiens im Sommer 1984. Gemeinsam mit Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Finanzstadtrat Hans MAYR stellte Unterrichtsminister Dr. Helmut ZILK am Montag den "Wiener Sommer" 1984 vor. #

Mit der "Lustigen Witwe" und der "Fledermaus" - als Produktionen der Volksoper, die teilweise auch in der Staatsoper aufgeführt werden - öffnen die Bundestheater 1984 erstmals auch in den Monaten Juli und August ihre Pforten. Insgesamt sind 1984 zwanzig Operettenvorstellungen vorgesehen, für 1985 ist eine Erweiterung geplant. Die Ausfallshaftung für diese Vorstellungen hat die Stadt Wien übernommen. Durch dieses Angebot für die Operettenfreunde kann das Theater an der Wien das Erfolgsmusical "Cats" über den Sommer bis zum Herbst 1984 durchlaufend spielen.

Sowohl Unterrichtsminister Zilk als auch die Stadträte Mrkvicka und Mayr betonten, daß dieses Angebot durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten von Bund und Stadt Wien möglich wurde. Der "Wiener Sommer" soll in Zukunft seinen festen Platz im österreichischen Kultursommer haben, was sich auch in der Werbung niederschlägt. Ein gemeinsames Plakat wird österreichweit und auch im Ausland für Festspiele, Konzerte und Theater in der Sommersaison werben.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Sommer 1984 (2)

Utl.: Bisher 91.000 Besucher bei "Cats"

=++++

12 Wien, 12.12. (RK-KULTUR) Auslösendes Moment dafür, daß der ursprünglich erst für 1985 geplante "Wiener Sommer" bereits 1984 in dieser Form stattfinden wird, ist der Erfolg von "Cats". Bisher besuchten, so Stadtrat Mrkvicka, 91.000 Menschen 89 Vorstellungen des Musicals. Bis 6. Mai 1984 sind die Vorstellungen "gruppenmäßig" ausverkauft, was den Verkauf von 40 bis 50 Prozent der aufgelegten Karten bedeutet. Mit dem Durchlauf im Sommer ergibt sich für "Cats" eine Serie von zumindest 378 Vorstellungen, ein für Wien ungewöhnlicher Erfolg. Das bisherige Sommerstück im Theater an der Wien, "Die Lustige Witwe", wurde in 16 Jahren 533 Mal gespielt. 536.000 Besucher sahen das Stück.

Stadtrat Mayr betonte die Wichtigkeit des "Wiener Sommers" für den Fremdenverkehr. Sein langjähriger Wunsch, die Bundestheater mögen im Sommer spielen, gehe nun in Erfüllung, sagte Mayr. Die Ausfallshaftung der Stadt Wien bezifferte Mayr mit einer wahrscheinlichen Summe von vier Millionen Schilling. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Wiener ÖVP kritisiert Pressedienst der Stadt Wien

=++++

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Klubobmann Dr. Günther Goller kritisierte am Montag in einer Pressekonferenz den geplanten Wiener Presseklub im Rahmen des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien. Einem internen Papier des PID entnehme er, sagte Goller, daß die "RATHAUSKORRESPONDENZ" nur mehr von Veranstaltungen im Rahmen des Presseklubs berichten dürfe. Das würde bedeuten, daß die "RK" jede Berichterstattung über Vorgänge außer Haus einstellen müsse.

Gegen diese Absicht des PID werde die ÖVP im nächsten Stadtsenat einen energischen Protest einlegen, kündigte Goller an. Angesichts dieses internen Papiers, der unobjektiven Berichterstattung und der Manipulationsversuche trete die Wiener Volkspartei dafür ein, den PID aus der politischen Ressortführung durch Stadtrat Schieder herauszunehmen und der Magistratsdirektion direkt zu unterstellen. (Schluß) fk/ko

NNNN

Schieder: öVP-Pressekonferenz über PID verwunderlich

=++++

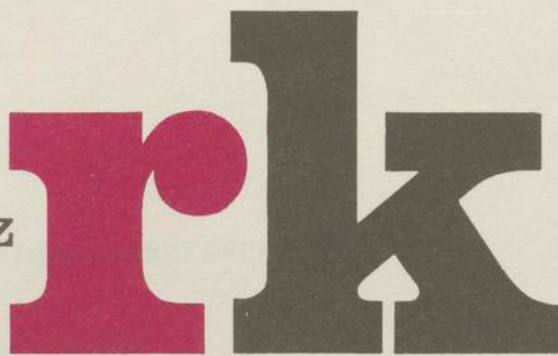
14 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zur heutigen öVP-Pressekonferenz zur Frage "Überlegungen zum PID" stellte Stadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, er fände es verwunderlich, daß die Volkspartei über einen internen, übrigens nicht akzeptierten und veralteten Entwurf eine Pressekonferenz mache. Er habe, so Schieder, natürlich der Opposition nicht vorzuschreiben, worüber sie Pressekonferenzen abhalte. Wenn sie jedoch wissen wolle, was wirklich beabsichtigt sei, so bestünde die Möglichkeit, ihn, Schieder, zu fragen. Von sich aus würde er - so wie vorgesehen - bei der Jänner-Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Bürgerdienst diesen Ausschuß und damit alle drei Fraktionen über das, was tatsächlich im Bereich des PID vorgesehen sei, informieren. Im wesentlichen handelt es sich um Dinge, die er, Schieder, bereits öffentlich angekündigt habe, und zwar in der Budgetdebatte am 6. Dezember 1983 (rk-Blatt 3280 sowie 3286 vom 6. Dezember 1983) und in der Bürgermeister-Pressekonferenz "Zehn Jahre Bürgermeister Gratz" (rk-Blatt 1900 vom 5. Juli 1983).

Wenn die öVP in Zukunft über alle Konzepte oder Detailkonzepte in Pressekonferenzen berichtet, so wird sie sehr viel zu tun haben, meinte Schieder weiter. Für manche Vorhaben werden bis zu zwanzig Vorkonzepte erarbeitet bzw. Überlegungen durchgeführt, bis man die endgültige Entscheidung getroffen hat und das endgültige Konzept vorliegt und akzeptiert wird. (Schluß) hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 13. Dezember 1983

Blatt 3358

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Terminübersicht vom 14. bis 21. Dezember
(rosa) Jänner 1984: Baubeginn für U 3
1984 zum ersten Mal: Winterferienspiel für Familien
Neue Jahresnetzkarte ab 19. Dezember erhältlich

Lokal: 192 Jubelpaare ins Rathaus eingeladen
(orange)

Kultur: Preisträger der Dr.-Karl-Renner-Stiftung
(gelb)

192 Jubelpaare ins Rathaus eingeladen

=++++

1 Wien, 13.12. (RK-LOKAL) Zur würdigen Feier ihres Hochzeitsjubiläums waren Montag nachmittag 192 Jubelpaare in den Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen, wo ihnen Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK die Hochzeitsdiplome überreichten. Unter den eingeladenen Jubilaren war ein "Steinernes Hochzeitspaar", Karoline und Karl ROCKBAUER, die vor 67 1/2 Jahren den Bund fürs Leben schlossen, ein "Eisernes Paar", Anna und Franz TALSKY, die seit 65 Jahren Freud und Leid miteinander teilen, weiters 23 "Diamantene Hochzeitspaare" die seit 60 Jahren gemeinsam durchs Leben gehen, und 167 "Goldene Hochzeiter", die einander 1933, also vor 50 Jahren, das "Ja-Wort" gaben. Die Paare schenkten in mehr als 9.800 gemeinsamen Ehejahren 273 Kindern das Leben und sind Großeltern beziehungsweise Urgroßeltern von 352 Enkeln und 37 Urenkeln. (Schluß) and/gg

NNNN

Terminübersicht vom 14. bis 21. Dezember (1)

=++++

2 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Woche vom 14. bis 21. Dezember hat die Wiener "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 14. DEZEMBER:

8.00 Uhr, Konstituierende Sitzung der Psychiatriekommission
11.00 Uhr, Pressekonferenz "Tanz 84" (Stadtrat Mrkvicka, PID)

DONNERSTAG, 15. DEZEMBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten
und Konsumentenschutz
9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten
11.00 Uhr, Eröffnung der Volksschule in Wien 10, Neilreichgasse 111
durch Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner
11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 16. DEZEMBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung
10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst
14.00 Uhr, Benennung der Wohnhausanlage in Wien 10,
Laxenburger Straße 94, in "Anton-Hölzl-Hof"

SAMSTAG, 17. DEZEMBER:

12.45 Uhr, Rundfunksendung des Bürgermeisters mit Stadtrat Stacher

SONNTAG, 18. DEZEMBER:

Familiensonntag

MONTAG, 19. DEZEMBER:

10.30 Uhr, Pressegespräch der "Z" (Wien 3, Vordere
Zollamtsstraße 13)
(Forts.) ger/ap

Terminübersicht vom 14. bis 21. Dezember (2)

=++++

3 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL)

DIENSTAG, 20. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 21. DEZEMBER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend und Familie
(Schluß) ger/ap

Preisträger der Dr.-Karl-Renner-Stiftung

=++++

4 Wien, 13.12. (RK-KULTUR) Die Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung der Stadt Wien im Jahr 1983 gehen an die Baumeister der Sozialpartnerschaft, den Präsidenten des öGB Anton BENYA, und an den Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Ing. Rudolf SALLINGER. Weitere Preisträger sind Univ.-Prof. Dr. Norbert LESER, Univ.-Prof. Dr. Karl STADLER und Chefredakteur Prof. Paul LENDVAI.

Der Beschluß wurde von dem von Bürgermeister Leopold GRATZ eingesetzten Kuratorium einstimmig gefaßt. Die feierliche Preisverleihung wird in der zweiten Februarhälfte 1984 stattfinden. (Schluß) gab/ko

NNNN

Neue Jahresnetzkarte ab 19. Dezember erhältlich

=++++

5 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, werden Jahresnetzkarten, die für 1984 neu eingereicht und sofort bezahlt werden, in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Wien 6, Rahlgasse 3, ab 19. Dezember ausgegeben beziehungsweise auf dem Postweg so versandt, daß sie noch vor dem 24. Dezember 1983 zugestellt sind. Die neue Jahresnetzkarten kosten 3.500 Schilling. Bisher wurden 4.000 neue Karten bestellt.

Ab sofort sind in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen und in den Trafiken die Fahrscheine zum neuen Preis erhältlich. Die Fahrscheine zum alten Tarif gelten noch bis zum 31. Jänner 1984. Lediglich die Halbjahresnetzkarte, die bis zum 31. März 1984 gültig ist und zum alten Preis gekauft wurde, wird ab 2. Jänner 1984 in der Abteilung für Tarifangelegenheiten, Wien 6, Rahlgasse 3, zurückgekauft. # (Schluß) ba/ap

NNNN

Jänner 1984: Baubeginn für U 3 (1)

=++++

7 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bau der U 3 ist gemeinsam mit dem Bau der U 6, der ja im September 1983 in Meidling bereits begonnen hat, Teil der zweiten Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes. Verkehrsstadtrat Johann HATZL informierte Dienstag über den im Bauabschnitt Landstraße kurz bevorstehenden Baubeginn der U 3. Sie ist als Durchmesserlinie in west-östlicher Richtung durch Wien geplant und führt zunächst vom Westbahnhof bis Erdberg. Folgende Stationen sind geplant: Westbahnhof, Zieglergasse, Kirchengasse, Volkstheater, Herrengasse, Stephansplatz, Dr.-Karl-Lueger-Platz, Landstraße, Rochusgasse, Kardinal-Nagl-Platz - Schlachthausgasse und Erdberger Mais. Verlängerungen im Westen nach Ottakring und im Osten nach Simmering sind vorgesehen. Die U 3 wird damit Anfang der Neunzigerjahre die großen Geschäftszentren Mariahilfer Straße, Innere Stadt und Landstraße miteinander verbinden. Der Bahnhof Landstraße wird zu einem der größten Verkehrsknotenpunkte Wiens mit einer jährlichen Frequenz von etwa 20 Millionen Fahrgästen.

Die erste Phase der Bauarbeiten für die U 3 ist der Abschnitt in der Landstraßer Hauptstraße von der Gigergasse bis zum Augustiner Markt, die Unterfahmung der Kundmanngasse mit der anliegenden Bebauung sowie der Abschnitt in der Hainburger Straße bis zur Wassergasse.#

Es sind dies die Streckenabschnitte U 3/4 und U 3/5. Insgesamt gibt es bei der U 3 13 Streckenabschnitte, von U 3/1, dem Bereich des Betriebsbahnhofes Erdberg, bis U 3/13, dem Anschluß an die U 6 beim Westbahnhof.

Bei den Bauarbeiten in der Landstraße und Hainburger Straße wird die "Offene Bauweise" angewendet, das heißt, daß vom Straßenniveau aus Schlitzwände vertikal in den Untergrund versenkt werden. Diese stellen die äußere Begrenzung des U-Bahn-Tunnels dar. Sobald sie vorhanden sind, wird die Straße dazwischen bis zur Unterkante der obersten Decke des Tunnels ausgehoben und die Decke hergestellt. Danach kann die Straße provisorisch wiederhergestellt und befahren werden. Der weitere Ausbau des Tunnels erfolgt unterirdisch. (Forts.) roh/gg

NNNN

Jänner 1984: Baubeginn für U 3 (2)

=++++

8 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Arbeiten für den Bauabschnitt U 3/5 (Landstraße), die im Jänner 1984 beginnen, muß die Landstraßer Brücke zwischen Gigergasse und Invalidenstraße abgetragen und wieder neu errichtet werden. Der Straßenbereich zwischen AEZ und GEKA-Kaufhaus wird daher ab diesem Zeitpunkt für den Verkehr gesperrt.#

Entsprechend der Bedeutung dieses Straßenstückes werden Bauverfahren angewendet, die eine möglichst rasche Wiederbenützung erlauben. Von der Fertigstellung der Brückenfläche bis zur völligen Fertigstellung der U-Bahn-Station wird dieser Straßenteil allerdings nur für die Zufahrt der Anrainer und für den Baustellenverkehr zur Verfügung stehen. Die ungehinderte Verbindung beider Straßenseiten ist für Mitte 1985 vorgesehen.

Die Landstraßer Hauptstraße selbst steht für den Verkehr bis zum Frühjahr 1984 zur Verfügung. Im ersten Halbjahr müssen zahlreiche Einbauten vorgenommen werden, anschließend wird auch hier nur mehr die Zufahrt möglich sein.

Zur Schonung der Häuser in der Kundmanngasse wird die wesentlich kostspieligere geschlossen Bauweise angewendet. Das ist unter anderem auch deshalb erforderlich, da die Kundmanngasse für die Verkehrsumleitungen während der gesamten Bauarbeiten herangezogen werden muß. In diesem Bereich, der zum Bauabschnitt U 3/4 (Rochusgasse) gehört, wird mit den Bauarbeiten voraussichtlich im Mai 1984 begonnen werden. Vorher ist es notwendig, den Augustiner Markt zur Freimachung des Baubereiches provisorisch zu verlegen. Er wird in der Landstraßer Hauptstraße auf der stadtauswärts gelegenen rechten Seite, ungefähr gegenüber seinem alten Standort, situiert sein.

Die Rohbauarbeiten werden für den Bauabschnitt U 3/4 (Rochusgasse) 40 Monate, Mai 1984 - August 1987, und für den Bauabschnitt U 3/5 (Landstraße) 52 Monate, Jänner 1984 - April 1988, dauern. Die Gesamtkosten für U 3/4 werden sich auf etwa 1,3 Milliarden, für U 3/5 auf 2,3 Milliarden Schilling belaufen. Insgesamt wird die erste Baustufe der U 3, die Innenstadtquerung vom Bauabschnitt Rochusgasse bis zum Bauabschnitt Volkstheater, etwa zehn Milliarden Schilling kosten. (Forts.) roh/gg

Jänner 1984: Baubeginn für U 3 (3)

=++++

9 Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Baubeginn der U 3 im Jänner 1984 sind Verkehrsumleitungen für den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr im 3. Bezirk notwendig. In der Nacht vom 2. auf 3. Jänner 1984 treten die Veränderungen im Netz des öffentlichen Verkehrs in Kraft. Die Straßenbahnlinien "J" und "T" werden durch die Autobuslinien "74 A" und "75 A" ersetzt.

Der Individualverkehr wird während der Sperre der Landstraßer Hauptstraße über das hochrangige Straßennetz am Rand des Bezirkes geführt (Bundesstraße 1 - Vordere Zollamtsstraße und Bundesstraße 227 - Franzensbrückenunterführung und Donaukanalbegleitstraße). Dazu war die Fertigstellung der Franzensbrückenunterführung notwendig, um den Verkehr am Donaukanal reibungslos stadtauswärts führen zu können. Dieser Abschnitt des Baus der Bundesstraße 227 wird im Dezember 1983 noch vor Beginn des U-Bahn-Baus abgeschlossen.

Insgesamt kommt es zu einer Dreiteilung des Verkehrs entsprechend den verschiedenen Teilen des Bezirks. Der Bezirksteil zwischen Landstraßer Hauptstraße und Donaukanal wird über die Bundesstraße 1 und über die Donaukanalbegleitstraße und Wassergasse erschlossen, das Modenaviertel von Schwarzenbergplatz bis Reisnerstraße wie bisher über die Neulinggasse. Durch die Sperre der Neulinggasse zwischen Reisnerstraße und Rechte Bahngasse wird es aber kein Durchfahren von der Neulinggasse zur Ungargasse mehr geben. Nur für das Viertel zwischen Rechter Bahngasse und Landstraßer Hauptstraße (Ungarviertel) soll die einspurige Umleitungsstrecke durch die Linke und Rechte Bahngasse dienen.

Wichtig für alle Bewohner der Landstraße: In der Woche vom 12. bis 16. Dezember kann man mit persönlichen Anfragen und Problemen jeden Tag zwischen 15 und 18 Uhr direkt in das U-Bahn-Bau-Büro im Wiener Stadtpark (bei der Weiskirchnerstraße) kommen. Diese "Sprechstunden" werden ab dann an allen Donnerstagen um die selbe Zeit beibehalten. (Schluß) roh/gg

NNNN

1984 zum ersten Mal: Winterferienspiel für Familien

=++++

10 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Vbgm. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, veranstaltet die Stadt Wien in der ersten Jännerwoche des Jahres 1984 (genauer: vom 2. bis 8. Jänner) erstmals ein Winterferienspiel. Dabei wurde dem Wunsch vieler Eltern, man möge so wie bei der Aktion "Familiensonntag", auch beim Ferienspiel Aktivitäten anbieten, bei denen Erwachsene mitmachen können, Rechnung getragen: Das erste Winterferienspiel gibt Kindern und Eltern in gleicher Weise die Möglichkeit, an vielfältigen Freizeitaktionen teilzunehmen. #

Es gibt auch wieder einen Ferienspielspaß, der über die Schulen an die Kinder verteilt wird.

Zwtl.: Kultur, Wissenswertes - und viel Sport

Das Programm des Winterspiels ist breit gefächert. Da gibt es Konzerte für Kinder und Kenner (mit Herbert Prikopa), Kindertheater, Filme, Erste Hilfe-Kurse, Besuche im Haus des Meeres, Führungen durch das Rathaus, Aktivitäten in Jugendzentren, Museumsbesuche, Veranstaltungen in Urania-Sternwarte und Planetarium sowie zahlreiche Sportaktionen wie Rodeln, Eislaufen, Schifahren, Aerobic u.v.a.

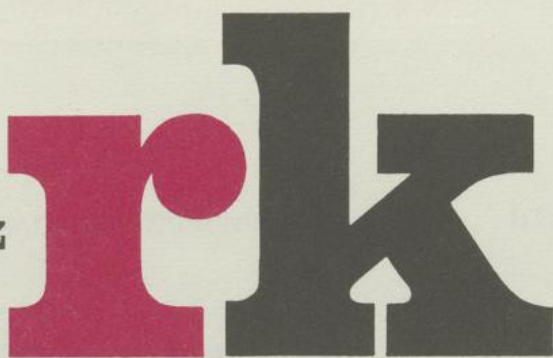
Bei besonderen Kältegraden wird der "Tee-Bus" des Landesjugendreferates für innere Wärme sorgen.

Während des gesamten Winterferienspiels (auch am Wochenende) ist das Ferienspieltelefon wieder in Betrieb. Und im Stadtradio wird Ferienspielmaskottchen Holli Knolli täglich die "Ferienspiel-News" verkünden. (Schluß) emw/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Mittwoch, 14. Dezember 1983

Blatt 3367

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS ausgesendet: (grau) Saatkrähen: nun Forschungsarbeit über behauptete Schädlichkeit
Schieder: Presseclub als Serviceangebot für Journalisten
- Kommunal: (rosa) Liechtenwerder Platz: neue Verkehrsampel mit Straßenbahn-Symbol
Am 18. Dezember ist wieder Familiensonntag
Ab Donnerstag Schienenstraßenparkverbot in Wien
Psychiatriekommission konstituiert
3,7 Millionen für ärztliche Forschung
Gesundheitsausschuß besichtigte AKH-Baustelle
Rekordmarke beim Stromverbrauch
- Lokal: (orange) Drogenpatienten helfen behinderten Kindern
Bezirksvorsteher Bednar ehrte Lebensretter Lurger
- Kultur: (gelb) "Tanz total" in Wien
- Sport: (grün) Ausklang von "Komm zum Sport" mit Margareten - ATSE Graz
- Nur über FS: 13.12. Geisterbahn im Prater abgebrannt
14.12. Adventkranz brannte in Bankfiliale

.....
Bereits am 13. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Saatkrähen: nun Forschungsarbeiten über behauptete Schädlichkeit
=++++

11 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) "Auch mir gefällt das Abschießen der Krähen nicht. Es wurde von der Wiener Landwirtschaftskammer vehement verlangt - mit Hinweis darauf, daß die Krähen das Saatgut gefährden": das erklärte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Wie Schieder ankündigte, werde er nun wissenschaftlich untersuchen lassen, ob die Saatkrähen tatsächlich solche Schädlinge seien wie von die Landwirtschaft behauptet wird. Auch müsse generell überprüft werden, ob die Liste jener Tiere, die in der Jägerei als "jagdbares Getier" angesehen werden, überhaupt noch mit Naturschutzerwägungen übereinstimmt. Nach Vorliegen entsprechender Forschungsarbeiten, die die Stadt Wien in Auftrag geben wird, könnte durchaus das Jagdrecht geändert werden, sagte Schieder.#

Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Untersuchungen soll für Wien festgestellt werden, von welcher Tierart es zuwenig oder zuviele gibt, wo es sinnvoll ist, mit Abschüssen einzugreifen und wo es offensichtlich nur noch reines Jagdvergnügen darstellt. Mit dieser Aufschlüsselung könnte dann auch das Jagdrecht entsprechend geändert werden. Schieder meinte, die Jagdgesetze, sollten überhaupt regelmäßig überprüft werden, um festzustellen, ob die im Jagdrecht als "jagdbare Tiere" bezeichneten Arten tatsächlich alle noch gejagt werden sollen und ob die Liste dieser Tiere mit modernen Naturschutzerwägungen noch im Einklang steht.

Zur Frage der "Abschußprämien" betonte der Wiener Umweltstadtrat, daß dies keine Prämien seien, sondern ein Betrag, der vom Jagdpächter dem Förster bzw. dem Jäger bei einem Abschuß egal welchen jagdbaren Wildes usw. gezahlt wird. Diese Prämie wurde ursprünglich als Abgeltung für die früher teuren Patronen gegeben.
(Schluß) hs/ap

.....
Bereits am 13. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schieder: Presseclub als Serviceangebot für Journalisten

=++++

12 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL) Der im PID geplante Presseclub soll Wiener Journalisten ebenso wie der Auslandspresse ein besseres Informationsservice bieten. Auch soll damit das Angebot des PID, das bisher praktisch nur den professionellen Journalisten zur Verfügung stand, auch für kleinere Zeitschriften - etwa Schülerzeitungen oder Alternativzeitschriften - da sein. Das betonte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Wie Schieder weiter sagte, sollen die Räume des Presseclubs natürlich auch anderen Interessenten für Pressekonferenzen zur Verfügung stehen. Ebenso könnten die Fernschreiber des PID bei Pressekonferenzen von anderen Institutionen, Parteien usw. mitbenützt werden.

Der Presseclub sei jedoch sicher keine Wärmestube, wie in einer Tageszeitung beschrieben, erklärte Schieder weiter. Und die in einer Tageszeitung als "Hostessen..." bezeichneten Mitarbeiterinnen sind selbstverständlich keine Hostessen in dem Sinn, den die Zeitung zu meinen scheint, sondern Sekretärinnen, die z. B. Unterlagen besorgen.

Bei dem gestern in der ÖVP-Pressekonferenz vorgelegten Papier handelt es sich auch durchaus um kein Geheimpapier, sondern um ein Konzept eines PID-Mitarbeiters. Einzelne Bereiche dieses Konzepts können verwirklicht werden, andere wieder nicht. Dieses Konzept lag jedenfalls ebenso wie andere Arbeitsprogramme der PID-Mitarbeiter offen in der MA 53 auf, um den Redakteuren des PID die Möglichkeit zu geben, Vorschläge zu diesen Konzepten zu machen. (Schluß) hs/gg

NNNN

• Liechtenwerder Platz: neue Verkehrsampel mit Straßenbahnsymbol
=++++

1 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Freigabe des Liechtenwerder Platzes für den stadteinwärts führenden Verkehr wurde dort eine neue Verkehrslichtsignalanlage montiert, die in ihrer Ausstattung eine Besonderheit aufweist: ein deutlich hervorgehobenes gelb blinkendes Lichtsignal mit einem Straßenbahnsymbol. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wurde das neue Signal von der für die Verkehrsorganisation und technischen Verkehrsangelegenheiten zuständigen Magistratsabteilung 46 entwickelt. Es soll Zusammenstöße abbiegender Kraftfahrzeuge mit der Straßenbahn verhindern und damit wesentlich zur Verkehrssicherheit beitragen.#

Auf dem Liechtenwerder Platz regeln nun zwei Spurensignale den Verkehr stadteinwärts, ein Signal gilt für die geradeaus in die Liechtensteinstraße fahrenden und rechts in die Glatzgasse abbiegenden Kraftfahrer, das zweite für die halblinkt in die Augasse und links zur Nordbergbrücke abbiegenden Lenker. Die links zur Brücke abbiegenden Fahrzeuglenker kreuzen dabei die Straßenbahn, die die gleiche Grünphase hat. Sie werden nun durch ein eigenes Zusatzsignal, ein gelbes Blinklicht mit einem Straßenbahnsymbol, vor einer herannahenden Straßenbahn gewarnt. Das Warnsignal wird von der Straßenbahn ausgelöst. Ein gleiches Spurensignal befindet sich am linken Fahrbahnrand. Beide Ampeln für die Linksabbieger tragen Zusatztafeln, die ebenfalls auf die Straßenbahn hinweisen. (Schluß)
sc/ap

NNNN

Am 18. Dezember ist wieder Familiensonntag

Utl.: 500. Familiensonntagsveranstaltung

=++++

2 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die 1980 gestartete Aktion "Familiensonntag" feiert am 18. Dezember ein Jubiläum: die 500. Familiensonntagsveranstaltung. Dieses Jubiläum wird im Wohnpark Alt-Erlaa anlässlich eines Wohnparkfest gefeiert, wo es neben einem künstlerischen Programm auch einen Weihnachtsbasar und zahlreiche Mitmach-Aktivitäten geben wird.

An den bisherigen Familiensonntagen haben rund 400.000 Menschen teilgenommen. Auch für den 18. Dezember werden wieder viele große und kleine Besucher erwartet.#

Das Programm ist attraktiv wie immer:

Urania-Sternwarte und Planetarium sind wieder mit dabei, ebenso das Museum Moderner Kunst mit seiner beliebten Malaktion. Wer noch keinen Weihnachtsschmuck gebastelt hat, kann dies im Kinderfreunde-Tagesheim Ottakringer Straße 200 und im Jugendzentrum Goldschlagstraße 26 tun. Vorweihnachtliches bietet der "Alpenländische Advent" in der Stadthalle. Etwas rauher wird es bei Winnetou zugehen, der schon um 10 Uhr vormittag das "Geheimnis des Feuerberges" ergründet. Ein Kinderfilm, ein Kindertheater, eine Winterwanderung und ein vorweihnachtlicher Nachmittag in der Volkshochschule Ottakring mit einem interessanten Programm vervollständigen das Angebot. Auskünfte erteilt das Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/3386 DW. (Schluß)
emw/gg

NNNN

Ab Donnerstag Schienenstraßenparkverbot in Wien

=++++

3 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag abend tritt in Wien wieder das Schienenstraßenparkverbot in Kraft. Bis 31. März 1984 ist das Parken in allen Straßen mit Schienen während der Nachtstunden - zwischen 20 Uhr und 5 Uhr - nicht gestattet. Um auch Besucher der Bundeshauptstadt über dieses Parkverbot zu informieren, werden an allen Straßen an den Stadtgrenzen entsprechende Ankündigungstafeln aufgestellt.# (Schluß) sc/ko

NNNN

Ausklang von "Komm zum Sport" mit Margareten - ATSE Graz

=++++

4 Wien, 14.12. (RK-SPORT) Mit dem Handball-Staatsligaspiel WAT-Margareten gegen ATSE Waagner-Biro-Graz wird am Samstag, dem 17. Dezember, in der PAHO-Halle Favoriten die diesjährige "Komm zum Sport"-Aktion der Stadt Wien abgeschlossen. Die Begegnung beginnt um 17.30 Uhr. Im Vorspiel stehen einander ab 16 Uhr die Unter-21-Mannschaften der beiden Vereine gegenüber.

Wieder wurden stark verbilligte Eintrittskarten aufgelegt: Erwachsene zahlen 25 Schilling. Kinder haben kostenlosen Eintritt. (Schluß) hof/ap

NNNN

Drogenpatienten helfen behinderten Kindern

=++++

5 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Patienten des Drogenpavillons werden kommenden Freitag, den 16. Dezember, um 10 Uhr an die Kinder des Behindertenzentrums (Pavillon 17) des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgärtner Höhe im Rahmen einer kleinen Feier selbstgebastelte Geschenke überreichen.

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER aus diesem Anlaß betonte, kommt dieser Feier besondere Bedeutung zu. "In diesen Tagen finden überall Weihnachtsfeiern statt und werden Geschenke überreicht. Diese Aktion der Patienten der Drogenstation im Psychiatrischen Krankenhaus hat jedoch eine besondere Bedeutung, denn für die Drogenpatienten ist es sehr wichtig, Eigeninitiative zu entwickeln und damit jemandem anderen Freude bereiten. Sie zeigen damit auch jenes soziale Engagement, das gerade Suchtkranken sehr oft abgesprochen wird", meinte Stacher. (Schluß) zi/gg

NNNN

Psychiatriekommission konstituiert

=++++

6 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER fand Mittwoch die konstituierende Sitzung der Psychiatriekommission statt. Zum Vorsitzenden wurde Gemeinderat Dr. Johannes SWOBODA (SPÖ) gewählt, als Stellvertreter die Gemeinderäte Ilse FORSTER (SPÖ) und Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) bestellt.#

Aufgabe der Kommission wird es sein, sich über die im Gang befindliche Psychiatriereform und deren Fortführung laufend zu informieren. Ferner sind Besuche in diversen psychiatrischen Einrichtungen sowie die Beratung legislativer Fragen, die psychisch Kranke betreffen, vorgesehen. Darüber hinaus sollen die Mitglieder der Kommission Anregungen für einen Ausbau der Möglichkeiten zur Hilfe bei der Integration psychisch Kranker und Behinderter in die Gesellschaft geben. (Schluß) zi/ko

NNNN

3,7 Millionen für ärztliche Forschung

Utl.: Förderungsmittel des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds
=++++

8 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Förderungsmittel in der Höhe von 3,7 Millionen Schilling aus dem "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien" überreichte Dienstag abend Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als Präsident dieses Fonds. Bei den geförderten Anträgen handelt es sich um zwölf medizinisch-wissenschaftliche Projekte aus den verschiedensten Gebieten der Medizin.

Univ.-Prof. Dr. Stacher vermittelte im Rahmen der Überreichung eine Übersicht über die bisherige Tätigkeit des im Jahre 1978 auf Anregung von Bürgermeister Leopold GRATZ durch den Gemeinderat gegründeten Fonds. Zweck des Fonds ist es, auf möglichst breiter Basis wissenschaftliche Arbeiten von Wiener Ärzten zu fördern und zu dokumentieren.

Zwtl.: Bisher 164 Projekte gefördert

Von 1978 bis 1983 wurden durch das Kuratorium insgesamt 326 Anträge bearbeitet und dafür über 350 Gutachten eingeholt. Für 164 Anträge wurden Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 58 Millionen Schilling bewilligt. Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher ist Wien bisher das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte in dieser Art fördert. (Schluß) zi/gg

NNNN

Gesundheitsausschuß besichtigte AKH-Baustelle

=++++

9 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) über die Baufortschritte beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses informierte sich Dienstag nachmittag der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales, gemeinsam mit Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen einer Baustellenbesichtigung. Die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses wurden seitens der VAMED von Dir. Dipl.-Ing. Ernst WILDLING und seinen Mitarbeitern über den Stand der Bautätigkeit eingehend informiert. Neben dem Bettenhaus und der dort eingerichteten Musterstation wurde das künftige Unterrichtszentrum mit Hörsälen und Studentenarbeitsplätzen, der in Bau befindliche technische Versorgungsteil (Leitwarte, Notstromaggregate, Müllentsorgung) und die Neurochirurgie - sie wird im kommenden Jahr fertiggestellt - besichtigt. (Schluß) zi/ko

NNNN

Bezirksvorsteher Bednar ehrte Lebensretter Lurger

=++++

10 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Der Leopoldstädter Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR ehrte Mittwoch Vormittag den 20jährigen Inspektor Rudolf LURGER vom Bezirkspolizeikommissariat Leopoldstadt. Lurger hatte Sonntag abend durch sein rasches Handeln einem Mann, der nach einem Kreislaufkollaps in der Station Schottenring zwischen die Gleise der U-Bahn gestürzt war, das Leben gerettet, indem er geistesgegenwärtig die Alarmanlage betätigt und damit veranlaßt hatte, daß ein herannahender U-Bahn-Zug wenige Meter vor dem Mann zum Stehen gebracht wurde. Bednar würdigte die Leistungen des jungen Polizisten und überreichte ihm ein Erinnerungsgeschenk. (Schluß)
and/ko

NNNN

"Tanz total" in Wien (1)

Utl.: "Tanz 84" mit 84 Veranstaltungen vom 2. März bis 13. April

=++++

11 #Wien, 14.12. (RK-KULTUR) 84 Ballettveranstaltungen vom 2. März bis 13. April 1984, Ballettcompagnien aus aller Welt, Klassisches, Zeitgenössisches, Avantgardistisches, Grenzüberschreitendes - das alles bietet das Ballettfestival "Tanz 84", das Kulturstadtrat Franz MRKVICKA bei der Präsentation des Programms am Mittwoch als "Tanz total" charakterisierte. Unterrichtsminister Dr. Helmut ZILK, ebenfalls bei der Pressekonferenz anwesend, wies darauf hin, daß auch dieses Festival mit der Mitwirkung der Staatsoper die Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt Wien zeige.#

Das Programm bietet in drei Blöcken Tanz für jeden Geschmack: Im Theater an der Wien gastierten das Kirow-Ballett Leningrad, das Tanz-Forum Köln, das Cullbergbaletten Stockholm und das Stuttgarter Ballett. Die Ballett-Tage der Wiener Staatsoper und das Triadische Ballett, eine Produktion der Akademie der bildenden Künste in Berlin im Volkstheater, ergänzen diesen Block.

Unter dem Titel "Next Wave, New Dance" bietet sich in der Secession und bei den Komödianten die Gelegenheit, einen Überblick über die Ballett-Avantgarde zu gewinnen: Nina Wiener and Dancers, Kenneth King, die marta renzi dancers, Harry und Min Zanaka, kommen alle aus der Tanzmetropole New York, die Tanzfabrik Berlin, das Tanzprojekt München, Eiko & Koma aus Japan und das Tanztheater Wien komplettieren die Serie.

Schließlich gibt es noch drei Nachtprogramme in der Secession mit den Steptänzern "The Changing Times Tap Dancing Company" aus New York, dem Ensemble "Les Ballets Trockadero de Monte Carlo" und der Bauchtänzerin Nadia Gamal aus Beirut.

Insgesamt also ein breitgestreutes Programm, das Kulturstadtrat Mrkvicka als Angebot an alle Kulturinteressierten charakterisierte: Ballett nicht im engen spezialisierten Sinn, sondern als Kunst von großer Spannweite.

(Forts.) gab/ap

NNNN

"Tanz total" in Wien (2)

Utl.: Gastspielprogramme im Theater an der Wien

=++++

12 Wien, 14.12. (RK-KULTUR) Folgende Gastspiele sind im Theater an der Wien zu sehen:

Das Kirow-Ballett gastiert mit "Dornröschen" in der Choreographie von Marius Petipa, "Der Revisor" (Choreographie Oleg Winogradow), "Die Bajadere" (Choreographie Petipa), sowie "Paquita" (Petipa), "Fragmente aus alten Balletten" und "Fragmente aus neuen Balletten". Das "Tanz-Forum Köln" zeigt "Übungen für Tänzer" und "Der grüne Tisch", sowie "Three Pieces", "Situation", und "Großstadt". Die Choreographien stammen von Jochen Ulrich, Kurt Joss und Hans van Manen. Mit "Romeo und Julia" (Choreographie Birgit Cullberg), "Night Shade" (Choreographie Ulysses Dove), "Ghost Dances" (Choreographie Christopher Bruce) und "Giselle" (Choreographie Mats Ek) kommt das Cullbergballetten Stockholm nach Wien.

Das Stuttgarter Ballett bietet "Variation - 1" (Choreographie Uwe Scholz), "Isadora" und "Gaité Parisienne", beide in der Choreographie von Maurice Bejart, und schließlich "Wendung" und "Endstation Sehnsucht", zwei Choreographien von John Neumeier.

Das Staatsopernballett zeigt "Schwanensee", "Giselle", "Daphnis und Chloe", "Der Feuervogel", "Don Quixote", "Liebeslieder Walzer", "Apollo", "Symphonie in C", "Letzte Lieder" und "Josephs Legende".

Der Kartenverkauf beginnt im Theater an der Wien am 12. Februar. Die Preise für die Gastspiele im Theater an der Wien liegen zwischen 90 und 900 Schilling für das Kirow-Ballett, ansonsten zwischen 70 und 400 bzw. 80 bis 600 Schilling (Stuttgarter Ballett). Bei Abnahme von mindestens einer Karte pro Gastspiel ermäßigt sich dieser Betrag um 20 Prozent. In der Secession und bei den Komödianten beträgt der Einheitspreis 130 Schilling, die Nachtvorstellungen kosten 200 Schilling. (Schluß) gab/ko

NNNN

Rekordmarke beim Stromverbrauch

=++++

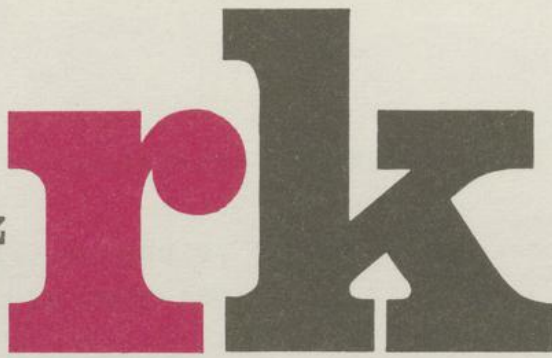
13 #Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das kalte Winterwetter treibt den Stromverbrauch in Wien in neue Rekordhöhen: Die Wiener E-Werke registrierten gestern, Dienstag, um 18 Uhr mit 1.202 Megawatt die absolute Rekordmarke in ihrer Geschichte. Die letzte Leistungsspitze in dieser Größenordnung wurde am 19. Jänner 1982 registriert, sie betrug damals 1.193 Megawatt.#

Dies gab Energiestadtrat Johann HATZL am Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. Auch der Tagesstromverbrauch lag am Dienstag mit 25.298 Megawattstunden deutlich über den früheren Spitzenwerten. Die Wiener E-Werke konnten diese enorme Spitzenbelastung klaglos und ohne Störung bewältigen. Ebenfalls ein neuer Rekord wurde bereits am 1. Dezember 1983 mit der Wärmelieferung von 6.556 Megawattstunden aufgestellt. Es ist dies die größte Wärmemengenlieferung seit in Betriebnahme der Kraft-Wärme-Kupplung Simmering. (Schluß) ba/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 15. Dezember 1983

Blatt 3382

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Verkehrsberuhigte Zonen im 3., 4. und 9. Bezirk
(rosa) Falsche Ernährung und hoher Alkoholkonsum
Fröhlich-Sandner eröffnet Volksschule im Karl-Wrba-Hof
Stadt Wien wird Rinter nicht übernehmen

Kultur: Lutherplatz vor der Evangelischen Kirche in Gumpendorf
(gelb)

Nur
über FS: Feuer im Pensionistenheim rechtzeitig gelöscht
Selbstentzündung von Benzin

Verkehrsberuhigte Zonen im 3., 4. und 9. Bezirk (1)

Utl.: Bautenausschuß genehmigte Umbauten

=++++

3 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau verkehrsberuhigter Zonen in Wien geht weiter. Donnerstag genehmigte der Bautenausschuß des Wiener Gemeinderates entsprechende Umbauarbeiten im 3., 4. und 9. Bezirk. Weiters wurde die Errichtung eines Tagesheimes für geistig Behinderte in der Donaustadt und der weitere Ausbau des Radweges zwischen dem Südtiroler Platz und dem Böhmischem Prater in Favoriten bewilligt.#

Im 3. Bezirk werden die Czapkagasse, die Uchatiusgasse und die Geusaugasse jeweils zwischen dem Esteplatz und dem Park an den Sackgassenenden zu einer verkehrsberuhigten Zone umgebaut. In der Czapkagasse und in der Uchatiusgasse werden 13 Bäume gepflanzt. Die Kosten für den Umbau betragen rund 3,5 Millionen Schilling.

Auf der linken Seite der Wiedner Hauptstraße im 4. Bezirk wird zwischen der Graf-Starhemberg-Gasse und der Schönburgstraße ein verkehrsberuhigter Bereich geschaffen. Die Gehwege werden verbreitert, die Seitenfahrbahn wird teilweise aufgelassen und die Bäume werden durch neue Einfassungen besser geschützt. Beim Engelsbrunnen wird die Grünfläche vergrößert, wodurch der Brunnen mehr zur Geltung kommen wird. Der Umbau wird rund 1,8 Millionen Schilling kosten.

Als Vorbereitung für die geplante Ausgestaltung des Sobieskiplatzes im 9. Bezirk zu einer verkehrsberuhigten Zone werden in der Säulengasse zwischen der Nußdorfer Straße und dem Währinger Gürtel die Gehsteige schmaler und die Fahrbahn breiter gemacht. Dadurch sollen Parkplätze für jene Autos geschaffen werden, die jetzt auf dem Sobieskiplatz parken. Die Straßenarbeiten werden rund 1,9 Millionen Schilling kosten.

Für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung in Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen genehmigte der Bautenausschuß 700.000 Schilling. (Forts.) sc/ap

NNNN

Verkehrsberuhigte Zonen im 3., 4. und 9. Bezirk (2)

Utl.: Tagesheim für geistig Behinderte

=++++

4 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) In der Hirschstettner Straße im 22. Bezirk wird mit einem Kostenaufwand von rund 15,5 Millionen Schilling ein Tagesheim für geistig Behinderte errichtet. Es wird über vier Werkstätten, einen Saal, eine Aufenthaltshalle und eine Küche verfügen. Die Fertigstellung wird Jahre dauern.

Zwtl.: Radweg Südtiroler Platz - Böhmischer Prater

Die Schließung des Radweges Südtiroler Platz - Böhmischer Prater wird rund 2,5 Millionen Schilling kosten. Die noch auszubauende Strecke des Radweges verläuft durch die Columbusgasse (ab Landgutgasse), die Rotenhofgasse und über den Reumannplatz (bis zur Bürgergasse). Es müssen Randsteine um- und neugelegt werden.

Der Bautenausschuß bewilligte auch die Errichtung von vier Eisstockschießbahnen auf dem Vorkai des Donaukanals bei der Salztorbrücke. Die Kosten für diese Freizeitanlage werden 840.000 Schilling betragen. (Schluß) sc/ap

NNNN

Falsche Ernährung und hoher Alkoholkonsum (1)

Utl.: 30 Millionen Liter Wein zur den Feiertagen

=++++

5 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) 47 Prozent der Österreicher sind infolge zu kalorienreicher Kost übergewichtig, 10 Prozent sind alkoholkrank, zwischen Weihnachten und Silvester wird sich der geschätzte Weinkonsum in Österreich auf 30 Millionen Liter belaufen. Dies gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner gesundheitspolitischen Pressestunde bekannt.

Zwtl.: Übergewicht und Ernährung

Univ.-Doz. Dr. Christian VUTUC vom Hygieneinstitut berichtete über Übergewicht und Konsumgewohnheiten der Österreicher. Nach einer Umfrage sind in den Altersgruppen von 16 bis 69 Jahre 47 Prozent der Österreicher übergewichtig, davon 28 Prozent leicht und 19 Prozent schwer. Der Anteil übergewichtiger nimmt mit dem Alter zu und sinkt mit dem Bildungsgrad. 46 Prozent der Österreicher (Männer: 37 Prozent, Frauen: 54 Prozent) schränken sich im Konsum bestimmter Speisen bzw. kalorienreicher Nahrungsmittelprodukte wie z.B. Desserts, Mehlspeisen, Teigwaren und kräftige Fleischspeisen, ein. Der Anteil nimmt mit dem Alter sowie Bildungsgrad zu. 36 Prozent (Männer: 41 Prozent, Frauen: 34 Prozent) wollen "weniger essen", 34 Prozent (Männer, 30 Prozent, Frauen: 37 Prozent) wollen "kalorienärmer essen", 30 Prozent (Männer: 28 Prozent, Frauen 31 Prozent) zeigen allerdings nur die Absicht.

Univ.-Doz. Dr. Vutuc wies ferner darauf hin, daß der Österreicher für alkoholische Getränke 7 Prozent der Gesamternährungsausgaben aufwendet, das ist doppelt so viel, wie er für die Körperpflege ausgibt. 63 Prozent der Österreicher konsumieren Bier, 64 Prozent Wein und 24 Prozent starke Alkoholika. Den höchsten Konsum weist die Altersgruppe der 25- bis 39jährigen auf (Bier 69 Prozent, Wein 72 Prozent, starke Alkoholika 30 Prozent). In Wien liegt der Anteil der Konsumenten starker Alkoholika mit 30 Prozent deutlich über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Mit steigender Bildung nimmt der Anteil der Konsumenten alkoholischer Getränke zu. (Forts.) zi/ap

Falsche Ernährung und hoher Alkoholkonsum (2)

Utl.: Alkohol am Steuer

=++++

6 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Laut Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER dürften nach Expertenschätzungen zwischen Weihnachten und Silvester über 30 Millionen Liter Wein durch die Kehlen der Österreicher fließen. Im Vergleich dazu: 1978 waren knapp 20 Millionen Liter. Neben den gesundheitlichen Schädigungen durch übermäßigen Alkoholkonsum kommt auch noch das bedauerlicherweise häufig auftretende Problem der "Alkoholisierung am Steuer" dazu. So ereigneten sich im Vorjahr vom 24. Dezember bis 1. Jänner in Wien 109 Verkehrsunfälle, bei denen 2 Personen getötet und 160 verletzt wurden. Bei 11 Lenkern wurden "nicht unerhebliche Mengen von Alkohol" im Blut festgestellt.

Zwtl.: Jeder 10. Patient alkoholisiert

Ein besonders Problem ist, wie der Stadtrat erklärte, die Aufnahme von alkoholisierten Patienten im Krankenhaus. So war etwa in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, von den im Vorjahr im Rahmen der ERstversorgung betreuten 5.638 Patienten ca. jeder 10. alkoholisiert. Seitens des städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes werden zu den Feiertagen vermehrte Einsatzzahlen bei akuten Verdauungserkrankungen (Galle, Magen, Leber) gemeldet. Zu den Feiertagen nehmen diese Einsätze sowohl bei alkoholisierten Patienten als auch bei akuterkrankten Gallen- und Magenleidenden um nahezu 20 Prozent zu. (Forts.) zi/ap

NNNN

Falsche Ernährung und hoher Alkoholkonsum (3)

Utl.: "Trinker" werden immer jünger

=++++

7 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Dr. Stephan RUDAS, Chefarzt des Kuratoriums für psychosoziale Dienste berichtete, daß die Alkoholkranken in den letzten Jahren immer jünger wurden. Untersuchungen zeigten, daß bereits 8 Prozent der 6-jährigen Buben und 6 Prozent der 6-jährigen Mädchen regelmäßig zu Hause Alkohol trinken. Ab dem 15. Lebensjahr sind nur 11 Prozent (!) der Österreicher abstinent. Auf Grund der Tatsache, daß 10 Prozent der Österreicher alkoholkrank sind, kann Alkoholismus als Volkskrankheit Nr. 1 bezeichnet werden.

Zwtl.: Psychosoziale Dienste helfen

Das seit rund einem Jahr bestehende Netz an Einrichtungen - etwa die Psychosozialen Stationen - des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste bietet Betroffenen und deren Angehörigen Auskünfte bzw. Rat und Hilfe. Für dringende Fälle gibt es einen eigenen "Sozialpsychiatrischen Notdienst" der "rund um die Uhr" unter der Adresse 9., Fuchshallengasse 18 bzw. den Telefonnummern 31 84 19 und 31 84 20 erreichbar ist.

Zwtl.: Gewichtsreduktion ohne Verbote

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher wies im Rahmen der Presserunde unter anderem auch auf die von der Stadt Wien geschaffene Ernährungsberatungsstelle 1., Zelinkagasse 3 hin, wo man für "Gewichtsbewußte" ein spezielles Programm anbietet. Dabei werden keine Diätvorschriften oder Verbote erlassen, sondern den Rat- und Hilfesuchenden Möglichkeiten der Umstellung der Ernährungsgewohnheiten vermittelt. Dies geschieht sowohl in Gruppenarbeit als auch durch Selbstkontrolle bei Eßgewohnheiten und Eßsituationen. 1982 wurde die Stelle von 281 Personen (davon 269 Frauen) in insgesamt 1298 Beratungen in Anspruch genommen. Anmeldungen können entweder persönlich 1, Zelinkagasse 9 oder unter der Telefonnummer 6614/574 erfolgen. (Schluß) zi/bs

Lutherplatz vor der Evangelischen Kirche in Gumpendorf

=++++

9 Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Der Platz vor der Evangelischen Kirche in Wien 6, in der Höhe der Gumpendorfer Straße 118, wird in Lutherplatz umbenannt. Das beschloß am Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport.

Die Anregung, Martin Luther noch im Lutherjahr 1983 durch eine Platzbenennung zu ehren, stammt von Bürgermeister Leopold GRATZ. Der Platz vor der Evangelischen Kirche in Gumpendorf wurde auf Wunsch der zuständigen Stellen der Evangelischen Kirche in Wien ausgewählt. (Schluß) gab/bs

NNNN

Fröhlich-Sandner eröffnet Volksschule im Karl-Wrba-Hof

=++++

10 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Eine neue städtische Volksschule, die sich in der Wohnhausanlage Karl-Wrba-Hof in Wien-Favoriten befindet, wurde Donnerstag von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eröffnet.

In ihrer Ansprache nahm FRÖHLICH-SANDNER die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage zum Anlaß, allen Wiener Lehrerinnen und Lehrern für das Engagement zu danken, mit dem sie dazu beitragen, den Wiener Kindern einen guten Weg ins Erwachsensein zu eröffnen.

Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER stellte fest, daß die Stadt Wien sich immer bemüht, optimale Bedingungen für die pädagogische Arbeit vorzubereiten und die materiellen Voraussetzungen für eine humane und leistungsfähige Schule zu schaffen.

In der neuen Schule, die sich in der Neilreichgasse 11 im 10. Bezirk befindet, sind die Klassenschülerzahlen erfreulicherweise sogar unter dem Wiener Durchschnitt, stellte der Stadtschulratspräsident fest.

Die neue Volksschule umfaßt 12 Klassenräume, Nebenräume, einen Turnsaal, eine Pausenhalle, die auch für Veranstaltungen geeignet ist, einen Pausenhof und einen Spielplatz. Die Baukosten betragen 46,5 Millionen Schilling. Zur Zeit werden in der Schule 8 Klassen mit insgesamt 180 Schülern geführt. (Schluß) emw/ap

NNNN

Stadt Wien wird Rinter nicht übernehmen (1)

Utl.: Technische Garantien fehlen

=++++

11 #Wien, 15.12. (RK-KOHMUNAL/POLITIK) "Als Ergebnis monatelanger intensiver Verhandlungen steht seit heute früh mit aller Klarheit fest, daß - aufgrund aller Unterlagen, technischen Beschreibungen, Angebote und nach eingehender Prüfung das Rinter-Projekt nicht die von der Stadt Wien gewünschten Erfordernissen erfüllt". Das gab Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Donnerstag bei einer Pressekonferenz als Ergebnis der Rinter-Verhandlungen bekannt. Wien wird das Rinter-Werk nicht übernehmen, da zahlreiche technische Garantien nicht gegeben werden konnten. Statt dessen werden u.a. eine Shredderung des Sperrmülls, die Sanierung der Deponie Raufenweg und andere Maßnahmen wie Müllvermeidung durchgeführt. Sollten diese Maßnahmen entsprechend erfolgreich sein, so wird Wien keine weitere Einrichtung zur Müllverwertung benötigen. #

Nach eingehender Prüfung stellte sich nun heraus, daß das beabsichtigte Rinter-Projekt mehrere technische Erfordernisse nicht garantieren kann: etwa die Trocknung und Lagerung des Brennstoffs in dem von der Stadt Wien geforderten Ausmaß. Auch bei den Versuchen, mit denen die Brennstoffqualität festgestellt werden sollte, gab es einmal gute und bei einem weiteren Versuch nicht entsprechende Ergebnisse. Die größten Schwierigkeiten gab es jedoch bei der Kompostrohfraktion: hier war es nicht möglich, entsprechende Werte zu erreichen.

Da es jedoch nicht bloß darum geht, daß die Stadt Wien Geld dafür bekommt, wenn das Werk nicht funktioniert - denn die finanziellen Garantien waren in Gesprächen mit den Banken ja bereits vorher zugesichert worden - und die entsprechende Funktionstüchtigkeit nicht klar ist, wird die Stadt Wien das Rinter-Werk nicht übernehmen. Damit fällt auch die Verbrennung der Rinter-Pellets in den EBS weg.

Die Arbeiter der Firma Rinter könnten jedoch in der von der Stadt Wien geplanten Sperrmüllsortierung beschäftigt werden. Ebenso würde Wien das Zelt als geeigneten Standort für diese Sperrmüllsortierung übernehmen. Wie Schieder dazu betonte, würde dafür jedoch nicht mehr bezahlt werden als für eine entsprechende neue, gut gebaute Halle: also höchstens 50 bis 60 Millionen. Bei den Banken steht das Gebäude dagegen mit 200 bis 300 Millionen in den Büchern. (Forts.) hs/ap

Stadt Wien wird Rinter nicht übernehmen (2)

Utl.: Lösung des Müllproblems mit anderen Methoden

=++++

12 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Lösung des Müllproblems wird Schieder, wie er ankündigte, vor allem folgende Maßnahmen durchführen:

- o Die Deponie Rautenweg muß saniert werden, schon allein aus Umweltgründen und moralischen Gründen. Diese Sanierung wird so erfolgen, daß die Deponie auf weitere zehn Jahre betrieben werden kann. Dazu ist aber auch die
- o Sortierung des Sperrmülls nötig. Durch händische Sortierung, Herausnehmen von Problemstoffen und Shredderung sowie Aussortieren von Holz kann das Volumen der 150 000 Tonnen Sperrmüll im Jahr auf ein Fünftel reduziert werden. Durch die größere Dichte ist dieser Müll bei der Deponierung unproblematischer, außerdem kann natürlich mehr deponiert werden. Die nötige Sortierungsanlage sollte entweder in der Nähe des Rautenwegs, auf der freien Fläche neben dem Rinter-Werk oder im Rinter-Zelt (falls dieses etwas zu große Zelt um den Preis einer entsprechenden Halle, also um 50 bis 60 Millionen, zu haben ist) situiert sein. Hier wäre auch eine Beschäftigung der Rinter-Arbeiter möglich.

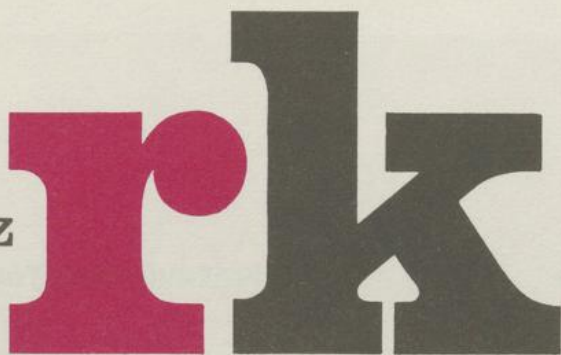
Wie Schieder dazu betonte, habe er sich entschlossen, zur Beratung bei den Sanierungsmaßnahmen der Deponie einen anerkannten Fachmann heranzuziehen - auch als Beweis dafür, daß die Stadt die Absicht hat, die Maßnahmen ordentlich durchzuführen.

- o Eine Möglichkeit zur Verringerung des Müllproblems liegt in der Müllvermeidung und -sortierung. Hier ist ein entsprechender Auftrag ergangen. Die entsprechenden Maßnahmen zur Müllvermeidung und -sortierung - u.a. Verdichtung, Sortierung, bessere Glas-, Papier- und Alttextiliensammlung - sollen im Frühjahr starten
- (Schluß) hs/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 16. Dezember 1983

Blatt 3392

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neue Verkehrsorganisation in Favoriten
(rosa) Primarius für Psychosoziale Station Favoriten
 8.500 Weihnachtspakete für Dauerbefürsorgte
 Wohnungskommissionen einstimmig beschlossen

Kultur: 765.000 Schilling für lebende Musik
(gelb)

Sport: 1. Wiener Frühlings-Marathon am 25. März 1984
(grün)

Nur
über FS: 15.12. Brand in einer Autowerkstätte
 16.12. Störungen auf der U-Bahn
 Pflegefamilienfest im Volksheim Kaisermühlen

Neue Verkehrsorganisation in Favoriten (1)

Utl.: Einbahnen werden "umgedreht"

=++++

2 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In der Nacht von Montag, dem 19., auf Dienstag, den 20. Dezember, tritt für einen Teil des 10. Bezirks eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER dazu der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, wurde die neue Verkehrsorganisation auf Grund der generellen Verkehrsplanung für Favoriten erarbeitet. Sie soll den Kraftfahrzeugverkehr bündeln und flüssiger gestalten und den Fußgängern mehr Sicherheit bieten. Vor allem wird zur Umfahrung der Fußgängerzone Favoritenstraße ein Einbahnpaar geschaffen. Zum Teil handelt es sich dabei um neue Einbahnführungen, zum Teil werden Einbahnrichtungen umgedreht. Dadurch ergeben sich auch Änderungen bei der Führung der Autobuslinien "7 A", "14 A" und "68 A". Es wurden vier neue automatische Verkehrslichtsignalanlagen errichtet, sechs Verkehrsampeln wurden umgebaut. #

Aus Richtung Südtiroler Platz - Sonnwendgasse stadtauswärts fährt man nun durch die neuen Einbahnen Herndlgasse - Reumannplatz - Davidgasse zur Laxenburger Straße. Auf dieser Strecke wird die bisherige Einbahn umgedreht. Der Verkehr in der Gegenrichtung, also stadteinwärts, wird von der Laxenburger Straße in den Einbahnen Inzersdorfer Straße - Antonsplatz - Kennergasse - Steudelgasse zur Gudrunstraße geführt. Kraftfahrer, die die Favoritenstraße oder die Laaer Berg-Straße stadteinwärts in Richtung Südtiroler Platz fahren wollen, müssen daher schon bei der Kennergasse oder bei der Steudelgasse rechts einbiegen und über Gudrunstraße - Sonnwendgasse weiterfahren. Wer bis zum Reumannplatz fährt, muß dort links abbiegen und fährt dann am besten durch die Davidgasse zur Laxenburger Straße. (Forts.) sc/gg

NNNN

Neue Verkehrsorganisation in Favoriten (2)

=++++

3 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Auch in der Waldgasse wird die Einbahnregelung geändert: sie ist nun Einbahn von der Laaer Berg-Straße bis zur Quellenstraße und von der Gudrunstraße bis zur Quellenstraße. Die Wielandgasse wird von der Quellenstraße zum Reumannplatz Einbahn, ebenso die anschließende Fahrbahn des Reumannplatzes bis zur Herndlgasse.

Zwtl.: Neue Streckenführung der Buslinien "7A", "14 A" und "68 A"

Die neuen Einbahnführungen bedingen auch eine Änderung der Streckenführung der Autobuslinien "7 A", "14 A" und "68 A". Der "7 A" aus Richtung Meidling fährt nun ab Laxenburger Straße durch die Inzersdorfer Straße und die Ettenreichgasse zur Endstelle Reumannplatz und von dort in Richtung Meidling über Buchengasse - Leibnizgasse - Davidgasse - Laxenburger Straße zur Inzersdorfer Straße. Der "14 A" kommt aus Richtung Mariahilf durch die Gudrunstraße und die Herndlgasse zur Endstelle Quellenstraße und fährt über Quellenstraße - Laxenburger Straße - Gudrunstraße wieder in Richtung Mariahilf. Der "68 A" kommt aus Richtung Eisenstadtplatz über Laaer Berg-Straße - Waldgasse - Quellenstraße - Wielandgasse zur Endstelle Reumannplatz und fährt durch die Laaer Berg-Straße zurück in Richtung Eisenstadtplatz.

Durch diese Neuorganisation ist es möglich, die Endstellen der Autobuslinien "14 A" und "68 A" vor den Wohnhäusern auf dem Reumannplatz aufzulassen. Die Endstelle der Linien "68 A" befindet sich jetzt an der Seite des Amalienbades. Bei den Buslinien "66 A" und "67 A" tritt keine Änderung der Streckenführung ein. (Forts.)
sc/ko

Neue Verkehrsorganisation in Favoriten (3)

Zwtl.: Vier neue Verkehrslichtsignalanlagen

=++++

4 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wurden in diesem Bereich vier neue automatische Verkehrslichtsignalanlagen montiert, und zwar an den Kreuzungen Laxenburger Straße - Davidgasse, Laxenburger Straße - Inzersdorfer Straße, Favoritenstraße - Inzersdorfer Straße und Steudelgasse - Quellenstraße. An sechs weiteren Kreuzungen wurden die bestehenden Anlagen im Sinne der neuen Verkehrsorganisation umgebaut. Die Verkehrsampel an der Kreuzung Laxenburger Straße - Schröttergasse wird abmontiert werden. (Schluß) sc/ap

Primarius für Psychosoziale Station Favoriten

=++++

5 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In der psychosozialen Station Favoriten des Kuratoriums für psychosoziale Dienste überreichte Freitag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dr. Michael LEODOLTER die Bestellsurkunde zum Primarius dieser Station.#

Im Rahmen der Wiener Psychiatriereform wurde die Bundeshauptstadt bekanntlich in acht psychosoziale Regionen geteilt und in jeder dieser Regionen eine Ambulanz mit Tagesklinik unter der Bezeichnung "Psychosoziale Station" errichtet.

Dr. Michael Leodolter gehört jener Gruppe junger Psychiater an, die bereits an den ersten Plänen zur Psychiatriereform mitgearbeitet haben. Der neue Primarius hat sich unmittelbar nach seiner Promotion sub auspiciis praesidentis den Problemen der Sozialpsychiatrie gewidmet und ist mit seiner Bestellung einer der jüngsten Primärärzte im Rahmen der Psychiatrie. (Schluß) zi/ko

NNNN

8.500 Weihnachtspakete für Dauerbefürsorgte

=++++

6 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird auch heuer wieder eine Weihnachtspaketeaktion für die Dauerbefürsorgten in der Bundeshauptstadt durchführen. Im Rahmen dieser Aktion wird es Lebensmittelpakete für Erwachsene und Kinder, und zwar Normal- und Diätkost sowie Diabetikerkost geben. Auf Grund der von den Sozialreferaten und Tbc-Referaten bekanntgegebenen Personenzahlen werden insgesamt 8.500 Pakete verteilt. Die Ausgabe erfolgt durch die zuständigen Sozialreferate und das Sozialamt. Die Kosten für diese Aktion belaufen sich auf 825.000 Schilling. (Schluß) zi/ap

NNNN

765.000 Schilling für lebende Musik

=++++

7 #Wien, 16.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag, 765.000 Schilling zur Förderung lebender Musik in Gaststättenbetrieben zur Verfügung zu stellen. #

In einem ersten Antrag waren im laufenden Jahr bereits 1,210.000 Schilling für diesen Zweck gewidmet worden. Damit konnten 1983 annähernd zwei Millionen für die Musik in Lokalen zur Verfügung gestellt werden. Die Palette der geförderten Betriebe reicht von Innenstadrestaurant bis zu verschiedenen Lokalen an der Peripherie. Bedingung für die Förderung ist die kontinuierliche Beschäftigung zumindest eines Musikers für drei Monate pro Jahr. Mit der Aktion hilft die Stadt Wien Restaurantbetrieben, die Kosten für die lebende Musik zu tragen, und leistet damit einen Beitrag, diese atmosphärische Eigenart zu erhalten. (Schluß) gab/ap

NNNN

1. Wiener Frühlings-Marathon am 25. März 1984

=++++

8 #Wien, 16.12. (RK-SPORT) Nach intensiven Gesprächen zwischen Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA und den zuständigen Institutionen wird am 25. März 1984 der 1. Wiener Frühlingsmarathon durchgeführt, der als zusätzliche sportliche Bereicherung in der Bundeshauptstadt zu werten ist.#

Als Veranstalter tritt die Wiener Kongreßzentrum Hofburg GmbH. in Zusammenarbeit mit der Wiener Stadthalle-KIBA auf, mit der sportlichen Durchführung wurden der österreichische und der Wiener Leichtathletik-Verband betraut. Dem Organisationskomitee gehören außerdem das Sportamt der Stadt Wien und das Bundesministerium für Unterricht und Kunst an.

Im Wappensaal des Wiener Rathauses stellte Stadtrat Mrkvicka Freitag den Streckenplan für dieses Großereignis vor, dessen Kosten er mit rund drei Millionen Schilling bezifferte. Als Hauptsponsor tritt dabei die Firma Rank Xerox auf, durch die Unterstützung von Unterrichts- und Verkehrsministerium sowie der Polizei sollte es möglich sein, das veranschlagte Budget zu verringern. Wie der Sportstadtrat weiter ausführte, habe man durch diese Ausrichtung auch dem großen Trend zu Marathonläufen entsprochen, die sich in den letzten Jahren weltweiter Popularisierung erfreuen.

Der Kurs führt überwiegend durch die Innenstadt mit Start am Rathausplatz (10 Uhr) und Ziel am Heldenplatz (Schluß um 14.15 Uhr). Franz Mrkvicka: "Der Wiener Frühlingsmarathon wird für den Spitzen- und Breitensport in gleichem Maße geschaffen. Aus diesem Grund ist parallel auch ein Volkslauf angesetzt, der über 15 km führen wird."

Die dafür notwendigen Vorbereitungen sind bereits im Gange, die Ausschreibung wird Mitte Jänner vorliegen. Als besonderen Anreiz erhalten alle Teilnehmer eine persönliche Urkunde mit der erzielten Zeit. Um diese Teilnehmer entsprechend vorzubereiten, werden Trainingsunterlagen ausgearbeitet, damit auch ungeübte Läufer keine Probleme bei der Bewältigung der Strecke haben. (Forts. mgl.)

hof/gg

NNNN

Wohnungskommissionen einstimmig beschlossen

=++++

9 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschloß am Freitag auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN einstimmig die Einrichtung von Wohnungskommissionen, die Mietern von Gemeindewohnungen und Wohnungssuchenden als Auskunft- und Beschwerdestellen zur Verfügung stehen sollen. Die Kommissionen sollen ähnlich wie die Volksanwaltschaft wirken. Ihre Tätigkeit soll sich auf alle die Verwaltung und Vergabe von Gemeindewohnungen betreffenden Fragen erstrecken und ihre Tätigkeit im Jahr 1984 aufnehmen.

Stadtrat Hofmann bezeichnete die Kommissionen als eine wichtige neue Serviceeinrichtung, welche die bestehenden Verwaltungseinrichtungen nicht ersetzen, sondern im Sinne einer größeren Bürgernähe ergänzen sollen. ÖVP-Gemeinderat Dr. Wolfgang PETRIK wies darauf hin, daß seine Fraktion der Bildung der Kommissionen als einem ersten positiven Schritt zustimme.#

Um eine möglichst bürgernahe und dezentrale Arbeit zu gewährleisten, werden fünf Kommissionen gebildet, die jeweils für ein bestimmtes Gebiet zuständig sind. Solche Bezirksgruppen bilden

- o die Bezirke 3, 4, 10 und 11,
- o die Bezirke 5, 12, 13 und 23,
- o die Bezirke 21 und 22,
- o die Bezirke 14 bis 19 und
- o die Bezirke 1, 2, 6, 7, 8, 9 und 20.

Die Kommissionen werden von SPÖ und ÖVP im Verhältnis 10 : 6 beschickt. Die FPÖ kann einen Vertreter, allerdings ohne Stimmrecht, entsenden. Außerdem werden den Kommissionen Beamte als Schriftführer beigezogen.

Die Kommissionen tagen mindestens einmal im Monat. Zur Entgegennahme von Beschwerden wird in den einzelnen Bezirksgruppen ein monatlicher und bei den Schriftführern ein wöchentlicher Sprechtag eingeführt. Wer sich an eine Kommission wendet, muß innerhalb von drei Monaten von der Erledigung beziehungsweise vom Bearbeitungsstand seines Anliegens informiert werden. Wird keine Übereinstimmung mit der zuständigen Magistratsabteilung erzielt, so beschließen die Kommissionen entsprechende Empfehlungen an den Amtsführenden Stadtrat.

Ort und Zeit der Sprechstunden stehen im Augenblick noch nicht fest. Nach einem Jahr sollen die Erfahrungen der Kommissionen ausgewertet und, wenn notwendig, entsprechende Modifikationen in der Arbeitsweise vorgenommen werden. (Schluß) ger/ko

16. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3400

BERICHTIGUNG!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

=++++

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In der Aussendung Nr. 4 vom
15. Dezember 1983 - Verkehrsberuhigte Zonen im 3., 4. und 9. Bezirk
(2) - wurde über die Errichtung eines Tagesheimes für geistig
Behinderte berichtet. Richtig muß es im letzten Satz des 1. Absatzes
heißen: "Die Fertigstellung wird zwei Jahre dauern." (Schluß
Berichtigung) red/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Samstag, 17. Dezember 1983

Blatt 3401

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: Mehr Badespaß mit dem Bäderpaß
(orange) Pensionisten bastelten für behinderte Kinder

Mehr Badespaß mit dem Bäderpaß

Utl.: Auch eine Möglichkeit des Weihnachtsgeschenkes

=++++

1 #Wien, 17.12. (RK-LOKAL) Der Bäderpaß, eine vor wenigen Jahren geschaffene Serviceleistung der städtischen Bäder, ist das ideale Angebot für alle begeisterten Bäderbesucher. Mit dem großen bzw. dem kleinen Bäderpaß kann man ein Jahr hindurch alle städtischen Hallen- und Sommerbäder oder auch nur die Hallenbäder besuchen. Erhältlich ist der Bäderpaß - der auch ein sinnvolles Weihnachtsgeschenk darstellt - in der Bäderverwaltung im Amalienbad am Reumannplatz 9, 2. Stock, Zimmer 204, Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr. Bitte Paßfoto gleich mitbringen!

Der große Bäderpaß, mit dem man ein Jahr hindurch alle elf - ab Frühjahr zwölf - städtische Hallenbäder sowie die städtischen Sommerbäder (aber keine Saunabäder) besuchen kann, kostet für Erwachsene 1.200 Schilling. Jugendliche zahlen dafür 600, Kinder zwischen 6 und 15 Jahren 350 Schilling. #

Wer sich nur für die städtischen Hallenbäder interessiert, sollte einen kleinen Bäderpaß lösen, der ein Jahr lang für die Hallenbäder (nicht aber für die Sauna) gilt. Der kleine Bäderpaß kostet für Erwachsene 800, für Jugendliche 400 und für Kinder 250 Schilling.

Den Bäderpaß selbst erhält man in der MA 44 im Amalienbad, die Verlängerungsmarken für das folgende Jahr kann man dann in jedem städtischen Hallenbad kaufen. (Schluß) hs/gg

NNNN

Pensionisten bastelten für behinderte Kinder

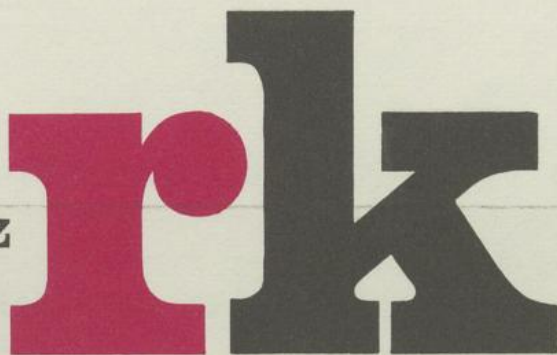
=++++

2 Wien, 17.12. (RK-LOKAL) Eine vorweihnachtliche Überraschung gibt es kommenden Montag, den 19. Dezember, für Kinder des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe. Mitglieder des städtischen Pensionistenklubs im 2. Bezirk, Kleine Sperlgasse 10, haben die Kinder für diesen Tag zu einer Jause in ihren Klub eingeladen. In Anwesenheit von Gemeinderat Eveline ANDRLIK und Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR sowie Vertretern des Krankenhauses werden die Klubmitglieder den Kindern selbstgebasteltes Spielzeug überreichen, das sie in den letzten Wochen hergestellt haben.
(Schluß) zi/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 19. Dezember 1983

Blatt 3404

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) öVP zu Rinter-Lösung
 Schieder zu öVP-Kritik
 Max-Böhm-Büste in den Kammerspielen
- Kommunal:
(rosa) Zwei Wohnstraßen fertiggestellt
 Stadtwerke: Freisprechungsfeier für 55 Lehrlinge
 Rat und Hilfe auch zu den Feiertagen
 Anton-Hölzl-Hof in Favoriten
 Hatzl: Nulltarif würde Verzicht auf Investitionen
 oder Einführung einer neuen Steuer bedeuten
 Wv. Volkspartei kritisiert Tarifpolitik
- Politik:
(rosa) Planungsgemeinschaft Ost zum Kraftwerk Hainburg
- Lokal:
(orange) Postbusse störten Bewohner beim Westbahnhof
 Gute Nahrungsmittelversorgung zu den Festtagen
 in Wien
- Wirtschaft:
(blau) Die Zukunft verstärkt mitbestimmen
- Nur
über FS: 16.12. Schilift Hohe-Wand-Wiese in Betrieb
 Kranwagen beschädigte Straßenbahn-Oberleitung
 17.12. Zubau für Pensionistenheim im 3. Bezirk
 Adventkranz brannte
 Stromausfall durch schadhaftes 110-kV-Kabel
 Unfall auf der Tangente - Lenker eingeklemmt
 Tankfahrzeug geriet beim Abfüllen in Brand
 Stadtbahnstörung wegen Betrunkenern
 18.12. Anmeldungen für Einsamenfeiern
 Wohnungsbrand: Mann sprang vom 3. Stock in die
 Tiefe
 Zimmerbrand nach Manipulation an der Elektroanlage
 Wohnhütte brannte
 19.12. Weckerradio löste Sickergasexplosion aus
 Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 16. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

öVP zu Rinter-Lösung

Utl.: Viel Zeit und viel Geld ging verloren

=++++

11 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) öVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und öVP-Gemeinderat Ing. Alfred WORM nahmen am Freitag in einer Pressekonferenz zur Nichtübernahme der RINTER AG durch die Stadt Wien Stellung. Vizebürgermeister Busek bezeichnete die Entscheidung als grundsätzlich richtig. Es sei insoferne ein Erfolg der öVP, als sie schon viel früher das Rinter-Zelt als ungeeignet erkannt habe. "Es war ein Sieg der wirtschaftlichen Vernunft". GR. Ing. Worm befürchtete Schadenersatzprozesse der beteiligten Banken gegen die Stadt Wien. Den Schaden, den die Gemeinderverwaltung erlitten habe, bezifferte Worm mit 109 Millionen, zuzüglich den Zinsenverlust.

Zwtl.: Kuderna hat falsch informiert

Der für das Rinter-Zelt Verantwortliche, der ehemalige Gemeindebedienstete Erwin KUDERNA, habe mutmaßlich auch den Verantwortlichen der Stadt Wien die Unwahrheit gesagt. Zur rechtlichen Problematik meinte Busek, daß weder Wien noch Rinter ihren Verpflichtungen nachgekommen seien. Die Banken hätten Kredite gegeben, indem sie der Stadtverwaltung und den prüfenden Gemeindebediensteten vertraut hätten. Das sei auch eine Frage der Bankenaufsicht des Finanzministeriums.

Zwtl.: Strunz ist kein öVP-Aufpasser

Zur Beauftragung des früheren öVP-Gemeinderates Dipl.-Ing. DDR. STRUNZ als Prüfer für das Müllkonzept von Stadtrat Schieder meinte Busek, Strunz sei kein öVP-Vertreter. Er sei als freiberuflicher Fachmann von der Gemeinde Wien verpflichtet worden. (Schluß) fk/ap

NNNN

.....
Bereits am 16. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schieder zu öVP-Kritik

=++++

12 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Pressekonferenz der Wiener Volkspartei zum Thema Rinter meinte am Freitag nachmittag Umweltstadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Wenn ich alle Vorwürfe der Vergangenheit abstreiche, die sicherlich im Gespräch im einzelnen entkräftet werden können, so bleiben nach den heutigen Feststellungen der Wiener öVP nur zwei Sachen über:
o Am Anfang war die öVP mit dem Rinter-Konzept vollinhaltlich einverstanden. Wie übrigens viele damals in Wien.
o Die öVP ist jetzt für das Konzept, das ich selber vorgeschlagen habe."

Abschließend meinte Schieder: "Das gibt mir Hoffnung für die Zukunft, die Entsorgungsprobleme unserer Stadt endgültig zu lösen.
(Schluß) fk/ko

NNNN

.....
Bereits am 16. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Max-Böhm-Büste in den Kammerspielen

=++++

13 #Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Im Rahmen einer Feierstunde enthüllte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA am Freitag in den Kammerspielen eine Max-Böhm-Büste und übergab sie an den Direktor des Theaters in der Josefstadt Hofrat Ernst HAUSSERMANN.#

Mit der Büste soll nicht nur an den großen Komiker und Schauspieler Max Böhm erinnert werden, sondern auch an den Anthroposophen Max Böhm, der sich für die 2. Rudolf-Steiner-Schule im Schloß Pötzleinsdorf tatkräftig eingesetzt hat. Die Max-Böhm-Gesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Arbeit im Sinne ihres Namensgebers fortzusetzen und durch den Erlös von Veranstaltungen und Aktivitäten zur Renovierung des Schlosses Pötzleinsdorf beizutragen. (Schluß) gab/ko

NNNN

Postbusse störten Bewohner beim Westbahnhof

Utl.: Wiener Büro für Sofortmaßnahmen und Post halfen

=++++

1 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Das Büro für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien machte seinem Namen alle Ehre: Es half sofort. Weil in der Vorweihnachtszeit im Postamt Westbahnhof weit mehr Postsendungen anfallen als sonst, können nicht alle Paketwagen in das Postamt einfahren. Die Postautos mußten sich daher in der Lichtgasse und in der Rosinagasse "anstellen", was - besonders in den Abendstunden - zu einer Lärmbelästigung der Anrainer führte. Die Bewohner verständigten den Mobilien Bürgerdienst der Stadt Wien, der zum Büro für Sofortmaßnahmen gehört. Der Bürgerdienst sprach mit der Post, und Generaldirektor Dr. Heinrich ÜBLEIS gab sofort seine Zustimmung: Ab Montag abend warten die Postwagen auf dem Bahnhofsvorplatz und werden erst dann mit Funk in das Postamt gerufen, wenn die Einfahrt frei ist. (Schluß) sc/ko

NNNN

Zwei Wohnstraßen fertiggestellt

=++++

2 #Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Am Wochenende wurden in Wien zwei Wohnstraßen fertiggestellt. Die provisorische Wohnstraße vor der Schule auf dem Kolonitzplatz im 3. Bezirk wurde zu einer richtigen Wohnstraße ausgestaltet, die Rudolfinergasse im 19. Bezirk ist nun eine provisorische Wohnstraße.#

Im Bereich vor der Schule auf dem Kolonitzplatz wurden rote Betonplatten und rote Elasticplatten, die sich gut als Spielfläche eignen, verlegt. Es wurden vier Bäume gepflanzt und die Grünflächen verschönert. In der Wohnstraße ist nur das Zufahren mit Schrittgeschwindigkeit gestattet.

Die Rudolfinergasse, bisher ein beliebter "Abschneider" der Kraftfahrer, die zum Beispiel von der Heiligenstädter Straße kommend nach Sievering wollten, wurde als provisorische Wohnstraße ausgestaltet. An den Enden der Straße, in der Silbergasse und der Billrothstraße, wurden die Gehsteige durchgezogen. Die Rudolfinergasse darf nur mehr mit einer Geschwindigkeit von zehn Stundenkilometern durchfahren werden. Es wurden zwei Ruhebänke und zehn Baumcontainer aufgestellt. (Schluß) sc/ap

NNNN

Wiener Stadtwerke: Freisprechungsfeier für 55 Lehrlinge

=++++

3 #Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Den ausgelernten Lehrlingen der Wiener Stadtwerke wurden dieser Tage von Stadtrat Friederike SEIDL und Stadtrat Johann HATZL die Lehrbriefe übergeben. Insgesamt waren es 55 Lehrlinge aus den Berufssparten Bürokaufmann, technischer Zeichner, Starkstrommonteur, Elektromechaniker für Schwachstrom, Maschinenschlosser sowie Gas- und Wasserleitungsinstallateur.#

Die Personalstadträtin wies im Rahmen der Freisprechungsfeier darauf hin, daß die Wiener Bevölkerung gerade von den Mitarbeitern der Stadt Wien besondere Freundlichkeit und Höflichkeit erwarte, und daß sich die eben freigewordenen Stadtwerkelehrlinge anstrengen müßten, um den Anforderungen des Dienstgebers und der Bevölkerung zu entsprechen. Der Beruf solle den jungen Menschen Freude machen und dürfe nicht in Routine erstarren.

Stadtwerke-Stadtrat Hatzl betonte, daß man mit der Lehrzeit zwar das notwendige Rüstzeug für den erstrebten Beruf erhalte, man aber trotzdem immer weiter lernen müsse. Der von den Wiener Stadtwerken eingeschlagene Weg, selbst Lehrlinge auszubilden, habe sich bewährt und sei ein wichtiger Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung für junge Menschen. (Schluß) ba/gg

NNNN

Rat und Hilfe auch zu den Feiertagen (1)

=++++

4 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Bei plötzlich auftretenden Notsituationen wird es auch während der kommenden Feiertage Rat und Hilfe durch das Sozialamt der Stadt Wien geben. Laut Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER ist der Hilfesuchende durch die Wahl des Notrufes für Soziales und Gesundheit 63 77 77 direkt mit einem Beamten verbunden, der in dringenden Fällen Hilfe vermittelt, aber auch Auskünfte erteilt. Diese Stelle ist täglich - auch während der Feiertage - von 8 bis 20 Uhr besetzt, während der Nachtstunden läuft ein Tonband, das sämtliche Anrufe speichert. Wie Stacher in diesem Zusammenhang erklärte, erfreut sich diese Notrufeinrichtung regen Interesses und wurde allein im heurigen Jahr bisher von rund 14.000 Personen in Anspruch genommen. Zu den wesentlichsten Problemen und Anfragen zählten dabei Informationen bzw. die Vermittlung von Sozialen Diensten, von medizinischer Hilfe und Versorgung, finanzieller Hilfe, von Rechtsauskünften, Hilfe bei Ehe- und Familienprobleme sowie Anfragen wegen der Aufnahme in ein städtisches Pflegeheim.

Darüberhinaus ist aber auch der Bahnhofsozialdienst am Westbahnhof und am Südbahnhof während der Feiertage ganztägig geöffnet.

Zwtl.: Heimhilfe - Soforteinsatz

Bei älteren und alleinstehenden Menschen kann sehr leicht der Fall eintreten, daß sie infolge einer Gebrechlichkeit plötzlich rasche Hilfe und Betreuung benötigen. Für diese Fälle hat das Sozialamt gemeinsam mit dem Wiener Roten Kreuz einen Soforteinsatzdienst des Heimhilfedienstes eingerichtet. Dieser Einsatzdienst für dringende Betreuungsfälle steht auch während der kommenden Weihnachtsfeiertage zur Verfügung, wobei für den 24. Dezember das Team der Helfer verstärkt wurde. Diesbezügliche Anrufe nimmt der soziale Notruf 63 77 77 entgegen. (Forts.) zi/ko

NNNN

Rat und Hilfe auch zu den Feiertagen (2)

Utl.: Hilfe bei psychischen Problemen

=++++

5 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Seitens des Kuratoriums für psychosoziale Dienste besteht seit 1. Juni dieses Jahres ein eigener "Sozialpsychiatrischer Notdienst" rund um die Uhr. Psychologen, Psychiater, Sozialarbeiter und andere Therapeuten stehen dabei für alle jene zur Verfügung, die möglichst rasch Rat und Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen benötigen. Diese psychiatrische "Erste Hilfe"-Einrichtung steht unter den Telefonnummern 31 84 19 und 31 84 20 bzw. der Adresse 9., Fuchsthallengasse 18, zur Verfügung. Da viele Ärzte und helfende Einrichtungen gerade während der Feiertage nicht zur Verfügung stehen, Krisen aber naturgemäß nicht "warten" können, wurde über Weisung von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER der Notdienst für diesen Zeitraum verstärkt. Rat und Hilfeleistungen können daher auch anonym erfolgen, und in besonderen Notfällen besteht auch die Möglichkeit von Hausbesuchen durch ein mobiles Team. Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher wurde diese Notdiensteinrichtung seit 1. Juni bereits über 3.000mal in Anspruch genommen und hilfesuchenden Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme geholfen. Aufgrund dieser Maßnahmen wird, wie der Stadtrat erklärte, Wien daher auch zu den kommenden Feiertagen seiner Verpflichtung als "Soziale Stadt" nachkommen und mit Hilfe des zur Verfügung stehenden sozialen Netzes dafür sorgen, daß jedem, der Rat und Hilfe benötigt, geholfen wird. (Schluß) zi/ap

NNNN

Gute Nahrungsmittelversorgung zu den Festtagen in Wien (1)

Utl.: Stabile Preise und reichhaltiges Angebot

=++++

6 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Zu den Weihnachtsfeiertagen ist die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit den traditionellen Feiertagsspezialitäten gesichert. Die Wiener Märkte bieten ein vielfältiges und reichhaltiges Angebot an Geflügel, Fleischwaren, Obst und Gemüse an. Die Mitarbeiter des Marktamtes haben die Vielfalt des Angebotes, Preise und Qualität genauestens untersucht:

- o Geflügel: Gänse und Enten werden vorwiegend aus Ungarn auf den Wiener Markt gebracht, die Versorgung ist ausreichend, die Preise sind stabil. Bei Junghühnern ist mit steigender Anlieferung zu rechnen, die Preise liegen etwas über denen des Vorjahres. Lediglich bei Hühnerkeulen könnte es infolge erhöhter Nachfrage zu einer Verknappung kommen. Die Nachfrage nach Truthühnern wird sowohl durch Importe als auch durch die Inlandsaufbringung gedeckt werden können. Preiserhöhungen sind auch hier nicht zu erwarten. Die Eierpreise sind gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.
- o Fische: Die Versorgung mit Süßwasserfischen ist gleichfalls gesichert. Der traditionelle Weihnachtskarpfen wird vor allem aus Niederösterreich und der Steiermark angeliefert. Die Versorgung mit frischen Seefischen ist derzeit durch die Witterungsverhältnisse noch etwas ungenügend. Die Preise sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Tiefkühlfische und Räucherfische sind in ausreichender Menge vorhanden. (Forts.) lei/gg

NNNN

Gute Nahrungsmittelversorgung zu den Festtagen in Wien (2)

Utl.: 2.600 Tonnen Fleischwaren vorrätig

=++++

7 Wien, 19.12. (RK-LOKAL)

- o Fleisch und Fleischwaren: Die Versorgung mit Frischfleisch und Fleischwaren ist trotz der zu erwartenden erhöhten Nachfrage nach hochwertiger Ware wie Lungenbraten und Schinken hinreichend gesichert. Stärkere Preissteigerungen sind vor den Feiertagen nicht zu erwarten. Bei Schweinefleisch sowie bei Selchwaren kann mit Sonderangeboten gerechnet werden. In den Kühlhäusern lagern derzeit rund 2.600 Tonnen Fleischwaren. Wildbret ist sowohl frisch als auch als Tiefkühlware ausreichend vorrätig.
- o Gemüse und Obst: österreichisches Wintergemüse wie Chinakohl, Karotten, Kohl usw. wird sehr preisgünstig in guter Qualität angeboten. Bei Rot- und Weißkraut könnte es wegen der Trockenheit zu einem kleinen Engpaß kommen. Feingemüse wie Vogerlsalat, Radieschen, Schnittlauch, Kohlsprossen usw. werden zwar in ausreichender Menge, aber zu relativ hohen Preisen angeboten. Infolge der außerordentlich guten Ernte werden qualitativ ausgezeichnete Inlandsäpfel zu gleich günstigen Verbraucherpreisen verkauft wie im Vorjahr. Auch die übrigen Obstsorten werden gleich preisgünstig vermarktet. Der erhöhten Nachfrage nach exotischen Früchten (Avocados, Kiwis, Litschis und Mangos) wird ohne Schwierigkeiten entsprochen werden können. Durch einen sehr großen Ernteertrag bei Zitrusfrüchten wird es wahrscheinlich wieder zu einem Überangebot an türkischen Satsumas kommen. Die Orangenimporte aus Griechenland und Spanien nehmen zu, die Preise fallen.

(Schluß) lei/gg

NNNN

Planungsgemeinschaft Ost zum Kraftwerk Hainburg
Utl.: Bau nur bei größtmöglichem Landschaftsschutz

=++++

9 #Wien, 19.12. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Das Kraftwerksprojekt Hainburg darf nur unter größtmöglicher Schonung des Natur- und Landschaftsraumes, insbesondere der Heilquelle Bad Deutsch Altenburg, und mit den notwendigen Begleitmaßnahmen verwirklicht werden. Dies bekräftigte das Beschlußorgan der Planungsgemeinschaft Ost (Wien, Niederösterreich und Burgenland), das am Montag unter Vorsitz von Landeshauptmannstellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER im Wiener Rathaus zusammentrat. Als Spitzenvertreter der Länder Niederösterreich und Burgenland nahmen Landeshauptmann Siegfried LUDWIG und Landesrat Karl STIX an der Sitzung teil. In einem einstimmig gefaßten Beschluß werden die DOKW und deren Organe aufgefordert, zu den noch in Diskussion stehenden Varianten (Hainburg und Röthelstein) Unterlagen vorzulegen, die eine Vergleichbarkeit ermöglichen oder aber die Unmöglichkeit der Realisierung darlegen.#

Weitere Tagesordnungspunkte in der Sitzung des Beschlußorganes der Planungsgemeinschaft, an der von Wiener Seite auch die Stadträte Ing. Fritz HOFMANN und Hans MAYR sowie der ständige Vertreter des Magistratsdirektors Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL teilnahmen, waren unter anderen Fragen eines künftigen Nationalparks in der Ostregion, ein Park & Ride-Konzept, Maßnahmen zum Energiesparen und ein gemeinsames Schotterergewinnungskonzept. (Schluß) ger/ap

NNNN

Anton-Hölzl-Hof in Favoriten

=++++

11 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhausanlage in der Laxenburger Straße 94 heißt seit kurzem Anton-Hölzl-Hof. Damit wird an einen sozialdemokratischen Politiker aus der Zeit der Monarchie und der Ersten Republik erinnert. Anton Hölzl (1874 - 1946) war einer der Mitbegründer und langjähriger Obmann des Arbeiter-Abstinenten-Bundes und engagierte sich besonders in der Bildungsarbeit. Als Parlamentarier setzte sich Hölzl vor allem für die Kriegsoffer des Ersten Weltkrieges und für die Arbeitslosen ein. (Schluß) ger/gg

NNNN

Hatzl: Nulltarif würde Verzicht auf Investitionen oder Einführung einer neuen Steuer bedeuten

=++++

12 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL nahm am Montag nach einem Gespräch mit den Bezirksräten der Alternativen Liste Wien gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu deren Forderung nach Rücknahme der Tariferhöhung und schrittweisen Einführung eines Null-Tarifs bei gleichzeitiger Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr Stellung.

"Keine Stadt in Österreich verfügt über ein so gut ausgebautes öffentliches Liniennetz wie Wien", sagte Hatzl. Mehr als achtzig Linien mit einer Gesamtlänge von mehr als 600 Kilometern, die sich etwa zur Hälfte auf Autobus- und schienengebundene Linien aufteilen, stehen Wien zur Verfügung. In den letzten Jahren hat es nicht nur die Inbetriebnahme von drei U-Bahn-Linien gegeben, sondern auch neue Autobuslinien und wesentliche Verbesserungen im Schienennetz.

"Die Erfüllung der Forderung der Alternativen Liste nach einem Null-Tarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln würde entweder eine Streichung wichtiger Investitionen der Stadtverwaltung für die Bevölkerung und gleichzeitig eine Gefährdung der in der Wiener Wirtschaft Beschäftigten, oder die Einführung einer neuen Steuer in nicht unbeträchtlicher Höhe bedeuten, was ich grundsätzlich ablehnen würde", stellte Hatzl fest.

Bekanntlich werden in Wien nur knapp 50 Prozent der notwendigen Ausgaben der Verkehrsbetriebe durch Tarifeinnahmen gedeckt.

Als besonders eigenartig sei die Forderung nach einem Verzicht auf die U 3 zu bezeichnen, sagte Hatzl. Wenn gleichzeitig mit dem Verlangen auf Verzicht auf die U 3 eine Forderung nach Attraktivierung und absolutem Vorrang für den öffentlichen Verkehr mit wirksamen Beschleunigungsmaßnahmen erfolge, so beweise dies lediglich politische Propaganda und wenig sachliche Diskussion.

(Schluß) roh/ko

Wiener Volkspartei kritisiert Tarifpolitik

=++++

13 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Heftige Kritik übte die Wiener Volkspartei am Montag in einer Pressekonferenz am Maßnahmenpaket der Bundesregierung und an der Tarifgestaltung der Gemeinde Wien. GR. Dr. Johannes HAWLIK betonte, daß besonders einkommensschwächere und kinderreiche Familien betroffen sind. Die Zunahme der Mittel für die allgemeine Sozialhilfe wertete der öVP-Mandatar als Kennzeichen für die steigende Anzahl von direkten Notfällen. Bereits heute seien etwa 200.000 Wiener, das sind 12,5 Prozent der Bevölkerung, als "arm" zu bezeichnen. Die öVP fordert daher eine Unterstützung der verschiedenen Selbsthilfeorganisationen.

GR. Ing. Otto KREINER kritisierte die Tarifpolitik der Stadtwerke. Den echten Gewinn der E-Werke und Gaswerke bezifferte Kreiner mit mehr als 2,2 Milliarden Schilling. Die Tarifgestaltung der Heizbetriebe Wien sei unsozial. Nach seinen Unterlagen verzeichnen die HBW zwischen dem Abgabepreis der E-Werke und dem Verkaufspreis eine 600-Prozent-Gewinnmarke.

Zwtl.: Busek zur politischen Verantwortung für RINTER

öVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK betonte, daß das Rinter-Zelt ohne Vertrag mit der Stadt Wien nicht errichtet worden wäre. Er stelle daher die Frage, ob die SPÖ bereit sei, einen Untersuchungsausschuß des Gemeinderates zu installieren oder ob die SPÖ bereit sei, das Kontrollamt der Stadt Wien mit den entsprechenden Untersuchungen zu beauftragen. An Bürgermeister Leopold GRATZ richtete Busek die Frage, was er unter politischer Verantwortung verstehe. Gratz müsse klären, ob bzw. von wem falsche Angaben gemacht wurden und dann für diese Person die Konsequenzen ziehen bzw. sagen, welche Art die persönlichen Konsequenzen für den Bürgermeister selbst seien. (Schluß) fk/ap

NNNN

Die Zukunft verstärkt mitbestimmen (1)

Utl.: Hudson-Institut prophezeit Österreich positive Bewältigung
wirtschaftlicher Herausforderungen

=++++

14 #Wien, 19.12. (RK-WIRTSCHAFT) Eine von der Zentralsparkasse in Auftrag gegebene Studie des Hudson-Instituts, erstellt von Herman KAHN, Ernest SCHNEIDER und John TRAMMEL, zeichnet ein positives Bild über die Bewältigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in Österreich. Die Studie wurde Montag von "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

Die Autoren kommen zum dem Schluß, daß Österreich in den 80er Jahren einen beachtlichen Spielraum haben wird, seine eigene Zukunft selbst zu bestimmen. #

Falls nicht ein insgesamt radikaler Wandel im weltpolitischen Kontakt eintritt, wird es Aufgabe der Österreicher selbst sein, mit eigenen Entscheidungen die politischen Rahmenbedingungen und in einem großen Ausmaß die ökonomische Entwicklung zu gestalten.

In Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenzen werden gemäßigte Lohnzuwächse erwartet. Ein geringes Niveau der Inflation werde es gleichzeitig erlauben, die Realeinkommen weiterhin anzuheben. Für Österreich wird, zunächst von einem realen Wachstum des Brutto-Inlandproduktes von 1,5 bis 2 Prozent und einem leichten Sinken der Inflationsrate auf etwa 3,5 Prozent ausgegangen. Die Arbeitslosigkeit wird sich bestenfalls stabilisieren und könnte sich unter Umständen bis auf fast 6 Prozent erhöhen. Die bisherigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik werden verstärkt durch Bestrebungen unterstützt, Hochtechnologie in Österreich zu fördern, Exporte anzuregen und das Investieren in Österreich auch für Ausländer attraktiver zu machen. (Forts.) ull/ko

Die Zukunft verstärkt mitbestimmen (2)

=++++

15 Wien, 19.12. (RK-WIRTSCHAFT) 1987 dürfte, so die Autoren der Studie, die Arbeitslosenrate bereits auf unter 5 Prozent gesunken sein, die Inflationsrate sich bei etwa 3 Prozent stabilisiert haben und das reale Wirtschaftswachstum auf 4 Prozent angestiegen sein.

Österreich wird in den Achtzigerjahren vor allem mit der Herausforderung konfrontiert sein, ein Gleichgewicht zwischen den bisher erfolgreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und jenen neuen Entscheidungen zu finden, die auf Grund der geänderten Voraussetzungen des wirtschaftlichen Umfeldes erforderlich sind. Herman Kahn und seine Mitarbeiter vertreten die Auffassung, die österreichische Wirtschaftspolitik sollte sich auf ihre relativen Stärken konzentrieren, dabei aber mehr Flexibilität und eine größere Anzahl kleinerer Experimente unterstützen. (Schluß) ull/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 20. Dezember 1983

Blatt 3420

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Ing. Hans Trilety gestorben

Kommunal:
(rosa)

Neues Pensionistenheim im 23. Bezirk
Verkehrssampel an der Kreuzung Engerthstraße -
Innstraße
Jugendzentrumsleiter: Zertifikate überreicht
Wichtige Wohnbaubeschlüsse der Landesregierung
Zubau für Pensionistenheim im 3. Bezirk
Stadt Wien würde Rinter-Zelt um höchstens
60 Millionen kaufen
Kunsthistorisches Museum: Schäden nicht durch
Dieselabgase

Politik:
(rosa)

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner: Gratz nicht
für Rinter verantwortlich

Nur

über FS: 19.12. Gasgebreehen in der Kirchengasse
20.12. Ladekran beschädigte Oberleitung
Stromstörung in der Donaustadt

.....
Bereits am 19. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ing. Hans Trilety gestorben

=++++

18 Wien, 19.12. (RK-KULTUR) Der technische Direktor der Wiener Festwochen, Ing. Hans TRILETY, ist am Sonntag, dem 18. Dezember, im 51. Lebensjahr unerwartet verstorben. Seit 1. Jänner 1980 war Trilety bei den Wiener Festwochen für alle organisatorisch-technischen Belange verantwortlich. Vorher war er unter anderem beim ORF und in der Wiener Stadthalle in leitender Stellung tätig gewesen. Bei den Wiener Festwochen hatte Trilety wesentlichen Anteil am Zustandekommen von "schwierigen" Produktionen wie "Die letzten Tage der Menschheit" oder "Flic Flac". (Schluß) gab/ko

NNNN

Neues Pensionistenheim im 23. Bezirk

=++++

1 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Präsident des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, wird kommenden Donnerstag, den 22. Dezember, im 23. Bezirk, Breitenfurter Straße 271, den Grundstein für ein neues Pensionistenheim legen. Das neue Heim - es ist bereits das 2. im 23. Bezirk - wird über insgesamt 336 Wohnplätze und eine Betreuungsstation mit 30 Betten verfügen. Das Pensionistenheim wird das 24. Heim sein, das durch das Kuratorium errichtet werden wird.

NNNN

Verkehrsampel an der Kreuzung Engerthstraße - Innstraße

=++++

2 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Weil es an der Kreuzung Engerthstraße - Innstraße im 2. und 20. Bezirk immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen gekommen ist, wird dort eine automatische Verkehrslichtsignalanlage montiert. Damit wird auch der Schulweg für viele Kinder sicherer. #

In der Nähe der Kreuzung quert die Eisenbahn die Engerthstraße. Fährt ein Zug über die Engerthstraße, schaltet nicht nur die Warnblinkanlage der Eisenbahn auf Rot, sondern auch auf der Kreuzung Engerthstraße - Innstraße wird der Verkehr im Verlauf der Engerthstraße angehalten. Diese Ampelsteuerung erfolgt durch einen Impuls der Eisenbahn. Für die Errichtung der neuen Verkehrslichtsignalanlage bewilligte der Gemeinderatsausschuß für Bauten in seiner letzten Sitzung rund 1,5 Millionen Schilling.
(Schluß) sc/ap

NNNN

Wichtige Wohnbaubeschlüsse der Landesregierung (1)

Utl.: Heuer fast 6.000 Wohnungen gefördert

=++++

3 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN faßte die Wiener Landesregierung am Dienstag einstimmig eine Reihe wichtiger Wohnbaubeschlüsse. Sie genehmigte die Förderung von rund 3.000 Wohnungen, womit die Gesamtzahl der heuer geförderten Wohnungen fast 6.000 erreicht. Zur Entlastung der Mieter von Wohnungen, die in den Jahren 1974 bis 1976 errichtet worden sind, wird die Stadt Wien die Rückzahlung des Landesdarlehens dort, wo bestimmte Belastungsgrenzen überschritten werden, stunden. Als Maßnahme zur Ankurbelung der Stadterneuerung wird die Förderung der Großen Wohnungsverbesserung angehoben. #

Die Beschlüsse der Landesregierung im einzelnen: Am Dienstag wurden Wohnbauförderungsdarlehen in der Höhe von 1,6 Milliarden Schilling für die Errichtung von 2.934 Wohneinheiten (2.366 Wohnungen, 22 Lokale, eine Ordination, 545 Ledigenräume in drei Heimen) genehmigt. Insgesamt wurden damit im Jahr 1983 Wohnbauförderungsdarlehen in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling für die Errichtung von 5.912 Wohneinheiten (5.282 Wohnungen, 51 Lokale, zwei Ordinationen, 577 Ledigenräume) bewilligt.

Zwtl.: Entlastung für Mieter

In Wohnhausanlagen, die in den Jahren 1974 bis 1976 gefördert worden sind, tritt gemäß dem Wohnbauförderungsgesetz ab 1984 ein fühlbarer Abbau der Annuitätenzuschüsse in Kraft. Um zu verhindern, daß dadurch größere Belastungen für die Mieter entstehen, wird die Stadt Wien die Rückzahlung des Landesdarlehens soweit stunden, daß die gesamte Darlehensrückzahlung im Rahmen der monatlichen Mietzinsbelastung (Landes- und Bankdarlehen) den Betrag von ca. 25 Schilling pro Quadratmeter bei Miet- und Genossenschaftswohnungen beziehungsweise ca. 29 Schilling bei geförderten Eigentumswohnungen nicht übersteigt. (Forts.) ger/gg

Wichtige Wohnbaubeschlüsse der Landesregierung (2)

Utl.: Förderung der Großen Wohnungsverbesserung wird angehoben

=++++

4 Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Ankurbelung der Stadterneuerung wird der Anteil des Landesdarlehens an den Gesamtbaukosten im Rahmen der Großen Wohnungsverbesserung von derzeit 45 auf 70 Prozent angehoben. Die Belastung aus dem Hypothekendarlehen kann damit deutlich verringert werden.

Ferner beschloß die Landesregierung, den Fixbetrag für die Förderung von Eigenheimen (265.000 Schilling pro Wohneinheit plus 20.000 Schilling für jedes Kind) auch auf das kommende Jahr auszudehnen. (Schluß) ger/gg

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner: Gratz nicht für Rinter
verantwortlich

=++++

5 Wien, 20.12. (RK-POLITIK) Zu den Feststellungen der Wiener ÖVP, wonach Bürgermeister Leopold GRATZ Konsequenzen daraus ziehen müsse, das Rinter-Zelt einstmals eröffnet und mit guten Wünschen begleitet zu haben, erklärte Dienstag Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in der Sitzung des Wiener Stadtsenats, sie begrüße das Eintreten für Innovation, wie das hier der Fall gewesen sei. Viele Innovationsprojekte im Bereich der Stadt Wien würden in Zusammenarbeit mit der Zentralsparkasse durchgeführt, und es sei erfreulich, daß sich Bürgermeister Gratz für diese Projekte einsetze. Intentionen und Durchführungswünsche seien allerdings nicht mit der tatsächlichen Art der Durchführung durch Privatbetriebe gleichzusetzen - einen Käufer könne man schließlich auch nicht für das Versagen des Verkäufers verantwortlich machen. Es sei die Aufgabe jedes Politikers in unserer raschen, technischen Zeit, auch innovatorische Aufgaben zu übernehmen. Wenn Bürgermeister Gratz bei der Rinter-Eröffnung die politische Verantwortung übernommen habe, so sei er ohne Frage nur für den Bereich der Gemeinde Wien, nicht aber für jenen Teil verantwortlich, in dem eine private Firma versagt habe, betonte Fröhlich-Sandner. (Schluß) rö/ap

NNNN

Jugendzentrumsleiter: Zertifikate überreicht

=++++

6 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Im Jugendzentrum Zeltgasse übergab Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Montag abend an die ersten Jugendzentrumsleiter, die eine vom "Verein Jugendzentren der Stadt Wien" entwickelte Ausbildung durchlaufen haben, ihre Abschlußzertifikate.#

Auf dem Gebiet der Ausbildung von professionellen Freizeitpädagogen, die mit Kindern und Jugendlichen in offen geführten Jugendzentren arbeiten, leistet der "Verein Jugendzentren der Stadt Wien" Pionierarbeit und entwickelte ein Ausbildungsmodell, dessen Gültigkeit ständig in der Praxis erprobt wird. Die berufsbegleitende vereinsinterne Ausbildung umfaßt neben praktischen Seminaren in Animation, Gesprächstherapie und ähnlichen Bereichen auch eine wissenschaftliche Reflexion der praktischen Jugendzentrumsarbeit, die den Jugendbetreuer befähigt, aktiv an der Entwicklung von Modellen der Jugendarbeit mitzuwirken.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dankte den Mitarbeitern der Jugendzentren für ihre gewiß nicht immer leichte Arbeit und für ihr Engagement. Sie unterstrich vor allem die erfreuliche Lernbereitschaft der in den Jugendzentren der Stadt Wien Beschäftigten. (Schluß) emw/ko

NNNN

Zubau für Pensionistenheim im 3. Bezirk

=++++

10 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Den Spatenstich für einen Zubau zum bestehenden Pensionistenheim "Maria Jacobi" im 3. Bezirk, Würtzlerstraße 25, nahm Dienstag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vor. Der vom Kuratorium Wiener Pensionistenheime errichtete Zubau wird aus einem Wohntrakt mit 96 Pensionärswohnungen, einer Betreuungsstation mit 30 Betten und einem Veranstaltungssaal bestehen.

Das Pensionistenheim "Maria Jacobi", als fünftes Pensionistenheim im Jahre 1971 fertiggestellt, verfügt derzeit über 154 Plätze in Einzelappartements, 74 in Ehepaarwohnungen und 25 Betten in der B-Station. Dazu kommt noch eine "Probewohnung".#

Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Präsident des Kuratoriums, nahm die Gelegenheit zum Anlaß, um auf die rege Bautätigkeit der "öffentlichen Hand" bei der Errichtung von Pensionistenheimen des Kuratoriums hinzuweisen. So wurden mit finanzieller Unterstützung und Förderung der Stadt Wien seitens des Kuratoriums bisher bereits 17 Heime mit insgesamt 4.368 Wohnplätzen und 531 Plätzen in den Betreuungsstationen in Betrieb genommen. Sechs weitere Heime sind gegenwärtig in Bau. Ferner wird kommenden Donnerstag, den 22. Dezember, der Grundstein für ein weiteres Pensionistenheim im 23. Bezirk in der Breitenfurter Straße gelegt werden.

Nach Abschluß der Zu- und Umbauarbeiten für das Pensionistenheim "Maria Jacobi", die sich auf rund 92 Millionen Schilling belaufen und voraussichtlich Ende 1986 abgeschlossen sein werden, wird das Pensionistenheim über insgesamt 314 Wohnplätze verfügen.

Als Ehrengäste konnte Bezirksvorsteher Rudolf BERGEN unter anderen den 3. Präsidenten des Wiener Landtages Erika KRENN sowie die beiden Vizepräsidenten des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, die Gemeinderäte Eveline ANDRLIK und Leopold TRAINDL begrüßen.

(Schluß) zi/gg

NNNN

Stadt Wien würde Rinter-Zelt um höchstens 60 Millionen kaufen
Utl.: Schieder: Zukunft liegt bei Müllvermeidung und -sortierung
=++++

11 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien ist bereit, das Rinter-Zelt um höchstens 60 Millionen für die künftige städtische Sperrmüllsortierung zu kaufen. Auch die Arbeiter und Techniker der Firma Rinter könnten in diesem Fall bei der Stadt Wien beschäftigt werden. Eine entsprechende Entscheidung der Rinter AG müsse jedoch rasch fallen, betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Sollte sich Rinter zum Verkauf des Zeltes entschließen, könnte noch diese Woche ein entsprechender Beschluß im Stadtsenat gefaßt werden, sagte Schieder weiter. Wien sei bereit, das Zelt zu übernehmen, falls es um 60 Millionen angeboten werde. Eventuelle Vorsteuerkosten würden von der Stadt jedoch nicht getragen.

Der Umweltstadtrat betonte außerdem, daß seiner Meinung nach die Zukunftslösung auf dem Müllsektor bei der Müllvermeidung, bei der Müllsortierung bereits im Haushalt und bei der Sortierung des Mülls nach der Mülleinsammlung liege. Dies war jedoch mit dem Rinter-Projekt nicht im entsprechenden Ausmaß zu verwirklichen. Man werde aber Firmen auffordern, in Eigeninitiative weiter zu forschen.

Zur Lösung der Müllfrage in Wien wird jetzt bekanntlich die Deponie Rautenweg saniert, ebenso soll eine Sperrmüllsortierung und -shredderung durchgeführt werden. Außerdem will Schieder eine jährliche Reduzierung des Müllvolumens um vier Prozent erreichen.

Auf die Frage nach einer eventuellen Erhöhung des Müllentgelts antwortete der Umweltstadtrat, daß in nächster Zeit nicht daran gedacht sei. Diese Erhöhung werde lediglich kommen, wenn durch den Einbau der Filter am Flötzersteig und in der Spittelau keine entsprechende finanzielle Deckung mehr gegeben sei.

Zur politischen Verantwortung des Bürgermeisters betonte Schieder, Bürgermeister Leopold GRATZ habe diese natürlich wahrgenommen, indem er das Rinter Projekt ermöglichte, es prüfen ließ, eine Arbeitsgruppe einsetzte usw. Politische Verantwortung könne jedoch nicht heißen, daß man auch die Verantwortung für das Handeln und die Fähigkeiten des Geschäftspartners übernimmt. Schieder erklärte außerdem, daß eine Bank gemeinsam mit der Firma Graz-Andritz während der Prutscher-Verhandlungen von sich aus an die Stadt Wien herangetreten sei und sich an dem Rinter-Projekt beteiligen wollte, nicht umgekehrt. (Schluß) hs/ko

Kunsthistorisches Museum: Schäden nicht durch Dieselabgase

=++++

12 #Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) Die Schäden an Kunstschatzen im Kunsthistorischen Museum wurden nicht, wie vor einiger Zeit in der Presse gemeldet, durch die Dieselabgase der Autobusse hervorgerufen, sondern entstanden durch schlechte Klimatisierung und ungünstige Lüftungsgewohnheiten. Das hat eine im Auftrag der Umweltschutzabteilung erstellte Untersuchung, die Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Bürgermeister-Pressgespräch vorlegte, ergeben. #

Wie die Studie zeigt, ist ausgeschlossen, daß die an den Kunstwerken entstandenen Schäden durch Dieselabgase hervorgerufen wurden. Schuld sind vielmehr schlechte Klimatisierung und ungünstige Lüftungsgewohnheiten in den Räumen mit wertvollen Exponaten.

(Schluß) hs/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 21. Dezember 1983

Blatt 3430

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: U-Bahn-Modelle wieder erhältlich
(rosa) Einwanggasse - Karlingergasse - Ameisbrücke ab Freitag
befahrbar
Neuer Flächenwidmungsplan für Teilgebiet des 1. und
6. Bezirks

Lokal: Tips gegen Christbaumbrände
(orange)

Kultur: Kindermalaktion-Ausstellung in der "Z"
(gelb) Elias-Canetti-Stipendien 1984

Nur
Über FS: Eiserne Hochzeit in Simmering
100. Geburtstag
Selbstmordversuch: Sprung in Aufzugsschacht

U-Bahn-Modelle wieder erhältlich

=++++

1 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Wieder erhältlich sind die Modelle der U-Bahn-Garnituren, der "Silberpfeile", bei denen es aufgrund der überraschend großen Nachfrage in den letzten Tagen zu Engpässen im Verkauf gekommen war. Man kann sie in den Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe am Stephansplatz und am Karlsplatz zum Preis von 50 Schilling pro Waggon erwerben. Die Informationsstellen sind wochentags von 8 (Karlsplatz ab 7) bis 18 Uhr, am Wochenende von 8.30 bis 16 Uhr geöffnet.

In der Reihe der "Stadtspaziergänge mit den Wiener Verkehrsbetrieben" ist kürzlich der vierte Band erschienen. Die Büchlein sind zum Preis eines Vorverkaufsscheines in allen Informationsstellen erhältlich. (Schluß) roh/ap

NNNN

Einwanggasse - Karlingergasse - Ameisbrücke ab Freitag befahrbar
=++++

2 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Nach Abschluß der Straßenbauarbeiten in der Karlingergasse kann man ab Freitag mittag von der Hadikgasse über die Einwanggasse und Karlingergasse wieder zur Ameisbrücke über die Westbahn zufahren. In dieser Richtung gibt es nun zwei Fahrspuren zur und über die Brücke. Die Weiterfahrt in der Karlingergasse ist jedoch nicht möglich.#

Wenn man von der Linzer Straße her kommt, kann man hinter der Ameisbrücke nun auch in einer Fahrspur links in die Karlingergasse einbiegen. Das Abbiegen rechts in die Karlingergasse und die Auffahrt von diesem Teil der Karlingergasse auf die Ameisbrücke war schon seit Fertigstellung der Brücke, Ende September, möglich. Nun kann man aber auch die Karlingergasse in West-Ost-Richtung durchfahren. (Schluß) sc/gg

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für Teilgebiet des 1. und 6. Bezirks

=++++

3 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Elisabethstraße, Operngasse, Friedrichstraße, Getreidemarkt, Gauer mann gasse und Schillerplatz im 1. und 6. Bezirk wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes fertiggestellt. Er liegt in der Zeit vom 22. Dezember 1983 bis 19. Jänner 1984 während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 15.30 Uhr sowie an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Tür 413, zur öffentlichen Einsicht auf.

Der Entwurf beinhaltet vor allem folgende städtebaulichen Zielsetzungen:

- o Widmungsrechtliche Voraussetzungen für einen geordneten Ausbau des westlichen Abschlusses des Karlsplatzes,
 - o Bedachtnahme auf das städtebauliche Erscheinungsbild,
 - o Sicherung vorhandener Grünanlagen,
 - o Schaffung von günstigen Fußwegverbindungen und
 - o Vorsorge für den fließenden und ruhenden Verkehr.#
- (Schluß) ger/ko

NNNN

Tips gegen Christbaumbrände

=++++

- 6 Wien, 21.12. (RK-LOKAL) Weihnachten sollte ein besinnliches Fest ohne böse Überraschungen sein. Immer wieder kommt es aber zu Weihnachten und in den Tagen danach - wenn die Christbäume bereits ausgetrocknet sind - zu Christbaumbränden. Das kann man vermeiden, wenn man einige Vorsichtsmaßnahmen beachtet:
- o Der Christbaum soll standsicher aufgestellt werden. Ein entsprechender Schutzabstand zu leicht brennbaren Materialien (Vorhängen usw.) ist einzuhalten.
 - o Einen Weihnachtsbaum mit brennenden Kerzen sollte man nicht unbeaufsichtigt lassen.
 - o Die Kerzen müssen gut befestigt werden und dürfen nie zu weit herunterbrennen.
 - o Leicht brennbare Gegenstände wie papierumwickelte Zuckerln, Papier, Lametta oder Schneespray sollen sich weder in der Nähe der Kerzenflammen noch in Reichweite der Sternspucker befinden.
 - o Ein bereitstehender Kübel mit Wasser hat schon oft Zimmerbrände oder Wohnungsbrände verhindert. Falls es trotz aller Vorsicht zu einem Christbaumbrand kommt, kann man Löschversuche mit Wasser oder feuchten Decken machen. Ist dies nicht mehr möglich - Christbaumbrände verlaufen oft explosionsartig - sollte man rasch den Raum verlassen und sofort die Feuerwehr, Notruf 122, verständigen.
 - o Gefährlich ist der Brauch, lange nach Weihnachten, etwa am 6. Jänner, die Kerzen des Weihnachtsbaumes nochmals anzünden. Die Bäume sind dann meist schon ausgetrocknet - und dürre Bäume brennen besonders leicht. Sollte die Fichte oder Tanne also bereits (was schon kurz nach dem Fest der Fall sein kann) ausgetrocknet sein und die Nadeln verlieren, so ist es im eigenen Interesse besser, auf das nochmalige Entzünden der Kerzen zu verzichten. Gerade dieser alte Brauch führt nämlich zu den meisten Christbaumbränden.

(Schluß) hs/ap

NNNN

Kindermalaktion-Ausstellung in der "Z"

=++++

7 #Wien, 21.12. (RK-KULTUR/LOKAL) "Miteinander" ist der Titel einer Ausstellung, die die Ergebnisse einer Malaktion von österreichischen und ausländischen Kindern an Wiener Volks- und Hauptschulen zeigt. Die Schau, die in der Kassenhalle der Zentralsparkasse, 1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße, zu sehen ist, wurde am Mittwoch von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA eröffnet. #

Die Aktion wurde vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien und der Zentralsparkasse und Kommerzialbank durchgeführt. Sowohl Mrkvicka wie auch der Präsident des Wiener Stadtschulrates Abg. Prof. Hans MATZENAUER, wiesen darauf hin, daß das "Miteinander", gegenseitiges Verstehen und Achten, schon im Schulalter beginnen sollte. Die Ausstellung sei ein schöner Beweis für das gute Verhältnis zwischen den österreichischen und den ausländischen Kindern in Wien. (Schluß) gab/ko

NNNN

Elias-Canetti-Stipendien 1984

=++++

8 #Wien, 21.12. (RK-KULTUR) Marianne FRITZ, Helmut EISENDLE und Gernot WOLFGRUBER erhalten die Canetti-Stipendien der Stadt Wien 1984. Die Zuerkennung durch Kulturstadtrat Franz MRKVICKA erfolgte aufgrund einer Empfehlung einer Jury von magistratsunabhängigen Fachleuten.#

Die mit 10.000 S monatlich dotierten Stipendien werden an Wiener oder Wien nahestehende Autoren zur Fertigstellung eines größeren literarischen Projektes gegeben. Der Gesamtrahmen von 360.000 Schilling jährlich ermöglicht die gleichzeitige Vergabe von drei Stipendien.

Marianne Fritz, die an dem umfassenden Romanprojekt "Die Festung" arbeitet, erhält 1984 das Stipendium zum zweiten Mal. Ihr Romanzyklus stellt 100 Jahre österreichischer Geschichte anhand der Schicksale von untereinander auf die verschiedenste Weise verbundenen Menschen dar.

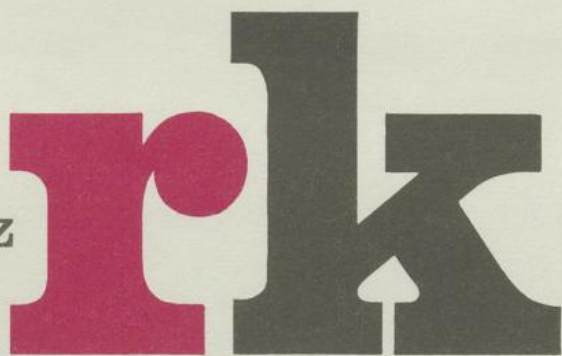
Helmut Eisendle plant nach der Fertigstellung seines Theaterstückes "Das Geschenk der Anna O. - Szenen über die Psychoanalyse" auch eine Prosabearbeitung dieses Themas.

Gernot Wolfgruber arbeitet an einem Roman, der das Leben eines Menschen darstellt, der sich zeitweilig in Bereichen bewegt, die als nicht mehr "normal", sondern als "psychopathologisch" gelten.
(Schluß) gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 22. Dezember 1983

Blatt 3437

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Rinter Insolvenz unausweichlich
ausgesendet: Schieder zu öVP-Kritik an PID
(grau) Termin- und Kostenplan für das AKH fertiggestellt

Kommunal: Auszeichnung für Senatsrat Döllnerl
(rosa) Stacher lädt Richter zu Psychiatriebesuch ein
öVP kritisiert VAMED-Bericht
Neues Pensionistenheim für 23. Bezirk
Mayr: Gemeinderatsfraktionen erhalten VAMED-Bericht
Stacher: AKH-Betriebsorganisation wird 1984
entschieden

Lokal: Tolle Weihnachtsfreude im Heim Hohe Warte
(orange)

Kultur: Ausstellungen der Stadtbibliothek 1984
(gelb)

Nur
über FS: Drei Kleinkinder in letzter Minute gerettet
Brandstiftung in Sportplatzkantine
Falschparker behinderte tausend Tramwayfahrgäste
13jährige lief gegen Straßenbahn
Bei Verkehrsunfall aus PKW geschleudert

.....
Bereits am 21. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Rinter Insolvenz unausweichlich

=++++

10 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Rathaus fand Mittwoch zwischen den Vertretern der Rinter Rohstoffrückgewinnung AG, des Bankenkonsortiums und der Stadt Wien ein Gespräch über den möglichen Verkauf der Baulichkeiten (Zelt) statt. Nach Abschluß der Verhandlungen gaben die Gesprächsteilnehmer folgende gemeinsame Erklärung ab:

Trotz allseitiger Bemühungen, in dieser Frage zu einer Lösung zu kommen, konnte diese nicht gefunden werden. Die Stadt Wien war, wie Umweltstadtrat Schieder erklärte, bereit, bis zu 60 Millionen Schilling plus 8 Prozent Grunderwerbssteuer für die Baulichkeiten zu bezahlen und in diesem Fall dem Rinterpersonal eine Beschäftigung bei der Stadt Wien anzubieten. Die Rinter AG und das Bankenkonsortium erklärten, daß für den Fall dieses Verkaufes bei Rinter eine Umsatzsteuerlast von 40 Millionen Schilling und Liquidationskosten von geschätzt mindestens 20 Millionen Schilling angefallen wären, weshalb die Rinter AG den Verkauf der Baulichkeiten nur zu einem Betrag von 57 Millionen Schilling zuzüglich 40 Millionen Umsatzsteuer anbieten konnte. Stadtrat Schieder erklärte, daß für die Stadt Wien ein Kaufpreis von 97 Millionen Schilling zu hoch sei. Für die Rinter AG scheint somit die Insolvenz unausweichlich. (Schluß) ps/gg

NNNN

.....
Bereits am 21. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schieder zu öVP-Kritik an PID

=++++

11 Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Aussendung des öVP-Pressedienstes, in der die Volkspartei eine Gebarungsprüfung des PID fordert, stellte Stadtrat Peter SCHIEDER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß er auf den Inhalt nicht eingehen möchte, da es sich offensichtlich um eine öVP-Propagandaaktion handle. "Ich möchte darauf hinweisen", sagte Schieder, "daß die Behauptungen der Wiener öVP zum geplanten Presseklub lediglich wiederholt werden, ohne daß auf meine Erklärungen zu diesem Thema eingegangen wird."

Wie aus einer Aussendung der "RATHAUSKORRESPONDENZ" vom 14. Dezember (Blatt 3369) hervorgeht, wird laut Stadtrat Schieder der Presseklub allen Interessenten zur Verfügung stehen. Die "RATHAUSKORRESPONDENZ" werde auch weiterhin, betonte Stadtrat Schieder, von allen, das kommunale Leben betreffenden, Pressekonferenzen berichten, auch wenn diese Pressekonferenzen außerhalb des Presseklubs stattfinden.

Die Behauptung der Wiener öVP, daß der Presseklub neun Millionen Schilling Aufwand erfordere, wies Stadtrat Schieder zurück. "Diese Summe hat die öVP frei erfunden. Auch die anderswo erwähnten drei Millionen sind weit überhöht." Für die Neugestaltung des Raumes für Pressekonferenzen im PID fallen laut Stadtrat Schieder lediglich die Kosten für die Entfernung einer Schranktrennwand sowie für die Anschaffung von Beleuchtungskörpern, Sesseln und Tischen an.
(Schluß) fk/ap

NNNN

.....
Bereits am 21. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Termin- und Kostenplan für das AKH fertiggestellt (1)

Utl.: Bund und Stadt Wien prüfen bis Herbst 1984

=++++

12 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Die VÖEST-Tochter VAMED, die seit Juli 1982 mit der Fertigstellung des AKH beauftragt ist, präsentierte Mittwoch den Bauherren Bund und Stadt Wien termingerecht den Zeit- und Kostenplan für das AKH. Wie Finanzminister Dr. Herbert SALCHER, Finanzstadtrat Hans MAYR und VÖEST-Generaldirektor Dr. Heribert ABFALTER Mittwoch nachmittag in einem Pressegespräch erklärten, wird der von der VAMED vorgelegte Plan ausführlich vom Bund und der Stadt Wien im nächsten Jahr geprüft werden. Mit einer abschließenden Beurteilung, so Finanzminister Dr. Salcher, ist bis spätestens Herbst 1984 zu rechnen.

Der VAMED-Terminplan sieht eine Fertigstellung der haustechnischen Anlagen und eine stufenweise Inbetriebnahme des neuen AKH zwischen 1984 und 1992 vor. #

Im einzelnen ist geplant:

- o Die Neurochirurgische Universitätsklinik wird im vierten Quartal 1984 besiedelt.
- o Im vierten Quartal 1986 wird die Speisenversorgung aus der neuen Küche beginnen, die medizinisch-technischen Schulen und die Feuerwehrezentrale werden 1987 und 1988 übergeben werden.
- o Ab Anfang 1989 werden in monatlichen Abständen die acht Betriebs- und Verwaltungsbereiche übergeben. Damit können rund zwölf zentrale medizinische und technische Bereiche wie das Unterrichtszentrum, die Apotheke und die Zentraldesinfektion sowie eine Reihe von Forschungsinstituten in das AKH einziehen.
- o Ab dem dritten Quartal 1990 bis Ende 1992 werden die rund 30 Universitätskliniken samt Untersuchungs- und Behandlungsräumen, Operationssälen und Pflegestationen in das AKH einziehen.

Das Konzept der VAMED sieht somit vor, daß erst nach Fertigstellung sämtlicher technischer Anlagen der Unterrichts- und Krankenhausbetrieb aufgenommen wird. Die bisherigen Konzepte gingen von einer gleichzeitigen Besiedelung und teilweise parallellaufenden Ausbauarbeiten aus. (Forts.) sei/ap

.....
Bereits am 21. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Termin- und Kostenplan für das AKH fertiggestellt (2)

Utl.: Kosten auf Preisbasis 1976: 25,6 Milliarden S

=++++

13 #Wien, 21.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für das neue AKH werden nach Schätzung der VAMED auf Preisbasis Jänner 1976 einen Betrag von 25,6 Milliarden Schilling ergeben. Diese Kosten liegen, berücksichtigt man die bis heute beschlossenen Projektänderungen einschließlich der Neuberechnung des Schärfegrades, rund 10,8 Prozent über den Kosten der von der bis 1982 bauverantwortlichen AKPE angegebenen Beträge. Auf Preisbasis Oktober 1983 betragen die Kosten des neuen AKH 37,8 Milliarden Schilling.#

Bei dem Pressegespräch, bei dem auch Wissenschaftsminister Dr. Heinz FISCHER, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, die beiden VAMED-Geschäftsführer Dipl.-Ing. WILDLING und Dipl.-Ing. PFEIL und der Leiter der begleitenden Kontrolle Max GESSLER anwesend waren, wurde betont, daß diese Kosten ohne Aufnahme von Fremdmitteln aus den ordentlichen Budgets des Bundes und der Stadt Wien getragen werden können. Für den Bund und die Stadt Wien werden bis zur Fertigstellung und zur Endabrechnung pro Jahr durchschnittlich Kosten von 2,6 Milliarden, also 1,3 Milliarden für jeden der Partner, anfallen. Allerdings werden in den Jahren 1985 und 1986 Spitzen von zirka insgesamt vier Milliarden auftreten, ab dem Jahr 1989 ist mit einer deutlichen Verminderung der jährlichen Baurate zu rechnen. (Schluß) sei/ap

NNNN

Ausstellungen der Stadtbibliothek 1984

=++++

4 #Wien, 22.12. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek plant für 1984 folgende Wechselausstellungen: "Altwiener Tanzmusik in Originalausgaben" bis Anfang Februar, "Bürgerkrieg der Propaganda 1933 - 1938" von Mitte Februar bis Ende Juni, "Adolf Bäuerle zum 125. Todestag" von Anfang Juli bis Mitte Oktober und "Wintersport in Wien" von Mitte Oktober bis Ende Jänner 1985. In Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien zeigt die Bibliothek vom 20. Dezember 1984 bis 3. März 1985 die Ausstellung "Wiener Operette".#

Die Ausstellung "Tanzmusik in Originalausgaben", die bereits läuft, ist der liebevollen Gestaltung der Notenausgaben bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gewidmet.

In der Präsentation von Flugblättern vor und nach dem Februar 1934 wird der reiche Bestand der Bibliothek auf diesem Spezialgebiet vorgestellt.

Adolf Bäuerle, dessen Todestag sich 1984 zum 125. Mal jährt, war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Wien. Seine Wiener Theaterzeitung ist heute noch eine Fundgrube für jeden Interessierten.

Die Ausstellung "Wintersport in Wien" will darauf aufmerksam machen, daß der vereinsmäßige Wintersport in Österreich seinen Anfang in Wien nahm. Hier entstand 1891 der erste Wintersport-Club.

Die Operettenausstellung wird im Historischen Museum gezeigt werden und besondere Kostbarkeiten, wie etwa die Original-Partitur der "Fledermaus", präsentieren. (Schluß) gab/ko

NNNN

Auszeichnung für Senatsrat Döllnerl

=++++

5 #Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Eine hohe Auszeichnung erhielt Donnerstag der Mann, unter dessen Leitung das gesamte Grundnetz der Wiener U-Bahn gebaut wurde: Senatsrat i.R. Dipl.-Ing. Anton DÖLLNERL wurde von Stadtrat Johann HATZL in Vertretung des Bürgermeisters das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen.#

Döllnerl, 61, trat 1949 in den Dienst der Stadt Wien und übernahm 1952 die Leitung der Unterabteilung "Grundbau" in der MA 29. Er übernahm in dieser Funktion Projekte wie die Erschließung der Thermalquelle Oberlaa, den Donauhochwasserschutz, die UNO-City und den Schutz des Stephansdomes im Zuge des U-Bahn-Baues. 1974 wurde Döllnerl die Leitung der für den U-Bahn-Bau zuständigen MA 38 übertragen. Während seiner Amtszeit - Döllnerl ist seit vergangenem Sommer im Ruhestand - wurde das gesamte Grundnetz der U-Bahn mit einer Länge von 31 Kilometern errichtet. Stadtrat Hatzl verwies in der Laudatio darauf, daß die Wiener U-Bahn sowohl von politischer Seite als auch bei der Bevölkerung immer unumstritten war und noch ist, und daß das heutige Verkehrsaufkommen ohne U-Bahn, die pro Tag etwa eine halbe Million Fahrgäste befördert, kaum mehr zu bewältigen wäre.

Bei der Ehrung waren der in der vergangenen Legislaturperiode für den U-Bahn-Bau zuständige Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN, Baudirektor Dipl.-Ing. Ernst FILZ, der neue Leiter der MA 38, Dipl.-Ing. Dr. Josef PELZ und viele der ehemaligen Kollegen Senatsrat Döllnerls anwesend. (Schluß) roh/ap

NNNN

Tolle Weihnachtsfreude im Heim Hohe Warte

Utl.: Austria-Mannschaft feierte mit Heimkindern

=++++

6 Wien, 22.12. (RK-LOKAL/SPORT) Eine tolle Weihnachtsfreude erlebte Mittwoch die Gruppe 3 des Städtischen Kinderheims Hohe Warte. Als vorweihnachtliche Gratulanten stellte sich beinahe die gesamte Austria-Mannschaft ein, darunter "Schneckerl" PROHASKA und Friedl KONCILIA. Nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern, die ebenfalls an der Weihnachtsfeier teilnahmen, belagerten die Austria-Stars, die bereitwillig alle Autogrammwünsche erfüllten und als Geschenke Austriadressen und Fußbälle übergaben. (Schluß)
emw/gg

NNNN

Stacher lädt Richter zu Psychiatriebesuch ein

=++++

7 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Berichten über das gestern, Mittwoch, erfolgte Urteil - bekanntlich wurden nur in einigen Anklagepunkten Schuldsprüche gegen zwei Pfleger des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe gefällt-, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER folgendes fest:

Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe herrschen seit der Durchführung der Maßnahmen im Rahmen der Psychiatriereform Arbeitsbedingungen, die es jedem Mitarbeiter im Krankenhaus ermöglichen, menschlich und ohne Gesetzesverletzung zu arbeiten. Ferner gibt es laut Stacher kein System, das das Quälen von Patienten zuläßt oder dazu ermutigt. Sofern der Verdacht von Verletzungen der Gesetze bzw. der Vorschriften bekannt wird, wird es auch weiterhin in jedem Fall die entsprechenden Anzeigen geben, betonte Stacher.

Um den damit befaßten Richtern die Möglichkeit zu geben, das Psychiatrische Krankenhaus kennen zu lernen, wird der Gesundheitsstadtrat die in Wien tätigen Richter zu einem Besuch des Krankenhauses einladen. In diesem Zusammenhang ist besonders wichtig, daß gerade, daß gerade jener Richter, der das nunmehr vorliegende Urteil gefällt hat, die Möglichkeit erhält, die Einrichtung des Krankenhauses zu besuchen. Eine diesbezügliche Einladung dazu wird noch heute, Donnerstag, erfolgen. (Schluß) zi/ap

NNNN

öVP kritisiert VAMED-Bericht

Utl.: Zweifel an Kosten und technischer Machbarkeit

=++++

8 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener öVP hegt Zweifel an der Finanzierbarkeit und technischen Machbarkeit des neuen AKH. Wie Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK sowie die Gemeinderäte Ing. Alfred WORM und Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER Donnerstag in einem Pressegespräch erklärten, müsse man bis 1989 mit jährlichen Bauraten bis zu sieben Milliarden Schilling rechnen. Das bisherige Schweigen der betroffenen Gesundheitspolitiker - der Minister Steyrer und Fischer sowie Stadtrat Stacher - wurden scharf kritisiert. Diese Politiker müßten zur vorgesehenen Betriebsorganisation Stellung nehmen, denn darüber werde im VAMED-Bericht kein Wort verloren.

Die Wiener öVP verlangt die rasche Vorlage des VAMED-Berichtes an die Fraktionen des Wiener Gemeinderates. Sollte der VAMED-Bericht erst im Herbst 1984 den Fraktionen zur Verfügung stehen, so wäre das ein "für die Demokratie blamables Schauspiel".

Nach Ansicht der öVP müßte nun raschest eine Betriebskostenrechnung und eine Betriebsorganisationsplanung auf den Tisch gelegt werden. Bereits in den nächsten Monaten sollte auch eine Betriebsgesellschaft mit technisch hochqualifiziertem Personal eingerichtet werden. Sollte man sich dazu nicht entschließen, könne "ein Chaos beim AKH" nicht ausgeschlossen werden.

(Schluß) sei/ap

NNNN

Neues Pensionistenheim für 23. Bezirk

=++++

9 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für ein neues Pensionistenheim im 23. Bezirk, Breitenfurter Straße 271, legte Donnerstag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Das neue Pensionistenheim - es ist bereits das 24. Heim, das durch das Kuratorium Wiener Pensionistenheime errichtet wird - bietet nach seiner Fertigstellung insgesamt 336 betagten Wienerinnen und Wienern in 302 Einzelappartements und 17 Ehepaarwohnungen Platz. Darüberhinaus wird auch eine Betreuungsstation mit 30 Betten eingerichtet. Neben einem Wintergarten mit einer Bibliothek, Hobbyräumen, Fernsehräumen, einer Kegelanlage und Einrichtungen um Gymnastik betreiben zu können, wird das neue Pensionistenheim auch über eine eigene Sauna und über eine Schwimmhalle verfügen. Die voraussichtlichen Kosten des nach Plänen von Architekt Dipl.-Ing. Binder von der GESIBA errichteten Heimes werden sich auf rund 250 Millionen Schilling belaufen, die Fertigstellung ist für Anfang 1987 geplant.

Bezirksvorsteher Heinrich HABERL konnte unter den zahlreichen Ehrengästen Vertreter des National- und des Gemeinderates sowie der Bezirksvertretung begrüßen. (Schluß) zi/ko

NNNN

Mayr: Gemeinderatsfraktionen erhalten VAMED-Bericht

Utl.: Spitzenbauraten bei 4,2 Milliarden

=++++

12 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß die Fraktionen des Wiener Gemeinderates in den nächsten Tagen je zwei Exemplare des VAMED-Termin- und Kostenplanes für das AKH erhalten werden. Er sei informiert, daß auch Finanzminister Dr. SALCHER an die Fraktionen im Nationalrat je zwei Exemplare übergeben werde. Es hätte nicht, so Mayr, dazu des "Aufschreis der öVP" bedurft, diese Vorgangsweise war von vornherein geplant. Die VAMED sei derzeit dabei, genügend Exemplare fertigzustellen.

Bis 1992 werden nicht jährliche Spitzenbauraten von sieben Milliarden auftreten, wie es öVP-Gemeinderat Ing. Alfred WORM heute in einer Pressekonferenz behauptete. Im VAMED-Bericht sind folgende Bauraten vorgesehen:

1984 3,5 Milliarden, 1985 4,3 Milliarden, 1986 4,2 Milliarden, 1987 4,2 Milliarden, 1988 4,0 Milliarden, 1989 2,6 Milliarden, 1990 1,6 Milliarden, 1991 1,1 Milliarden, 1992 0,2 Milliarden. (Schluß) sei/ko

NNNN

22. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3449

Stacher: AKH-Betriebsorganisation wird 1984 entschieden

=++++

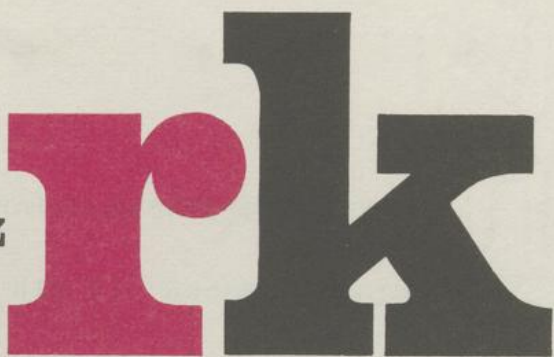
13 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die Form der Betriebsorganisation für das AKH wird 1984 entschieden, erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Er, Stacher, habe bereits vor Wochen bei einem Vortrag, an dem auch öVP-Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER teilgenommen hat, betont, daß nach Vorliegen des Termin- und Kostenplanes die bestehende AKH-Betriebsorganisationsplanung überprüft gehöre werden müsse, und daß diese Frage im Laufe des Jahres 1984 entschieden werde. Ebenso wird die medizinische Struktur für das AKH durch die Fakultät nun nach Vorliegen des Termin- und Kostenplanes rasch diskutiert und ausgearbeitet werden müssen. Bereits am 11. Jänner 1984 werde er, Stacher, darüber auf der Fakultät eine Diskussion führen.

Er freue sich, daß nun Univ.-Prof. Dr. Wagner die bereits von ihm, Stacher, vor Wochen bei dem besagten Vortrag geäußerten Ansichten aufgreife und sie zu Forderungen der öVP mache, erklärte Stadtrat Stacher abschließend. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 23. Dezember 1983

Blatt 3450

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neue Desinfektionsanlage für die II. Hochquellenleitung
(rosa) 1983: Jugendamt vermittelte 76 Kindern neue Eltern

Nur

über FS: 22.12. Brand: Katzen und Wellensittiche erstickt
23.12. Zwei schwere Straßenbahnunfälle
Weihnachtsausstellung an den Feiertagen
Explosion in Wohnhaus: Fensterstöcke stürzten
in den Hof
Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters
Gesundenuntersuchungsstellen geschlossen

Neue Desinfektionsanlage für die II. Hochquellenleitung

=++++

3 #Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Das gesamte Wasser der II. Wiener Hochquellenleitung - das sind immerhin 230.000 Kubikmeter pro Tag, mit denen 800.000 bis 900.000 Einwohner versorgt werden - wird nun in einer neuen, modernen Desinfektionsanlage in Mauer desinfiziert. Diese neue Anlage, die kürzlich von Stadtrat Peter SCHIEDER in Betrieb genommen wurde, ersetzt die alte Anlage, die nicht mehr ganz den neuesten Erkenntnissen entsprach. #

Im Gegensatz zur alten Anlage arbeitet die neue Desinfektionsanlage nun mit Chlordioxid (früher wurde Chlorgas verwendet), womit es kaum zu Geruchs- und Geschmacksbelästigungen im Trinkwasser kommt. Die neue Anlage kann vollautomatisch betrieben werden und ist auch mit entsprechenden Sicherheitseinrichtungen ausgestattet. Die Kosten für den Neubau betragen rund 7 Millionen Schilling.

Zwtl.: Verbesserungen beim Hebewerk Rosenhügel

Um rund 1,5 Millionen Schilling haben die Wasserwerke nun das Hebewerk Rosenhügel I umgebaut und einen vollwertigen Ersatz für das nur noch bedingt einsatzfähige alte Hebewerk Rosenhügel II geschaffen. Im Rahmen des Umbaus wurden beide Druckstufen in ein einziges Hebewerk zusammengelegt. Das bringt nicht nur eine Erleichterung der Betriebsführung, sondern vor allem auch Einsparungen bei der Grundgebühr für das zweite Hebewerk und bei den Erhaltungskosten. (Schluß) hs/gg

NNNN

1983: Jugendamt vermittelte 76 Kindern neue Eltern

-++++

4 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) 76 Kinder, die über Vermittlung der Adoptionsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien adoptiert wurden, werden heuer das erste Weihnachtsfest mit ihren neuen Eltern feiern. Die Kinder (75 Säuglinge und ein Kleinkind) wurden in 74 Fällen direkt in der Entbindungsklinik von den Adoptiveltern abgeholt, nur in zwei Fällen kam es zu einem kurzen Heimaufenthalt.

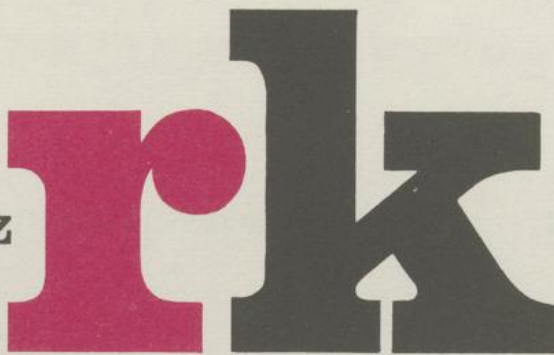
Die Wartezeit für Adoptiveltern beträgt in Wien derzeit zwei bis drei Jahre, wobei nur kinderlose Ehepaare im Alter von 25 bis 35 Jahren von der Adoptionsstelle des Jugendamtes vorgemerkt werden, da sonst die Wartezeiten unzumutbar lang würden. Entgegen einem sich hartnäckig haltenden Vorurteil gibt es in den Heimen kein einziges Kind, das auf eine Adoption wartet. Kinder aus Heimen kommen in der Regel nie für eine Adoption in Betracht, da sie von ihren leiblichen Eltern nicht zur Adoption freigegeben werden. Außerdem befinden sich Kinder oft deshalb in Heimen, weil ihre Eltern mit ihrer Pflege und Erziehung überfordert sind, ein Heimaufenthalt daher aus sozialtherapeutischen Gründen notwendig geworden ist. Auch die 2.308 Wiener Kinder, die statt eines Heimaufenthaltes Aufnahme in eine Pflegefamilie gefunden haben, kommen für Adoptionen aus denselben Gründen nicht in Frage.

Das Jugendamt hat vor einiger Zeit für frischgebackene Adoptiveltern als neues Service Elternrunden initiiert, die einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und Hilfe durch Psychologen und Sozialarbeiter bieten. (Schluß) emw/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 24. Dezember 1983

Blatt 3453

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Neues Boot für die Feuerwehr
(rosa)

Neues Boot für die Feuerwehr

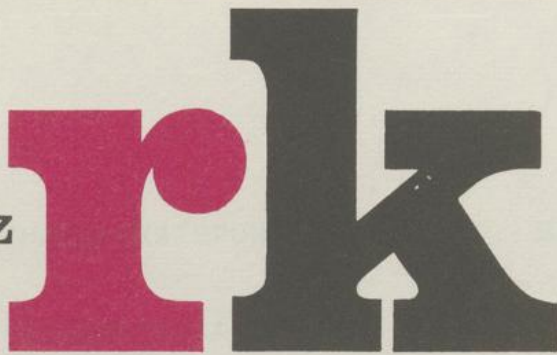
=++++

1 Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Für Einsätze in seichtem Wasser ist das neue Boot bestimmt, das die Wiener Feuerwehr kürzlich um eine Million Schilling gekauft hat. Bestand bisher bei Einsätzen auf der Donau die Gefahr, daß in Seichtwässern die Schraube beschädigt wird, so verfügt das neue Boot über einen Jet-Antrieb und kann damit auch in Bereichen mit niedrigem Wasserstand eingesetzt werden. (Schluß)
hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 27. Dezember 1983

Blatt 3455

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa) Unterführung Franzensbrücke fertiggestellt
Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im
18. Bezirk
Pressekonferenz der Wiener ÖVP

Lokal:
(orange) Ampelanlage Possingergasse - Gablenzgasse
verbessert
Feuerwehrrekord: 25.000 Einsätze

Nur
über FS: 26.12. Sonderzug entgleist
Unfall auf der Linie "18"
Rauchbelästigung in der U-Bahn
Zimmerbrand im 10. Bezirk

Unterführung Franzensbrücke fertiggestellt

=++++

1 #Wien, 27.12. (RK-KOMMUNAL) Die Unterführung der Franzensbrücke im Zuge der Dampfschiffstraße im 3. Bezirk wird Donnerstag vormittag für den Verkehr freigegeben. Damit gibt es nun, wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, eine wesentlich bessere Verkehrsverbindung vom Franz-Josef-Kai oder von der Vorderen Zollamtsstraße zur Weißgerberlande (B 227 - Donaukanal-Begleitstraße). Die Kraftfahrer ersparen sich jetzt zwei Verkehrslichtsignalanlagen. #

Wer über die Franzensbrücke in die Leopoldstadt fahren will, muß vorläufig - bis zum Frühjahr 1984, wenn im Weißgerber-Viertel eine neue Verkehrsorganisation in Kraft tritt, - noch den Weg über die Obere Weißgerberstraße und die Radetzkystraße zur Brücke nehmen.

Im Frühjahr 1984 beginnt der Ausbau der Weißgerberlande zwischen der Franzensbrücke und der Rotundenbrücke. Hier werden dem Kraftfahrzeugverkehr ab Ende 1984 drei Fahrspuren zur Verfügung stehen. Das Kopfsteinpflaster wird gegen einen "leiseren" Asphaltbelag ausgetauscht.

1984 beginnen auch die Vorarbeiten für den Ausbau der Erdberger Lände zwischen der Rotundenbrücke und der Stadionbrücke, wo dann der Anschluß an die Flughafenautobahn erfolgt. Auch hier wird die Donaukanal-Begleitstraße B 227 auf drei Fahrspuren erweitert. Für die Anrainer muß im Abschnitt zwischen der Franz-Hauer-Gasse und dem neuen Postzentrum eine eigene Fahrbahn vorgesehen werden. (Schluß)
sc/ap

NNNN

Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im 18. Bezirk

=++++

2 #Wien, 27.12. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Gentsgasse, Türkenschanzplatz, Max-Emanuel-Straße, Peter-Jordan-Straße, Linneplatz, Gregor-Mendel-Straße, Hasenauerstraße, Gymnasiumstraße, Haizingergasse und Lazaristengasse im 18. Bezirk wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes fertiggestellt. Er liegt in der Zeit vom 29. Dezember 1983 bis 26. Jänner 1984 während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 7.30 und 15.30 Uhr sowie an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Tür 413, zur öffentlichen Einsicht auf.#

Der Entwurf beinhaltet vor allem folgende städtebauliche Zielsetzungen:

- o Erhaltung des Ortsbildes,
- o Sicherung der Qualität des Wohngebietes,
- o Sicherung des wertvollen Baumbestandes,
- o Vorsorge für öffentliche und private Grünflächen.

(Schluß) ger/gg

NNNN

Ampelanlage Possingergasse - Gablenzgasse verbessert

=++++

3 #Wien, 27.12. (RK-LOKAL) Obwohl die Kreuzung Possingergasse - Gablenzgasse durch eine Verkehrslichtsignalanlage gesichert ist, kam es dort immer wieder zu Zusammenstößen zwischen geradeausfahrenden und links abbiegenden Kraftfahrern. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wurde die Ampelanlage umgebaut. Ab Donnerstag mittag gibt es ein eigenes Spurensignal für die Kraftfahrer, die aus der Richtung Wattgasse kommen und in der Possingergasse links in die Gablenzgasse einbiegen wollen.# (Schluß) sc/gg

NNNN

Feuerwehrrekord: 25.000 Einsätze

=++++

4 #Wien, 27.12. (RK-LOKAL) Die Feuerwehr der Stadt Wien konnte am Stephanitag zum erstenmal in ihrer nahezu 300jährigen Geschichte die Zahl von 25.000 Einsätzen im Jahr erreichen. Der 25.000ste Einsatz galt am Montag, dem 26. Dezember, der Beseitigung eines bei einem Verkehrsunfall beschädigten PKW im dritten Bezirk.#

Der bisherige Jahresrekord wurde 1981 mit 24.663 Feuerwehreinsätzen verzeichnet. Seit den Fünfzigerjahren hält der Trend zu technischen Einsätzen an. Die Feuerwehr wird immer mehr zu Assistenzleistung bei technischen Gebrechen jeglicher Art herangezogen. (Schluß) fk/ap

NNNN

Pressekonferenz der Wiener ÖVP

=++++

5 #Wien, 27.12. (RK-KOMMUNAL) Um das "Belastungspaket" des Bundes und die von der Stadt Wien durchgeführten Gebührenerhöhungen auszugleichen, sollte der Richtsatz für die Mindesteinkommen angehoben werden. Das forderte VP-Stadtrat Anton FÜRST Dienstag bei einer ÖVP-Presskonferenz.#

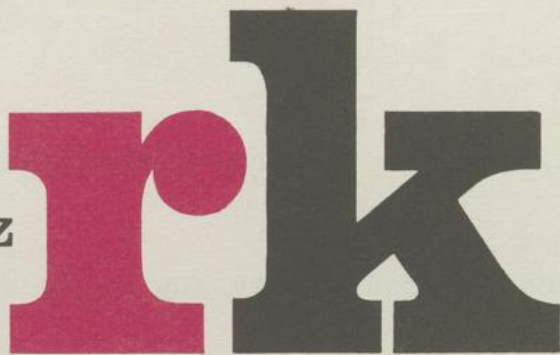
Zur Erleichterung der Situation der ärmeren Bevölkerung, die von den Mehrwertsteuererhöhungen auf Energie, aber auch von anderen Gebührenerhöhungen besonders betroffen werde, verlangte der Stadtrat außerdem einen Tarifstopp bei den städtischen Unternehmungen auf drei Jahre. Das Wohnbeihilfensystem sollte auch auf Altwohnungen ausgedehnt werden. Auch sollte der Seniorenfahrschein in Wien für alle Pensionisten gelten, fordert die Wiener ÖVP.

Fürst forderte auch die Möglichkeit, wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer den Gas-/Stromverbrauch heuer am Jahresende von den Verbrauchern selbst ablesen zu lassen. (Schluß) hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 28. Dezember 1983

Blatt 3461

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Die Stadt Wien dokumentiert
(rosa) Errichtung der Schüttgutanlage in Albern beginnt

Lokal: Gesundheitsamt-Außenstelle Liesing mit neuer
(orange) Telefonnummer
Neue Informationsstelle der Verkehrsbetriebe im
3. Bezirk
Umfangreiche Freizeitaktivitäten am Beginn des neuen
Jahres

Die Stadt Wien dokumentiert

Utl.: Statistisches Jahrbuch, Handbuch und Verwaltungsbericht

-++++

1 #Wien, 28.12. (RK-KOMMUNAL) Drei wichtige dokumentarische Publikationen der Stadt Wien sind soeben erschienen: "Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1982", "Die Verwaltung der Stadt Wien 1982" und "Handbuch der Stadt Wien, Jahrgang 1982/83". Jugend und Volk ist der Verleger aller drei Publikationen. Das Statistische Jahrbuch und der Verwaltungsbericht wurden vom Statistischen Amt der Stadt Wien (MA 66) gestaltet, das Handbuch von der Magistratsdirektion.#

Das "Statistische Jahrbuch der Stadt Wien" enthält auf 426 Seiten wichtiges Datenmaterial und grafische Darstellungen über die Entwicklung Wiens in allen Lebensbereichen. Die Bereiche Umwelt, Lebensmittelversorgung und Verkehr wurden weiter ausgebaut, die Ergebnisse der Wahlen vom 24. April 1983 sind bereits enthalten. Das Werk ist um 400 S bei der MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, beim Verlag Jugend und Volk und im Buchhandel erhältlich.

"Die Verwaltung der Stadt Wien" bietet auf 306 Seiten einen umfassenden Überblick über die Arbeit in allen Bereichen der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen. Das Werk ist um 200 S bei der MA 66, beim Verlag Jugend und Volk und im Buchhandel erhältlich.

Das "Handbuch der Stadt Wien" informiert auf 560 Seiten über die Gliederung der Wiener Stadtverwaltung, über die Kompetenzen und Aufgaben der einzelnen Geschäftsgruppen, Magistratsabteilungen und Unternehmungen. Bei den Erläuterungsartikeln bildet diesmal die Wirtschaftspolitik den Schwerpunkt. Das Handbuch ist um 298 S beim Verlag Jugend und Volk sowie im Buchhandel erhältlich. Bedienstete der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen können es zum Vorzugspreis von 105 S im Büro des Magistratsdirektors, Rathaus, 7. Stiege, 1. Stock, Zimmer 313 erwerben (Auskünfte unter der Telefonnummer 42 800/2146). (Schluß) sti/ap

NNNN

Errichtung der Schüttgutanlage in Albern beginnt

Utl.: Rund 100.000 Tonnen Splitt pro Jahr kommen auf dem Wasserweg nach Wien

=++++

2 #Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Rund 100.000 Tonnen Splitt aus dem Steinbruch Loya bei Marbach an der Donau, die für Wiener Unternehmungen bestimmt sind, kommen jährlich auf dem Wasserweg in die Bundeshauptstadt. Das bisherige Umschlagsprovisorium auf dem Parkplatz im Hafen Albern reicht nicht mehr aus. Deshalb wird jetzt mit der Errichtung einer Umschlagsanlage und eines Umschlagsplatzes im Bereich Sauhaufen begonnen.#

Erster Schritt ist die Freimachung des beim Umwelt-Hearing im Oktober als dafür geeignet bezeichneten und festgelegten Areal, wobei ein Teil der Bäume erhalten werden kann. Der Transport des Splitts auf der Donau ist nicht nur kostengünstiger als die Beförderung auf der Straße, sondern auch erheblich umweltfreundlicher: Beim Transport mit Lastkraftwagen beträgt die Schadstoffemission - wie eine exakte Untersuchung ergeben hat - 40,96 kg je Tonne beförderten Splitts, beim Schiffstransport reduziert sich die Schadstoffemission auf 1.08 kg pro Tonne. (Schluß) wh/gg

NNNN

Gesundheitsamt-Außenstelle Liesing mit neuer Telefonnummer

=++++

3 Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Nach der Inbetriebnahme einer neuen Telefonanlage im Amtshaus Liesing hat auch das dort untergebrachte Bezirksgesundheitsamt neue Telefonanschlüsse erhalten. Das Bezirksgesundheitsamt ist nun über die neue Nummer 86 75 31 erreichbar, über die Klappe 292 wird man mit der Kanzlei verbunden, unter Klappe 290 mit dem Leiter der Außenstelle. Sanitätsoberrevisor und Sanitätsrevisor haben die Nebenstellenanschlüsse 293 beziehungsweise 294. (Schluß) red/gg

NNNN

Neue Informationsstelle der Verkehrsbetriebe im 3. Bezirk

=++++

4 Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Für Informationen im Zusammenhang mit dem Bau der U-Bahn-Linie U 3 im 3. Bezirk haben die Verkehrsbetriebe in der Gigergasse beim U 4-Aufgang Landstraße eine neue Informationsstelle eingerichtet. Sie ist Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr, Samstag zwischen 8.30 und 16 Uhr geöffnet. (Schluß)
red/gg

NNNN

Umfangreiche Freizeitaktivitäten am Beginn des neuen Jahres (1)

-++++

5 Wien, 28.12. (RK-LOKAL/SPORT) Eine Reihe von Freizeitaktivitäten bietet das Sportamt der Stadt Wien am Beginn des neuen Jahres an.

Schifahren auf der Hohen-Wand-Wiese in Mauerbach und auf der Himmelhofwiese sowie die Benützung der Langlaufloipen und Rodelbahnen sind natürlich von den Wetterverhältnissen abhängig - in zahlreichen Hallen besteht jedoch die Möglichkeit zu vielfältigen sportlichen Betätigung:

Kostenloses Eislaufen ist für Jugendliche in der Halle C der Stadthalle in der Zeit von 2. bis 5. Jänner 1984 jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr möglich.

Gegen Vorweis des Ferienpasses kann man um 10 S vom 2. bis 5. Jänner 1984 (9.00 bis 12.00 Uhr) auf dem Eisring Süd eislaufen.

Für die ganze Familie bietet sich kostenlos an:

- o Volleyball in der Messehalle (Halle 12), Eingang Südportal: vom 3. bis 5. Jänner 1984 in der Zeit von 16.00 bis 18.00 Uhr
- o Union-Sportzentrum Altgasse 6 am 3. und 4. Jänner 1984 von 13.00 bis 15.00 Uhr
- o Fußball in der Sporthalle 3, Hyegasse vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 14.00 bis 15.30 Uhr oder 13, UBSZ Altgasse 6 vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr
- o Konditionstraining in 19, Döblinger Gürtel (Stadtbahnbogen 189) vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 15.00 bis 17.00 Uhr.

(Forts.) hof/ap

NNNN

Umfangreiche Freizeitaktivitäten am Beginn des neuen Jahres (2)

=++++

6 Wien, 28.12. (RK-LOKAL/SPORT)

o Gymnastik und Aerobic in

13, UBSZ Altgasse 6 vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 15 bis 17 Uhr

o Ballspielen und Gymnastik in

10, Sporthalle PAHO-Halle, Favoriten und
Rundturnhalle Steigenteschgasse vom 2. bis 5. Jänner 1984 von
14 bis 18 Uhr

o Kegeln und Tischtennis in

15, Auf der Schmelz vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 9 bis 12 Uhr

o Tischtennis in

Atzgersdorf, Steinergasse vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 9 bis
12 Uhr

5, Margaretengürtel 104 vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 15 bis
18 Uhr.

o Handball in

2, Messehalle 12, Eingang Südportal vom 3. bis 5. Jänner 1984
von 14 bis 16 Uhr

13, UBSZ Altgasse vom 2. bis 5. Jänner 1984 von 14 bis 15.30 Uhr.

Falls genügend Schnee fällt, werden in Wien außerdem sieben
Langlaufloipen gespurt. Bei mehreren Loipen kann man sich auch
gleich die passende Langlaufausrüstung ausleihen. Loipen sollen an
folgenden Stellen entstehen:

- 2, Prater, ab der Hauptallee Ecke Kaiserallee.
- 10, Laaer Berg, Start beim Böhmischem Prater, Schiverleih.
- 16, Steinhofgründe, ab dem Eingang Johann-Staud-Straße.
- 17, Schwarzenbergpark.
- 19, Cobenzl 96 a. Start rund 100 Meter nach dem Parkplatz
Cobenzl, Schiverleih.
- 22, Donaupark. Start beim Donauturm.
- 22, Donauinsel-Südteil, Start bei der Steinspornbrücke, Schiverleih.

Auch für Rodelfans sind wieder zwei Rodelbahnen geplant: die
Rodelbahn am Gallitzinberg und eine Rodelbahn bei der Löwygrube am
Laaer Berg. Bei dieser Rodelbahn in Favoriten gibt es auch einen
Rodelverleih. Außerdem steht am Laaer Berg eine Mattenschipiste zur
Verfügung. (Schluß) hof/hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 29. Dezember 1983

Blatt 3468

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** (rosa) Neue Verkehrsorganisation im 3. Bezirk
Sozialpsychiatrischer Notdienst auch zu Silvester
verstärkt
Wiener Umweltservice: Sonderabfalltelefon 74 43 79
- Local:** (orange) Schön wär's: Keine Böller zu Silvester
Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Kultur:** (gelb) 221.000 Besucher bei der Weihnachtsausstellung
- Sport:** (grün) Bilanz 1983: über 236 Millionen Schilling für den
Sport in Wien
- Nur über FS:** 28.12. Badnerbahn entgleist
29.12. Mit dem Kopf im Eisengitter steckengeblieben
Stiegenhaus im Verkehrsministerium eingestürzt
Müllaufleger überfahren

Neue Verkehrsorganisation im 3. Bezirk (1)

Utl.: Baubeginn der U 3 erfordert Umleitungen

=++++

2 #Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Als Folge des Baubeginnes an der U-Bahn-Linie U 3 tritt im 3. Bezirk nächste Woche - in der Nacht von Montag, dem 2., auf Dienstag, den 3. Jänner 1984 - eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. In der ersten Phase - bis Mai nächsten Jahres - wird die Landstraßer Hauptstraße zwischen der Vorderen Zollamtsstraße und der Invalidenstraße gesperrt. Für den Anrainerverkehr bleibt nur ein Fahrstreifen von der Vorderen Zollamtsstraße bis zur Gigergasse frei. Der für die Verkehrsorganisation zuständige Bautenstadtrat Roman RAUTNER empfiehlt den Autofahrern, dem Baubereich möglichst großräumig auszuweichen: am besten über die Donaukanal-Begleitstraßen, wobei sich hier eine Erleichterung ergibt, weil die Unterführung der Franzensbrücke für den Kraftfahrzeugverkehr bereits zur Verfügung steht.#

Die Bauarbeiten für die U 3 erfordern die Einstellung des Betriebes der Straßenbahnlinien "T" und "J" in der Landstraßer Hauptstraße. Für die Straßenbahnlinie "T" wird die Autobuslinie "74A", für den "J"-Wagen der Bus "75 A" als Ersatz eingeführt. Beide Buslinien haben Anschluß an die U-Bahn, an die Schnellbahn und an die Straßenbahnlinien auf dem Ring.

Der Kraftfahrzeugverkehr wird von der Landstraßer Hauptstraße über Gärtnergasse und Marxergasse zur Vorderen Zollamtsstraße oder zum Ring umgeleitet. Wenn man vom Ring oder der Vorderen Zollamtsstraße stadtauswärts fahren will, kann man die Baustelle über die Große Ungarbrücke und die Invalidenstraße zur Landstraßer Hauptstraße umfahren. (Forts.) sc/gg

NNNN

Neue Verkehrsorganisation im 3. Bezirk (2)

Utl.: Neue Einbahn-Regelungen

=++++

3 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) In Zusammenhang mit der neuen Verkehrsorganisation gibt es eine Reihe von Einbahn-Regelungen.

Einbahnen werden

- die Weiskirchnerstraße vom Ring zur Vorderen Zollamtsstraße,
- die Kleine Marxerbrücke und der Oskar-Kokoschka-Platz (in Fortsetzung der Marxergasse) von der Vorderen Zollamtsstraße zum Stubenring,
- die stadtauswärts gelegene Nebenfahrbahn des Stubenrings vom Oskar-Kokoschka-Platz zur Weiskirchnerstraße,
- die Gigergasse von der Landstraßer Hauptstraße zur Marxergasse,
- die Henslerstraße von der Vorderen Zollamtsstraße zur Gigergasse,
- die Gärtnergasse von der Landstraßer Hauptstraße zur Marxergasse,
- die Seidlgasse von der Kegelgasse zur Landstraßer Hauptstraße,
- die Bechardgasse von der Marxergasse zur Kegelgasse,
- die Lisztstraße beim Konzerthaus von der Lothringerstraße zum Heumarkt.

Wegen der Verlegung des Augustinermarktes auf die andere Seite der Landstraßer Hauptstraße wird die Fahrbahn der Landstraßer Hauptstraße wesentlich schmaler. Um Verkehrsstauungen zu verhindern, kann man daher jetzt von der Landstraßer Hauptstraße nicht mehr in die Kundmangasse und in die Rochusgasse einbiegen. Ebenso kann man aus der Landstraßer Hauptstraße in Fahrtrichtung stadteinwärts nicht mehr in die Sechskrügelgasse einbiegen. Die im Zuge der Umleitungsstrecken bestehenden Verkehrslichtsignalanlagen wurden nach den Erfordernissen der neuen Verkehrsordnung umgebaut.

In der 2. Umleitungsphase ab Mai 1984 werden weitere Verkehrsbeschränkungen in der Landstraßer Hauptstraße und in der Ungargasse erforderlich sein. (Schluß) sc/gg

NNNN

Sozialpsychiatrischer Notdienst auch zu Silvester verstärkt

=++++

4 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Gerade zu den Feiertagen wie Weihnachten und Silvester können seelische Krisen auftreten oder bestehende psychische Erkrankungen akut werden. Auf Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wird daher der Sozialpsychiatrische Notdienst, der ja rund um die Uhr besetzt ist, zu solchen Feiertagen verstärkt. Das gilt auch für Silvester: wer wegen einer akuten psychiatrischen Krise Hilfe braucht, kann sich jederzeit an den Sozialpsychiatrischen Notdienst, Wien 9, Fuchsthallergasse 18, Telefon 31 84 19 und 31 84 20, wenden. Ein Team von geschulten Psychiatern, Krankenpflegern und Therapeuten steht zur Verfügung.

wie wichtig der Notdienst vor allem zu den Feiertagen ist, zeigen allein die Zahlen: während der Weihnachtsfeiertage suchten über hundert Menschen persönlich oder telefonisch Hilfe bei diesem Notdienst. Gedacht ist der Sozialpsychiatrische Notdienst für Menschen in einer plötzlich auftretenden akuten psychiatrischen Krise und für Personen, bei denen eine bestehende psychische Erkrankung überraschend akut wird, betont Dr. Stephan RUDAS, Chefbeauftragter für die Psychiatrie. Gerade zu den Feiertagen können z.B. Menschen, die an einer Depression erkrankt sind, besonders leicht einen Rückfall erleiden und benötigen Hilfe - Hilfe, die sie sonst nur schwer erhalten könnten. Der Sozialpsychiatrische Notdienst leistet mit seiner Arbeit gleichzeitig einen Beitrag zur Verringerung der Zwangseinweisungen in die Psychiatrie. (Schluß)

hs/ap

NNNN

Schön wär's: Keine Böller zu Silvester

=++++

5 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Schön wär's ja, würden sich heuer alle Wienerinnen und Wiener an die gesetzlichen Bestimmungen halten und zu Silvester auf Böller und ähnliche Feuerwerksartikel verzichten. Schließlich sind seit langem nach dem Pyrotechnikgesetz nur kleine, harmlose Feuerwerksartikel der Klasse I (Gesamtsatzgewicht höchstens drei Gramm) erlaubt. Und auch diese Scherzartikel dürfen bei Kirchen und Gotteshäusern, Krankenanstalten sowie Kinder-, Pflege- und Erholungsheimen nicht verwendet werden.

Verboten - und das mit gutem Grund - sind alle größeren Feuerwerksartikel, zu denen auch die Böller zählen. Dabei geht es nicht nur um das sinnlose Erschrecken anderer Menschen, denen plötzlich so ein Feuerwerkskörper vor die Füße fliegt - größere Feuerwerksscherzartikel können auch die eigene Gesundheit gefährden. Jedes Jahr verursachen Feuerwerkskörper außerdem mehrere Brände, vor wenigen Jahren wurde sogar eine Wohnung durch eine Rakete in Brand geschossen.

Man sollte daher die Bestimmungen des Pyrotechnikgesetzes auch in der letzten Nacht des Jahres 1983 beachten und auf größere Feuerwerksartikel verzichten. Übrigens: Auf den Feuerwerksartikeln muß die genaue Bezeichnung samt Klassenzugehörigkeit vermerkt sein - und in Wien erlaubt ist nur Klasse I.

Die Bundespolizeidirektion Wien hat in einer eigenen Aussendung darauf hingewiesen, daß schwerpunktmäßige Einsätze für die Einhaltung der bestehenden Verbote sorgen werden. Wer sich dennoch nicht an die gesetzlichen Bestimmungen hält und glaubt, ohne Böllerknallen nicht Silvester feiern zu können darf mit Strafen bis zu 30.000 Schilling oder 6 Wochen Arrest rechnen. (Schluß) hs/ap

NNNN

29. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3473

221.000 Besucher bei der Weihnachtsausstellung

=++++

6 Wien, 29.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Mit rund 221.000 Besuchern verzeichnete die Weihnachtsausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses einen ausgezeichneten Besuch. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich das Kasperltheater und die Musikprogramme im Festsaal des Rathauses. Allgemeiner Tenor der Besucher: es soll auch im kommenden Jahr wieder eine Weihnachtsausstellung geben. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Bilanz 1983: über 236 Millionen Schilling für den Sport in Wien

=++++

7 #Wien, 29.12. (RK-SPORT) Erfolgreiche Bilanz zieht Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA über das zu Ende gehende Jahr: 236,759.000 Schilling hat die Stadt Wien für den Sport zur Verfügung gestellt, wobei - wie Franz Mrkvicka im Gespräch mit der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte - Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten zu den Schwerpunkten zählen.#

Besonders erfolgreich verlief die heuer in stark veränderter Form durchgeführte Aktion "Komm zum Sport", für die Sondersubventionsmittel von 4,6 Millionen Schilling bereitgestellt wurden. Durch den Erlös aus verbilligten Eintrittskarten konnten zusätzliche Mittel von mehr als 800.000 Schilling eingenommen werden, die ebenfalls auf Wiener Spitzenklubs aufgeteilt wurden. Aus Mitteln der Leistungsförderung erhielten Klubs, die an österreichischen Meisterschaften teilnahmen, Fahrtkostenzuschüsse in der Höhe von insgesamt 1,2 Millionen Schilling, Vertreter in den Europacupbewerben rund 200.000 Schilling. Sportstadtrat Franz Mrkvicka betonte bei den Unterstützungsmaßnahmen vor allem die Förderung der Verbandstrainer und der Spitzensportler, für die je 550.000 Schilling aufgewendet wurden.

Das Sportamt der Stadt Wien betrieb im abgelaufenen Jahr 19 Jugendspielplätze und 23 öffentlich zugängliche Ball- und Kinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Ebenfalls kostenlos standen die Hallen B und H der Wiener Stadthalle und die acht in Verwaltung der Stadt stehenden Sporthallen den Dach- und Fachverbänden für den Trainings- und Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung. Weitere sieben Spielplätze und 97 Sportanlagen dienen den Wiener Sportorganisationen zum Trainings- und Spielbetrieb.

Großen Anklang fanden wieder die zahlreichen Jugendsportaktionen der Stadt Wien, an der sich auch Erwachsene beteiligen konnten. So zählte man bei der Eislaufaktion in der Donauparkhalle 31.045, bei der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" 35.203 und bei den Wintersportaktionen 32.225 Teilnehmer. Aufgrund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt im Jahr 1983 Langlaufloipen im Prater, am Cobenzl, auf der Donauinsel, im Gelände des Böhmisches Praters, auf den Steinhofgründen und im Donaupark gespurt. (Schluß) hof/gg

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln

=++++

8 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe richten zu Silvester auf zahlreichen Linien auch heuer wieder einen durchgehenden Betrieb ein. Es gilt noch der alte Tarif, Vorverkaufsfahrscheine und Netzkarten sind gültig, auch noch mit Dezemberwertmarken. Den erhöhten Nachttarif gibt es nicht mehr.

In der Silvesternacht verkehren folgende Linien:

- U 1 Reumannplatz - Zentrum Kagran
- "D" Nußdorf - Börse
- "N" Floridsdorfer Brücke - Schwedenplatz (U-Bahn)
- "T" Südbahnhof - Ring - St. Marx
- "1" Stadlauer Brücke (S-Bahn) - Ring - Kai - Stadlauer Brücke
- "2" Neuwaldegg - Ring - Kai - Neuwaldegg
- "18" Liechtenwerder Platz - Gürtel - Stadionbrücke
- "25/26" Leopoldau (S-Bahn) - Zentrum Kagran (U-Bahn) - Stadlau
- "29 A" Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf (S-Bahn) - Großfeldsiedlung
- "31" Schottenring (U-Bahn) - Stammersdorf
- "32" Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf (S-Bahn) - Strebersdorf
- "35 A" Salmansdorf - Floridsdorfer Brücke
- "38" Grinzing - Schottentor (U-Bahn)
- "41" Pötzleinsdorf - Schottentor (U-Bahn)
- "46" Joachimsthalerplatz - Dr.-Karl-Renner-Ring
- "58" Unter St. Veit - Burgring
- "60" Rodaun - Kennedybrücke (U-Bahn)
- "62" Kärntner Ring, Oper - Lainz
- "64" Siebenhirten (über Meidlinger Hauptstraße) - Mariahilfer Straße/Westbahnhof
- "65" Stefan-Fadinger-Platz - Kärntner Ring, Oper
- "67 A" Reumannplatz (U-Bahn) - Siedlung Wienerfeld
- "67" Reumannplatz (U-Bahn) - Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost
- "71" Zentralfriedhof - Schwarzenbergplatz.

(Schluß) ba/ap

Wiener Umweltservice: Sonderabfalltelefon 74 43 79 (1)

=++++

10 #Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Das Sonderabfallgesetz des Bundes tritt in wenigen Tagen, mit 1. Jänner 1984, in Kraft. Es wird die Erfassung der Sonderabfälle - dazu gehören natürlich vor allem gefährliche Sonderabfälle wie Gifte usw. - und deren schadlose Beseitigung garantieren. "Um Privatpersonen bei der schadlosen Beseitigung der Sonderabfälle zu beraten und ihnen zu helfen, wird in der Umweltschutzabteilung ab 2. Jänner, 8 Uhr, ein eigenes Sonderabfalltelefon unter der Telefonnummer 74 43 79 eingerichtet", betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". "Zur Beratung von Gewerbebetrieben, in denen größere Mengen an Sonderabfällen anfallen, steht die MA 30 - EBS unter der Telefonnummer 76 16 10 zur Verfügung", sagte Schieder. Die EBS-Spezialisten für die Sonderabfallbeseitigung sind Montag bis Donnerstag von 7 bis 15 Uhr und Freitag von 7 bis 12 Uhr erreichbar. #

Zwtl.: Kein Hin- und Herschieben gefährlicher Stoffe

Schieder begrüßte außerdem die Tatsache, daß auch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL und das Land Niederösterreich in der Sonderabfallfrage scharf vorgehen wollen. "Auch Wien wird hier gleichermaßen streng handeln", sagte Schieder. "Damit wollen wir auch verhindern, daß eventuell Sonderabfall im Grenzbereich Niederösterreich - Wien sozusagen hin- und hergeschoben wird."

Zwtl.: Gefährliche Sonderabfälle

Was nun exakt als Sonderabfall bzw. als gefährlicher Sonderabfall gilt, muß mit einer eigenen Verordnung des Bundes geregelt werden, die in Kürze in Kraft treten soll. Die ÖNORMen 2100 und 2101 enthalten bereits diese möglichen Sonderabfälle. Als "normale" Sonderabfälle gelten Stoffe, die wegen ihrer Beschaffenheit oder ihrer Menge (etwa Bauschutt) nicht gemeinsam mit dem Hausmüll beseitigt werden dürfen oder eine spezielle Behandlung (Verbrennen, Schadlosmachen) brauchen. (Forts.) hs/gg

NNNN

Wiener Umweltservice: Sonderabfalltelefon 74 43 79 (2)

=++++

11 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Die gefährlichen Sonderabfälle - der sogenannte Giftmüll - sind in der öNORM 2101 festgehalten. Die entsprechende Verordnung des Bundes sieht dazu vor: "Sonderabfälle, deren schadlose Beseitigung besondere Umsicht und besondere Vorkehrungen im Hinblick auf Par. 5 Abs. 1 und 2 des Sonderabfallgesetzes erfordert (gefährliche Sonderabfälle), sind die in der öNORM S 2101, ausgegeben am 1. Dezember 1983, aufgezählten Überwachungsbedürftigen Sonderabfälle" (Verordnungsentwurf). Die öNORM versteht darunter u.a. Abfälle aus Tierhaltung und Schlachtung (wie Versuchstiere, infektiöser Mist und Kot), ölverunreinigten Boden, Galvanikschlämme, Chemikalien, die in Gewerbebetrieben anfallen und gefährlich sind - wie Lederchemikalien, TRI in Putzereibetrieben, halogenhaltige Kaltreiniger, bestimmte Laugen und Säuren, Abfälle von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln von Handel, Landwirtschaft usw., Produktionsabfälle pharmazeutischer Betriebe, bestimmte Trafofüllungen, cyanidhaltiger Schlamm usw.

Das Sonderabfallgesetz gilt übrigens im wesentlichen für Gewerbe und Industrie, für Dampfkesselanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Krankenanstalten und zahlreiche andere Bereiche (Luftfahrzeuge, Bergbau usw.).

Die Sonderabfallbesitzer sind dazu verpflichtet, Sonderabfälle rechtzeitig so zu beseitigen, daß kein Schaden für die Umwelt entsteht. Das Gesetz enthält außerdem Melde- bzw. Bewilligungspflichten für Sonderabfallbesitzer, -sammler und -beseitiger. (Forts.) hs/ap

NNNN

Wiener Umweltservice: Sonderabfalltelefon 74 43 79 (3)

Utl.: Beratung durch die MA 22

=++++

12 Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Um eine möglichst lückenlose schadlose Beseitigung von Sonderabfällen zu garantieren, stehen in Wien folgende Dienststellen zur Verfügung:

- o MA 22 - Umweltschutz: Sorgt für die Beratung der BEVÖLKERUNG über die ordnungsgemäße Beseitigung von Sonderabfällen. Dafür wird das Sonderabfalltelefon 74 43 79 (auch Tonbanddienst) eingerichtet. Die MA 22 übernimmt auch Sonderabfälle bis maximal 10 kg oder 10 Liter - allerdings nicht, wenn es sich dabei um regelmäßige Abfälle aus einem Gewerbebetrieb handelt - und kann die notwendigen Maßnahmen bei der Entsorgung größerer Mengen veranlassen.
- o MA 30 - EBS: Berät GEWERBEBETRIEBE, in denen größere Mengen Sonderabfälle anfallen, über Möglichkeiten und Kosten der Entsorgung. Die Entsorgungsspezialisten sind Montag bis Donnerstag von 7 bis 15 Uhr und Freitag von 7 bis 12 Uhr unter 76 16 10 zu erreichen. Die EBS ist für Übernahme, Transport und schadlose Beseitigung von Sonderabfällen sowie eventuelle Zwischenlagerung, falls sie diese Stoffe selbst nicht schadlos beseitigen kann, zuständig.

Außerdem müssen im Bereich der Stadt Wien auch jene Dienststellen, die Sonderabfallerzeuger sind, bis 31. Jänner Art und Menge der anfallenden gefährlichen Sonderabfälle (z. B. Öle, Abfälle aus Krankenanstalten, an die MA 22 zu melden.

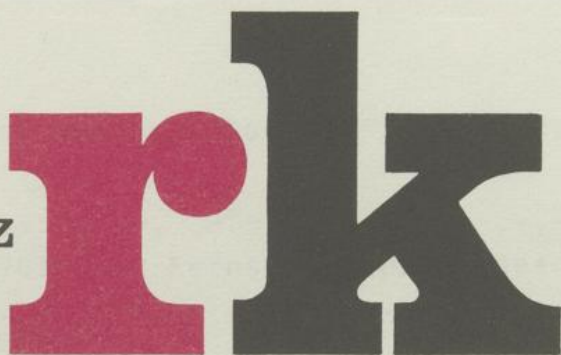
Übrigens: Sonderabfallsammler und -beseitiger müssen bis spätestens Ende Juni 1984 eine entsprechende Erlaubnis des Landeshauptmanns (im Wege der MA 22) für diese Tätigkeit vorweisen.

(Forts.) hs/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 30. Dezember 1983

Blatt 3479

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Stiegenhaus im Verkehrsministerium eingestürzt

Kommunal:
(rosa)

Beihilfen für Lärmschutzfenster: Ansuchen nun an
die MA 25
Pflegefamilien gesucht
Alle FTBW-Anteile bei der Wiener Holding
Stacher: VP endlich für positive
Strategie beim AKH

Lokal:
(orange)

Silvester-Turmblasen auf dem Rathausplatz

Kultur:
(gelb)

Wiener Kulturkalender 1984

Nur
über FS:

29.12. Spielende Kinder verursachten Zimmerbrand
30.12. Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 29. Dezember 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stiegenhaus im Verkehrsministerium eingestürzt

Utl.: Zusammenfassung

=++++

17 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Alarmstufe 2 gab die Feuerwehr Donnerstag kurz vor 11 Uhr, als drei Stockwerke eines Stiegenhauses des Verkehrsministeriums und der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen in der Elisabethstraße 9 im 1. Bezirk eingestürzt waren. Bei dem Einsturz wurden vier Menschen schwer verletzt, von der Rettung geborgen und ins Wilhelminenspital beziehungsweise ins Arbeitsunfallkrankenhaus Meidling gebracht. Die Feuerwehr, die mit 17 Fahrzeugen und 67 Mann ausgerückt war, konnte acht Menschen, denen der Weg ins Freie versperrt war, über Leitern in Sicherheit bringen und durchsuchte die Schuttberge nach weiteren Verletzten. Die Einsturzursache ist nach wie vor ungeklärt. (Forts. mgl.) and/gg

NNNN

Beihilfen für Lärmschutzfenster: Ansuchen nun an die MA 25 (1)

=++++

1 #Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Anrainer von Bundesstraßen in Wien können seit heuer einen Zuschuß erhalten, wenn sie Lärmschutzfenster und Lärmschutztüren einbauen lassen. Diese Beihilfen-Aktion wurde bisher von der Magistratsabteilung 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) abgewickelt. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung macht dies ab Jänner 1984 die Magistratsabteilung 25 (Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser), die auch für die Förderungsmaßnahmen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz zuständig ist. Ansuchen um Beihilfen für den Einbau von Lärmschutzfenstern in Häusern an Bundesstraßen sollen daher ab nächster Woche an die Magistratsabteilung 25, Wien 1, Rathausstraße 4 (Kanzlei oder Beratungszentrum für Wohnungsverbesserung) gerichtet werden.#

Die Beihilfe erhalten Haus- und Wohnungsbesitzer und Wohnungsmieter von Gebäuden entlang von Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen im Raum Wien. Voraussetzung ist eine Lärmbelästigung von zumindest 65 Dezibel bei Tag und 55 Dezibel bei Nacht. Der Staat zahlt mindestens die Hälfte der Anschaffungskosten von Lärmschutzfenstern und Lärmschutztüren in Wohn- und Schlafzimmern. Dabei sind allerdings gewisse Richtsätze für angemessene Kosten zu berücksichtigen. Die "angemessenen" Kosten für den Einbau der Türen und Fenster werden voll vergütet, ebenso die Lieferung und der Einbau von Schalldämmlüftern in Schlafräumen. Für die Nebenarbeiten gibt es außerdem einen Pauschalbetrag in der Höhe von 8 Prozent der Anschaffungskosten der Fenster und Türen. Die restlichen Kosten können nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz gefördert werden, das heißt, man kann dafür praktisch einen zinsfreien Kredit auf zehn Jahre erhalten.

Antragsformulare sind bei der Magistratsabteilung 25, in der Stadtinformation im Rathaus und bei den Außenstellen des Bürgerdienstes erhältlich. Die Anträge werden bei der Magistratsabteilung 25 eingereicht. Wenn die Voraussetzungen für die Beihilfe gegeben sind (Wohnen an einer Bundesstraße, entsprechende Lärmbelästigung), erhält man einen Erhebungsbogen, in den die Kostenvoranschläge einzutragen sind. (Forts.) sc/gg

Beihilfen für Lärmschutzfenster: Ansuchen nun an die MA 25 (2)

=++++

2 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Die Überprüfung der Kostenvoranschläge durch die Magistratsabteilung 25 geschieht im Interesse der Antragsteller. Es wird dadurch verhindert, daß um viel Geld Fenster oder Türen eingebaut werden, die die gewünschte Lärmdämmung nicht erbringen. Außerdem kümmert sich die MA 19 (Stadtgestaltung) darum, daß die neuen Fenster auch ins Stadtbild passen.

Nach der Berechnung der Beihilfe durch die Magistratsabteilung 25 kann mit den Arbeiten begonnen werden. Die Beihilfe wird in zwei Teilbeträgen überwiesen: Ein Teil nach der schriftlichen Bestellung der Lieferung und der Montage, der zweite Teil nach Vorlage der Abschlußrechnung und nach Überprüfung der Ausführung durch die Magistratsabteilung 25. (Schluß) sc/ap

NNNN

Pflegefamilien gesucht (1)

Utl.: Mehr Pflegeplätze im Wiener Raum wären nötig

=++++

3 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Engagierte Familien, die ein Pflegekind aufnehmen möchten, sucht das Jugendamt der Stadt Wien. Pflegekinder sind heute keine Waisenkinder mehr, sondern sie haben Eltern, die wegen einer persönlichen oder familären Krise nicht in der Lage sind, ihre Kinder selbst zu betreuen. Die richtigen Eltern haben aber in vielen Fällen durchaus den Wunsch, mit den Kindern weiter Kontakt zu halten und diese vielleicht später wieder selbst zu erziehen. Das Jugendamt fördert diese Kontakte zu den leiblichen Eltern; aus diesem Grund ist es daran interessiert, Wiener Kinder auch bei Wiener Pflegeeltern unterzubringen.

Außerdem ist es wünschenswert, das Kind in der gewohnten städtischen Umgebung zu belassen, um die vielfältigen Ausbildungsangebote der Großstadt nutzen zu können. Manche Kinder benötigen auch die gezielte psychologische und sozialtherapeutische Betreuung, die Wien bietet und die die Arbeit der Pflegefamilien unterstützen kann. Genaue Auskünfte für eventuelle künftige Pflegeeltern geben die Bezirksjugendämter. Pflegekinder sind oft Kinder, die in ihrem Leben schon sehr viel Schweres durchgemacht haben. Manche Kinder haben Dinge erlebt, die sie kaum verkraften konnten. Sie brauchen viel Verständnis, Geduld, Geborgenheit und Liebe, damit sie das verlorengegangene Vertrauen in die Erwachsenenwelt wiederfinden können. (Forts.) emw/ap

NNNN

Pflegefamilien gesucht (7)

-++++

4 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Pflegefamilien brauchen in erster Linie soziales Engagement. So gibt es etwa Pflegemütter, die z.B. Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen oder Lehrerinnen waren, den Beruf wegen der eigenen Kinder aufgegeben haben und die gerne bereit sind, eine sozialpädagogische Aufgabe zu übernehmen.

Das Jugendamt zahlt für den Unterhalt des Pflegekindes 2.600 S monatlich (vierzehnmal im Jahr), dazu kommen noch zwei Bekleidungsbeiträge in der Höhe des Pflegegeldes. Den Pflegeeltern steht auch die Familienbeihilfe für das Pflegekind zu, und das Kind kann ohne Mehrkosten bei der Krankenkasse der Pflegeeltern mitversichert werden.

Zwtl.: Beratung und Fortbildung für Pflegefamilien

Zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch dienen "Pflegeeltern-Runden", schriftliche Informationen werden vom Jugendamt ebenfalls regelmäßig zugesandt. Eine Beratungsstelle, in der Sozialarbeiter, Psychologen und Psychiater amtieren, ist auf Probleme von Pflegefamilien spezialisiert. Pflegeelternvereine vertreten die Interessen der Pflegeeltern und organisieren Fortbildungsveranstaltungen.

Zwtl.: Auskunft beim Bezirksjugendamt

Wer ein Pflegekind aufnehmen möchte, kann sich an das nächste Bezirksjugendamt wenden. Werden die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt (guter Leumund, guter Gesundheitszustand, entsprechender Wohnraum etc.), beraten ihn die Sozialarbeiter gern über die entsprechenden Schritte, die zur Aufnahme eines Pflegekindes erforderlich sind. (Schluß) emw/ap

NNNN

30. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3485

Alle FTBW-Anteile bei der Wiener Holding

=++++

5 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Der Konzern der Wiener Holding hat von der Wienerberger Beteiligungsverwaltung die 50 %-ige Beteiligung an der FERTIGTEILBAU WIEN Gesellschaft m.b.H. erworben. Alle Anteile der FERTIGTEILBAU WIEN sind nun im Konzern der Wiener Holding.
(Schluß) wh/ap

NNNN

Wiener Kulturkalender 1984 (1)

=++++

7 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

- Bis 8. Jänner: "Joan Miro, Retrospektive 1960 - 1980",
Künstlerhaus
- Bis 22. Jänner: "Zwei polnische Romantiker (Grottger,
Michalowski)", Künstlerhaus
- Bis Anfang Feber: "Altwiener Tanzmusik in Original-
ausgaben", Stadt- und Landesbibliothek
- Bis 26. Feber: Richard Gerstl, Ausstellung anlässlich
des 100. Geburtstages im Historischen
Museum der Stadt Wien
10. - 29. Jänner: Alois Riedl, Secession
20. Jänner - 19. Feber: Textilmanufaktur Halle, Künstlerhaus
20. Jänner - 19. Feber: Boris Ugarow, Künstlerhaus
2. - 12. Feber: Wiener Operettenfestival
7. Feber - 7. März: "Ferdinand Hodler und das Schweizer
Künstlerplakat", Secession
12. - 17. Feber: "Toleranzgespräch - Toleranz in der
Politik, in der Großstadt, in der
Kunst, in den Medien", österreichische
Akademie der Wissenschaften
14. Feber - 15. April: "Land des Baal", Ausstellung über
Syrien, Künstlerhaus
- Mitte Feber - Ende Juni: "Illegale Flugblattpropaganda in Wien",
Stadt- und Landesbibliothek
- März - April: "Jazzfrühling in Wien", Konzerthaus
und andere Konzertsäle
2. - 11. März: "Literatur im März" (zum Thema
Frieden), Künstlerhaus
2. März - 15. April: Internationales Wiener Ballett-Fest,
"Tanz '84"

(Forts.) gab/gg

NNNN

30. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3487

Wiener Kulturkalender 1984 (2)

=++++

8 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

8. - 18. März: "Haydn-Tage" veranstaltet von der Gesellschaft der Musikfreunde, Kammersaal, Brahmsaal, Großer Musikvereinssaal
Wiener Hofburgkapelle am 17. März
8. März - 27. Mai: "Zirkel und Winkelmaß - 200 Jahre Freimaurerei in Wien", Historisches Museum der Stadt Wien
Willi Sitte, Künstlerhaus
20. März - 23. April: "Tage der Sakralmusik", Kirchen und Konzertsäle
6. - 15. April: Robert Schmitt und Rudolf Schwaiger, Secession
12. April - 6. Mai: "Die Frau im Korsett" - Emanzipation zur Jahrhundertwende, Historisches Museum der Stadt Wien in der Hermesvilla
14. April 1984 - 10. März 1985: "Literatur für junge Leser", Künstlerhaus
27. April - 6. Mai: "1984" - Orwell und die Gegenwart, Museum des 20. Jahrhunderts
- Mai - Juni: "Südtirol-Tage" - Musik und Brauchtum aus Südtirol
Wiener Festwochen
10. - 13. Mai: "Die Graphik des deutschen Expressionismus", Künstlerhaus
12. Mai - 17. Juni: Musikfest der Gesellschaft der Musikfreunde (im Rahmen der Wiener Festwochen), Musikverein
16. Mai - 17. Juni: "Bayerische Kunst der Gegenwart", Künstlerhaus
19. Mai - 17. Juni:
23. Mai - 24. Juni:

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Kulturkalender 1984 (3)

=++++

9 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

7. Juni - 16. September: Gustav Klimt - Zeichnungen,
Historisches Museum der Stadt Wien
23. Juni: 5. Internationales Blasmusikfest
26. Juni - 15. August: "Die Düsseldorfer Malerschule",
Künstlerhaus
28. Juni - 31. August: Musikalischer Sommer in Wien
Juli: "Junge Szene Wien", Secession
- Anfang Juli - Mitte Oktober: Adolf Bäuerle, Ausstellung anlässlich
des 125. Geburtstages in der Stadt-
und Landesbibliothek
7. - 19. Juli: Internationales Jugendmusikfest
"Jugend und Musik in Wien"
18. Juli - 30. September: "1984 - Blickrichtung 2000",
Künstlerhaus
- August: Markus Lüpertz, Secession
25. August - 14. November: Ernst Barlach, Künstlerhaus
- September: "Identitätsbilder", Ausstellung zum
Frauentreffen in der Secession
- September - November: "Showherbst in Wien", Konzerthaus und
andere Konzertsäle
27. September - 9. Dezember: "Die Ära Metternich", Historisches
Museum der Stadt Wien
- Oktober: Otto Eder, Gedächtnisausstellung in
der Secession
- Mitte Oktober 1984 -
Jänner 1985: "Wintersport in Wien",
Stadt- und Landesbibliothek
- Zweite Oktoberhälfte: Franz Schreker -
Alexander Zemlinsky-Fest, Konzerthaus
24. Oktober - 25. November: Werner Berg, Künstlerhaus
(Forts.) gab/gg

NNNN

30. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3489

Wiener Kulturkalender 1984 (4)

=++++

10 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

17. - 27. November: "Schubert-Tage 1984" - Zweite Wiener Schubertiade
27. November - 23. Dezember: "Advent in Wien", Konzerte und Brauchtum
7. Dezember 1984 - "österreichische Kunst der Gegenwart", Künstlerhaus
6. Jänner 1985:
20. Dezember 1984 - "Die Wiener Operette", Gemeinsame Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien und der Stadt- und Landesbibliothek
3. März 1985:

(Schluß) gab/gg

NNNN

30. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3490

Geehrte Redaktion!

++++

11 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Für das Jahr 1984 sind zahlreiche Verbesserungen im öffentlichen Verkehrsnetz geplant: die Stadtbahn wird beschleunigt, bei der Straßenbahn werden Intervallverdichtungen vorgenommen, es wird neue Autobuslinien geben und schließlich wird mit dem Verkehrsverbund eine grundsätzliche Neuorganisation des öffentlichen Verkehrs in Kraft treten.

Über die geplanten Maßnahmen im Detail wird Sie Verkehrsstadtrat Johann HATZL in einem

PRESSEGESPRÄCH

informieren. Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

ZEIT: Donnerstag, 5. Jänner 1984, 11 Uhr

ORT: Konferenzraum des PID, Rathaus, 3. Stiege.

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

NNNN

Silvester-Turmblasen auf dem Rathausplatz

=++++

12 Wien, 30.12. (RK-LOKAL) Wie jedes Jahr findet auch heuer wieder zu Silvester das traditionelle Turmblasen auf dem Rathausplatz statt. Von 18 bis 18.30 Uhr spielt der Trompetenchor der Stadt Wien unter der Leitung von Karl Jeitler auf der Loggia des Rathhausturmes festliche Melodien und Weihnachtslieder. Von 23.30 bis 24 Uhr gibt es auf dem Rathausplatz Tonbandmusik. Nach den 12 Glockenschlägen zum Jahreswechsel ertönt Johann Strauß "An der schönen blauen Donau" in einer historischen Aufnahme der Wiener Philharmoniker unter Clemens Krauss. (Schluß) gab/ap

NNNN

Stacher: VP endlich für positive Strategie beim AKH

=++++

13 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Als angenehme Überraschung bezeichnete es Wiens Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER heute, Freitag, gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß sich die ÖVP bzw. ihr Gesundheitssprecher Dr. Günter STUMMVOLL endlich einmal für eine positive Strategie beim AKH ausgesprochen hat. Diese Strategie stimme völlig mit seiner persönlichen, seit langem geäußerten Meinung überein, sagte Stacher.

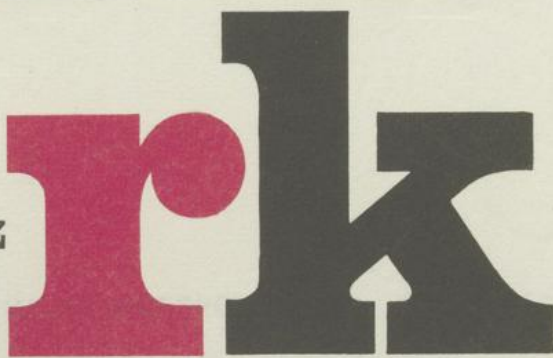
Zu einzelnen Forderungen, die Stummvoll in seiner Pressekonferenz vorlegte, stellte Stacher fest:

1. Der VAMED-Bericht wird den politischen Gremien, wie Stadtrat Hans MAYR bereits bekanntgegeben hat, vorgelegt werden;
2. Die VAMED hat bekanntlich seit einem halben Jahr den Auftrag, das Konzept einer optimalen Organisation für das AKH bis Jänner vorzulegen;
3. Er, Stacher, führe außerdem ständig Gespräche mit den Professoren des AKH über die medizinische Struktur;
4. Das Ausmaß des Ambulanzbetriebs wurde in den letzten Monaten genau überprüft. Dabei stellte sich eine etwa zehnpromtente - allerdings nicht auf alle Abteilungen gleichmäßig verteilte - Verringerung der Zahl der Patienten bzw. der Untersuchungen und Behandlungen heraus;
5. Auch er sei der Meinung, daß es nun an der Zeit ist, über die Form der Betriebsorganisation des neuen AKH zu sprechen, nachdem der Kosten- und Zeitplan vorhanden ist. Auch Stacher ist überzeugt davon, daß die derzeit bestehende Organisation geändert werden muß.

"Alle diese Maßnahmen wurden bereits angekündigt und werden im Lauf des nächsten Jahres gesetzt werden", meinte Stacher weiter. Dies sei schon deshalb notwendig, weil der Zeit- und Kostenplan des AKH von den Eigentümern überprüft wird, um einen endgültigen Vertrag abschließen zu können. Er wäre überaus zu begrüßen, sagte Stacher, wenn die ÖVP dieser schwierigen Arbeit nicht mit der bisher üblichen negativen, sondern mit der nun von Stummvoll angekündigten positiven Einstellung gegenüberträte. (Schluß) hs/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 31. Dezember 1983

Blatt 3493

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: Salzstreuverbot nicht vergessen!
(orange)

Kultur: Landesarchiv: 1984 sieben neue Ausstellungen
(gelb)

Landesarchiv: 1984 sieben neue Ausstellungen

=++++

- 1 Wien, 31.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Sieben neue Ausstellungen umfaßt das Programm 1984 des Wiener Stadt- und Landesarchivs. Erstmals stellt das Landesarchiv im Rathaus an drei Stellen aus: im 1. Stock vor den Archivräumen, im Arkadenhof und in der Schmidthalle (vor der Stadtinformation), die als neuer Ausstellungsort hinzukommt.
- o In der Schmidthalle werden vier Expositionen zu sehen sein: "Vom Tragsessel zur U-Bahn" (Februar bis April), "Die Franzosen in Wien, 1809" (April bis Juni), eine kleine Schau, die dem Anteil der Wiener an der Erschließung der Berge gewidmet ist (Juli bis September) und "Wiener Siedlungsnamen" (Oktober bis Dezember).
 - o Im 1. Stock vor den Archivräumen wird noch bis Ende März die erst vor kurzem eröffnete Schau "Wiens Stadtbild nach 1683 - Kontinuität oder Wende?" gezeigt. Es folgen "Die Dreißigerjahre" (April bis Juni), "Vom Tragsessel bis zur U-Bahn" (Juli bis September) und eine Ausstellung über den Historischen Atlas von Wien (Oktober bis Dezember), dessen 2. Lieferung im Herbst 1984 erscheinen wird.
 - o Im Arkadenhof ist von Juli bis September eine Operetten-Ausstellung zu sehen.
 - o Eine Reihe der genannten Ausstellungen wird auch in verschiedenen Bezirksmuseen gezeigt. Den Anfang macht die Schau "Die Dreißigerjahre" im Bezirksmuseum Landstraße, die am 27. Jänner eröffnet werden wird.

(Schluß) am/gg

NNNN

Salzstreuverbot nicht vergessen!

=++++

2 Wien, 31.12. (RK-LOKAL) Irgendwann wird es ja doch wieder kalt werden. Für den nächsten Schneefall sei daher darauf hingewiesen. Die Salzstreuung ist in Wien auf Initiative von Stadtrat Peter SCHIEDER seit Dezember 1982 untersagt. Es dürfen nur noch umweltfreundliche Alternativmittel verwendet werden. Dieses Salzstreuverbot (ausgenommen sind Brücken, Autobahnen, Stiegenanlagen) gilt natürlich nicht nur für die Stadt Wien, sondern ebenso für Private. Auf den Gehsteigen ist die Salzstreuung ja bekanntlich schon seit mehreren Jahren verboten.

Wer dennoch Salz verwendet, muß mit entsprechenden Strafen rechnen. Die Mitarbeiter des Mobilien Bürgerdienstes haben die Möglichkeit, mit einem Chlorid-Test-Set an Ort und Stelle rasch festzustellen, ob Salz oder ein anderes Mittel gestreut wurde.

Schon allein im Interesse der Bäume sollten daher auch Private das Salzstreuverbot einhalten.

Da das neue Mittel, das die Stadt Wien nun anstelle des Salzes verwendet, in machen Bereichen eventuell etwas langsamer wirkt als das fühere Auftausalz, werden auch die Autofahrer ersucht, ihre Fahrweise den geänderten Bedingungen anzupassen. (Schluß) hs/ap

NNNN

